

Einladung

zur 44. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss)
am Donnerstag, 30. September 2021, 17.30 Uhr, Rathaus, Ratssaal

Auf Grund der epidemischen Lage können Mitglieder des Internationalen Ausschusses nach § 182 Abs. 2 Nr. 3 NKomVG per Videokonferenz an der Sitzung teilnehmen.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohner*innenfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die 43. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 1.7.2021
4. Antrag der Fraktion Die FRAKTION zur Stärkung von jüdischem Leben in der Landeshauptstadt
(Drucks. Nr. 1550/2021)
5. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN: Klimapolitische Wende in Hannover sofort und konsequent
(Drucks. Nr. 1791/2021)
- 5.1. Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Drucks. Nr. 1791/2021: Hannover erklärt den „Klimanotstand“
(Drucks. Nr. 1911/2021)
6. Einrichtung eines Beirats für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“
(Drucks. Nr. 2076/2021)
7. Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa - Sachstandsbericht
(Informationsdrucks. Nr. 1668/2021)
8. Information über das Netzwerk ALBuM
(Informationsdrucks. Nr. 2032/2021)
9. Wohnungslosigkeit in Hannover
(Informationsdrucks. Nr. 2036/2021 mit 2 (nur online) Anlagen) - bereits übersandt
10. Bericht der Dezernentin

11. Aktuelles

Onay

Oberbürgermeister



Handlungsanweisung Gremiensitzungen_20-10-2020.pdf

Handlungsanweisungen für politische Gremiensitzungen

Sehr geehrte Teilnehmer*innen von Rats-, Fachausschuss-, Stadtbezirksrats- und Integrationsbeiratssitzungen,

aufgrund der aktuellen Situation verfolgt die Landeshauptstadt Hannover das Ziel, eine Ansteckung mit dem Corona Virus möglichst zu verhindern, um so die Ausweitung der Erkrankung COVID-19 aktiv einzudämmen.

Dies ist neben dem ganz persönlichen Schutz jeder einzelnen Person auch deshalb wichtig, weil es die Basis zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens insgesamt ist.

Dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung!

Bitte halten Sie die notwendigen Hygiene- und Abstandsregelungen ein, die laut Robert Koch-Institut (RKI) im Rahmen einer Pandemie grundsätzlich für alle Menschen gelten (s. auch www.infektionsschutz.de).

Die Mitglieder der Gremien und Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sollen vor einer Ansteckung im Rahmen der Wahrnehmung ihrer politischen oder dienstlichen Tätigkeiten geschützt werden.

Deshalb werden ab sofort folgende Maßnahmen getroffen:

- Die o. g. Gremien tagen nach den Vorschriften des Kommunalrechts öffentlich. Für die Sitzungen der Integrationsbeiräte werden die Vorschriften analog angewendet. Da auch von den Besucher*innen der Sitzungen ein Mindestabstand von 1,5 m einzuhalten ist, wird es je nach Größe des Zuschauer*innenbereichs zu einer Beschränkung der Anzahl der Besucher*innen kommen. Diese wird im HCC und im Rathaus durch eine Einlasskontrolle zentral geregelt. Bei Sitzungen in den Stadtbezirken ist dies im Rahmen des Hausrechtes durch die Bezirksbürgermeister*innen in Kooperation mit der Stadtbezirksratsbetreuung und den örtlich Zuständigen der Veranstaltungsorte sicherzustellen.
- Für jede Sitzung werden im Eingangsbereich Mund-Nasen-Masken zur Verfügung gestellt. Gemäß der Niedersächsischen Corona-Verordnung ist jede*r Besucher*in von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen verpflichtet, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.
- Alle Sitzungen finden in ausreichend großen Räumen statt, so dass jeweils mindestens 1,5 m Abstand zwischen einzelnen Sitzplätzen der Gremienmitglieder gewährleistet ist.

Darüber hinaus bitten wir Sie um Einhaltung der üblichen Hygienemaßnahmen:

- Halten Sie Abstand
- Vermeiden Sie das Händegeben
- Husten oder Niesen Sie in die Armbeuge, drehen Sie sich dabei von anderen Personen weg
- Vermeiden Sie Augen, Nase oder Mund zu berühren
- Nutzen Sie Einmaltaschentücher und entsorgen Sie diese sicher
- Waschen Sie sich nach Personenkontakten, nach der Benutzung von Sanitäreinrichtungen und bei Kontakt mit Gegenständen oder Materialien, die mit Viren verunreinigt sein können, gründlich die Hände

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

PROTOKOLL

44. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss)
am Donnerstag, 30. September 2021, Rathaus, Ratssaal

Beginn 17.35 Uhr
Ende 18.40 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Hermann	(SPD)	
Ratsherr Klapproth	(CDU)	
Ratsherr Engelke	(FDP)	17.35 - 18.20 Uhr, i.V. Ratsherr Döring, per Zoom
Ratsherr Finck	(SPD)	per Zoom
Ratsherr Hellmann	(CDU)	i.V. Ratsfrau Dr. Matz
Ratsfrau Iri	(SPD)	
Bürgermeisterin Kramarek	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Neveling	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Pohl	(CDU)	i.V. Ratsfrau Seitz
Ratsherr Wolf	(LINKE & PIRATEN)	18.07 - 18.40 Uhr i.V. Ratsherr Yildirim, per Zoom

Beratende Mitglieder:

Frau Bokah Tamejani	per Zoom
Herr Dipl.-Ing. Faridi	per Zoom
Frau Kage	per Zoom
Herr Prof. Dr. Ing. Khoramnia	
Herr Lam	
Frau Marinova	
Herr Dr. Ramani	
Herr Tschernow	per Zoom

Grundmandat:

Ratsmitglied Klippert	(Die FRAKTION)	17.35 - 18.28 Uhr
-----------------------	----------------	-------------------

Verwaltung:

Stadträtin Bruns	Dez. III	
Frau Dr. Doering	50.6	
Frau Gallinat	50.61	per Zoom
Frau Weymann	41.0	per Zoom
Frau Dr. Mardorf	Dez. III	per Zoom
Frau Hannig-Schohaus	50.60	
Frau Freseman	50.60	
Frau Kruse	50.6	

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohner*innenfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die 43. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 1.7.2021
4. Antrag der Fraktion Die FRAKTION zur Stärkung von jüdischem Leben in der Landeshauptstadt
(Drucks. Nr. 1550/2021)
5. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN: Klimapolitische Wende in Hannover sofort und konsequent
(Drucks. Nr. 1791/2021)
- 5.1. Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Drucks. Nr. 1791/2021: Hannover erklärt den „Klimanotstand“
(Drucks. Nr. 1911/2021)
6. Einrichtung eines Beirats für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“
(Drucks. Nr. 2076/2021)
- 6.1. Einrichtung eines Beirats für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“
(Drucks. Nr. 2076/2021 N1)
7. Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa - Sachstandsbericht
(Informationsdrucks. Nr. 1668/2021)
8. Information über das Netzwerk ALBuM
(Informationsdrucks. Nr. 2032/2021)
9. Wohnungslosigkeit in Hannover
(Informationsdrucks. Nr. 2036/2021 mit 2 (nur online) Anlagen)
10. Bericht der Dezernentin
11. Aktuelles

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Bürgermeister Hermann begrüßt die Ausschussmitglieder zur letzten Sitzung in der laufenden Wahlperiode. Er stelle fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Er weise zunächst darauf hin, dass aufgrund der epidemischen Lage die Sitzung in Hybridform stattfinde und dass den Ausschussmitgliedern entsprechende datenschutzrechtliche Hinweise zugegangen seien. Er frage nach, ob es hierzu Einwände gebe.

Die Ausschussmitglieder äußern keine Einwände.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann weise die Ausschussmitglieder zudem auf deren Pflicht zur Amtsverschwiegenheit hin. Des Weiteren müsse der Ausschuss gemäß einer Entscheidung der Geschäftsordnungskommission beschließen, dass sich Mitglieder der Medien online zuschalten können.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass sich Mitglieder der Medien online zuschalten dürfen.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann bedankt sich anschließend im Namen des gesamten Ausschusses bei den beratenden Mitgliedern. Der Internationale Ausschuss sei ein besonderer Ausschuss, da er mit elf beratenden und elf stimmberechtigten Mitgliedern paritätisch besetzt sei. Die beratenden Mitglieder hätten durch sehr viele wertvolle Hinweise die Diskussionen über die Themen Integration und gesellschaftliche Inklusion vorangetrieben und seien sehr engagiert in die Prozesse um den WIR 2.0 eingestiegen. Als Dank überreiche er den beratenden Mitgliedern im Namen des Ausschusses und des betreuenden Dezernates Blumensträuße.

Ratsherr Klippert merkt zur Tagesordnung an, dass die Fraktion DIE FRAKTION die Tagesordnungspunkte (TOPs) 7 und 9 in die Fraktionen ziehe, auch wenn es sich dabei um Informationsdrucksachen handle. Die Fraktion habe hierzu noch Beratungsbedarf. Er merke zum Antrag seiner Fraktion unter TOP 4 mit der Nummer 1550/2021 an, dass dieser nicht für den Kulturausschuss ausgezeichnet gewesen sei. Das Thema Städtepartnerschaften und der Fachbereich Kultur müsse bei diesem Thema aber miteinbezogen werden. Dies sei bei der Antragstellung durchgerutscht und jetzt zu spät aufgefallen. Er frage die Verwaltung, ob er diesbezüglich mündlich in der Sitzung den Antrag als N1 stellen könne oder wie am besten zu verfahren sei.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann informiert nach Rücksprache mit den anwesenden Vertreter*innen der Verwaltung, dass es eine Neufassung des Antrags geben solle, die mit dem Hinweis zu versehen sei, dass die Beratungsreihenfolge geändert worden sei. Dieser Antrag gehe dann weiter durch das Verfahren. Dies müsse durch die Fraktion beantragt werden. Bezüglich TOP 7 bitte er darum, dass die Verwaltung dennoch über die Drucksache berichten dürfe. Er stelle fest, dass es zu diesem Vorschlag keine Einwände gebe. Er weise des Weiteren auf eine Tischvorlage zu TOP 6 hin, da es zu der entsprechenden Beschlussdrucksache eine Neufassung gebe. Hintergrund sei, dass die Liste der Beiratsmitglieder noch ergänzt worden sei.

Die Tagesordnung wird mit der Veränderung, dass die Tagesordnungspunkte 7 und 9 in die Fraktion gezogen werden, einstimmig beschlossen.

TOP 2.

Einwohner*innenfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 3.

Genehmigung des Protokolls über die 43. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 1.7.2021

Bürgermeisterin Kramarek äußert, dass sie sich anlässlich der letzten Sitzung der Wahlperiode bei der Verwaltung für die guten Protokolle bedanken wolle. Sie sei begeistert, wie in diesem Ausschuss das Protokoll geführt werde. Es sei eine Freude, die Protokolle zu lesen und auch rückwirkend Dinge nachlesen zu können.

Bei zwei Enthaltungen genehmigt

TOP 4.

Antrag der Fraktion Die FRAKTION zur Stärkung von jüdischem Leben in der Landeshauptstadt (Drucks. Nr. 1550/2021)

Ratsherr Klippert informiert, dass es in dem Antrag um eine Stärkung von jüdischem Leben in der Landeshauptstadt gehe. Seine Fraktion wünsche sich, dass die Verwaltung ein Konzept zusammen mit wichtigen Akteur*innen in diesem Bereich, wie RIAS und den jüdischen Gemeinden, erstelle, mit dem Ziel jüdisches Leben in Hannover zu stärken. Die bestehende Erinnerungskultur wolle man dennoch beibehalten. Es sei aber in Hannover wie auch in anderen Städten so, dass die Thematisierung von jüdischem Leben sehr oft mit Bezug auf die Vergangenheit erfolge. Hier solle zukünftig ein anderer Akzent gesetzt werden, indem man das aktuelle jüdische Leben sichtbarer mache. Im Antrag gebe es einige Vorschläge zur Umsetzung, beispielsweise im Hinblick auf Städtepartnerschaften oder durch eine fachübergreifende Sichtbarmachung im kulturellen Bereich und an den Schulen. Ein weiterer wichtiger Punkt seien gewisse Sicherheits- und Schutzmaßnahmen. Zu diesem Punkt wolle seine Fraktion die Landeshauptstadt bzw. den Oberbürgermeister erinnern, dass die jüdischen Gemeinden in diesem Bereich noch Unterstützung bräuchten.

Herr Faridi sagt, dass er das Anliegen der Stärkung des jüdischen Lebens sehr begrüßenswert finde. Er frage, inwiefern die jüdischen Gemeinden hierzu kontaktiert worden seien und wie deren Bereitschaft sei. Die jüdischen Gemeinden, mit denen er schon seit gut dreißig Jahren eng verbunden sei, hätten in erster Linie den Wunsch nach Normalität. Sie wünschten nichts Anderes, als dass sie nicht als etwas Außergewöhnliches behandelt würden, sondern als ganz normale Bürger*innen dieses Landes. Vor allem wollten sie auch Freundschaften pflegen und auch nicht in Bezug auf die Politik des Staates Israel in Haftung genommen werden. Städtepartnerschaften seien aus seiner Sicht eine sehr gute Sache, beispielsweise mit der Stadt Haifa, denn in dieser Stadt lebten alle Religionen seit Jahrzehnten in Frieden miteinander, wovon man hierzulande leider sehr wenig wisse. Ein weiteres Anliegen sei, dass der Rat der Religionen informiert werde, der sich mehrere Male pro Jahr treffe und in dem auch die beiden großen jüdischen Gemeinden Hannovers vertreten seien. Die Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden seien in viele Projekte des Hauses der Religionen involviert gewesen. Leider sei nicht alles befriedigend verlaufen, wenn er an eine Angelegenheit mit dem Runden Tisch denke, wo es sehr schwierig gewesen sei, ein Statement zusammenzustellen, das die jüdischen Gemeinden akzeptieren konnten.

Ratsfrau Iri merkt zum Antrag an, dass sie sich gefragt habe, ob das jüdische Leben in Hannover nicht bereits gestärkt und sichtbar sei. Ihre Recherchen diesbezüglich hätten ergeben, dass beispielsweise das Haus der Religionen unterschiedliche Glaubensgemeinschaften zusammenbringe und den interreligiösen Dialog fördere. Auch die Villa Seligmann, die jüdische Musik und Kultur sichtbar und hörbar mache, werde durch den Haushalt finanziert. Es gebe noch weitere Projekte und seitens der Region auch eine Städtepartnerschaft mit einer jüdischen Stadt. Deswegen denke sie, dass jüdisches Leben in Hannover sichtbar sei. Aus diesem Grund und unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung unterschiedlicher Religionsgemeinschaften werde die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen.

Ratsherr Klapproth informiert, dass die CDU-Ratsfraktion den Antrag unterstützen werde, insbesondere die darin enthaltene Erstellung eines Konzeptes. Aus diesem Konzept heraus könne man dann immer noch sehen, was anschließend genau gemacht werde.

Ratsherr Klippert antwortet auf die Frage von Herrn Faridi, dass seine Fraktion engen Kontakt mit der Liberalen Jüdischen Gemeinde pflege. Aus Gesprächen zu diesem Thema sei der Antrag entstanden. Er pflichte Ratsfrau Iri bei, dass es bereits Bereiche gebe, in denen jüdisches Leben gestärkt werde. Dies bedeute aber nicht, dass der gegenwärtige Zustand perfekt sei und nicht verbessert werden könne. In das vorgeschlagene Konzept könnten noch weitere Projekte einfließen oder andere Gewichtungen vorgenommen werden. Die Argumentation von Ratsfrau Iri mache den vorgelegten Antrag nicht obsolet. Er freue sich, dass die CDU mitgehe. Letztendlich werde man in dem Konzept, das man von der Verwaltung haben wolle, sehen, was man an schon vorhandenen Strukturen bündeln könne, um diese sichtbarer zu machen. In der nächsten Wahlperiode könne man gerne auch über muslimisches Leben reden. Er halte es aber für eine schwierige Argumentation, wenn man aus Gründen der Gleichbehandlung keine Anträge mehr für bestimmte Gruppen stellen dürfe. Dies sei in der Vergangenheit auch nicht so gewesen.

Ratsfrau Neveling äußert, dass der Antrag vom Ansatz her gut und unterstützenswert sei. Man brauche dringend mehr Sichtbarkeit des aktuellen jüdischen Lebens abseits der Erinnerungskultur. Es sei allerdings schwierig, hierfür eine Stelle zu schaffen, da diese an den Haushalt gebunden sei. Der Antrag gehe zunächst davon aus, ein Konzept zu dem Thema in Auftrag zu geben. Es müsse anschließend geschaut werden, wie dafür in der Verwaltung eine Stelle geschaffen werden könne. Sie weise auch daraufhin, dass in vier Punkten des Antrages die Fachbereiche Kultur, Schule und Bildung genannt würden. Daher sei es notwendig, wie bereits auch zu Anfang der Sitzung geäußert, die Anträge auch in die entsprechenden Fachausschüsse einzubringen. Ihre Fraktion werde dem Antrag in der vorgelegten Form daher nicht zustimmen.

Ratsherr Klippert zeigt sich verwundert über die Argumentation von Ratsfrau Neveling und erinnert, dass er zu Beginn der Sitzung bereits darauf hingewiesen habe, dass bei der Auszeichnung des Antrages hinsichtlich der Beratungsfolge ein Fehler unterlaufen sei, der nun noch behoben werden solle. Aufgrund dieses kleinen Formfehlers solle man den Antrag nicht unberücksichtigt lassen. Wenn die Verwaltung ein Konzept erstelle, gebe es möglicherweise auch die Möglichkeit, eine Kostenprognose mit Blick auf den zukünftigen Haushalt einzubringen. Der neue, noch zu konstituierende Rat könne entscheiden, dass die Maßnahmen gegenwärtig nicht zu finanzieren seien, dass dies aber dennoch eine gute Idee sei. Er halte den jetzigen Zeitpunkt für die Erstellung eines Konzeptes für günstig und es sei besser, nicht die Aufstellung eines neuen Haushalts abzuwarten. Er könne die Argumentation diesbezüglich nicht nachvollziehen und schlage den anderen Fraktionen vor, den Antrag noch einmal in die Fraktionen zu ziehen und gemeinsam über eine Umformulierung nachzudenken.

3 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.

**Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN: Klimapolitische Wende in Hannover sofort und konsequent
(Drucks. Nr. 1791/2021)**

Ratsherr Klippert informiert, dass Ratsherr Wolf sich im digitalen Warteraum befinde und nicht in die Sitzung gelange. Er schlage vor, dass man Ratsherrn Wolf vor der Abstimmung in die Sitzung einlasse.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann gibt weiter, dass Ratsherr Wolf sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht im Warteraum befinde und somit nicht eingelassen werden könne.

0 Stimmen dafür, 9 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.1.

**Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Drucks. Nr. 1791/2021:
Hannover erklärt den „Klimanotstand“
(Drucks. Nr. 1911/2021)**

2 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6.

**Einrichtung eines Beirats für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“
(Drucks. Nr. 2076/2021)**

Ersetzt durch N1

TOP 6.1.

**Einrichtung eines Beirats für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“
(Drucks. Nr. 2076/2021 N1)**

Ratsfrau Iri hebt hervor, dass dies ein wichtiges Thema sei und dass sie sich bei der Verwaltung für die Neufassung der Drucksache und die Anpassung der Beiratsbesetzung bedanke. Sie hoffe, dass dies eine gute Sache werde und dass zügig mit der Beiratsbesetzung gestartet werden könne, um die Mittel nach Hannover zu holen.

Herr Faridi äußert seinen Dank dafür, dass das Haus der Religionen nun in der Beiratszusammensetzung berücksichtigt sei, denn dieses setze sich verschiedentlich für die Förderung der Demokratie ein und habe im Laufe der Jahre bewiesen, dass ihm dieses Engagement ernst sei. Das zeige sich auch darin, dass die Förderung der Demokratie fest in der Grundordnung des Hauses und des Rates der Religionen verankert sei. Es sei im Übrigen unerheblich, ob in der Beschlussdrucksache das „Haus der Religionen“ oder der „Rat der Religionen“ genannt werde. Er unterstütze diesen Antrag.

Einstimmig

TOP 7.

Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa - Sachstandsbericht (Informationsdrucksache Nr. 1668/2021)

Vorsitzender Bürgermeister Hermann weist noch einmal daraufhin, dass die Informationsdrucksache in die Fraktionen gezogen worden sei. Es sei zu Beginn der Sitzung jedoch beschlossen worden, dass die Verwaltung einen vorbereiteten Bericht zur Koordinierungsstelle abliefern.

Frau Gallinat informiert, dass es die Koordinierungsstelle seit 2014 gebe. Im Jahr 2015 habe man deren Arbeit und die Problemlagen im Ausschuss vorgestellt. Es sei nun an der Zeit, den aktuellen Sachstand zu berichten. Zunächst informiere sie zur Rechtslage hinsichtlich der Freizügigkeit. In den ersten drei Monaten dürften sich die osteuropäischen Zuwander*innen ohne weitere Voraussetzungen in Deutschland aufhalten. Die Freizügigkeit gelte nach Ablauf der drei Monate für Arbeitnehmer*innen und Personen in der Berufsausbildung. Für Arbeitssuchende gelte die Freizügigkeit nur für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten. Im Anschluss daran bestehe sie nur dann weiter, wenn die Arbeitssuche nachgewiesen werden könne und es eine begründete Aussicht auf Erfolg gebe. Selbstständige könnten ebenfalls freizügigkeitsberechtigt sein. Dabei komme es darauf an, ob die Selbstständigkeit tatsächlich darauf ausgerichtet sei, Einnahmen zu erzielen. Der seltenste Fall sei, dass die Menschen selbstständig ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten und ein ausreichender Krankenversicherungsschutz vorliege. Es gebe sehr viele Feinheiten im Freizügigkeitsrecht, was beispielsweise Familiennachzug angehe. Die Prüfung des Freizügigkeitsrechts erfolge durch die Ausländerbehörde und zwar in der Regel dann, wenn Leistungen nach dem SGB II oder Kindergeld beantragt werde. Wenn die Leistungsbehörden der Meinung seien, es sei kein Anspruch gegeben, dann erfolge automatisch eine Information an die Ausländerbehörde, die dann prüfe und ggfs. einen Bescheid über den Verlust der Freizügigkeit erlasse. Anspruch auf Sozialleistungen hätten die Menschen, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgingen und ein Erwerbseinkommen vorliege. Es sei nicht näher definiert, wann dies der Fall sei, allerdings gebe es dazu einige Gerichtsurteile. Es müsse demnach keine volle Stelle sein, sondern es könnten auch Teilzeitjobs sein. Für den Anspruch auf Kindergeld gelte diese Regelung seit 2019 entsprechend. Die gesundheitliche Versorgung sei in der Beratungsstelle immer wieder ein großes Thema. Hier gelte, dass Menschen, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhielten und in ihrem Heimatland einen Krankenversicherungsschutz gehabt hätten, Leistungen über das Sachleistungsprinzip erstattet bekämen. Wenn sie einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgingen oder SGB II-Leistungen erhielten, sei dies ebenfalls unproblematisch. Schwierig sei es bei denjenigen, die relativ neu in Hannover lebten und arbeitssuchend oder selbstständig seien. In der Praxis sei es häufig schwierig festzustellen, ob sie überhaupt krankenversichert seien. Ein weiteres häufiges Thema in der Beratung sei der Zugang zu Wohnraum. Angesichts der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt sei der Zugang zu Wohnraum für Menschen schwierig, die möglicherweise kein regelmäßiges Einkommen oder Einträge in der Schufa hätten. Es gebe auch

Vermieter, die von großen Familien abgeschreckt würden. Oftmals mangle es aber auch einfach an einer Wohnung, die tatsächlich bezahlbar sei. In der Drucksache gebe es eine Tabelle zu den Meldedaten. Grundsätzlich könne man sagen, dass seit 2017 der Zuzug etwas nachgelassen habe. Es kämen weiterhin Menschen, aber nicht mehr im selben Ausmaße, wie dies nach dem Beginn der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2014 der Fall gewesen sei. Die Koordinierungsstelle bestehe derzeit aus sechs Vollzeitstellen. Sie selbst leite die Koordinierungsstelle, drei Sozialarbeiter*innen arbeiteten aufsuchend und begleitend. Diese sprächen Rumänisch, Bulgarisch und Spanisch und erreichten die Menschen damit sehr gut. Zwei weitere Kolleg*innen seien sowohl als Verwaltungskräfte als auch in der Beratung tätig. Bedingt durch Corona gebe es momentan nur Terminalsprechstunden und keine offene Sprechstunde. Konkret gehe es häufig um Krisenintervention und um den Versuch der Hilfe zur Selbsthilfe, wenn man die Menschen bereits länger kenne. Man versuche die Menschen in Regelstrukturen einzubinden, Teilhabe an Bildung und am Arbeitsmarkt zu ermöglichen und eine diskriminierungsfreie Lebens-situation zu schaffen. Betroffen seien dabei alle Bereiche des täglichen Lebens. Sie nenne hier unter anderem die Themen Wohnungs- und Arbeitssuche, Schulden, Gesundheit. Eine zweite Aufgabe der Koordinierungsstelle sei die Informationsaufbereitung. Dies sei zum einen wichtig für die Beratung der Zuwander*innen. Dafür müsse man auf dem Laufenden sein, was die rechtlichen Hintergründe anbelange. Die Informationsaufbereitung sei aber auch Dritten zugänglich, denen man als Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehe. Dies geschehe im Rahmen von Netzwerkarbeit, sowohl intern wie extern. Diese Netzwerkarbeit sei unerlässlich, um die vorhandenen Hilfestrukturen zu verknüpfen. Man nehme an Runden Tischen und Arbeitsgruppen zu Themen teil, die Zuwander*innen beträfen, und organisiere entsprechende Treffen auch selbst. Diese Infoveranstaltungen richteten sich nicht nur an Zuwander*innen selbst, sondern auch an Sozialarbeiter*innen mit Kontakt zur Zielgruppe. Dabei gehe es auch darum, das Verständnis füreinander zu stärken. Die Netzwerkarbeit schließe die Einwerbung von Fördermitteln auf der europäischen sowie Bundes- und Landesebene ein. Ein großes Beispiel dafür sei der „Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen“ (EHAP). Darüber habe sie ebenfalls bereits im Ausschuss berichtet. Im Jahr 2018 habe man sich erfolgreich zum zweiten Mal darauf beworben und im letzten Jahr eine Verlängerung bis Mitte nächsten Jahres erhalten. Man habe bisher drei Broschüren erarbeitet, die sich an unterschiedliche Zielgruppen richteten. Nicht leisten könne die Koordinierungsstelle stadtbezirksorientierte Arbeit. Dazu habe man schlichtweg zu wenig Personal, da man für das ganze Stadtgebiet zuständig sei. Man stehe aber als Ansprechstelle für alle Fragen der osteuropäischen Zuwanderung zur Verfügung. Es gebe mit der Beratungsstelle „Buntes Haus“ am Staufenbergplatz in Mühlenberg eine Ausnahme, die durch die EHAP-Förderung ermöglicht werde. Dadurch gebe es zwei zusätzliche Mitarbeiter*innen, die in Mühlenberg Beratung durchführten. Die Koordinierungsstelle sei jederzeit ansprechbar, wenn es irgendwo Auffälligkeiten gebe. Das Fazit, das sie nach nun fast sieben Jahren ziehe, sei, dass die Arbeit der Koordinierungsstelle gut angenommen werde und dass die muttersprachlichen Sozialarbeiter*innen ein großes Vertrauen in der Community herstellten und gerne in Anspruch genommen würden. Es kämen immer neue Menschen hinzu, andere seien soweit ertüchtigt, dass sie ihr Leben und die behördlichen Vorgänge selber regeln könnten und nur sehr selten noch mit sprachlichen Problemen vorbeikämen. Die Rückmeldung anderer Institutionen sei auch durchweg positiv.

Ratsherr Engelke dankt für den Bericht und fragt, wie die Betroffenen und Berechtigten von der Existenz der Koordinierungsstelle erführen.

Frau Gallinat antwortet, dass es, auf jeden Fall vor den Corona-Einschränkungen, aufsuchende Arbeit durch die Kolleg*innen gegeben habe. Diese hätten Plätze aufgesucht, an denen die Menschen möglicherweise anzutreffen seien. Des Weiteren gebe es durch die Community einen ständigen Zulauf. Die Informationen würden untereinander in Hannover

oder auch bereits im Heimatland weitergegeben. Aufgrund der Netzwerkarbeit bekomme man ebenfalls viele Leute zugeschickt, beispielsweise durch Schulsozialarbeiter*innen. Am Anfang habe man überlegt, ob man Werbung per Flyer oder Ähnlichem machen wolle. Allerdings gebe es einen relativ hohen Teil von Analphabet*innen, die man damit nicht erreiche.

Ratsherr Engelke hakt bezüglich der genannten Anzahl an Stellen nach. Frau Gallinat habe von fünf Stellen und zusätzlich zwei Stellen am Mühlenberg gesprochen, womit man insgesamt bei sieben Stellen sei.

Frau Gallinat erläutert, dass sie die Koordinierungsstelle leite und neben ihr fünf weitere Mitarbeiter*innen dort arbeiteten. Zusätzlich gebe es beim EHAP zweieinhalb Stellen, die ebenfalls der Koordinierungsstelle zugerechnet würden. Diese Kolleg*innen seien befristet eingestellt. Daher habe sie eine Teilung gemacht. Insgesamt handele es sich tatsächlich um neun Personen.

Ratsherr Finck fragt bezüglich der Finanzierung über EHAP nach, ob man davon ausgehen könne, dass die Fördermittel, die aktuell von der EU durchgeleitet würden, auch in der nächsten Förderperiode bis 2025 fließen würden. Er erkundige sich, ob es bereits Signale aus Berlin gebe.

Stadträtin Bruns antwortet, dass man diesbezüglich einen neuen Antrag stellen müsse. Man sei im Gespräch mit der Region, da es Sinn ergebe, gemeinsam Dinge zu überlegen, die man tun könne.

Frau Marinova dankt Frau Gallinat für den ausführlichen Bericht, zu dem sie frage, wie die Koordinierungsstelle während des Lockdowns erreichbar gewesen sei. Des Weiteren interessiere sie, welche Probleme am häufigsten in der Beratung angesprochen würden und mit welchen Institutionen am engsten zusammengearbeitet würden. Sie bitte um Information darüber, ob es Zulauf von Menschen aus der Region Hannover gebe oder ob hauptsächlich Menschen kämen, die in der Landeshauptstadt Hannover lebten.

Frau Gallinat sagt, dass man während des Lockdowns durchgehend telefonisch oder auf digitalem Weg erreichbar gewesen sei. Sie sei diesbezüglich am Anfang sehr skeptisch gewesen. Es habe aber gut geklappt und die Menschen zum Teil dazu gebracht, sich etwas selbstständiger mit ihren Problemen zu beschäftigen. Allerdings sei die Beratung dadurch zunächst zeitaufwändiger geworden. Sie glaube nicht, dass in dieser Zeit jemand verloren gegangen sei, vielmehr seien in dieser Zeit sogar neue Kund*innen hinzugekommen. Seit April 2021 gebe es wieder eine Sprechstunde. Die häufigsten Probleme zu benennen, sei schwierig. Im Vordergrund stehe die Arbeitssuche, da es ohne Arbeit keine Unterstützung in irgendeiner Form gebe. Zum zweiten nennen könne sie das Thema Unterkunft oder Wohnung, womit die Unterstützung bei der Wohnungssuche oder auch bei Problemen mit Vermieter*innen, zum Beispiel aufgrund von Überbelegung, gemeint sei. Als Weiteres nenne sie das Thema Gesundheit beziehungsweise Krankenversicherung. Wenn die Menschen keine Krankenversicherung hätten, gingen sie häufig auch nicht zum Arzt, was wiederum weitere Probleme nach sich ziehe. Das Thema Kinder und Schule habe die Koordinierungsstelle eine Zeitlang sehr stark umgetrieben. Mittlerweile sei es darum etwas ruhiger geworden, wobei sie nicht einschätzen könne, inwieweit Corona das Ganze weniger offensichtlich gemacht habe. Hinsichtlich der Frage nach Zusammenarbeit, könne sie informieren, dass die Koordinierungsstelle eng mit den fünf Projektpartner*innen im Programm EHAP zusammenarbeite. Dies seien das Deutsche Rote Kreuz, die AWO, Can Arkadaş, das Diakonische Werk und die Caritas. Ansonsten richte sich die Zusammenarbeit nach den anfallenden Themen und Problemen. Menschen aus dem Umland zu beraten, sei für das kleine Team schwierig. Ehemalige Kund*innen berate man dabei, Adressen von

Anlaufstellen am neuen Wohnort zu finden, und helfe gegebenenfalls auch noch einmal. Personen aus dem Umland, die bislang nicht zum Kund*innenkreis der Koordinierungsstelle gehörten, schicke man mit entsprechender Hilfestellung und Nennung von Beratungsstellen im Umland weiter, da dies für ihr Team nicht leistbar sei.

Ratsfrau Neveling berichtet, dass sie über ihre Arbeit des Öfteren zu tun habe mit Migrant*innen aus osteuropäischen Ländern, die eine ausgeprägte Suchtproblematik hätten und teilweise dadurch auch psychische Auffälligkeiten. Es handele sich dabei hauptsächlich um Männer. Sie frage, ob die Koordinierungsstelle in diesem Bereich auch mit anderen Stellen zusammenarbeite, an die man verweise.

Frau Gallinat präzisiert, dass die Beratungsstelle sehr viel mit Familien zu tun habe und die genannte Problematik in diesem Bereich nicht so ausgeprägt oder bekannt sei. Wenn es Fälle von Suchtproblematik gebe, versuche man, auch dort entsprechend zu vermitteln und die Menschen dort anzubinden, wo man ihnen fachgerecht helfen könne, da dies die Koordinierungsstelle nicht leisten könne.

Auf Wunsch der Fraktion DIE FRAKTION in die Fraktionen gezogen.

TOP 8.

Information über das Netzwerk ALBuM (Informationsdrucksache Nr. 2032/2021)

Bürgermeisterin Kramarek sagt, dass sie sich bedanken wolle, dass das Thema Berücksichtigung gefunden habe. Zur letzten Blickwechselveranstaltung des Netzwerks ALBuM informiere sie, dass dieses einmal im Jahr stattfinde und ein sehr erfolgreiches Format sei. Die diesjährige Veranstaltung habe im Youtube-Format stattgefunden. Leider habe es nicht sehr viele Teilnehmer*innen gegeben. Manchmal sei aber nicht die Masse an Teilnehmer*innen ausschlaggebend, sondern deren Qualität, was für diese Veranstaltung auf jeden Fall gegolten habe. Es wäre wünschenswert, dass auch das neue Ratsgremium die Arbeit des ALBuM-Netzwerkes kennenlerne. Sie gehe davon aus, dass darüber in regelmäßigen Abständen berichtet werde.

(Anmerkung der Protokollantin: Redebeitrag verspätet nach Punkt 10 eingebracht)

Zur Kenntnis genommen

TOP 9.

Wohnungslosigkeit in Hannover (Informationsdrucksache Nr. 2036/2021 mit 2 (nur online) Anlagen)

Auf Wunsch der Fraktion DIE FRAKTION in die Fraktionen gezogen

TOP 10.

Bericht der Dezernentin

Stadträtin Bruns dankt zunächst ihrerseits den beratenden Mitgliedern und bietet, falls Interesse bestehe, ein Feedbackgespräch mit der Verwaltung an, bei dem es auch darum gehen könne, was man zukünftig besser machen könne oder was gut gewesen sei. Wenn die beratenden Mitglieder daran Interesse hätten, würde die Verwaltung sich sehr darüber freuen. Als Zweites wolle sie über die Klausurtagung informieren, die am 16.10.2021 in Präsenz unter der 2G-Regelung stattfinde. Die Einladung, auch zum Abendessen am

15.10., müsste bereits zugegangen sein. Die Einladung beziehe explizit auch alle beratenden Mitglieder mit ein. Man werde für die Klausurtagung einen Maßnahmenkatalog vorbereiten, der den Ausschussmitgliedern in der 40. Kalenderwoche per Mail zugehen werde. Weiterhin biete man an, dass Frau Dr. Doering, Frau Steckelberg oder Herr Dr. Behrendt zu den Fraktionen kämen, um vorab über den Maßnahmenkatalog zu sprechen und einen ersten Überblick zu geben. Es sinnvoll sein, dies bereits vorweg zu besprechen, um einen Einblick zu gewinnen, denn aufgrund der knappen Zeit könne man in der Sitzung nicht alle Maßnahmen einzeln besprechen. Sie bitte noch einmal um Rückmeldung zur Teilnahme, da erst fünf Rückmeldungen vorlägen. Des Weiteren wolle sie über den Gesellschaftsfonds Zusammenleben (GFZ) berichten. Das diesjährige Thema des GFZ sei „Wir gestalten das Zusammenleben in Hannover“. Förderanträge für Projekte hätten bis zum 23.9.2021 eingereicht werden können. Es seien an die dreißig Anträge eingegangen. Die Beschlussdrucksache zum GFZ werde im November vorgelegt. Da es sich um den letzten GFZ-Wettbewerb in der bisherigen Form handle, wolle man zu diesem Anlass die Jury mit einer Danksagung im Internationalen Ausschuss gebührend verabschieden. Im Anschluss gehe der GFZ und der Integrationsfonds in den WIR 2.0-Innovationsfonds über, der in 2022 mit 300.000 Euro ausgestattet sei. Mit diesem Geld werde man Maßnahmen des WIR 2.0 umsetzen. Ihr letzter Berichtspunkt sei der WIR 2.0. Alle Expert*innengruppen hätten ihre Maßnahmenvorschläge an den Bereich von Frau Dr. Doering geliefert. Im Anschluss laufe die Kommentierungsphase über den Runden Tisch, den Stadtjugendring, die I-Beiräte und den Internationalen Ausschuss. Genauso wie im letzten Jahr werde im November und Dezember die Lenkungsgruppe tagen und die Maßnahmen besprechen. Sie glaube, dass dies ein sehr kreativer und spannender Prozess werde. Die Abschlussveranstaltung für die Expert*innengruppen finde digital am 11.10.2021 statt. Voraussichtlich werde am 22.2.2022 der Auftakt für die Umsetzungsphase der Maßnahmen aus dem WIR 2.0 stattfinden.

TOP 11.

Aktuelles

Herr Lam dankt für den Beschluss, das MiSO-Netzwerk Hannover in den Beirat von „Demokratie leben!“ aufzunehmen. Zum zweiten stelle er an die Parteien eine Frage hinsichtlich der Forderung der Migrant*innenselbstorganisationen nach Teilhabe von Migrant*innen bei der Mitgestaltung der Stadtgesellschaft. Laut Statistik hätten 38 Prozent der Bevölkerung in der Landeshauptstadt Hannover eine Migrationsgeschichte. Er frage, wie hoch der prozentuale Anteil von Ratsfrauen und Ratsherren mit Migrationsgeschichte im neuen Rat der Landeshauptstadt Hannover nach der Kommunalwahl vom 12.9.2021 sei.

Ratsfrau Iri merkt an, dass die Verwaltung dies momentan nicht beantworten könne, da zum einen die gewählten Ratsmitglieder zunächst freiwillige Angaben darüber machen müssten, ob sie einen Migrationshintergrund hätten. Diese Abfrage könne im Übrigen auch noch nicht stattgefunden haben, da die neuen Mitglieder zwar gewählt, aber noch nicht offiziell in den Rat aufgenommen worden seien. Diese Frage müsse man an die Parteien senden, mit der Bitte um Rückmeldung.

Frau Dr. Doering pflichtet Frau Iri bei, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die Erhebung bereits in Arbeit sei.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schließt die Sitzung um 18:40 Uhr.

Stadträtin Bruns

Hannig-Schohaus (für das Protokoll)



Hannover, den 21. Juni 2021

In den Internationalen Ausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Antrag gemäß §34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Stärkung von jüdischem Leben in der Landeshauptstadt

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit RIAS, den jüdischen Gemeinden in Hannover und weiteren interessierten Akteur*innen ein Konzept zur Stärkung des jüdischen Lebens zu erstellen. Der Fokus soll dabei nicht nur auf der Bekämpfung von Antisemitismus liegen, Vordergründig soll jüdisches Leben in der Landeshauptstadt sichtbar gemacht werden.

In dem Konzept sollen unter anderem folgende Aspekte einfließen:

- eine Stelle für jüdisches Leben in der Verwaltung
- Kooperationen bzw. Städtepartnerschaften mit Israel
- Fachübergreifende Sichtbarmachung (z.B. im Bereich Kultur)
- Projekte zur Aufklärung an den Schulen (z.B. über die „Schulen mit Courage“)

Weiterhin erinnert die Landeshauptstadt (bspw. durch den Oberbürgermeister) das Land Niedersachsen daran, dass erweiterte Sicherheits- und Schutzmaßnahmen in jüdischen Einrichtungen umgesetzt werden müssen.

Begründung:

Jüdisches Leben ist Teil der hannoverschen Stadtgesellschaft, doch überwiegen immer wieder antisemitische Erzählungen und Vorurteile gegenüber „dem“ Judentum. Die vorherrschende Erinnerungskultur und allgemeine Betroffenheitsbekundungen ändern daran nichts. Deswegen ist es Zeit, sichtbar über jüdisches Leben auch und vor allem abseits von Religion aufzuklären und sie in der Landeshauptstadt sichtbar zu machen.

Das deutsche Erinnerungstheater (nach Max Czollek) tendiert dazu, Antisemitismus und jüdisches Leben in der Vergangenheit zu verorten, indem vorrangig der Holocaust bzw. „die toten Juden“ thematisiert werden. Mit diesem Konzept soll eine Fokusverschiebung erfolgen, die das Leben der jüdischen Menschen in unserer Stadtgesellschaft in der Gegenwart widerspiegelt und stärkt.

Ebenso sind vom Land versprochene Maßnahmen nach Anschlägen auf jüdische Einrichtungen und jüdisches Leben bisher unzureichend umgesetzt worden. Hier ist die Landeshauptstadt in der Pflicht entsprechenden Druck aufzubauen.

Julian Klippert
Fraktionsvorsitz

Die FRAKTION
Wagenerstr. 9 A
30169 Hannover

0511 168-318 32
die.fraktion@hannover-rat.de
www.diefraktion-hannover.de



In

- den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
- den Gleichstellungsausschuss
- den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- u. Liegenschaftsangelegenheiten
- den Sportausschuss
- den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- den Kulturausschuss
- den Sozialausschuss
- den Organisations- und Personalausschuss
- den Schul- und Bildungsausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- den Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation
- den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

Schmiedestraße 39
30159 HannoverBruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

☎ 05 11 - 168 326 00

📠 05 11 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

2021-08-11

zur Kenntnis an:

- die Betriebsausschüsse
(Hannover Congress Centrum/HCC, Stadtentwässerung, Städtische Häfen)
- die Stadtbezirksräte 1 - 13
- den Eilenriedebeirat

ANTRAG

gem. §§ 10, 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

KLIMAPOLITISCHE WENDE IN HANNOVER SOFORT UND KONSEQUENT**zu beschließen:**

1. Der Rat erklärt für Hannover den Klimanotstand* und beauftragt die Verwaltung, in der Landeshauptstadt sofort und konsequent eine klimapolitische Wende umzusetzen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, künftig bei jeglichen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima zu berücksichtigen und stets nach Lösungen zu suchen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird künftig für Beschlussvorlagen der Verwaltung eine Rubrik „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ verpflichtender Bestandteil.
3. Der Rat beschließt die Einrichtung eines Beratungsgremiums zum Themenkomplex Klima-, Umwelt- und Artenschutz („Runder Tisch Nachhaltigkeit“).

Begründung:

Der Anfang August 2021 vom Weltklimarat vorgelegte Sachstandsbericht ist eindeutig: Eine der größten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts ist der Klimawandel. Gemäß dem auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierenden Bericht sind die Menschen ursächlich für die weltweite Erwärmung verantwortlich, in deren Folge immer häufiger Extremwetterereignisse wie Überflutungen, Hitzewellen und Dürren entstehen.

Angesichts der bedrohlichen Lage steht auch der Rat in Hannover als Vertretung der Menschen in voller Verantwortung, sofort vor Ort mit einer Priorisierung des Klimaschutzes seinen größtmöglichen lokalen Beitrag für eine konsequente klimapolitische Wende zu leisten.

Deswegen müssen künftig bei allen Handlungen und Beschlüssen der Landeshauptstadt Hannover stets auch die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt werden. Ziel muss sein, bei allen Maßnahmen negative Auswirkungen auf das Klima zu verhindern und Maßnahmen mit höherer Klimafreundlichkeit zu fördern. Dieser Grundsatz muss auch auf die städtischen Betriebe bzw. Beteiligungen übertragen werden, um das Ziel einer klimaneutralen Landeshauptstadt besser erreichen zu können.

Der Klimawandel ist nicht nur eine ökologische Frage, sondern hat unmittelbare Auswirkungen auf die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten, in Hannover wie überall auf der Welt. In unserer Kommune haben wir die Möglichkeit, durch bewusste Steuerung die ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Belange klug miteinander zu verzahnen.

Allen neueren Umfragen zufolge sind die negativen Folgen des Klimawandels einer klaren Mehrheit der Bürger*innen bewusst und es besteht mehrheitlich grundsätzlich die Bereitschaft zur Mitwirkung an einer klimapolitischen Wende. Eine solche Transformation kann aber nur gelingen, wenn die Stadtgesellschaft in die Entscheidungsprozesse umfassend einbezogen wird. Mit einem „Runden Tisch Nachhaltigkeit“ können alle maßgeblichen zivilgesellschaftlichen Bereiche sowie die Wirtschaft und die Wissenschaft mit ihren unterschiedlichen Vorstellungen, Interessen und Erkenntnissen an den Entscheidungsprozessen beteiligt und aktiv in die notwendige Umwandlung eingebunden werden.



Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

** Der Begriff „Klimanotstand“ ist symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.*

Bündnis 90/ Die Grünen Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

31.08.2021

In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Sportausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Kulturausschuss
In den Sozialausschuss
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

An den Betriebsausschuss Hannover Congress Centrum (zur Kenntnis)
An den Betriebsausschuss Städtische Häfen (zur Kenntnis)
An den Betriebsausschuss für Stadtentwässerung (zur Kenntnis)
An den Eilenriedebeirat (zur Kenntnis)
An die Stadtbezirksräte 01 – 13 (zur Kenntnis)

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Drucksache Nr. 1791/2021
Hannover erklärt den „Klimanotstand“

zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Hannover erklärt den „Klimanotstand“ („Climate Emergency“ [1]) und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als kommunale Aufgabe von höchster Priorität an.

Begründung:

Der Rat hat bereits am 25.06.2020 mit der Drucksache „Klimapolitik als kommunale Aufgabe“ (Nr. 2469/2019) die Eindämmung der weltweiten Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als kommunale Aufgabe von hoher Priorität anerkannt und daher beschlossen, dass die städtischen Klimaschutzmaßnahmen deutlich beschleunigt werden sollen, um das Ziel einer Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen um 95 % und damit die Klimaneutralität Hannovers, statt bis 2050 möglichst schon bis 2035 zu erreichen. Zugleich wurde damit u.a. auch beschlossen, dass die Landeshauptstadt Hannover die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen wird.

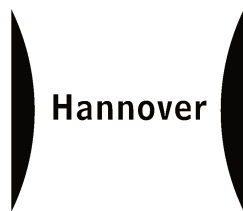
Die Flutkatastrophe in Deutschland und die Extremtemperaturen und Brände im Mittelmeerraum in diesem Sommer haben jedoch gezeigt, dass der Klimawandel längst begonnen hat. Zudem hat der neueste Bericht des Weltklimarates (IPCC) vom 09.08.2021 festgestellt, dass das Ziel, die Erderwärmung unter zwei Grad zu halten, nur mit sofortigen und weitreichenden Maßnahmen erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund erklärt nun die Landeshaupt Hannover - wie bereits viele Kommunen in Deutschland, Europa und der

ganzen Welt - den „Klimanotstand“ („Climate Emergency“ [1]), um damit deutlich zu dokumentieren, dass die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen eine nicht aufschiebbare kommunale Aufgabe von höchster Priorität sein muss.

[1] Die Begriffe „Klimanotstand“ resp. „Climate Emergency“ sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

Dr. Elisabeth Clausen-Muradian
Fraktionsvorsitzende

Landeshauptstadt



Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 2076/2021

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Einrichtung eines Beirats für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Antrag,

der Einrichtung eines Beirats für die „Partnerschaft für Demokratie Hannover“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ in folgender Zusammensetzung zuzustimmen:

- eine Vertretung der Bürgermeister*innen
- Beauftragte für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Hannover
- Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Hannover
- Jugendpflege der Landeshauptstadt Hannover
- Beauftragte für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Landeshauptstadt Hannover
- Sachgebiet Demokratische Bildung, Antidiskriminierung und gegen Rechtsextremismus der Landeshauptstadt Hannover
- Andersraum e.V.
- Mädchenhaus zwei13 e.V.
- Black lives Matter
- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen
- Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
- Nds. Beratungsstelle für Sinti und Roma e.V.
- Selbsthilfe für Wohnungslose e.V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Niedersachsen
- Omas gegen Rechts
- Vertretung des Jugendforums (Partnerschaft für Demokratie)

- Kommunalen Präventionsrat

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Um eine geschlechtergerechte Besetzung des Beirats zu erreichen, werden die eingeladenen Organisationen gebeten, ein weibliches oder diverses Beiratsmitglied zu entsenden.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Begründung des Antrages

Der einzurichtende Beirat entscheidet jährlich über die Vergabe von 35.000€ Zuwendungen für zivilgesellschaftliche Projekte in Hannover. Der für die Förderperiode 2015-2019 eingesetzte Beirat soll in seiner Zusammensetzung an die neue inhaltliche Schwerpunktsetzung der Partnerschaft für Demokratie Hannover angepasst werden. Der Schwerpunkt der aktuellen Förderperiode von 2020 – 2024 liegt bei den Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Arbeit gegen menschenfeindliche Ideologie und (Mehrfach-) Diskriminierung. Gemäß der inhaltlichen Schwerpunktsetzung des Projektes wurde darauf geachtet, möglichst viele Organisationen oder städtische Stellen zu berücksichtigen, welche die Perspektive der Betroffenheit von einem Phänomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die Arbeit des Beirats einbringen können. Außerdem wurden Organisationen ausgewählt, die sich in Hannover aktiv und kontinuierlich gegen rechtsextreme Aktionen engagieren.

Zudem mangelte es in der vergangenen Förderperiode an der Beteiligung vieler Beiratsmitglieder, sodass auch aus diesem Grund eine Neukonstitution des Beirats sinnvoll erscheint.

Um den Vorgaben des Bundesprogramms zu entsprechen, besteht die Mehrzahl der Mitglieder aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. Weiterhin wurde versucht, die Mitgliederzahl überschaubar zu halten, um die Diskussions- und Arbeitsfähigkeit des Beirats zu gewährleisten.

Hintergrund

Die Landeshauptstadt Hannover nimmt mittlerweile in der zweiten Förderperiode (2020 – 2024) am Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teil. Durch das Bundesprogramm werden in ganz Deutschland kommunale Gebietskörperschaften dabei unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als aktive und vernetzte Strukturen vor Ort aufzubauen. Gemeinsam soll auf lokale Gegebenheiten und Problemlagen in Bezug auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus reagiert werden.

In der Förderperiode von 2015 bis 2019 (DS 1156/2015) lag der Schwerpunkt der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie Hannover auf dem Thema Demokratievermittlung. In der aktuellen Förderperiode wird der Themenschwerpunkt auf die Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Hannover gelegt und gemeinsam gegen (Mehrfach-) Diskriminierung und menschenfeindliche Ideologie gearbeitet.

Als Koordinierungs- und Fachstelle fungiert in der aktuellen Förderperiode das Sachgebiet Demokratische Bildung, Antidiskriminierung und gegen Rechtsextremismus (50.62) der LHH. Die Koordinierungs- und Fachstelle ist für die Steuerung der Umsetzung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ zuständig, fungiert als Ansprechpartnerin und trägt zur Bekanntmachung der vor Ort geleisteten Maßnahmen bei. Ihr stehen zusätzliche Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation, Vernetzung, Coaching sowie zu Analysezwecken zur Verfügung (jährlich 55.000 Euro).

Zur Stärkung der Beteiligung von jungen Menschen an den „Partnerschaften für Demokratie“ wird darüber hinaus für die neue Förderperiode auch ein neuzusammengesetztes Jugendforum eingerichtet, welches von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet wird. Das Jugendforum soll aus unterschiedlichen Organisationen zusammengesetzt werden. Geplant ist hierfür neben organisierten

Gruppen und Organisationen (beispielsweise Stadtjugendring, Black lives matter, LIP-Jugend), auch Jugendliche zu erreichen, die bisher noch nicht in strukturierten Gruppen vertreten sind, beispielsweise über Jugendzentren. Zur Umsetzung eigener Maßnahmen werden dem Jugendforum gesondert Fördermittel bereitgestellt (jährlich 10.000 Euro).

Neben dem Aufbau einer lokalen „Partnerschaft für Demokratie“, sollen im Förderzeitraum regelmäßig Demokratiekonferenzen stattfinden.

Von der Stadt Hannover sind zusätzlich zu der Einbringung von Personal jährlich 10.000 Euro Eigenanteil beizutragen.

50.6

Hannover / 15.09.2021

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss

1. Neufassung

Nr. 2076/2021 N1

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Neufassung aufgrund Erweiterung der Liste der im Beirat vertretenen Organisationen um vier weitere Organisationsen: Vertretung Migrant*innenSelbstOrganisation - MiSO-Netzwerk Hannover e.V., Haus der Religionen, Mach meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V. und Seniorenbeirat

Einrichtung eines Beirats für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Antrag,

der Einrichtung eines Beirats für die „Partnerschaft für Demokratie Hannover“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ in folgender Zusammensetzung zuzustimmen:

- eine Vertretung der Bürgermeister*innen
- Beauftragte für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Hannover
- Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Hannover
- Jugendpflege der Landeshauptstadt Hannover
- Beauftragte für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Landeshauptstadt Hannover
- Sachgebiet Demokratische Bildung, Antidiskriminierung und gegen Rechtsextremismus der Landeshauptstadt Hannover
- Vertretung Migrant*innenSelbstOrganisation – MiSO-Netzwerk Hannover e.V.
- Andersraum e.V.
- Haus der Religionen e.V.
- Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V.
- Mädchenhaus zwei13 e.V.
- Black lives Matter

- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen
- Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
- Nds. Beratungsstelle für Sinti und Roma e.V.
- Selbsthilfe für Wohnungslose e.V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Niedersachsen
- Omas gegen Rechts
- Seniorenbeirat
- Vertretung des Jugendforums (Partnerschaft für Demokratie)
- Kommunaler Präventionsrat

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Um eine geschlechtergerechte Besetzung des Beirats zu erreichen, werden die eingeladenen Organisationen gebeten, ein weibliches oder diverses Beiratsmitglied zu entsenden.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Begründung des Antrages

Der einzurichtende Beirat entscheidet jährlich über die Vergabe von 35.000€ Zuwendungen für zivilgesellschaftliche Projekte in Hannover. Der für die Förderperiode 2015-2019 eingesetzte Beirat soll in seiner Zusammensetzung an die neue inhaltliche Schwerpunktsetzung der Partnerschaft für Demokratie Hannover angepasst werden. Der Schwerpunkt der aktuellen Förderperiode von 2020 – 2024 liegt bei den Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Arbeit gegen menschenfeindliche Ideologie und (Mehrfach-) Diskriminierung. Gemäß der inhaltlichen Schwerpunktsetzung des Projektes wurde darauf geachtet, möglichst viele Organisationen oder städtische Stellen zu berücksichtigen, welche die Perspektive der Betroffenheit von einem Phänomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die Arbeit des Beirats einbringen können. Außerdem wurden Organisationen ausgewählt, die sich in Hannover aktiv und kontinuierlich gegen rechtsextreme Aktionen engagieren.

Zudem mangelte es in der vergangenen Förderperiode an der Beteiligung vieler Beiratsmitglieder, sodass auch aus diesem Grund eine Neukonstitution des Beirats sinnvoll erscheint.

Um den Vorgaben des Bundesprogramms zu entsprechen, besteht die Mehrzahl der Mitglieder aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. Weiterhin wurde versucht, die Mitgliederzahl überschaubar zu halten, um die Diskussions- und Arbeitsfähigkeit des Beirats zu gewährleisten.

Hintergrund

Die Landeshauptstadt Hannover nimmt mittlerweile in der zweiten Förderperiode (2020 – 2024) am Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teil. Durch das Bundesprogramm werden in ganz Deutschland kommunale Gebietskörperschaften dabei unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als aktive und vernetzte Strukturen vor Ort aufzubauen. Gemeinsam soll auf lokale Gegebenheiten und Problemlagen in Bezug auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus reagiert werden.

In der Förderperiode von 2015 bis 2019 (DS 1156/2015) lag der Schwerpunkt der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie Hannover auf dem Thema Demokratievermittlung. In der aktuellen Förderperiode wird der Themenschwerpunkt auf die Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Hannover gelegt und gemeinsam gegen (Mehrfach-) Diskriminierung und menschenfeindliche Ideologie gearbeitet.

Als Koordinierungs- und Fachstelle fungiert in der aktuellen Förderperiode das Sachgebiet Demokratische Bildung, Antidiskriminierung und gegen Rechtsextremismus (50.62) der LHH. Die Koordinierungs- und Fachstelle ist für die Steuerung der Umsetzung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ zuständig, fungiert als Ansprechpartnerin und trägt zur Bekanntmachung der vor Ort geleisteten Maßnahmen bei. Ihr stehen zusätzliche Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation, Vernetzung, Coaching sowie zu Analysezwecken zur Verfügung (jährlich 55.000 Euro).

Zur Stärkung der Beteiligung von jungen Menschen an den „Partnerschaften für Demokratie“ wird darüber hinaus für die neue Förderperiode auch ein neuzusammengesetztes Jugendforum eingerichtet, welches von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet wird. Das Jugendforum soll aus unterschiedlichen Organisationen zusammengesetzt werden. Geplant ist hierfür neben organisierten Gruppen und Organisationen (beispielsweise Stadtjugendring, Black lives matter, LIP-Jugend), auch Jugendliche zu erreichen, die bisher noch nicht in strukturierten Gruppen vertreten sind, beispielsweise über Jugendzentren. Zur Umsetzung eigener Maßnahmen werden dem Jugendforum gesondert Fördermittel bereitgestellt (jährlich 10.000 Euro).

Neben dem Aufbau einer lokalen „Partnerschaft für Demokratie“, sollen im Förderzeitraum regelmäßig Demokratiekonferenzen stattfinden.

Von der Stadt Hannover sind zusätzlich zu der Einbringung von Personal jährlich 10.000 Euro Eigenanteil beizutragen.

50.6
Hannover / 30.09.2021

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Sozialausschuss
An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)

Nr. 1668/2021

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa - Sachstandsbericht

In der Informationsdrucksache Nr. 2607/2013 wurde die Situation der Zuwander*innen aus Staaten Südosteuropas und die damit verbundenen Problemlagen vorgestellt. In der Drucksache wurde in Aussicht gestellt, dass ab 01.01.2014 im Fachbereich Soziales eine „Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa“ eingerichtet wird.

Die Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa war Mitte 2014 personell voll besetzt und hat mit der Drucksache 1070/2015 die Arbeitsinhalte der Koordinierungsstelle vorgestellt und zeitgleich einige Problemlagen, vor denen die Zuwander*innen noch immer stehen, aufgezeigt.

Mit der nunmehr vorliegenden Drucksache möchte die Verwaltung über den aktuellen Sachstand sowohl bezogen auf die Herausforderungen der Zuwander*innen als auch auf die Arbeit der Koordinierungsstelle informieren.

Hierzu vorweg zunächst ein paar allgemeine Feststellungen zur Zuwanderung nach Deutschland.

Rechtliche Ausgangslage

Nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU bedarf es für den Aufenthalt in Deutschland in den ersten 3 Monaten ausschließlich eines Personalausweises oder eines Reisepasses. Es wird vom Gesetzgeber dabei vorausgesetzt, dass die Menschen über ausreichend Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes und einen gültigen Krankenversicherungsschutz in ihrem Herkunftsland verfügen.

Seit 01.01.2014 liegt in rechtlicher Hinsicht eine Gleichstellung der Unionsbürger*innen aus Rumänien und Bulgarien mit anderen EU-Bürger*innen, die sich in Deutschland aufhalten, vor, da seitdem die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt. Das bedeutet, dass nach einem Aufenthalt von mehr als 3 Monaten, die Freizügigkeit weiterhin gilt, wenn

- die Unionsbürger*innen Arbeitnehmer*innen oder in Berufsausbildung sind,
- sie sich zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten, für bis zu 6 Monate und darüber hinaus nur, solange sie nachweisen können, dass sie weiterhin Arbeit suchen und

begründete Aussicht haben, eingestellt zu werden,

- die Unionsbürger*innen einer selbständigen Tätigkeit nachgehen und selbstverständlich

- wenn sie als nicht Erwerbstätige weiterhin ihren Lebensunterhalt selbständig bestreiten können und über einen ausreichenden Krankenversicherungsschutz verfügen.

Eine Prüfung der Freizügigkeitsberechtigung durch die Ausländerstelle findet erst statt, wenn die Personen Leistungen nach dem SGB II oder Kindergeld beantragen und die Leistungsbehörde der Ansicht ist, dass keine Freizügigkeit besteht. Diese Information wird an die Ausländerstelle weitergeleitet und dort wird dann das entsprechende Verfahren eingeleitet.

Ansprüche auf Sozialleistungen

Ein Leistungsbezug, der sich nur aus dem Aufenthalt zur Arbeitssuche ergibt, ist ausgeschlossen. Voraussetzung für den Erhalt von aufstockenden Leistungen ist eine Erwerbstätigkeit. Problematisch ist hierbei, dass die Arbeitnehmer*inneneigenschaft bisher nicht rechtlich definiert ist, sondern sich ausschließlich aus Urteilen herleiten lässt.

Bei einer selbständigen Tätigkeit, die erkennbar darauf ausgerichtet ist, dass Einnahmen erzielt werden und auch tatsächlich Aufträge vorliegen und wahrgenommen werden, ist ebenfalls eine Aufstockung durch Leistungen nach dem SGB II möglich.

Unabhängig von Leistungen durch den Fachbereich Soziales oder des Jobcenters zur Sicherung des Lebensunterhaltes ist der Anspruch auf Wohngeld, der besteht, sofern ein Mietvertrag für eine Wohnung geschlossen wurde.

Bis Juli 2019 war für den Anspruch auf Kindergeld ausschließlich der gewöhnliche Aufenthalt der Eltern in Deutschland Voraussetzung. Seit August 2019 ist auch beim Kindergeld Voraussetzung, dass Arbeitseinkommen durch die Eltern erzielt wird.

Gesundheitliche Versorgung

Verfügen die Personen während eines vorübergehenden Aufenthalts in Deutschland über einen Krankenversicherungsschutz im Heimatland, übernehmen die deutschen Krankenkassen eine Krankenbehandlung im Rahmen der Sachleistungsaushilfe nach Vorgaben der Verordnungen (EG) 883/04 und (EG) 987/09. Die Leistungsaushilfe setzt zwingend das Vorliegen der entsprechenden Anspruchsnachweise voraus. Sind die Personen in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis oder bekommen sie Leistungen nach dem SGB II ist die Krankenversicherung ebenfalls unproblematisch.

Schwierig ist es bei arbeitssuchenden oder selbstständigen Zuwander*innen, die sich selbstständig um ihren Krankenversicherungsschutz kümmern müssen. Häufig ist bei den ersten Kontakten mit den Personen nicht zu ermitteln, ob überhaupt eine Krankenversicherung vorliegt. Wenn dies nicht der Fall ist, führt das dazu, dass zum Teil Behandlungen erst erfolgen, wenn der Mensch zum Notfall geworden ist.

Zugang zu Wohnraum

Wie in der Drucksache 2607/2013 dargestellt, ist es für den Personenkreis aus Rumänien und Bulgarien häufig nicht einfach Wohnraum zu finden. Immer wieder muss festgestellt werden, dass die Menschen unter extremen Bedingungen auf kleinstem Wohnraum zu überhöhten Preisen zusammenleben. Häufig gibt es nicht mal einen schriftlichen Mietvertrag, sondern die Miete wird bar gezahlt. Damit einher geht daher die beständige Sorge der Menschen die Wohnung zu verlieren.

Die Probleme eine Wohnung zu finden ergeben sich hierbei aus verschiedenen Komponenten. Zum einen ist der Wohnungsmarkt in Hannover zur Zeit nahezu erschöpft, es gibt wenig Leerstände und wenn, dann sind das meist Wohnungen, die

für die Zuwander*innen aufgrund der Preise nicht in Frage kommen. Zum anderen haben die Zuwander*innen oft kein regelmäßiges Einkommen und zum Teil auch schon Eintragungen in der Schufa. Dies schreckt potentielle Vermieter*innen genauso ab, wie die Familiengrößen einiger rumänischer Familien. Familien mit 4-6 oder mehr Kindern sind keine Seltenheit. Diese Problematik hat sich in den zurückliegenden Jahren nicht verändert.

Situation in Hannover

Melderechtlich kann nicht unterschieden werden, ob es sich bei den gemeldeten Personen um beruflich hochqualifizierte Menschen handelt, wie die Wohnraumsituation ist, ob sie finanziell gut versorgt sind oder ob sie Hilfe benötigen oder ob sie einer bestimmten ethnischen Gruppe zugeordnet werden können. Die Gesamtzahlen haben sich seit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien in die EU zum 01.01.2007 wie folgt entwickelt:

gemeldete Personen	Bulgarien	Rumänien	Gesamt
31.12.2007	604	525	1.109
31.12.2009	1.013	525	1.538
31.12.2011	1.534	808	2.342
31.12.2013	2.183	1.350	3.533
31.12.2015	3.248	2.443	5.691
31.12.2017	3.932	3.002	6.934
31.12.2019	4.098	3.149	7.247
31.12.2020	4.267	3.362	7.629

An den Zahlen wird deutlich, dass der Zuzug in den vergangenen Jahren weiter angehalten hat, sich aber nach der großen Welle in den Jahren 2011 – 2017 nunmehr abgeschwächt hat.

Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa

Die Zuwander*innen brauchen Orientierung und Beratung, um Perspektiven entwickeln zu können. Ein System aus aufsuchender Arbeit und Orientierungsstelle als systematischer Bestandteil muss frühe Zugänge und die notwendige Begleitung und Beratung gewährleisten

Um sich dieser Herausforderung auch organisatorisch als Stadtverwaltung zu stellen, wurde in Umsetzung des im Herbst 2013 erstellten Handlungskataloges, im Fachbereich Soziales die „Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa“ eingerichtet, die ihre Arbeit Mitte 2014 vollständig aufnehmen konnte.

Die Koordinierungsstelle ist derzeit mit sechs Vollzeitstellen ausgestattet. Neben einer Leitung und zwei Stellen zur Grundsatzbearbeitung / Verwaltung sind drei Sozialarbeiter*innenstellen zwecks aufsuchender (muttersprachlicher) Straßensozialarbeit eingerichtet worden. Bei den Mitarbeiter*innen sind neben Deutsch und Englisch Sprachkenntnisse in Rumänisch, Bulgarisch, Türkisch und / oder Spanisch vorhanden.

Übergeordnete Aufgabe der Koordinierungsstelle ist es, die Integration und gesellschaftliche Teilhabe der Zielgruppe zu befördern sowie zur Wahrung des sozialen Friedens und der Erhöhung der Normbindung beizutragen. Dabei stehen die konkreten Handlungsfelder Krisenintervention, Hilfe zur Selbsthilfe, Einbindung in die Regelstrukturen und vor allen Dingen Teilhabe an Bildung, Arbeitsmarkt und einer diskriminierungsfreien Lebenssituation im Vordergrund.

Die Arbeit der Koordinierungsstelle zeichnet sich durch drei Säulen der Ausgestaltung der Arbeit aus: Informationsaufbereitung, Beratung und Netzwerkarbeit.

Bei der Informationsaufbereitung werden aktuelle Fragestellungen, die im Zusammenhang mit der Zuwanderung insbesondere von Personen die keine oder sehr wenige Leistungsansprüche geltend machen können, recherchiert und praxisorientiert aufbereitet. Diese Informationen dienen der besseren Beratung und werden in die Netzwerkarbeit innerhalb und außerhalb der Verwaltung eingebracht. Zu diesem Zweck haben die Verwaltungskräfte die Zuständigkeit für verschiedene Themengebiete (z. B. Krankenversicherung/Gesundheitsvorsorge, Wohnraumversorgung, JobCenter, Polizei/Staatsanwaltschaft etc.) aufgeteilt und sind in diesen die „Spezialist*innen“ und bei Fragen ansprechbar. Um auf dem aktuellsten Stand zu sein, werden hierfür die Fachpresse und andere Publikationen ausgewertet.

Die Beratung erfolgte anfangs in erster Linie im Rahmen von Krisenintervention, d. h. Familien oder Personen die auf der Straße leben, kein Obdach und / oder kein Einkommen haben, wurden hinsichtlich Unterbringung, Leistungsanträgen, Krankenversicherung und ärztlicher Versorgung beraten, sachkundig verwiesen und häufig auch begleitet. Diese Aufgabe wird von den Sozialarbeiter*innen wahrgenommen. Die Mitarbeiter*innen verfügen über die entsprechenden Sprachkenntnisse für die beiden im Fokus stehenden Personengruppen der rumänischen und bulgarischen Zuwanderer*innen. Diese Sprachkompetenz erleichtert den Zugang zu der Personengruppe und befähigt die Mitarbeiter*innen Personen auf der Straße anzusprechen und sich nach Problemen und Nöten zu erkundigen. Hier hat sich das Aufgabenbild mittlerweile etwas geändert, da die Sozialarbeiter*innen sehr stark in die Begleitung von ratsuchenden Zuwander*innen oder die Beratung im Büro eingebunden sind und daher der Aufgabe der Straßensozialarbeit nur noch eingeschränkt nachgehen können. Erhält die Koordinierungsstelle jedoch entsprechende Hinweise über lagernde Personen oder anderweitige Hinweise auf osteuropäische Personen in prekären Lebenssituationen, wird diesen natürlich nachgegangen.

Die beiden Verwaltungskräfte führen ebenfalls Beratung durch. In Zeiten von „Nicht-Corona“ erfolgte das über eine offene Sprechstunde viermal die Woche. Bei diesen Gelegenheiten wird immer wieder die Mithilfe eines Dolmetschers benötigt, da gerade Personen, die neu nach Deutschland kommen und bei der Koordinierungsstelle um Hilfe nachfragen, der deutschen Sprache nur in sehr seltenen Fällen soweit mächtig sind, dass eine Beratung stattfinden kann.

Die Themengebiete der Beratung spiegeln alle Bereiche des täglichen Lebens wieder. Dies geht von Begleitung zu Arztbesuchen und Klärung des Krankenversicherungsschutzes über Wohnung, Arbeitssuche, Schulbesuch der Kinder bis zu Sterbefällen und wie eine Überführung in die Heimat zu organisieren ist. Häufig wird für Antragstellungen Hilfe in Anspruch genommen.

Mit Stand vom 31.12.2020 waren bei der Koordinierungsstelle 1.403 Personen in Beratung, die sich wie folgt aufteilen:

Nationalität	Personen	davon Kinder
Bulgarisch	644	217
Rumänisch	735	365
Sonstige	24	11
Gesamt	1.403	593

Die Netzwerkarbeit ist unerlässlich, um im Sinne der Zielgruppe die diversen Hilfestrukturen besser zu verknüpfen und Themen auch verwaltungsintern besser zu koordinieren. Die Netzwerkarbeit erfolgt in regelmäßigen Treffen mit NGOs zum Austausch über die Erfahrungen im Bereich der Zuwanderung von osteuropäischen

Zuwander*innen, aber auch durch die Teilnahme an verschiedensten Runden Tischen oder Arbeitsgruppen, in denen Themen besprochen werden, die die Zuwander*innen betreffen. Darüber hinaus besteht ein regelmäßiger und guter Kontakt zu internen Stellen der Stadtverwaltung und auch zu Dritten. Dieser wird unter anderem durch Informationsveranstaltungen für die unterschiedlichsten Personenkreise, die durchgeführt werden, gepflegt. Zum einen mit Ehrenamtlichen, Sozialarbeitern*innen und anderen Personen, die Kontakt zu Zuwanderer*innen haben, um dort ein Hintergrundwissen und somit auch Verständnis füreinander aufzubauen. Zum anderen aber auch mit den Zuwanderer*innen zu den Themen Hygiene, Impfschutz, Müll u. ä., damit unter anderem das Konfliktpotential mit der Nachbarschaft möglichst reduziert werden kann und um Gesundheitsschutz anzubieten.

Die Netzwerkarbeit schließt das Einwerben von Fördermitteln auf der Europäischen sowie Bundes- und Landesebene ein.

Ein Ergebnis der Einwerbung von Fördermitteln ist der Erhalt von Mitteln aus dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen, kurz: EHAP. Aus diesem Fonds erhält die Stadt Hannover zusammen mit ihren Projektpartner*innen seit 2016 Mittel zur Unterstützung, Beratung und Begleitung von Zuwander*innen und ihren Kindern. Näheres dazu ergibt sich aus den Informationsdrucksachen 0875/2018 und 2272/2019.

Die Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa hat in den vergangenen Jahren drei Broschüren erarbeitet. Die erste, mittlerweile in der zweiten Auflage erschienen Broschüre ist für die Personen bzw. Institutionen gedacht, die mit Zuwander*innen arbeiten. Es handelt sich um eine Sammlung der Adressen verschiedener Träger in Hannover und soll der schnelleren Information untereinander dienen. Die Broschüre nennt Ansprechpartner*innen und Anlaufstellen für sehr unterschiedliche Lebenssituationen, so dass Ratsuchende unmittelbar weiter verwiesen werden können.

Des Weiteren wurde ein Leitfaden entwickelt, der auf die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten ist („Willkommen in Hannover“). Auch diesen gibt es mittlerweile in zweiter Auflage. Dort werden Erstanlaufstellen für die Zuwander*innen benannt und gleichzeitig erklärt, wofür die Stellen zuständig sind. Dieser Leitfaden arbeitet z. T. mit Piktogrammen und wurde in die rumänische und bulgarische Sprache übersetzt und gedruckt.

Die dritte Broschüre („Tipps für den Alltag“) wendet sich ebenfalls an die Zuwander*innen. Sie zeigt die in der Praxis auffällig gewordenen Probleme auf und wie diese vermieden werden können (z.B. wenn ein Vertrag abgeschlossen wurde, muss dieser auch wieder gekündigt werden, da er - und damit auch eventuelle Kosten - sonst weiterlaufen). Auch diese Broschüre liegt in gedruckter Form ausschließlich in rumänische und bulgarischer Form vor.

In deutscher Sprache nachzulesen sind alle Broschüren auf der Seite der Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa auf Hannover.de.

Da die Koordinierungsstelle mit insgesamt 6 Mitarbeiter*innen für das gesamte Stadtgebiet zuständig ist und Ansprechpartner*in für alle Fragen der osteuropäischen Zuwanderung, ergibt sich keine stadtbezirksorientierte Arbeit.

Eine Ausnahme ist hierbei die Beratung einmal wöchentlich in der Kontakt- und Beratungsstelle am Stauffenbergplatz in Mühlenberg. Diese ist jedoch nur durch das zusätzliche Personal, welches durch EHAP bei der Koordinierungsstelle angesiedelt ist, leistbar.

Unabhängig davon ist die Stelle jederzeit ansprechbar, wenn es Auffälligkeiten wie z. B. lagernde Personen, Vermüllung oder gefühlte Überbelegung eines Hauses gibt und es sich dabei um osteuropäische Zuwander*innen handelt /handeln könnte.

Diesen Hinweisen wird dann nachgegangen. Werden im Rahmen von Begleitungen z. B. bettelnde Personen bemerkt, werden diese zu einem späteren Zeitpunkt angesprochen. Ebenso unterstützen insbesondere die muttersprachlichen Kolleg*innen andere Stellen bei Aktionen wie der Befragung von obdachlosen bzw. wohnungslosen Personen oder aktuell Impfkampagnen in Stadtteilen.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass die Arbeit der Koordinierungsstelle gut angenommen wird. Die muttersprachliche Sozialarbeit schafft Vertrauen und so können immer mehr der Zuwander*innen erreicht werden. Die Rückmeldungen anderer Institutionen ist durchweg positiv. Dort wird die Arbeit und Hilfestellung der Koordinierungsstelle als hilfreich empfunden.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Ein Großteil der Zuwander*innen kommt in größeren Familienverbänden, was besondere Ansprüche an die Beratungstätigkeit stellt, da sich die Anforderungen im Vergleich zu Einzelpersonen deutlich unterscheiden. Hierauf wird in der Praxis ebenso eingegangen wie auf die zum Teil unterschiedlichen Frauenbilder in den Kulturen.

Kostentabelle

Eine unmittelbare Entscheidung über Haushaltsmittel ist mit dieser Information nicht verbunden.

50.61
Hannover / 30.06.2021

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache



In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)

Nr. 2032/2021

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Information über das Netzwerk ALBuM

Auf Wunsch des Internationalen Ausschusses informiert die Verwaltung über die Arbeit des Netzwerks ALBuM.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Arbeit des Netzwerks berücksichtigt Gender-Aspekte bei der Planung von Angeboten.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Das Netzwerk ALBuM

Das Netzwerk besteht seit 2005 aus einer wachsenden Zahl von Migrantenorganisationen und Erwachsenenbildungseinrichtungen. Zurzeit sind folgende Einrichtungen Mitglied im Netzwerk:

- Amfn
- Awo
- Bildungsverein
- VHS Calenberger Land
- Tolstoi
- Kargah
- Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
- VHS Hannover-Land
- Leine VHS

- VNB (Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen)
- ADV Nord
- VHS Hannover
- Can arkadas

Das Netzwerk ALBuM entstand im Rahmen des Förderprogramms EQUAL mit dem Ziel, Migrant*innen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Nach Ende des Projekts beschlossen die Partner*innen, weiterhin zu kooperieren. Seither sind eine Vielzahl unterschiedlicher Projekte umgesetzt worden. Diese Projekte lassen sich in den folgenden Handlungsfeldern verorten:

- Beratungs- und Deutschförderung
- Diversität und Interkulturelle Kompetenz
- Politische Bildung und Beteiligung
- Beratung und Stärkung von Organisationen
- Dialog und Begegnung
- Übergang in den Beruf
- Ankommen im Alltag
- Kulturelle Bildung
- Kulturelle Teilhabe

Den Ratsgremien ist zuletzt mit der **Informationsdrucksache 760/2015** ausführlich über das Netzwerk berichtet worden.

Arbeitsschwerpunkte der letzten fünf Jahre sind –neben dem Diskurs der Netzwerkpartner*innen untereinander - gewesen:

- Durchführung berufsbezogener Sprachkurse nach ESF-BAMF und Deuvöv sowie unter der Marke "Deutsch 360 Grad" in Kooperation mit Volkswagen.
- Aufbau und Erprobung eines gemeinsamen Profiling- und Teilnehmendenmanagements für die berufsbezogenen Sprachkurse
- Fortführung des Diversity Netzwerks, das vor allem Personal- und Ausbildungsverantwortlichen aus Unternehmen ein Forum zum Dialog bietet und hierzu in jedem Jahr zwei bis vier themenbezogene Treffen anbietet
- Planung und Durchführung von sog. Mikroprojekten unter der Programmlinie „Wir leben in Hannover“ in Kooperation mit dem Fachbereich Kultur/ mit Kultureinrichtungen mit dem Ziel, Absolventen berufsbezogener Sprachkurse in kulturelle Bildungs- oder Begegnungsangebote überzuleiten, in denen sie z.B. in ihrem Wohnstadtteil Menschen mit anderer Herkunft und Geschichte, aber gleichgelagerten Interessen kennenlernen.
- Jährliche Durchführung einer Veranstaltung „Blickwechsel“, als Forum zur Beleuchtung eines aktuellen gesellschaftspolitischen Themas aus verschiedenen Blickwinkeln.

Grundlage der über ein Statut zwischen den Partnern geregelten Zusammenarbeit ist die Annahme, im Verbund mehr zu erreichen als allein und zwar sowohl für die Menschen, die in Hannover leben, als auch für die Partnerorganisationen des Netzwerks.

Selbst gesetztes Ziel und Aufgabe des Netzwerks ist über Diskurs und Projektrealisierung Beiträge zu leisten, dass

- Menschen –mit und ohne Migrationsbiografie -,
- die in Hannover wohnen,
- gleiche Chancen zur Selbstverwirklichung durch Arbeit und Bildung haben und
- an der Mitgestaltung der hannoverschen Gesellschaft gleichermaßen mitwirken.

Die Zusammenarbeit des Netzwerks wird durch eine Koordinationsstelle organisiert, die im Fachbereich Kultur angesiedelt ist.

Die Aktivitäten des Netzwerks haben unter der Corona-Situation –wie viele andere kulturelle Aktivitäten auch – gelitten. Viele Partner*innen sahen sich zum Beispiel mit dem Erfordernis konfrontiert, Mitarbeiter*innen in Kurzarbeit zu schicken. Unter anderem dadurch standen und stehen deutlich eingeschränkte Zeitressourcen für die Zusammenarbeit im Netzwerk zur Verfügung.

Die Netzwerkpartner*innen haben vereinbart, noch im Jahr 2021 auf einer Strategieklausur über die Arbeitsschwerpunkte der nächsten Jahre zu beraten. Hierbei finden auch einige Maßnahmen des Kulturentwicklungsplan Berücksichtigung, bei denen eine Mitwirkung des Netzwerks und seiner Koordinationsstelle grundsätzlich angelegt sind.

41.0
Hannover / 08.09.2021

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache



In den Sozialausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Jugendhilfeausschuss
In den Verwaltungsausschuss
An den Gleichstellungsausschuss (zur Kenntnis)
An die Ratsversammlung (zur Kenntnis)

Nr. 2036/2021
Anzahl der Anlagen 2 (nur online)
Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

Wohnungslosigkeit in Hannover

1. Zielsetzung und Vorgehensweise

Die **Online-Umfrage und das Bürger*innenpanel** zum Thema Wohnungslosigkeit zielen darauf ab, ein aktuelles Meinungs- und Stimmungsbild aus unterschiedlichen Perspektiven einzuholen. Die beiden Umfragen begreifen sich als weiteres Beteiligungsinstrument in Ergänzung des „**Runden Tisches Wohnungslosigkeit**“.

Ziele der beiden Umfragen

- Beteiligung und Dialog befördern, auch als Baustein des „Innenstadtdialogs“
- Wissen aller Bevölkerungsgruppen (mit und ohne festen Wohnsitz) und unterschiedliche Perspektiven einbeziehen
- Vielfalt der Lebenslagen wohnungsloser Menschen besser verstehen
- Darauf basierend: passgenaue Unterstützungsangebote weiterentwickeln und für Planungszwecke nutzen.

Fragestellungen: Wo halten sich Wohnungslose auf, bei Tag und bei Nacht, insbesondere auch außerhalb der Innenstadt? Welche Hilfs- und Unterstützungsangebote in Hannover werden genutzt – welche nicht? Wie groß ist die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich für wohnungslose Menschen zu engagieren? Wie informieren sich Menschen und über welche Kanäle? Zum Online-Fragebogen siehe den Anhang der Anlage 1 (Ergebnisse aus der Online-Umfrage).

Adressat*innen: Mitmachen konnten alle Menschen, die in Hannover leben oder Zeit verbringen (z.B. auch Berufspendler*innen), darunter neben der Wohnbevölkerung explizit auch wohnungslose Menschen, im weiteren Sinne: Menschen ohne festen Wohnsitz. Zum Begriff „Wohnungslosigkeit“ siehe Anlage 1.

Methoden: Methodenmix aus nicht repräsentativem Meinungsbild von Menschen mit und ohne festen Wohnsitz (Online-Umfrage) sowie repräsentativem Meinungsbild der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Stadtgebiet (Bürger*innenpanel). Zur Repräsentativität siehe Anlagen 1 und 2 (Ergebnisse aus dem Bürger*innenpanel).

Vorgehensweise:

Bürger*innenpanel: Nach dem Neuaufbau des Bürgerpanels Ende Juni 2021 konnten im Juli 1.575 Teilnehmer*innen mit dem Fragebogen zum Thema Wohnungslosigkeit angeschrieben werden, darunter mehr als 90 Prozent per E-Mail. 1.003 Personen haben an der siebten Befragung des Bürger*innen-Panels teilgenommen. Die Rücklaufquote liegt somit bei 64 Prozent. Das Bürger*innen-Panel ist hinsichtlich Altersgruppen und Geschlecht repräsentativ für die Einwohner*innen der Landeshauptstadt Hannover ab 16 Jahren.

Online-Umfrage: In Ergänzung zum Bürger*innenpanel musste ein Instrument gefunden werden, das eine Beteiligung unter Pandemiebedingungen ermöglicht und wohnungslose Menschen ausdrücklich aktiv einbezieht. Die Wahl fiel auf das Online-Befragungs-Tool „limesurvey“, das eine Mitwirkung mit dem Smartphone und via W-LAN oder Mobile Daten ermöglicht. Auf diese Weise konnten Menschen unterwegs und „auf der Straße“ mitmachen.

Um auch Menschen ohne Smartphone die Mitwirkung zu ermöglichen, waren im Rahmen einer **Aktionswoche vom 19. bis 25. April 2021** 16 Interviewer*innen an über 20 Standorten vor Unterkünften, Notschlafstellen, Tagesaufenthalten und auf innenstadtnahen Plätzen zu unterschiedlichen Tageszeiten im Stadtgebiet unterwegs. Mit insgesamt 8 Tablets begleiteten Dolmetscher*innen die Fragebogenaktion und übersetzten bei Bedarf ins Polnische, Russische, Rumänische, Bulgarische, Englische oder Spanische. Auf diese Weise konnten auch nichtdeutschsprachige Eingewanderte mitmachen. Näheres zur Aktionswoche, dem Datenschutz, der Teilnahmebereitschaft siehe Anlage 1.

2. Zusammenfassung mit Kernaussagen

2.1 Aus Sicht der Bevölkerung ohne festem Wohnsitz

Teilnehmende: 331 wohnungslose Menschen haben an der Befragung teilgenommen. Darunter sind 211 Männer, 59 Frauen und 4 Menschen diversen Geschlechts. Die Teilnehmenden sind überwiegend im Alter von Mitte / Ende 20 bis 55 Jahren. Es handelt sich dabei zum großen Teil um Alleinlebende, aber auch um Paare oder Familien mit minderjährigen Kindern, bzw. um wohnungslose Menschen mit Kind(ern). 16 Prozent der Teilnehmenden geben an, minderjährige Kinder zu haben, aber nur 4,3 Prozent der Teilnehmenden leben als Familie, weil das Kind / die Kinder „beim anderen Elternteil“ lebt/leben. Teilnehmende Männer sind deutlich häufiger alleinlebend als Frauen. Frauen leben häufiger als Paar oder als Familie. Frauen haben häufiger Kinder unter 18 Jahren als Männer. Menschen diversen Geschlechts oder Befragte, die ihr Geschlecht nicht nennen, machen zur Frage nach Kindern sowie zu vielen anderen Fragen häufiger keine Angabe.

Jeweils die Hälfte der Befragten, die Auskunft darüber gibt, ist selbst eingewandert oder entstammt einer Einwanderungsfamilie. Die Teilnehmenden sprechen im Schnitt 1,7 Sprachen, Eingewanderte im Schnitt 2,2 Sprachen. 71 Prozent der Teilnehmenden geben an, Deutsch zu sprechen, unter den Eingewanderten sprechen 69 Prozent Deutsch. Insgesamt sprechen 27 Prozent (Schul-) Englisch, 20 Prozent Polnisch und 12 Prozent Russisch.

Das Alters- und Einwanderungsprofil teilnehmender Männer und Frauen ist ähnlich. Nach Einschätzung der Fachverwaltung entspricht die Struktur der Teilnehmenden in etwa der geschätzten soziodemografischen Struktur derjenigen wohnungslosen Menschen in Hannover, die das Hilfesystem in Anspruch nehmen und für die Fachverwaltung erkennbar wohnungslos sind.

Befragungsergebnisse:

Fast drei Viertel (73 Prozent) der wohnungslosen Menschen sucht eine Wohnung, darunter alle teilnehmenden Familien. Die am häufigsten genannten Probleme bei der Wohnungssuche sind der Preis („zu teuer“), Schulden- oder Schufa-Einträge oder „das schaffe ich nicht alleine“ (jeweils über 40 Prozent der Nennungen, Mehrfachnennungen möglich). Auch die Antwort „Vermieter*innen wollen mich nicht“ wird von über einem Drittel als Problem angegeben. Fast ein Fünftel der Befragten insgesamt gibt an, dass sie keinen Anspruch auf eine Wohnung in Hannover haben. Unter den Eingewanderten sind es rund ein Viertel. Eingewanderte nennen häufiger: „das schaffe ich nicht alleine“, „keine passende Wohnung“, „kein Anspruch in Hannover“ und „sonstige Gründe“. Nicht-Eingewanderte nennen häufiger „Wohnung zu teuer“, „Schulden, Schufaeinträge“. Männer geben im Schnitt 2,7 hauptsächliche Probleme an, Frauen im Schnitt 2,3 Probleme.

Jeweils fast zwei Drittel antwortet auf die Frage „Brauchen /möchten Sie Unterstützung bei der Wohnungssuche?“ mit „ja, jemand, der sucht“ oder „ja, jemand der begleitet“. Fast ein Viertel gibt an, dass „sprachliche Hilfen“ zur Unterstützung bei der Wohnungssuche benötigt werden (Mehrfachnennungen möglich). Frauen wollen häufiger keine Hilfe bei der Wohnungssuche als Männer. Männer nennen häufiger: „jemand der sucht“, und „sonstige Unterstützung“. Frauen nennen häufiger: „jemand der begleitet“ und „sprachliche Hilfen“.

Befragt nach den Aufenthaltsorten tagsüber geben 46 Prozent an „irgendwo draußen“, ein knappes Viertel nutzt eine Unterkunft, rund 18 Prozent halten sich bei Freunden und Bekannten auf. Etwa 27 Prozent der Antwortenden sucht nachts eine Notunterkunft auf. Jeweils rund ein Viertel gibt an, sich auch nachts „irgendwo draußen“ aufzuhalten oder in einer „festen Unterkunft für wohnungslose Menschen“. Etwa 15 Prozent geben an, sich

nachts bei „Freunden oder Bekannten“ aufzuhalten oder „das möchte ich nicht sagen“. Insgesamt halten sich Frauen tags wie nachts seltener in der Innenstadt und häufiger in anderen Stadtteilen auf als Männer. Antwortende Frauen halten sich tagsüber in einer „Unterkunft“ (39 %), „irgendwo draußen“ (20 %), in einer Notunterkunft (18 %) auf. Je 12 Prozent der teilnehmenden Frauen möchten dazu nichts sagen, halten sich im „Frauenhaus“ oder bei „Freunden/Bekannten“ auf (Mehrfachnennungen waren möglich). Teilnehmende Männer nennen in erster Linie Notunterkünfte (33 %) und „Orte irgendwo draußen“ (29 %) sowie feste Unterkünfte (22 %) als nächtliche Aufenthaltsorte.

Fast die Hälfte der Antwortenden nutzt den Tagesaufenthalt „Meckiladen“, rund ein Viertel den „Kompass“, das Stellwerk und den „DüK“. Wie häufig die genannten Einrichtungen genutzt werden, hängt wesentlich damit zusammen, an welchen Standorten im Laufe der Aktionswoche die Interviews durchgeführt wurden. Frauen nutzen im Durchschnitt 1,8 der aufgeführten Einrichtungen, Männer im Schnitt 2,7 der Einrichtungen.

Auf die Frage nach Hilfen in der aktuellen Situation, entfallen die meisten Antworten - abgesehen von einer „eigenen Wohnung“ (73 Prozent), auf Soziale Arbeit (51 Prozent), medizinische Versorgung (44 Prozent), Unterkünfte mit Einzelzimmer (42 Prozent) sowie „Sonstiges“ (35 Prozent), Information und Beratung (32 Prozent), Essensausgaben / Tafeln (32 Prozent) und / oder Therapieplätze (z.B. Sucht- oder Psychotherapie) (31 Prozent Prozent).

Männer nennen (z.T. deutlich) häufiger eine „eigene Wohnung“, „Soziale Arbeit“, „medizinische Versorgung“ oder „Unterkunft mit Einzelzimmer“ und „Sonstiges“. Frauen nennen häufiger spezielle Unterkunftsformen, wie „Unterkunft für Paare“, „Unterkunft, Hunde erlaubt“, „Unterkunft für Familie“ oder „mit Pflege“.

Die Schlussfrage: "Hier können Sie uns noch etwas mitteilen" ist eine offene Frage, die von 134 Teilnehmenden (rund 40 Prozent aller Teilnehmenden) beantwortet wurde. 42 Prozent der offenen Mitteilungen enthalten konkrete Maßnahmenvorschläge zu unterschiedlichen Handlungsfeldern. Als Maßnahmen, die die individuelle Situation verbessern würden, wird am häufigsten der Wunsch nach deutlich mehr bezahlbarem Wohnraum im Stadtgebiet geäußert. Aber auch der Bedarf an mehrsprachiger Unterstützung und Beratung oder nach einer „Arbeit“, oft gepaart mit gesundheitsbezogenen Angeboten, wird formuliert. Ein gutes Viertel der Teilnehmenden nutzt die Frage für konkrete Erfahrungsberichte. Vereinzelt gibt es Hinweise auf Gewalterfahrungen innerhalb und außerhalb von Unterkünften oder Rassismuserfahrungen, auch auf dem Mietwohnungsmarkt. Etwa ein Fünftel der Antwortenden nutzt die offen gestellte Frage für Appelle, Hinweise oder Kritik an der Stadtverwaltung, an der Politik oder an der Stadtgesellschaft.

2.2 Aus Sicht der Bevölkerung mit festem Wohnsitz (Online-Umfrage und Panelbefragung)

Online-Befragung

- Die Teilnehmende sind mehrheitlich weiblich, zwischen 25 und 64 Jahre alt und haben überwiegend keinen Migrationshintergrund. Nahezu alle sprechen deutsch, gefolgt von (Schul-)Englisch.
- Drei Viertel der Befragten wohnt in der Stadt Hannover, darunter sind die Stadtteile Linden, List und Südstadt am häufigsten genannt worden.
- Nahezu alle Befragten nehmen wahr, dass es Wohnungslosigkeit in Hannover gibt, unabhängig von Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund.

- Mit Abstand am Häufigsten werden wohnungslose Menschen im Stadtteil Mitte wahrgenommen. Es folgen die Stadtteile Linden (zusammengefasst), List und Oststadt.
- Die Befragten nennen als konkreten Ort, an dem sie wohnungslose Menschen wahrnehmen, am Häufigsten einen Ort in der Innenstadt, aber auch in fast 300 Fällen einen Ort außerhalb der Innenstadt.
- Wohnungslose Menschen werden von den Befragten überwiegend täglich, im ganzen Jahr, den ganzen Tag am konkreten Ort wahrgenommen. Es handelt sich dabei überwiegend um Männer.
- Mehr als zwei Drittel der Befragten ist es sehr wichtig, dass es Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen gibt. Frauen, eingewanderten und jüngeren Befragten ist es häufiger sehr wichtig.
- Jede*r sechste Befragte engagiert sich bereits für wohnungslose Menschen. Gut ein Viertel kann sich dies vorstellen. Vier von zehn Befragungsteilnehmer*innen steht nicht für ein Engagement zur Verfügung. Frauen, eingewanderte und jüngere Befragte zeigen mehr Bereitschaft für Engagement.
- Mehr als die Hälfte der Befragten bevorzugt ein wohnortnahes Engagement, vor allem eingewanderte Befragte wollen häufiger „unbedingt vor Ort“ tätig sein. Frauen, Kinder und Jugendliche werden am Häufigsten als Ziel von Engagement genannt.
- Die Vorstellung, dass es in der Nachbarschaft ein neues Hilfsangebot für wohnungslose geben könnte, finden zwei Drittel der Befragten gut. Jede*r Fünfte würde sich dort auch engagieren wollen. Ebenfalls jede*r Fünfte befürchtet Probleme in der Nachbarschaft. Frauen, eingewanderte Befragte und jüngere Befragten sind positiver eingestellt und sorgen sich seltener um Probleme in der Nachbarschaft.
- 301 Personen hatten Mitteilungen jeglicher Art. Auffallend häufig gab es ausführliche Textbeiträge, die sich über mehrere Textzeilen bis zu halber Textseite erstrecken. Das Thema hat für alle Menschen, die diese offene Frage beantworteten, einen hohen Stellenwert. Die Beiträge sind teils sachlich, teils besorgt, teils sehr emotional. Es gibt auch Unmut oder Ratlosigkeit über zurückliegende oder gegenwärtige Wohnungslosienpolitik. Oft finden sich Statements oder politische / gesellschaftliche Botschaft, teils gepaart mit Appellen an Menschenwürde und Solidarität.

Bürger*innenpanel

- Nach dem Neuaufbau des Bürgerpanels Ende Juni 2021 konnten im Juli 1.575 Teilnehmer*innen mit dem Fragebogen zum Thema Wohnungslosigkeit angeschrieben werden, davon mehr als 90 Prozent per E-Mail. 1.003 Personen haben an der Befragung der siebten Befragung des Bürger*innen-Panels teilgenommen. Die Rücklaufquote liegt somit bei 64 Prozent. Das Bürger*innen-Panel ist hinsichtlich Altersgruppen und Geschlecht repräsentativ für die Einwohner*innen Hannover.
- 90 Prozent der Befragten erkennen im Stadtbild, dass es wohnungslose Menschen in Hannover gibt, mehr als die Hälfte nimmt Wohnungslosigkeit über die Medien wahr. Weniger als 1 Prozent der Befragten nehmen nicht wahr, dass es wohnungslose Menschen gibt. Mehr als einem Drittel sind Einrichtungen bekannt, die von wohnungslosen Menschen genutzt werden. Je 7 Prozent kennen wohnungslose Menschen persönlich und/oder haben im beruflichen Umfeld mit ihnen zu tun. Die Wege der Wahrnehmung unterscheiden sich im Hinblick auf die Altersgruppen: Je älter die Befragten, desto höher ist die Wahrnehmung von Wohnungslosigkeit über die Medien. Die Wahrnehmung über das Stadtbild sinkt dagegen mit zunehmendem Alter.

- Ebenfalls 90 Prozent der Befragten nehmen Wohnungslosigkeit im Stadtteil Mitte wahr, rund ein Viertel in der List, ein Fünftel in der Oststadt, jeweils rund ein Zehntel in der Nordstadt, Linden-Mitte und Linden-Nord. In 34 von 46 genannten Stadtteilen wird Wohnungslosigkeit von weniger als 3 Prozent wahrgenommen.
- Auf die Frage an welchen konkreten Orten, Plätzen, Quartieren wohnungslose Menschen wahrgenommen werden, gaben die Befragten insgesamt 1.657 Antworten. 63 Prozent der Befragten nannten Orte in der Innenstadt (Stadtteil Mitte und angrenzende Orte, wie Weiße-Kreuz-Platz, Pavillon), gut ein Drittel einen Ort in einem anderem Stadtteil Hannovers. Knapp 3 Prozent der Ortsangaben ließen sich nicht konkret zuordnen (unter Brücken, Parks, vor Supermärkten, in der Straßenbahn, u.a.).
- Wohnungslose Menschen werden von den Befragten überwiegend täglich (51 Prozent), den ganzen Tag (78 Prozent), im ganzen Jahr (88 Prozent) am konkreten Ort wahrgenommen. Wahrgenommen werden überwiegend Männer (48 Prozent), aber von knapp einem Drittel (30 Prozent) auch Frauen. Senior*innen und Jugendliche oder junge Erwachsene werden von rund einem Zehntel wahrgenommen.
- Die Tatsache, dass es Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen gibt, finden über 90 Prozent der Befragten sehr wichtig oder wichtig. Weniger als 2 Prozent finden das nicht so wichtig oder überhaupt nicht wichtig. Frauen (94 Prozent) ist es häufiger sehr wichtig/wichtig als Männern (89 Prozent). Je jünger die Befragten sind, desto häufiger ist dies ihnen wichtig oder sehr wichtig.
- Ein Drittel der Befragten wüsste, an wen Sie sich bei Mietschulden oder drohendem Wohnungsverlust wenden oder sich informieren könnten. Über zwei Drittel wüssten das nicht und kennen keine Ansprechpartner*innen. Hier gibt es nennenswerte Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Mit steigendem Alter nimmt die Kenntnis von Ansprechpartner*innen kontinuierlich zu, um im Alter von 75 und älter wieder deutlich abzunehmen.
- Knapp 80 Prozent der Befragten würden sich Rat und Unterstützung im Internet suchen, mehr als 60 Prozent über persönliche Beratung. Mehr als ein Drittel würde sich eine telefonische Beratung (Telefonhotline) wünschen. Mit zunehmendem Alter nimmt die Anzahl der Nennung des Internets für Rat und Unterstützung ab, während der Bedarf nach persönlicher Beratung steigt.
- 88 Prozent der Befragten finden es wichtig oder sehr wichtig, dass die Stadtverwaltung zum Thema Mietschulden und drohendem Wohnungsverlust berät und informiert. Frauen ist dies mit 93 Prozent noch wichtiger als Männern (84 Prozent).
- 44 Prozent der Befragten kann es sich vorstellen, sich in der Wohnungslosenhilfe zu engagieren, 3 Prozent engagieren sich bereits. Mehr als die Hälfte der Befragungsteilnehmenden kann sich dies nicht vorstellen (keine Zeit, 30 Prozent, kein Interesse, 23 Prozent). Am häufigsten (60 Prozent) kann sich die Altersgruppe der 16 bis 24-Jährigen ein Engagement vorstellen, am seltensten die Altersgruppe der 25 bis 34-Jährigen (39 Prozent). Bei der Ablehnung von Engagement dominiert bei den 25 bis 64-Jährigen als Grund der Zeitmangel. Frauen können sich etwas häufiger als Männer vorstellen sich in der Wohnungslosenhilfe zu engagieren.
- Von denen, die sich ein Engagement vorstellen können oder sich bereits engagieren, nennen 60 Prozent Sachspenden und 35 Prozent Geldspenden. Die Hälfte der Befragten Zeitspenden bzw. ehrenamtliches Engagement. Doppelt so viele Frauen wie Männer nennen mehr als eine Art des Engagements. Während beim Geldspenden und zeitlichem Engagement kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen, geben Frauen häufiger Sachspenden an als Männer. Die Bereitschaft zum Zeitspenden bzw. ehrenamtlichen Engagements ist bei den 16 bis 24-Jährigen am höchsten (60 Prozent) und bei den 75-Jährigen und älteren am niedrigsten (33 Prozent) ausgeprägt.

- Die fünf meistgenannten Arbeitsfelder, in denen sich Befragte Engagement vorstellen können, sind „Essens- und Kleiderausgaben“ (57 Prozent), „Nachbarschaftshilfe“ (38 Prozent), „Begleitung zu Ämtern oder Ärzt*innen“ (30 Prozent), „organisatorische Unterstützung im Rahmen von Vereinen/Initiativen“ (30 Prozent) sowie „persönliche Hilfestellung“ (25 Prozent).
- Knapp 60 Prozent der Befragten möchte sich möglichst oder unbedingt vor Ort engagieren, einem Drittel ist der Ort des Engagements egal. Weniger als 10 Prozent der Befragten möchte sich keinesfalls vor Ort, sondern weiter weg engagieren. Die Altersgruppe ab 65 Jahren präferiert deutlich häufiger ein Engagement vor Ort.
- Die sechs am häufigsten genannten Zielgruppen des Engagements sind Kinder und Jugendliche (62 Prozent der Befragten), Familien/Eltern (59 Prozent), Frauen (34 Prozent), LSBTIQ (25 Prozent), Männer (17 Prozent) und psychisch Kranke (16 Prozent). Diese sechs am häufigsten genannten Zielgruppen sind bei Männern und Frauen gleich, wobei Frauen mehr als doppelt so häufige „Frauen“ als Zielgruppe nennen. Männer nennen „psychisch Kranke“ fast doppelt so häufig als Zielgruppe wie Frauen.
- Drei Viertel der Befragten informieren sich über soziale Themen und Sozialpolitik über die lokalen Tageszeitungen, fast ein Drittel über „www.hannover.de“. Jeweils rund ein Viertel informiert sich über andere Internetseiten, lokale Wochenblätter oder Social Media-Kanäle, z.B. Twitter.
- Fast zwei Drittel der Befragten wünschen sich mehr Informationen (Öffentlichkeitsarbeit) der Stadtverwaltung zum Thema Wohnungslosigkeit, zum Beispiel strategische Ziele, Haltungen und Angebote. Mit zunehmendem Alter sinkt der Bedarf nach Informationen zu diesen Themen. Frauen wünschen sich nur geringfügig häufiger als Männer mehr Informationen seitens der Stadtverwaltung hierzu.

3. Erste fachliche Einschätzungen / Schlussfolgerungen

Das Thema Wohnungslosigkeit berührt sehr viele verschiedene Fachlichkeiten innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung. Allein innerhalb der Stadtverwaltung sind dies unter anderem die Bereiche Soziale Hilfen in Wohnungslosigkeit, Unterbringung, Kommunaler Sozialdienst, Familienmanagement, Migration/Integration sowie Bürgerschaftliches Engagement und soziale Stadtteilentwicklung.

Im Nachgang der Veröffentlichung dieser Informationsdrucksache werden die Ergebnisse allen Fachlichkeiten zur Verfügung gestellt, insbesondere die zahlreichen Maßnahmenvorschläge betroffener und befragter Personen, um gemeinsam mit dem „Runden Tisch Wohnungslosigkeit“, der Region Hannover und weiteren Akteur*innen in der Wohnungslosenhilfe Handlungsempfehlungen und weitere Schritte zu erarbeiten. Im Folgenden werden erste Einschätzungen und Schlussfolgerungen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen formuliert:

Fachbereich Soziales, Bereich Soziale Hilfen in Wohnungslosigkeit (OE 50.7.)

Das Sozialdezernat und der Fachbereich Soziales haben in den letzten Jahren auf unterschiedlichen Wegen die Maßnahmen zur Unterstützung wohnungsloser Menschen an die gestiegenen und veränderten Bedarfe angepasst. Dieses umfasst neue Organisationsstrukturen innerhalb der Verwaltung (z.B. die Bildung eines eigenen Bereiches „Soziale Hilfen in Wohnungslosigkeit“), den Auf- und Ausbau von Kapazitäten zur Koordination der einzelfallübergreifenden Hilfen, den Ausbau von Straßensozialarbeit

(aktuell mit dem neuen Baustein „Straßensozialarbeit für wohnungslose Frauen“). Der „Runde Tisch Wohnungslosigkeit“ wurde als Gremium in neuer Zusammensetzung und unter Beteiligung von Betroffenen bzw. Vertreter*innen von Wohnungslosigkeit betroffener Menschen etabliert.

Die Coronapandemie und die damit verbundenen Einschränkungen und neuen Bedarfen haben alle Akteur*innen im Themenfeld, aber ganz besonders die direkt von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen stark getroffen. Gemeinsam mit allen Partner*innen mussten kurzfristig Angebote angepasst oder neu entwickelt werden. Hierbei war auch die Region Hannover als zuständiger Trägerin eine wichtige Partnerin.

Parallel hat die Verwaltung die in dieser Drucksache vorgestellte Umfrage durchgeführt und ausgewertet. Die Umfrageergebnisse sollen genutzt werden, um bereits in Bearbeitung befindliche Themen weiter zu konkretisieren bzw. neue Handlungsfelder zu identifizieren. Aspekte sind dabei unter anderem:

- sprachliche Barrieren im Beratungskontext,
- Bedarfe an Unterstützung durch Straßensozialarbeit außerhalb der Innenstadt,
- die Lebenslage wohnungsloser Menschen in der Innenstadt,
- die Bedarfe an medizinischer Versorgung und / oder therapeutischer Unterstützung,
- die Einbeziehung von ehrenamtlichem Engagement,
- die künftige Information der Zivilgesellschaft zum Thema Wohnungslosigkeit bzw. die Kommunikation zum Engagement der Stadtverwaltung im Themenfeld Wohnungslosigkeit.

Die Umfrageergebnisse weisen eine hohe Schnittmenge mit den durch die Stadtverwaltung bereits umgesetzten bzw. in Planung befindlichen Maßnahmen auf. Auch wenn noch große Herausforderungen zu lösen sind, bestätigt dieses die bisherigen Planungen und neuen Maßnahmen.

In der Regel werden weitere Angebote nur mit zusätzlichem Personalaufwand, Finanzmitteln oder durch andere Prioritätensetzung umsetzbar sein. Ob und in welchem Umfang diese zu realisieren sind, ist Teil des weiteren Bearbeitungsprozesses.

Bei der Forderung nach einer Unterstützung der zugewanderten Menschen aus Osteuropa ist die bundesweite Problematik des fehlenden Zugangs zum Sozialleistungssystem (der in dieser Form vom Gesetzgeber sozialhilferechtlich gewollt und vorgegeben ist) eine hohe Hürde für ein Engagement der Stadtverwaltung im Themenfeld.

Alle wünschenswerten und sinnvollen neuen Anregungen und Forderungen werden daher nicht kurzfristig umzusetzen sein. Ziel der Verwaltung ist – teilweise dezernatsübergreifend und mit den externen Partner*innen im Hilfesystem - alle in der Umfrage identifizierten Themen zeitnah weiter zu bearbeiten und die jeweiligen Ergebnisse beim „Runden Tisch Wohnungslosigkeit“ und in den zuständigen Gremien der Stadt vorzustellen.

Bürgerschaftliches Engagement und soziale Stadtteilentwicklung (OE 50.5.)

Die Umfrage zeigt das Potential in Hannover für ehrenamtliches Engagement in der Wohnungslosenhilfe: Kleider-, andere Sach- und Geldspenden werden gerne geleistet, auch die Mithilfe bei Essenausgaben, Kleiderkammern, in der Nachbarschaftshilfe und/oder in unterstützenden Vereinen und Initiativen werden dabei favorisiert. Dieses Potential gilt es zu nutzen und mit den Wünschen der Betroffenen nach Unterstützung und Begleitung zusammenzuführen. Dazu braucht es professionelle Strukturen, die Ehrenamtliche über die Lebensrealität von Wohnungslosen/Obdachlosen aufklären, ihnen ihre Ängste nehmen und

Zugangsbarrieren für den direkten Kontakt abbauen.

In der Quartiers- und Gemeinwesenarbeit der OE 50.5 liegt schon jetzt ein Fokus darauf, Bewohner*innen in Miet- und Ämterangelegenheiten zu unterstützen, um Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Dieser präventive Ansatz kann durch wohnortnahen Einsatz Ehrenamtlicher noch intensiviert werden.

Fachbereich Jugend und Familie, Familienmanagement (OE 51.F.)

Die Teilnahme der 12 wohnungslosen Familien ist im Wesentlichen auf die Netzwerkkontakte einer einzelnen Interviewerin zurückzuführen. Das geschilderte Stimmungsbild und die vorliegenden Ergebnisse der befragten Familien können nicht generell auf andere wohnungslose Familien übertragen werden.

Zum Stichtag 25.08.2021 leben in den Gemeinschaftsunterkünften für Familien 198 Erwachsene mit 326 Kindern, in den Gemeinschaftsunterkünften für Frauen und Kinder leben 79 Frauen mit 15 Kindern und in den Wohnprojekten 98 Erwachsene mit 39 Kindern. In den Unterkünften leben demnach insgesamt 380 Kinder (Stand 25.08.2021, Quelle: 61.62). Um sich ein genaueres Bild zur vorhandenen Bandbreite wohnungsloser Familien zu machen, regt die Fachverwaltung (hier: 51.F. Familienmanagement) eine Vertiefungsbefragung / Beteiligung speziell dieser Gruppe an.

Gleichstellungsbeauftragte

Frauen im Wohnungsnotfall gehören laut »Istanbul-Konvention« zu den besonders verletzlichen Personengruppen. Ein Schutzsystem, das allen Frauen, die von Gewalt betroffen sind, zugänglich sein soll, muss demnach gerade auch wohnungslose Frauen mit und ohne Kinder in den Blick nehmen. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass viele der Frauen aus gewaltgeprägten Lebensumständen kommen und damit einen erschwerten Zugang zur geschlechtergemischt arbeitenden Wohnungsnotfallhilfe haben, in der männliche Dominanz und männliches Gewaltpotenzial vorhanden sind. Diese Frauen brauchen aufgrund ihrer Erfahrungen eigene Schutzräume, in denen ihre Themen Platz haben.

Aus dieser Perspektive stechen folgende Ergebnisse aus der Online-Umfrage besonders hervor:

- Wohnungslose Frauen benennen das Frauenhaus als ein Angebot, das ihnen helfen würde.
- Der Zugang zur Schwangerschaftsvorsorge wird von Frauen ebenfalls als Angebot benannt, das helfen würde.

Mit dem Ausbau der Frauenhauslandschaft, der in den vergangenen Jahren von Politik, Verwaltung und Frauenhäusern vorangetrieben wurde, wurde viel erreicht. Sobald alle Bausteine umgesetzt werden konnten und wenn weitere Einrichtungen wie zum Beispiel das Projekt Berta der Johann-Jobst-Wagenerschen Stiftung realisiert wurden, wird sich zeigen, ob sich die Lage auch für wohnungslose Frauen entspannt. Sollte dies nicht der Fall sein, muss ggf. über gesonderte Angebote an der Schnittstelle zwischen Wohnungslosenhilfe und Frauenschutz nachgedacht werden. Darüber hinaus bedarf es insgesamt einer besseren Vernetzung zwischen Angeboten der Wohnungslosenhilfe und den Frauenunterstützungseinrichtungen. Durch diese bessere Vernetzung können ggf. Barrieren vor denen die Frauen stehen, wie zum Beispiel dem Zugang zur Schwangerschaftsvorsorge, auf kurzem Wege gelöst werden.

Letztendlich gilt: Um allen Zielgruppen einen gleichberechtigten Zugang zu den Schutz- und Hilfestrukturen der Wohnungslosenhilfe zu ermöglichen, reicht es nicht aus, sie quantitativ auszubauen. Erforderlich ist auch eine qualitative Weiterentwicklung der Angebote, um Frauen mit ihrem besonderen Unterstützungsbedarf – mit und ohne Kindern – gerecht zu werden.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Wohnungslosigkeit betrifft alle Geschlechter gleichermaßen.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Dez. III/ Sozialplanung
Hannover / 09.09.2021



WOHNUNGSLLOS?

Aktionswoche vom 19. bis 25. April 2021

Wohnungslosigkeit in Hannover - ERGEBNISSE DER ONLINE-UMFRAGE -

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

HAN
NOV
ER 

Anlage 1:

Wohnungslosigkeit in Hannover – Ergebnisse der Online-Umfrage

Vorwort	0
1. Einleitung	1
1.1. Zielsetzung, Adressat*innen und Vorgehensweise	1
1.2. Beteiligung unter Pandemie-Bedingungen	2
1.3. Teilnahmebereitschaft wohnungsloser Menschen	3
1.4. Datenschutz, Einstiegsfrage und „Repräsentativität“	4
1.5. Zum Begriff „Wohnungslosigkeit“	5
2. Ergebnisse der Online-Umfrage	6
2.1. Teil A: Ergebnisse zum Befragungsteil, der sich an Menschen <u>ohne</u> festen Wohnsitz richtet	6
2.1.1. Teilnehmende nach soziodemografischen Eckdaten.....	6
2.1.2. Ergebnisse der Fragen 1 – 7: wohnungslose Teilnehmende insgesamt.....	8
2.1.3. <u>Im Fokus 1</u> : Wohnungslose Frauen und Männer.....	17
2.1.4. <u>Im Fokus 2</u> : Eingewanderte, wohnungslose Menschen	25
2.1.5. <u>Im Fokus 3</u> : Wohnungslose Familien	31
2.1.6. <u>Im Fokus 4</u> : Wohnungslose Menschen mit Kind(ern) unter 18 Jahren.....	32
2.1.7. Schlussfrage: "Hier können Sie uns noch etwas mitteilen"	37
2.1.8. Zusammenfassung Teil A	38
2.2. Teil B: Ergebnisse zum Befragungsteil, der sich an Menschen <u>mit</u> festem Wohnsitz richtet	
2.2.1. Teilnehmende nach soziodemografischen Eckdaten.....	40
2.2.2. Ergebnisse der Befragung	41
2.2.3. Zusammenfassung Teil B	51
Anhang: Fragenkanon Teil A und B.....	52

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

das Thema Wohnungslosigkeit steht aus verschiedenen Gründen mehr denn je im Fokus:

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche Folgen monatelange Kontakteinschränkungen insbesondere für wohnungslose Menschen haben. Weil Einrichtungen der Wohnungslosen- und Suchthilfe ihren Betrieb herunterfahren mussten, konnten selbst elementare Grundbedürfnisse oft nicht mehr befriedigt werden. Die Not war groß, aber die eingeleiteten Maßnahmen und die [Hilfsbereitschaft](#) waren und sind es auch.

Innenstadtdialog: Die Umfragen zum Thema Wohnungslosigkeit sind auch ein Baustein des [hannoverschen Innenstadtdialogs](#). Wo (möglichst exakt räumlich verortet) und wie (persönliche Wahrnehmung) wird Wohnungslosigkeit im Stadtgebiet erlebt? Aus der Perspektive der wohnungslosen Menschen und Nicht-Betroffener. Es wird hierbei nicht nur die Innenstadt, sondern auch weitere Quartiere in Hinblick auf die Situation wohnungsloser Menschen in den Blick genommen.

Die **Online-Umfrage und das Bürger*innenpanel** zum Thema Wohnungslosigkeit zielen darauf ab, ein aktuelles Meinungs- und Stimmungsbild aus unterschiedlichen Perspektiven einzuholen. Die beiden Umfragen begreifen sich als weiteres Beteiligungsinstrument in Ergänzung des „**Runden Tisches Wohnungslosigkeit**“. Wir wollen die



Belit Onay
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Hannover

Umfrageergebnisse dafür nutzen, schnellstmöglich und **gemeinsam** Handlungsbedarfe abzuleiten. Wie können wir Hilfsangebote ziel- und ortsgenauer planen, auch dezentral? Neben professioneller hauptamtlicher Unterstützung gibt es in Hannover eine große Zahl ehrenamtlich Aktiver, u.a. angesiedelt bei Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Initiativen. Ehrenamtliches Engagement kann und soll die fachlichen Hilfen **nicht** ersetzen, aber sinnvoll ergänzen. Wie können wir vorhandene Hilfsangebote besser kommunizieren und miteinander verzahnen?

Die große **Teilnahmebereitschaft** - rund 1.400 Menschen nahmen allein an der Online-Umfrage teil, darunter **331 wohnungslose Menschen** - ist ganz wesentlich auf das Engagement der 16 Interviewer*innen zurückzuführen, die eine Woche lang die Umfrage an über 20 Standorten mehrsprachig begleiteten.

Ihnen und allen Mitwirkenden, allen voran den Menschen, die sich Zeit für den Fragebogen genommen haben und von ihren Erfahrungen in der Wohnungslosigkeit, in der Wohnungslosenhilfe oder von ihrer Wahrnehmung der Situation in Hannover berichtet haben, möchten wir herzlich danken.

Die zahlreichen Stimmen, Meinungen, Anregungen, die Kritik und die Erfahrungen sind für uns **Ergebnis und Auftrag** zugleich, denn: Wohnungsverlust ist häufig die Folge einer Verkettung ungünstiger Lebensumstände und kann letztlich jeden treffen.



Sylvia Bruns
Dezernentin für Soziales und
Integration

1. Einleitung

1.1. Zielsetzung, Adressat*innen und Vorgehensweise

Zielsetzung: Die Online-Umfrage und das Bürger*innenpanel zum Thema Wohnungslosigkeit in Hannover zielen darauf ab, ein aktuelles Meinungs- und Stimmungsbild aus unterschiedlichen Perspektiven einzuholen. Die beiden Umfragen begreifen sich als Ergänzung zu dem zentralen Beteiligungsinstrument „**Runder Tisch Wohnungslosigkeit**“. Er wurde als Gremium in neuer Zusammensetzung und unter Beteiligung der Fraktionen des Rates, Trägern der Hilfen, ehrenamtlicher Initiativen und von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen etabliert. Die Geschäftsstelle ist im Sozialdezernat angesiedelt.

Adressat*innen: Das Wissen und die Meinung aller Bevölkerungsgruppen mit einzubeziehen, ist erklärtes Ziel. Deshalb fließt auch ausdrücklich das Wissen der Expert*innen in eigener Sache ein, das der wohnungslosen Menschen.

Information und Kommunikation im Vorfeld: Folgende Wege wurden gewählt, um auf die Befragung aufmerksam zu machen:

- Pressemitteilung zum Auftakt am 19. April 2021 mit Oberbürgermeister Belit Onay und Sozialdezernentin Sylvia Bruns auf der für den Zeitraum der Befragung eingerichteten Seite www.hannover.de/wohnungslos und darauf folgende Presseberichterstattung in lokalen Medien.
- Nutzung verwaltungsinterner Netzwerke (z.B. Netzwerk des Sucht- und Drogenbeauftragten, der Fachverwaltungen (50.7. 50.5., 50.6, 51 F. etc.)
- Netzwerke der Freien Träger, Initiativen, Vereine und Verbände
- Netzwerke in den Stadtteilen und Stadtteilenrunden
- Runder Tisch Wohnungslosigkeit

- Soziale Netzwerke (Twitter, Instagram, Facebook)
- Mehrsprachige Plakatierung in Unterkünften oder Tagesaufenthalten und Handzettel (mit QR-Code zur Umfrage), gepaart mit direkter Ansprache durch Sozialarbeitende in Unterkünften, Tagesaufenthalten, Beratungsstellen etc.
- Aufsuchende Vorgehensweise durch Sozialarbeit und Dolmetsch-Angebote.

Aktionswoche vom 19. bis 25. April 2021: Es musste ein Instrument gefunden werden, das

1. eine Beteiligung unter Pandemiebedingungen ermöglicht und
2. wohnungslose Menschen **ausdrücklich aktiv** einbezieht (anders als das Bürger*innenpanel, siehe Anlage 2 der Informationsdrucksache).

Die Wahl fiel auf das Online-Befragungs-Tool „limesurvey“, das eine Mitwirkung mit dem Smartphone und via W-LAN oder Mobile Daten ermöglicht. Auf diese Weise können Menschen unterwegs und „auf der Straße“ mitmachen. Wohnungslose Menschen sind eine sehr heterogene Gruppe, entsprechend unterschiedlich ist auch die Verfügbarkeit eines Smartphones. Ein Teil der Betroffenen nutzt ein internetfähiges Smartphone.



© LHH: Sozialdezernentin Sylvia Bruns und Oberbürgermeister Belit Onay stellten die Befragung zur Wohnungslosigkeit vor

Der Fragebogen beinhaltet, je nach Filterführung, bis zu 14 Fragen für Menschen mit oder ohne festen Wohnsitz. Die Prämissen bei dem von der Koordinationsstelle Sozialplanung gemeinsam mit der Fachverwaltung entwickeltem Fragebogen waren: Die Fragen sollen möglichst einfach und kurz sein und insgesamt nicht mehr als 10 Minuten Bearbeitungszeit erfordern (mit Dolmetschen ca. 20 Minuten). Der Fragebogen konnte am heimischen PC oder auf einem mobilen Endgerät ausgefüllt werden. Um auch die Mitwirkung **nichtdeutschsprachiger Eingewandter** oder solcher **ohne Smartphone** zu ermöglichen, waren eine Woche lang 16 Interviewer*innen an über 20 Standorten¹ zu unterschiedlichen Tageszeiten im Stadtgebiet unterwegs. Mit insgesamt 8 Tablets begleiteten Dolmetscher*innen die Fragebogenaktion und übersetzten bei Bedarf ins Polnische, Russische, Rumänische, Bulgarische, Englische oder Spanische.

Digital, aufsuchend und mehrsprachig: Unter den Interviewer*innen waren Mitarbeitende der Stadtverwaltung Hannover, darunter der (Straßen-) Sozialarbeit, des Integrationsmanagements, der Koordinierungsstelle Südost-Europa sowie einige Ehrenamtliche. Über die ohnehin bestehenden Zugänge im Rahmen von Sozialer Arbeit oder Ehrenamtstätigkeit konnten viele wohnungslose Menschen erreicht werden, insbesondere (nichtdeutschsprachige) Eingewanderte.

1.2. Beteiligung unter Pandemie-Bedingungen

Das Online-Beteiligungsinstrument erwies sich – gerade unter Pandemiebedingungen – als geeignet. In der Aktionswoche im April 2021 lagen die Inzidenzen in der Region Hannover bei rund 150. Die Interviews wurden daher ausschließlich draußen unter Einhaltung aller Abstands- und Hygieneregeln (FFP-2-Masken) durchgeführt. Vor Interviewbeginn führten alle Interviewer*innen einen Corona-Selbsttest durch und

verteilten bei Bedarf FFP2-Masken an die Teilnehmenden. Das Gesundheitsamt der Region Hannover wurde im Vorfeld über die Beteiligungsaktion und das Vorgehen informiert.



© LHH: Plakatierung und Handzettel in Unterkünften und Tagestreffs. Mehrsprachig (Bulgarisch, Rumänisch, Polnisch, Russisch, Englisch), mit QR-Code.

¹vor Unterkünften, Notschlafstellen, Tagesaufenthalten und auf innenstadtnahen Plätzen

1.3. Teilnahmbereitschaft wohnungsloser Menschen

Die große **Teilnahmbereitschaft** (331 gültige Fragebögen) ist ganz wesentlich auf das Engagement der 16 Interviewer*innen zurückzuführen, die die Umfrage aufsuchend und mehrsprachig begleiteten. Diese wurden vorab im Rahmen eines „Briefings“ gebeten, ein begleitendes „**Tagebuch**“ zu führen. Die Auswertung der Tagebücher zeigt, dass Tageszeiten (z.B. nicht zu früh am Vormittag) oder der Wochentag erhebliche Auswirkungen auf die Mitwirkungsbereitschaft hatten. Zahlreiche Menschen wurden mehrfach (an mehreren Tagen oder unterschiedlichen Standorten) angetroffen, weshalb einige, insbesondere gegen Ende der Woche, zunehmend „genervt“ auf die Umfrage reagierten. Auch der Standort selbst hatte Einfluss auf die Grundstimmung und Teilnahmbereitschaft. Einige Tage, bevor das Jugendgästehaus in der Wilkenburger Straße als temporäre Unterkunft geschlossen wurde, war die Schließung und die damit verbundene Ungewissheit das dominierende Thema. Das schlug sich auch in den Interviews nieder.

Teils großes Mitteilungsbedürfnis: 134 Teilnehmende (rund 40 Prozent) nutzen die Schlussfrage „Hier können Sie uns noch etwas mitteilen“, um an die Verwaltung, Politik oder Stadtgesellschaft zu appellieren oder um von ihren Erfahrungen auf der Straße oder in den Unterkünften zu berichten. Mehrheitlich wird die bewusst sehr offen gestellte Frage für konkrete Maßnahmenvorschläge genutzt (siehe Kapitel „Schlussfrage“). Das überwiegend gute Wetter wirkte sich positiv aus: Weder Regen noch Kälte oder Sturm störten die Aktionswoche. Die Mitwirkungsbereitschaft wohnungsloser Menschen umfasste insgesamt eine große Spanne von ablehnend, skeptisch oder desinteressiert über zögerlich und neugierig bis bereitwillig, motiviert und engagiert.

„Tagebuch“ – bitte nach jedem „Einsatz“ ausfüllen.

Danke 😊

Datum	Von – bis Uhr	Standort / Quartier	Anwesende Menschen (ca.)	Von mir durchgeführte Befragungen, darunter		Sonstiges (Wetter, Stimmung, Bereitschaft 😊)
				Auf (Sprache)	Auf Deutsch	

1.4. Datenschutz, Einstiegsfrage und „Repräsentativität“

Datenschutz: Die Online-Befragung erfolgte anonym und es wurden keine personenbezogenen Daten erhoben. Die Teilnehmenden stimmten zu Beginn der Befragung einer Datenschutzerklärung der Stadt Hannover und damit der zeitlich befristeten Speicherung der Daten bis zum Ende der Auswertung zu.

16 Interviewer*innen, die die wohnungslosen Menschen teils seit Jahren persönlich oder beruflich kennen, waren im Einsatz, um bei der Teilnahme zu unterstützen. Sie erhielten somit Einblick in das Antwortverhalten. Zu Beginn der Befragung wurden die Interviewer*innen auf Geheimhaltung verpflichtet.

Bei kleinen Fallzahlen werden Ergebnisse zusammengefasst, um Rückschlüsse auf Einzelfälle zu vermeiden. Darüber hinaus werden konkrete Orte und Plätze, an denen sich wohnungslose Menschen tagsüber oder nachts im öffentlichen Raum aufhalten, zum Schutz der wohnungslosen Menschen nicht kommuniziert. Der Fachverwaltung liegen diese Informationen vor.

Einstiegsfrage: Da sich die Online-Befragung sowohl an wohnungslose Menschen (Ergebnisse im Teil A), als auch an nicht wohnungslose Menschen (Teil B) richtet, und sich die Fragebögen dieser Gruppen komplett unterscheiden (Fragebögen siehe Anhang), musste eine **geeignete Einstiegsfrage** gefunden werden, die eine Selbstzuordnung möglich macht. „Sind Sie wohnungslos?“ konnte als Einstieg in den Fragebogen verworfen werden (u.a. um nicht direkt mit der „Tür ins Haus zu fallen“). Schließlich fiel die Wahl auf „Haben Sie einen festen Wohnsitz?“ Die Fragestellung ist einfach, kurz und schlicht, macht aber trotzdem deutlich, worum es geht. Während der späteren Begleit-Interviews (siehe unten) wurde allerdings deutlich, dass ein kleiner Teil der wohnungslosen Menschen, die in einer Unterkunft leben, auf die Frage nach einem

festen Wohnsitz mit „Ja“ antworteten, weil sie die Unterkunft als festen Wohnsitz begreifen. Faktisch sind daher alle Teilnehmenden im Befragungsteil A „ohne festen Wohnsitz“ und im Befragungsteil B überwiegend Menschen mit festem Wohnsitz sowie einige wenige wohnungslose Menschen. Die Antworten basieren jeweils auf Selbstauskunft.

Zur Repräsentativität: Die Online-Umfrage ist – anders als das Instrument „Bürger*innen-Panel“² – keine repräsentative Umfrage. Sie zielt auf ein aktuelles Stimmungs- und Meinungsbild zufällig angetroffener oder mitwirkungsbereiter Menschen in Hannover, darunter explizit wohnungslose Menschen (siehe Abschnitt „Aktionswoche und Adressat*innen“.)

Im Teil A: Da weder die Anzahl der Wohnungslosen in Hannover insgesamt, noch deren Struktur hinsichtlich Alter oder Geschlecht etc. bekannt ist (Stichwort: Verdeckte Wohnungslosigkeit), kann nur näherungsweise abgeschätzt werden, ob die Teilnehmendenstruktur (im Teil A) die Struktur der wohnungslosen Menschen in Hannover insgesamt widerspiegelt. Nach Einschätzung der Fachverwaltung entspricht die **Struktur der Teilnehmenden** (siehe Kap.2.1) in etwa der geschätzten soziodemografischen Struktur derjenigen wohnungslosen Menschen in Hannover, die das Hilfesystem in Anspruch nehmen und für die Fachverwaltung erkennbar wohnungslos sind.

Die Teilnehmenden der Umfrage **im Teil B** repräsentieren mit hoher Wahrscheinlichkeit Menschen mit fachlichem oder persönlichem Bezug zum Thema Wohnungslosigkeit. Aufgrund der intensiven Kommunikation des Vorhabens über die Netzwerkarbeit im Fachbereich Soziales mit Partner*innen der Wohnungslosenhilfe, kann von einem hohen Anteil von Fachkräften oder Ehrenamtlichen in der Wohnungslosenhilfe ausgegangen werden. Darauf deuten auch einige

² Das Bürger*innenpanel repräsentiert die Bevölkerung Hannovers **am Ort der Hauptwohnung** (ohne Wohnungslose) hinsichtlich der Alters- und Geschlechtsstruktur (Näheres siehe Anlage 2 zur Informationsdrucksache)

der Antworten (bei offenen Fragen) hin. Sie zeugen teils von hoher Fachlichkeit und / oder persönlichem / professionellem Bezug zum Thema.

1.5. Zum Begriff „Wohnungslosigkeit“

Menschen sind - in Anlehnung an die Definition der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe - von Wohnungslosigkeit betroffen, wenn sie

- keine eigene mietrechtlich abgesicherte Wohnung oder Wohneigentum haben,
- in Behelfsunterkünften wie Wohnwagen, Gartenlauben, Pensionen oder Hotels leben,
- bei Bekannten, Verwandten unterkommen,
- institutionell untergebracht sind, wie z.B. in städtischen Unterkünften oder im Frauenhaus,
- ohne jede Unterkunft auf der Straße leben (BAG Wohnungslosenhilfe e.V (2011): Wohnungsnotfalldefinition der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. URL: https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/POS/POS_10_BAGW_Wohnungsnotfalldefinition.pdf Datum des Zugriffs: 16.8.2021)

Wohnungslosigkeit ist *erstens* häufig von außen schwer zu erkennen oder wahrnehmbar und *zweitens* ein Oberbegriff für viele, ganz unterschiedliche Formen von Wohnungslosigkeit. Straßenobdachlosigkeit umfasst einen (kleinen) Teil der Wohnungslosigkeit und ist für Nicht-Wohnungslose in der Regel eher wahrnehmbar als andere Formen von Wohnungslosigkeit, insbesondere **verdeckte Wohnungslosigkeit**. Nicht jeder Mensch, der sich überwiegend in Parks oder auf öffentlichen Plätzen aufhält und von Nicht-Wohnungslosen Menschen als „wohnungslos“ wahrgenommen wird, ist tatsächlich wohnungslos. Die Online-Beteiligung trägt daher bewusst den Titel „wohnungslos“, auch um *begrifflich alle* wohnungslosen Menschen und alle Formen der Wohnungslosigkeit einzubeziehen, von „Platte“ bis „Frauenhaus“ über „Not-schlafstelle“ und „Wohnheim“ oder „Einrichtung für Geflüchtete“ bis zu „Pension“ und „bei Freunden und Bekannten“ (siehe Frage 07: „Wo halten Sie sich nachts auf?“.)

2. Ergebnisse der Online-Umfrage

2.1. Teil A: Ergebnisse zum Befragungsteil, der sich an Menschen ohne festen Wohnsitz richtet

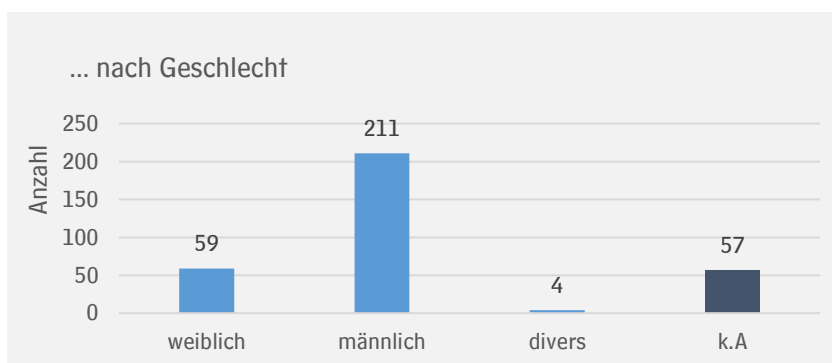
2.1.1. Teilnehmende nach soziodemografischen Eckdaten

Teilnehmende

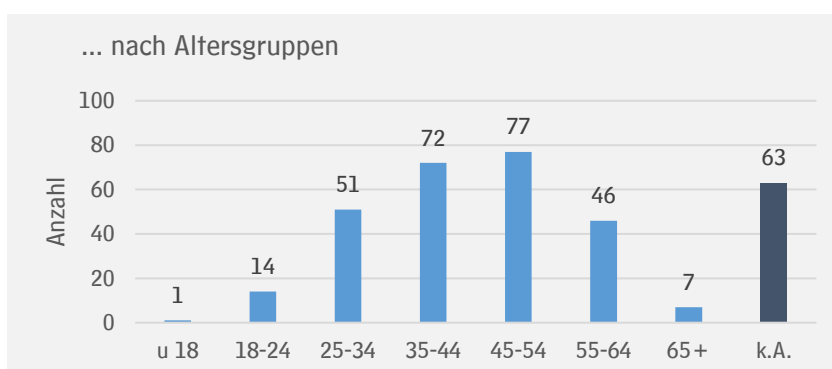
Die Auswertung des Befragungsteils, der sich an wohnungslose Menschen ohne festen Wohnsitz richtete, basiert auf insgesamt **331 gültigen Fragebögen**. Von diesen kreuzten bei der Eingangsfrage: „Haben Sie einen festen Wohnsitz?“

- 302 „nein“ an und
- 29 machten keine Angabe zum Wohnsitz, füllten aber im Folgenden den Fragebogenteil aus, der sich an Menschen ohne festen Wohnsitz richtete.

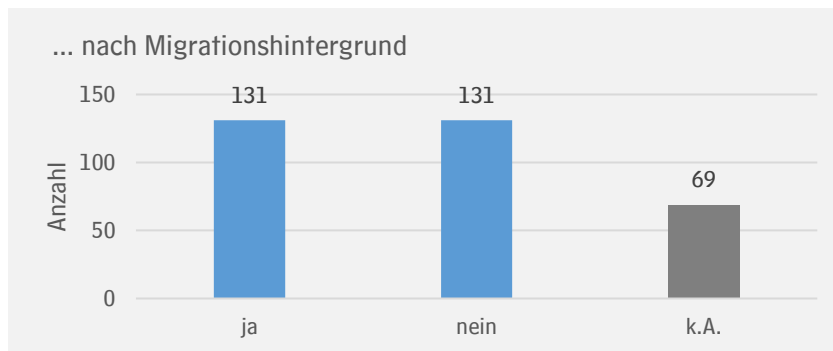
Teilnehmende (N = 331), Fragen 012, 014, 016



Die Teilnehmenden sind überwiegend männlich (64 % der Befragten)

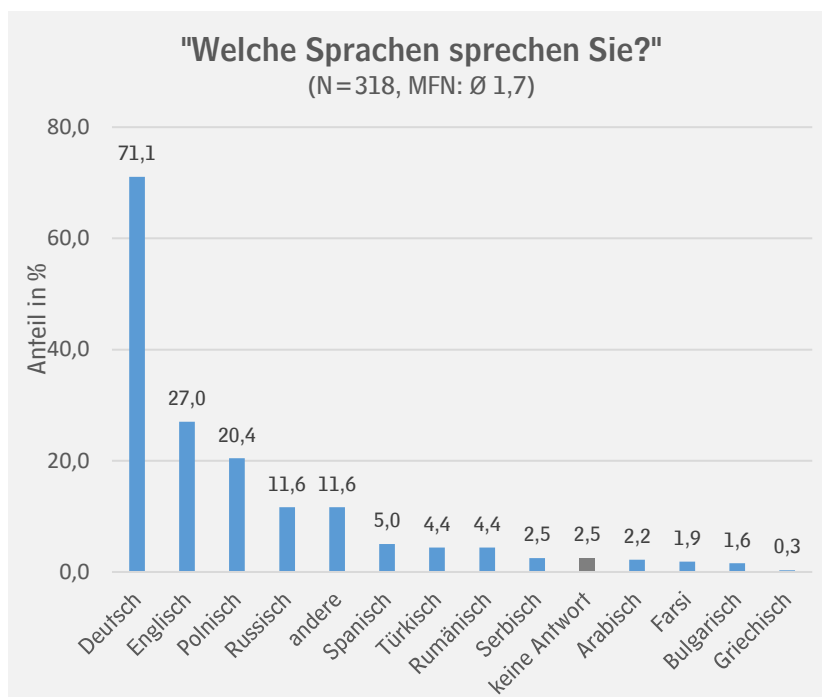


Die Mehrheit der Teilnehmenden ist im Alter von 25 bis 54 Jahren (60 % der Befragten)



Jeweils die Hälfte der Befragten, die Auskunft darüber gibt, ob sie selbst oder ihre Eltern(teile) eingewandert sind, antworten mit ja bzw. nein

Frage 017



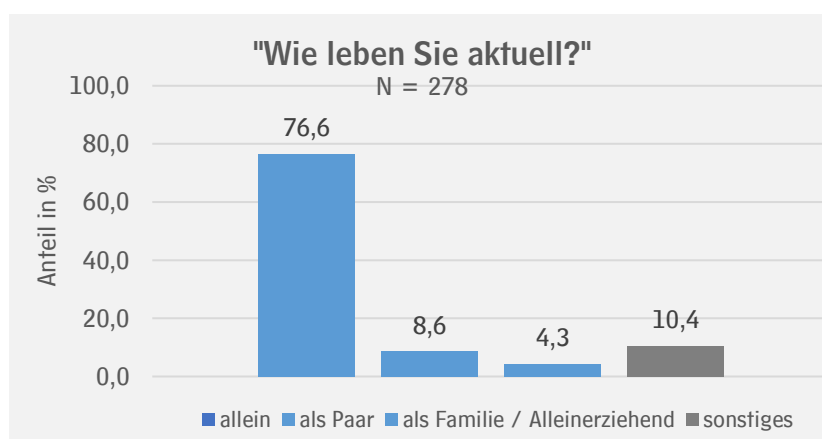
Im Schnitt werden 1,7 Sprachen gesprochen

71 % der Teilnehmenden geben an, Deutsch zu sprechen. Unter den Eingewanderten sprechen 69 % Deutsch

Im Umkehrschluss sprechen 29 % der Teilnehmenden bzw. 31 % der Eingewanderten kein Deutsch (oder machen keine Angabe)

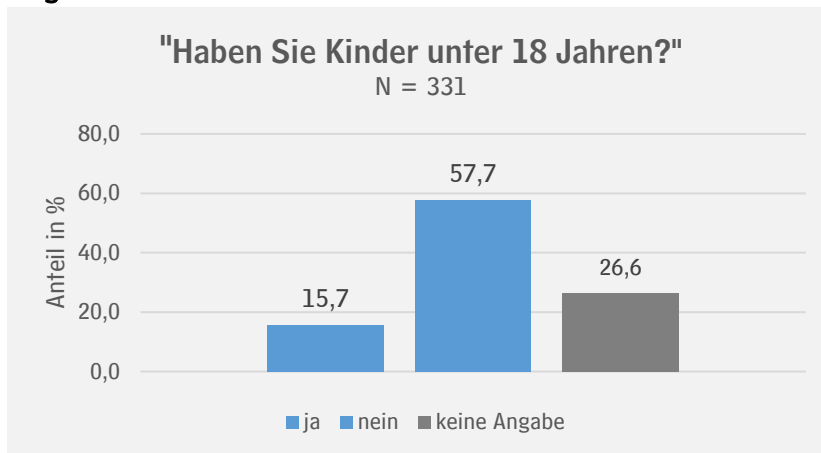
*Fachliche Bewertung: Fast ein Drittel der teilnehmenden Eingewanderten ist mit Deutsch von Sozialarbeit und Ehrenamt nicht erreichbar
27 % sprechen (Schul-) Englisch, viele Polnisch und Russisch. (siehe „Im Fokus 2“)*

Frage 014

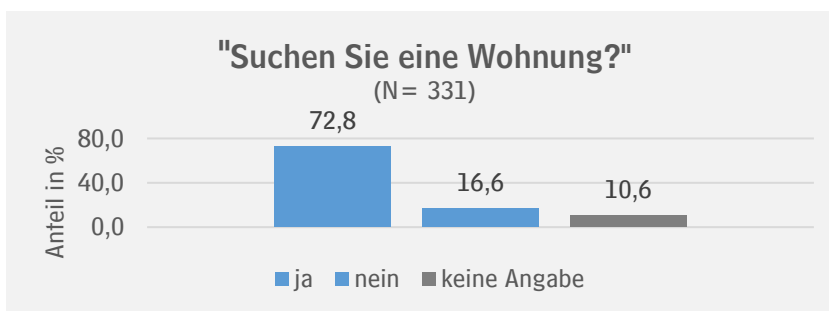


Über drei Viertel der Teilnehmenden lebt alleine, fast 9 % als Paar und rund 4 % als Familien / Alleinerziehende

*Beispiele für sonstige Nennungen:
„getrennt“, „mit Hund“, „mit meinem Zelt auf der Straße“ oder „Witwe mit Sohn“*

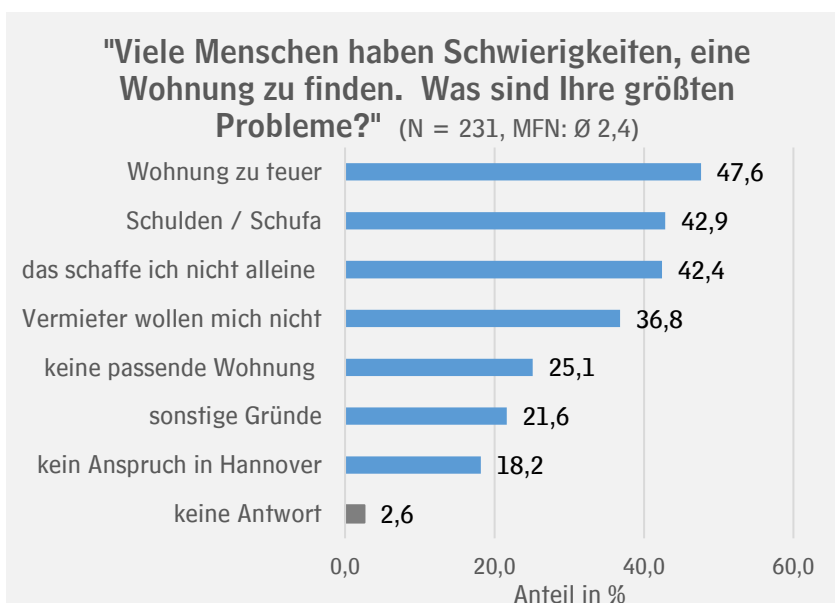
Frage 015

Rund 16 % der Teilnehmenden geben an, Kinder unter 18 Jahren zu haben. Über ein Viertel macht hierzu keine Angabe

2.1.2. Ergebnisse der Fragen 1 bis 7 – wohnungslose Teilnehmende insgesamt**Frage 01**

Fast 73 % der Teilnehmenden suchen eine Wohnung

Etwa 17 % geben an, keine Wohnung zu suchen. Hierbei handelt es sich überwiegend um eingewanderte Männer (siehe „Im Fokus 2“)

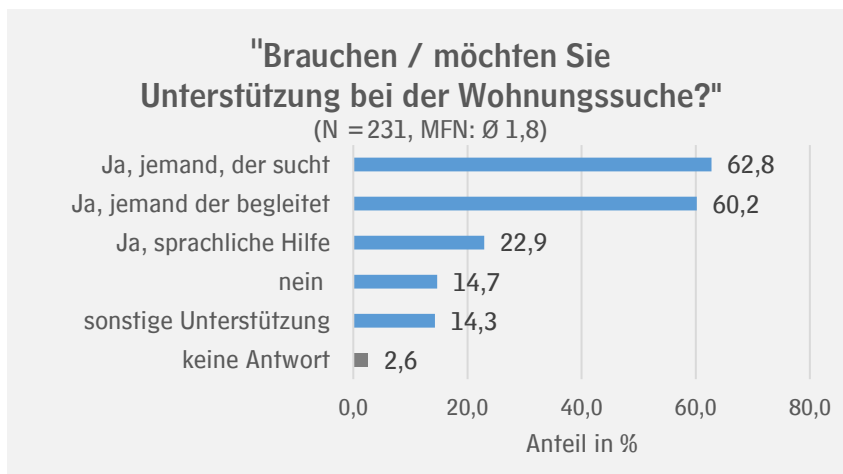
Frage 02

Im Schnitt werden 2,4 Probleme bei der Wohnungssuche genannt

Sehr oft: Preis, Schulden- oder Schufa-Einträge und /oder das Gefühl, die Suche „nicht alleine zu schaffen“

Fast ein Viertel der Eingewanderten gibt an, in Hannover „keinen Anspruch“ zu haben. (siehe „Im Fokus 2“)

Frage 03



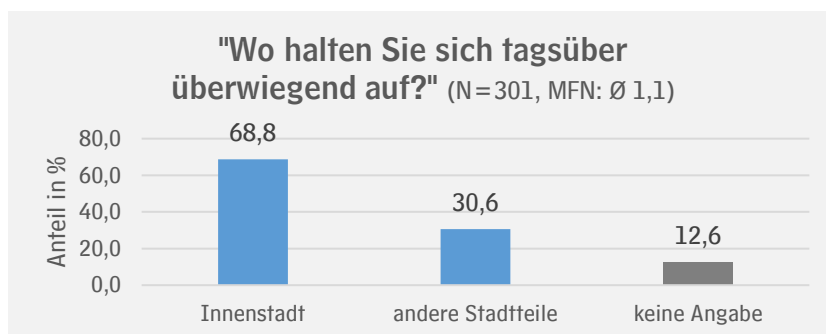
Die Mehrheit wünscht sich Unterstützung bei der Wohnungssuche, insbesondere bei „Suche“ und „Begleitung“

Sprachliche Hilfen werden von 23 % aller Teilnehmenden benötigt, aber von fast 39 % der Eingewanderten (siehe „Im Fokus 2“)

„Sonstige Unterstützung“ wird von 14 Prozent der Teilnehmenden (33 Personen insgesamt) angekreuzt, darunter Nennungen wie emotionale Unterstützung, (mehr) Sozialarbeiter*innen, Hilfe bei der Suche nach einer Arbeitsstelle oder Beschaffung von Papieren und Do-

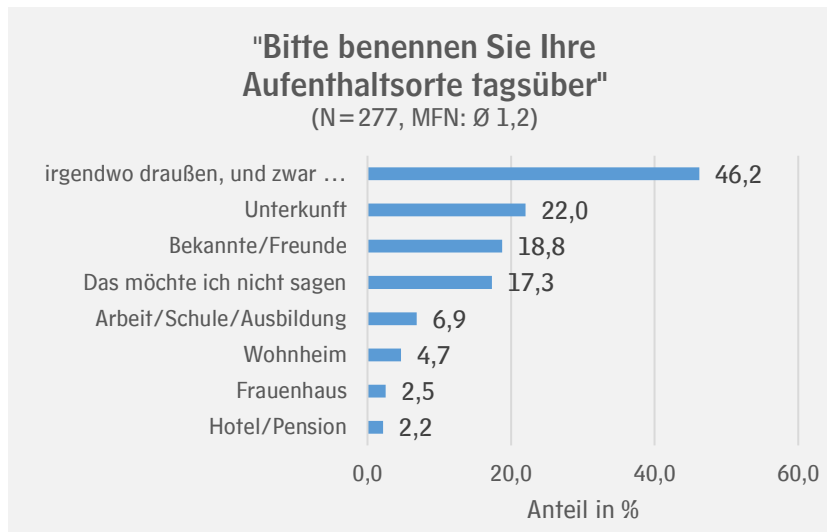
kumenten bei der (polnischen) Botschaft, Sozialhilfe für EU-Bürger*innen, rechtliche Betreuer*innen, Vermittlung von Wohnraum im Stadtteil, mehrsprachige Unterstützung (sehr oft Polnisch) bis hin zur Gegenfrage: „Wie, wenn es nicht genug Wohnungen gibt?“

Frage 04



Über zwei Drittel der Teilnehmenden hält sich tagsüber in der Innenstadt auf. Fast 13 % machen hierzu keine Angabe

Frage 05

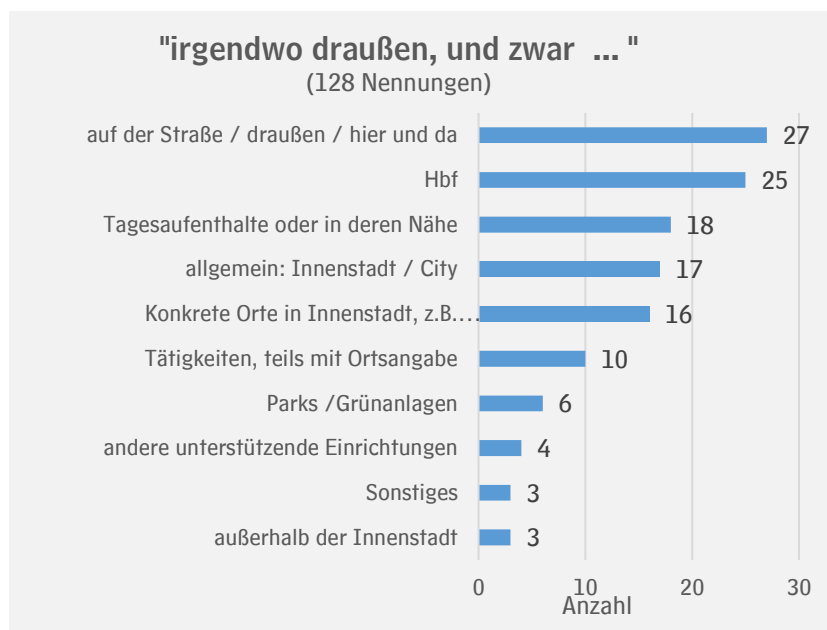


*Im Schnitt werden
1,2 Orte angegeben*

*46 % der Teilnehmenden hält sich
"irgendwo draußen" auf. Über 17
% möchten hierzu nichts sagen.
Jeweils ein knappes Fünftel hält
sich in einer Unterkunft oder bei
„Freunden und Bekannten“ auf*

*2,5 % nennen „Frauenhaus“ als
Aufenthaltsort. Hierbei handelte
es sich um 6 Frauen (fast 11 %
der teilnehmenden Frauen)
(siehe „Im Fokus 1“)*

Frage 05.1: „irgendwo draußen, und zwar ...“. (128 Nennungen insgesamt):



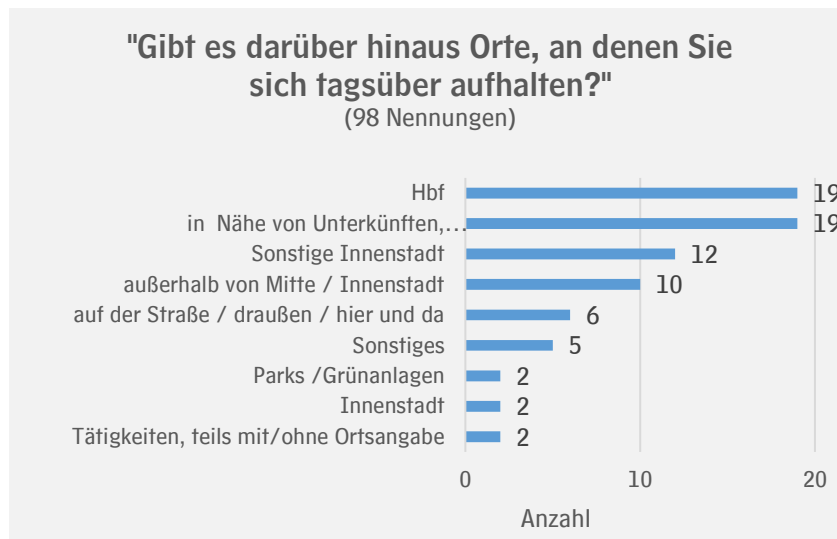
*Viele nennen Orte wie „auf der
Straße“, „draußen“ oder „hier
und da“ oder konkret Orte rund
um den Hauptbahnhof sowie
Tagesaufenthalte.*

*17 Nennungen sind konkret be-
nannte Innenstadtorte, wie
Kröpcke, Opernplatz
oder Weißekreuzplatz*

*11-mal werden Tätigkeiten ge-
nannt, wie „ich passe auf meine
Platte auf“, „gehe viel spazie-
ren“, „überall wo es Pfand gibt“
oder „versuche den Drogen aus
dem Weg zu gehen“*

*6 Nennungen: Wald, Park- oder
Grünflächen*

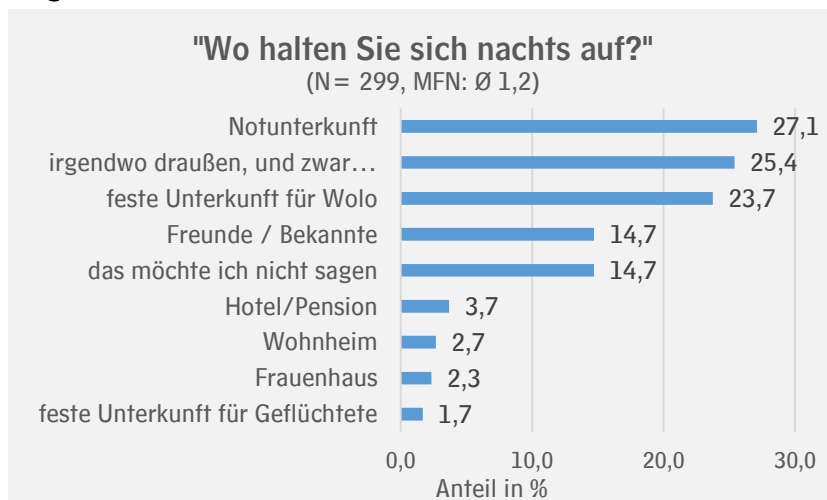
Frage 06



19-mal werden konkrete Unterkünfte oder Einrichtungen genannt (oder Orte in deren Nähe),

darunter allein zehnmal der Tagesaufenthalt Ahlem

Frage 07

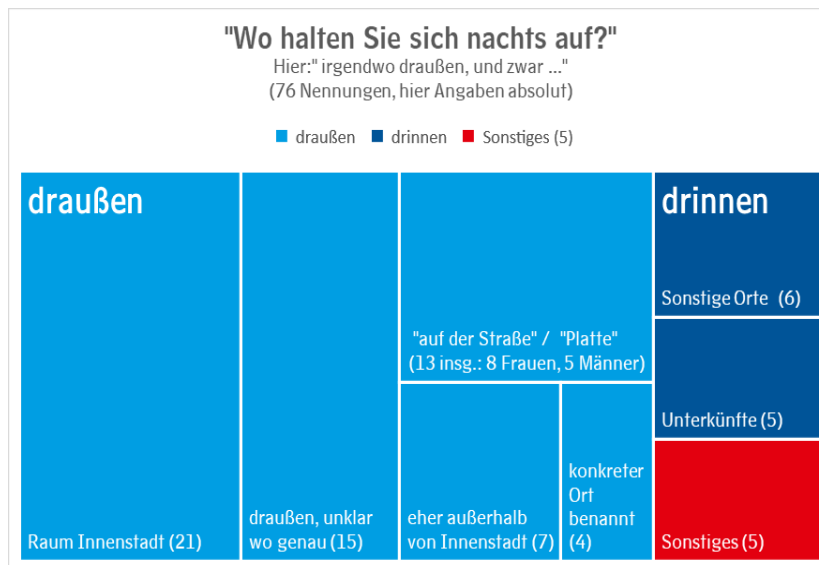


Im Schnitt werden 1,2 Aufenthaltsorte nachts angegeben

Notunterkünfte, „irgendwo draußen“ und fester Unterkünfte für Wohnungslose werden von jeweils einem Viertel genannt

(Mindestens) die Nennungen: Hotels/ Pensionen, Freunde und Bekannte deuten auf verdeckte Wohnungslosigkeit hin

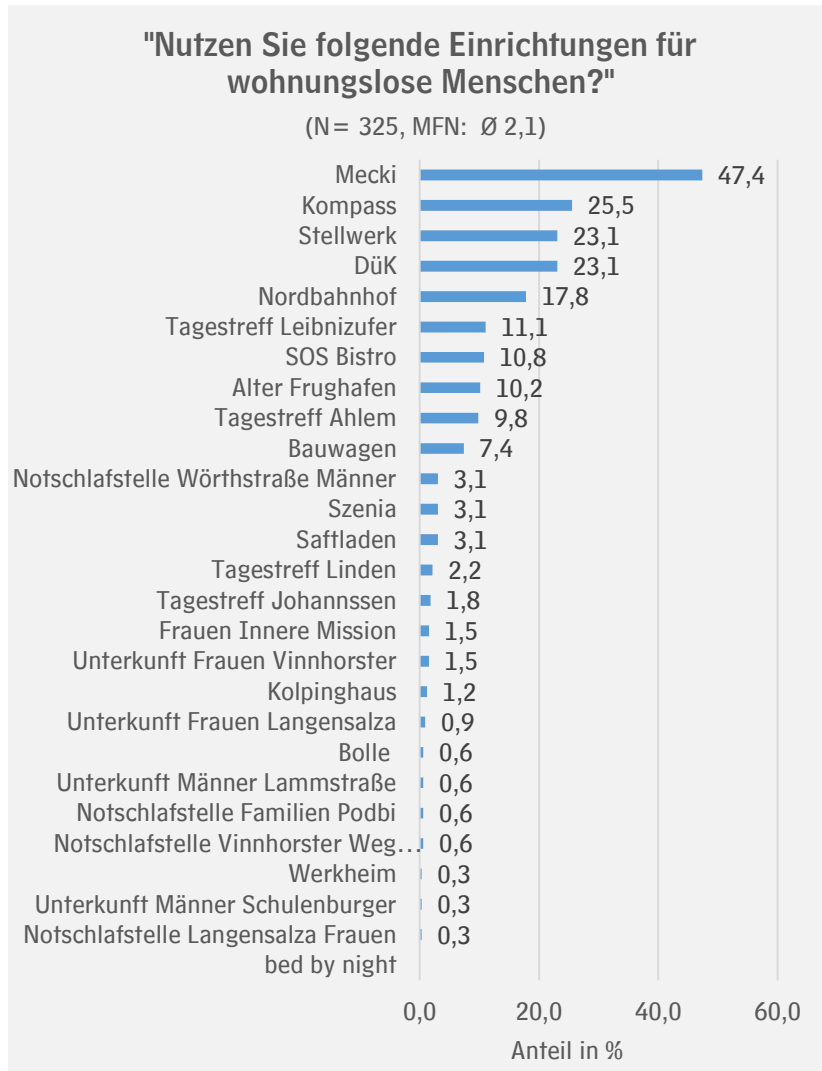
Frage 07.1, offene Frage „irgendwo draußen, und zwar ...“. (76 Nennungen insgesamt):



Die Mehrfachnennungen und der Antwortmix lassen vermuten, dass wohnungslose Menschen ihre Schlaforte häufig wechseln

Beispiele für Sonstige Orte, drinnen sind: „im Keller“, „fremder Dachboden“, „in der S5“, „Familie“

Frage 08



Durchschnittlich nutzen Teilnehmende 2,1 Einrichtungen

Fast die Hälfte der Teilnehmenden nutzt den Meckladen (Männer deutlich häufiger als Frauen (siehe „Im Fokus 1“))

Jeweils ein Viertel nutzt Kompass, Stellwerk und DÜK

Einige Einrichtungen richten sich ausschließlich an Männer (z.B. Notschlafstelle Wörthstraße) oder Frauen (z.B. Szenia) (siehe „Im Fokus 1“)

Frage 09

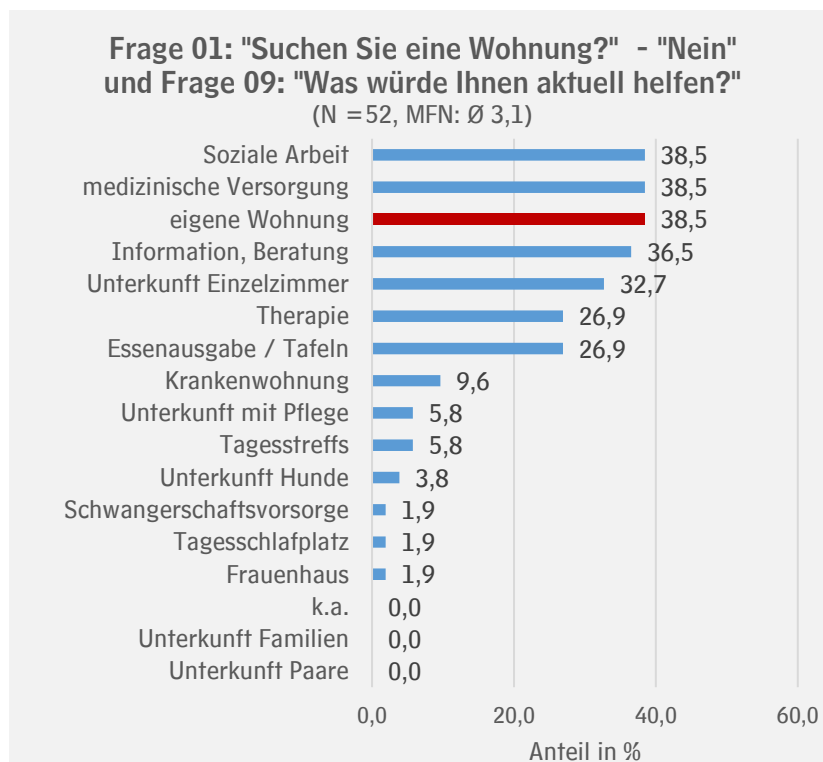


Im Schnitt 4 Nennungen zur Frage, was aktuell helfen würde

Allem voran eine „eigene Wohnung“. Oft gepaart mit „Sozialer Arbeit“, „medizinischer Versorgung“ oder „Unterkunft mit Einzelzimmer“

„Essensausgaben“ oder „Therapien“ werden jeweils von fast einem Drittel genannt

Frage 09, gefiltert. Auf die Frage 01 („Suchen Sie eine Wohnung?“) haben 52 Personen mit „nein“ geantwortet. Die Abbildung zeigt, was denjenigen aktuell helfen würde, die keine Wohnung suchen.



Eingewanderte Männer suchen häufiger keine Wohnung.

Durchschnittlich 3,1 Nennungen (hier: derjenigen, die keine Wohnung suchen) zur Frage, was aktuell helfen würde

„Soziale Arbeit“, „medizinische Versorgung“ und „eigene Wohnung“ (trotz vorheriger Verneinung) stehen bei denjenigen an erster Stelle, die eingangs angaben, keine Wohnung zu suchen.

(siehe „Im Fokus 2“)

Frage 010, hier: Sonstiges und zwar ...



Sonstige Hilfen werden von 34,6 % der Teilnehmenden angekreuzt

Arbeit (+ X). X = z.B.: „Schulden abbezahlen“, „legale Arbeit“, „mit Dokumenten“, „eigener Verdienst“, „fair, keine Ausbeutung“

Gesundheitsbezug, z.B. „Entgiftung“, „Rollstuhl“

Sprachliche Hilfen: oft polnisch

ABW = Ambulant Betreutes Wohnen als Angebot der Hilfen nach dem SGB XII

* Nennungen wurden ausdifferenziert (zum Beispiel: Wohnen und Arbeit = 1 Nennung, zwei Themen), daher insgesamt 111

102 Befragte nutzen die offene Frage 010, um mitzuteilen, was ihnen aktuell helfen würde

- 26-mal wird „Arbeit“ genannt, oft kombiniert mit Anmerkungen wie „wo man nicht ausgenutzt wird“, „neue Ausweisdokumente“ oder „normales Leben“ und „eigener Verdienst“.
- 21 Nennungen beinhalteten Sonstiges, zum Beispiel Lob und Kritik an der Umfrage, „brauche nichts“, „Veränderung der Rechtslage, damit ich Sozialhilfe bekommen kann“, „Ticket nach Polen“.
- Jeweils 10 Nennungen gibt es zum Thema „Alltagsunterstützung / Beratung / Konkrete Hilfen“, darunter zum Beispiel „WLAN in Unterkünften“ oder „mehr Updates über Corona“ und zum Thema „Soziale Arbeit als Streetwork oder ABW“, darunter unter anderem „Beratung auf der Straße“ oder „Ich brauche eine intensive Begleitung und nicht hier Mal ein Gespräch und dann da. Das bringt mir nichts“.

Hinweise zur Hilfeart „Wohnen“, Wohnraum, Unterkünfte, spezifische Wohnbedarfe

- 9-mal wird das Thema Wohnraum als primäres Thema genannt, darunter Nennungen wie „Bauwagen zum Schlafen“ oder „Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum“.
- 6 Teilnehmende zählen spezifische, betreute Wohnformen wie „Betreutes Wohnen“, „Unterkünfte mit Betreuung“ oder „Unterkunft mit Sozialer Arbeit“, „mobile Betreuung mit eigener Wohnung“ oder Ähnliches auf.
- 5 Nennungen zu „Wohnen mit Kind(ern)“, darunter „Wohnung mit Familie“ oder „Große Wohnung oder ein Haus“.

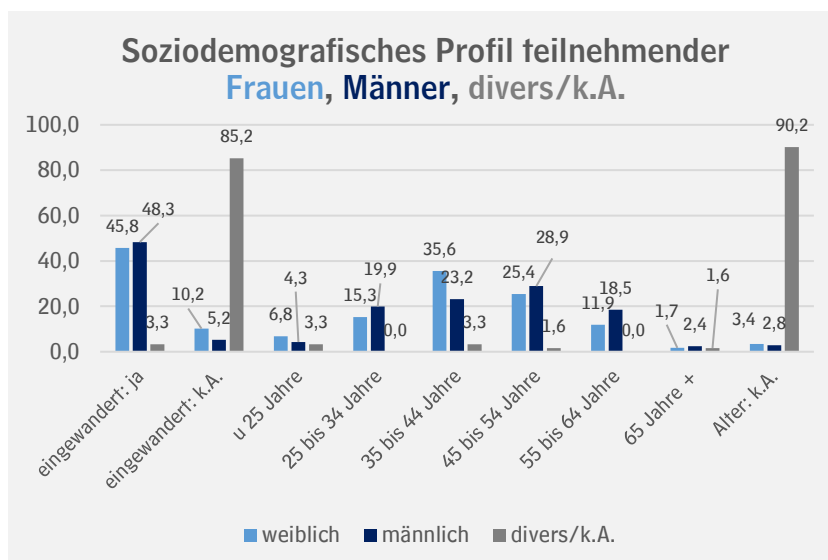
Weitere Nennungen umfassen die Helfefelder „Gesundheit“, „Sprache“ und „finanzielle Hilfen“:

- Gesundheitsbezogene Angebote werden von 9 Teilnehmenden aufgezeigt, darunter „ein guter Rollstuhl“, „Entgiftung und Arbeit“, „Psychologen, Medikamente gegen Depressionen“ oder „Unterkunft für psychisch Kranke“.
- 8 Teilnehmende nennen sprachliche Hilfen als eine Maßnahme, die ihnen aktuell helfen würde, darunter häufig konkret Hilfen in „Polnisch“ und „Russisch“.
- 7 Personen teilen mit, dass Geld, darunter zum Beispiel „Lottogewinn“ oder „Mehr Geld (100 Euro mehr würden helfen)“, ihnen aktuell helfen würde.

2.1.3. Im Fokus 1: Wohnungslose Frauen und Männer

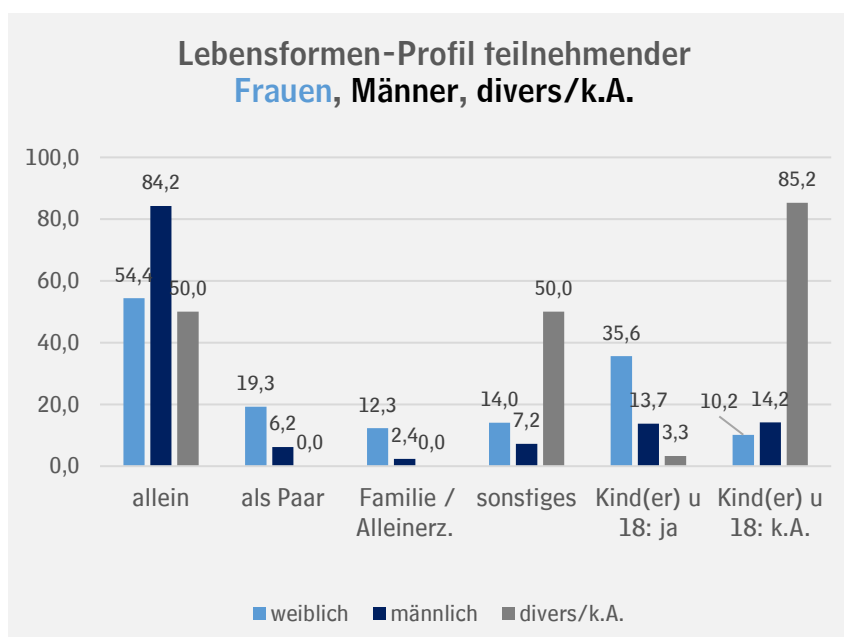
Männer stellen sowohl die Mehrheit unter den wohnungslosen Menschen dar, als auch unter den Teilnehmenden der Online-Umfrage (64 Prozent). 20 Prozent der Teilnehmenden sind **Frauen**. Vier Teilnehmende geben an, **diversen Geschlechts** zu sein, 57 machen hierzu keine Angabe. Aus Gründen des Datenschutzes (kleine Fallzahl von Menschen diversen Geschlechts, die anhand ihrer Antworten ggf. identifizierbar wären), werden die Ergebnisse zur Wahrung der

Anonymität nicht gesondert ausgewiesen. Sie werden im Folgenden mit denjenigen, die zum Geschlecht keine Angabe machen, zusammengefasst. Der Fokus richtet sich dabei jeweils auf diejenigen Ergebnisse, bei denen die jeweiligen Gruppen große Unterschiede im Antwortverhalten aufweisen. Sofern es keine nennenswerten Unterschiede im Antwortverhalten gibt, werden die Ergebnisse nicht gesondert ausgewiesen.



*Teilnehmende **Männer** und **Frauen**: ähnliches Altersprofil, ähnlich hoher Anteil Eingewanderter*

Teilnehmende, die keine Angabe zu ihrem Geschlecht machen, machen auch seltener Angaben zum Alter oder zur Frage nach Einwanderung



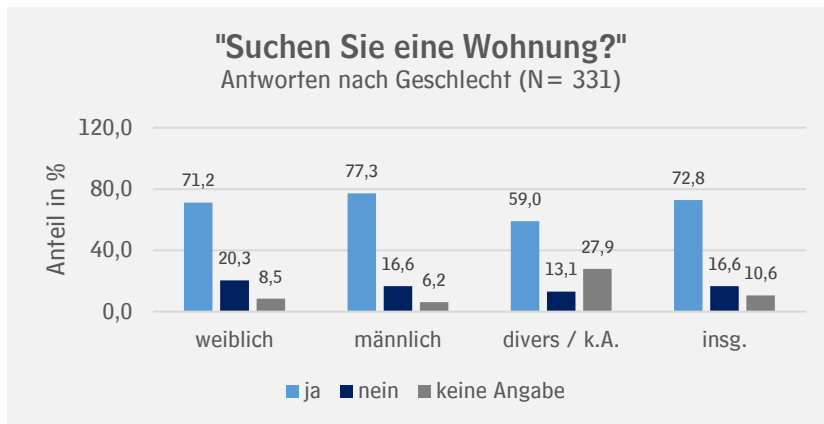
***Männer** sind deutlich häufiger alleinlebend als Frauen*

***Frauen** leben häufiger als Paar oder als Familie*

***Frauen** haben häufiger Kinder unter 18 Jahren als Männer*

Menschen diversen Geschlechts oder ohne Angabe zum Geschlecht machen zur Frage nach Kindern meistens keine Angabe

Frage 01: Fokus Frauen und Männer

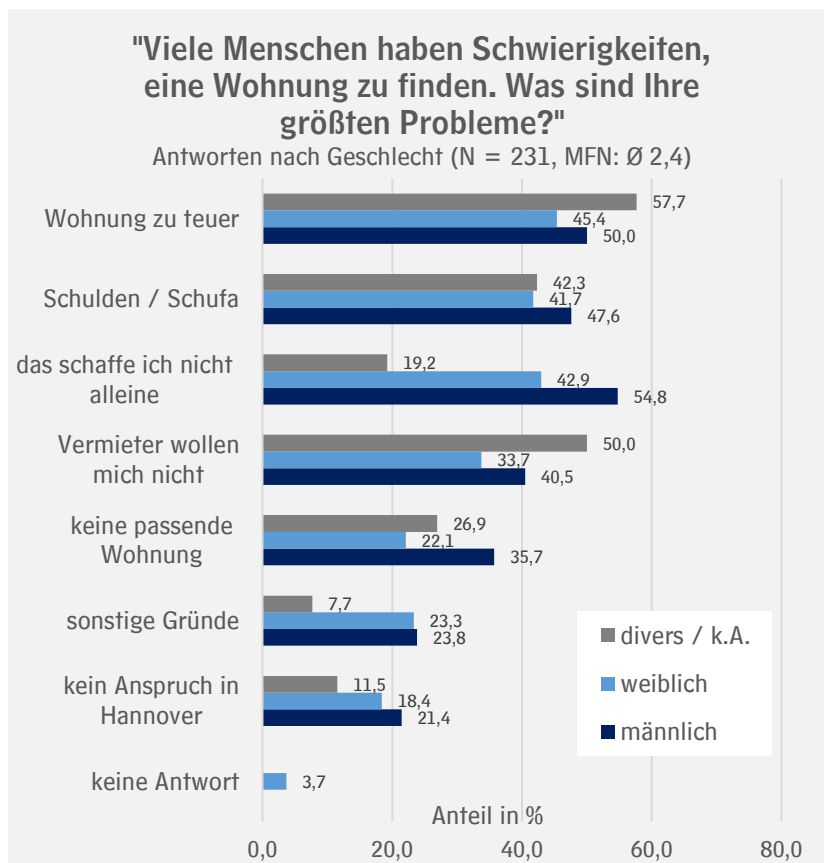


Teilnehmende **Frauen** suchen ähnlich häufig wie **Männer** keine Wohnung

35 Männer (17 % der antwortenden Männer) und 12 Frauen (20 % der antwortenden Frauen) geben an, keine Wohnung zu suchen.

71 % der Männer, die keine Wohnung suchen und **33 % der Frauen**, die keine Wohnung suchen, sind eingewandert

Frage 02: Fokus Frauen und Männer

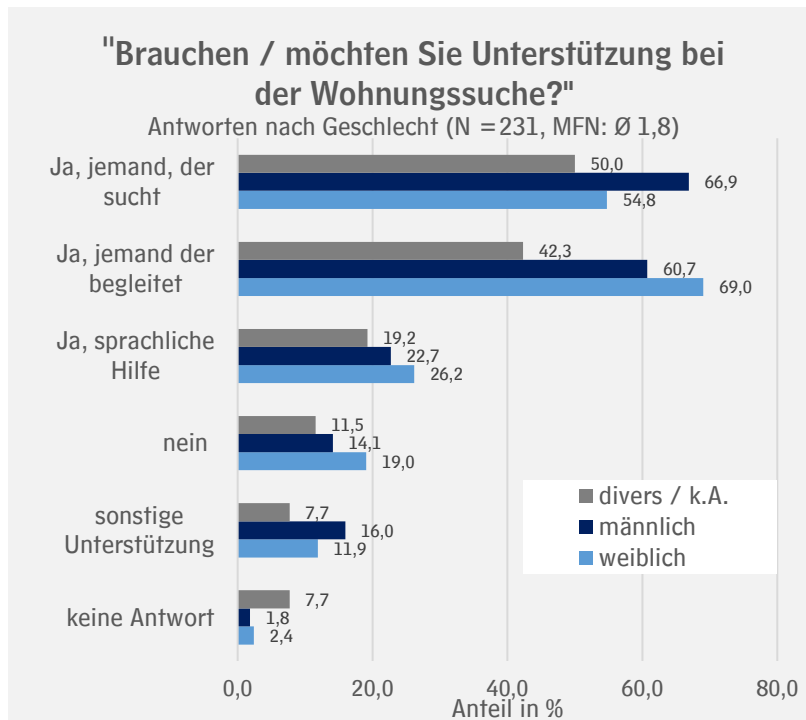


Männer geben im Schnitt mehr Probleme (Ø 2,7) an als Frauen (Ø 2,3)

Männer geben bei allen angebotenen Nennungen häufiger an, dass diese zu ihren größten Problemen gehören als Frauen.

Männer sagen zum Beispiel deutlich häufiger (55 %) als Frauen (43%) „das schaffe ich nicht alleine“

Frage 03: Fokus Frauen und Männer

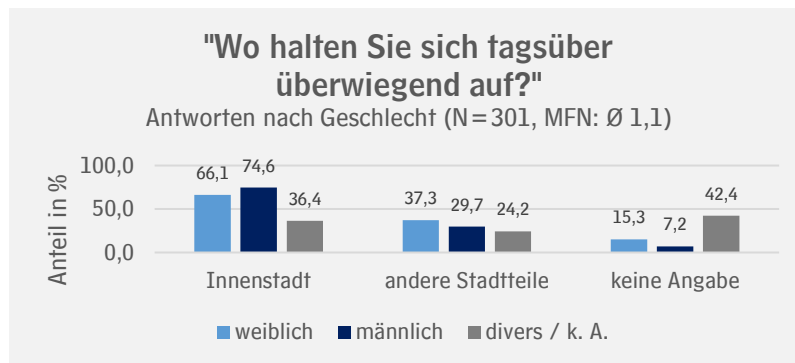


Frauen wollen häufiger keine Hilfe bei der Wohnungssuche als Männer

Männer nennen häufiger: „jemand der sucht“, und „sonstige Unterstützung“. **Frauen** häufiger: „jemand der begleitet“ und „sprachliche Hilfen“

Menschen diversen und unbekannten Geschlechts geben hierauf deutlich häufiger keine Antwort (7,7 %)

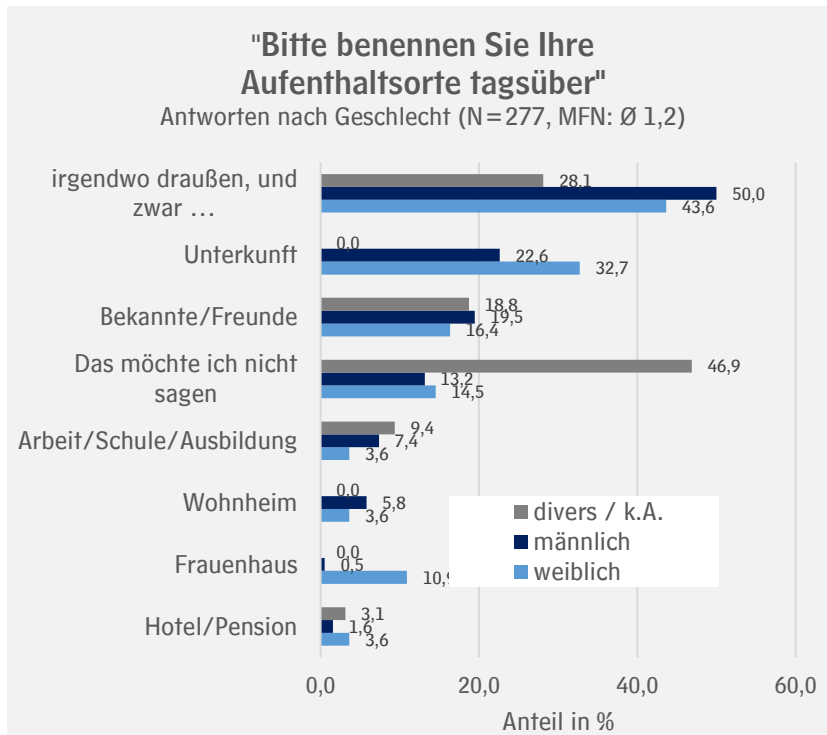
Frage 04: Fokus Frauen und Männer



Frauen halten sich seltener in der Innenstadt und häufiger in anderen Stadtteilen auf als Männer.

Menschen diversen und unbekannten Geschlechts machen hierzu häufiger keine Angabe (42 %)

Frage 05: Fokus Frauen und Männer



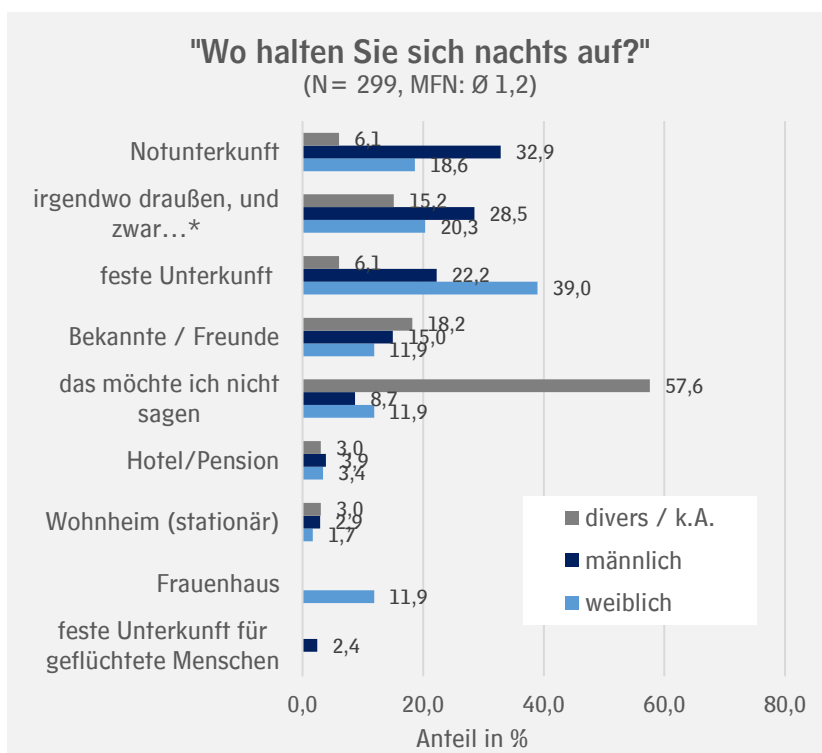
Fast die Hälfte der Antwortenden ohne Angabe oder diversen Geschlechts möchte nichts über den Aufenthaltsort sagen.

Frauen möchten etwas häufiger als Männer nichts dazu sagen

Antwortende **Frauen** halten sich tagsüber häufiger in einer Unterkunft, im Frauenhaus (11 % der Frauen, 6 Frauen insgesamt) oder im Hotel/Pension auf

Männer halten sich tagsüber häufiger „irgendwo draußen“ und bei „Freunden/Bekannten“ auf

Frage 07: Fokus Frauen und Männer

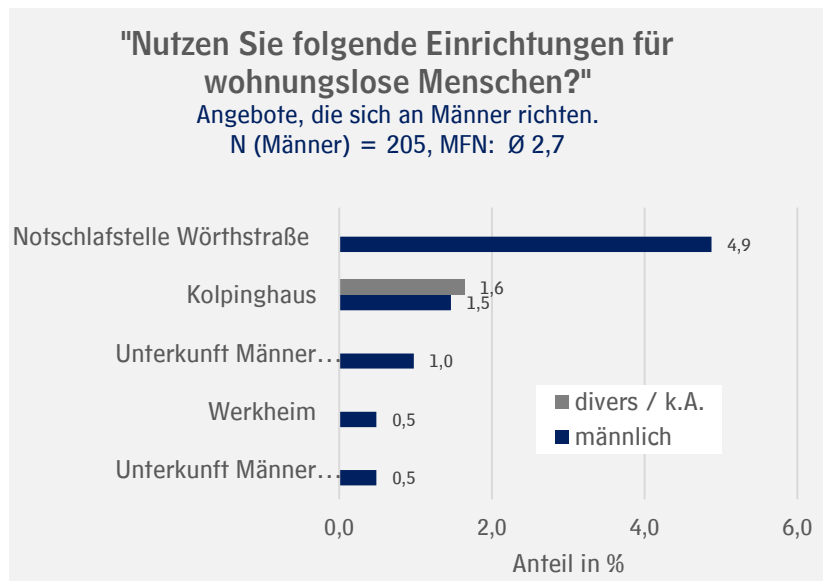


Mehr als die Hälfte (58 %) der Antwortenden ohne Angabe zum Geschlecht oder diversen Geschlechts möchte nichts über den Aufenthaltsort sagen. **Frauen** möchten häufiger als Männer nichts dazu sagen.

Antwortende **Frauen** halten sich nachts häufiger in einer Unterkunft (39 %) oder im Frauenhaus (12 % der Frauen, 7 Frauen insgesamt) auf.

Männer halten sich nachts häufiger in Notunterkünften und „irgendwo draußen“ auf

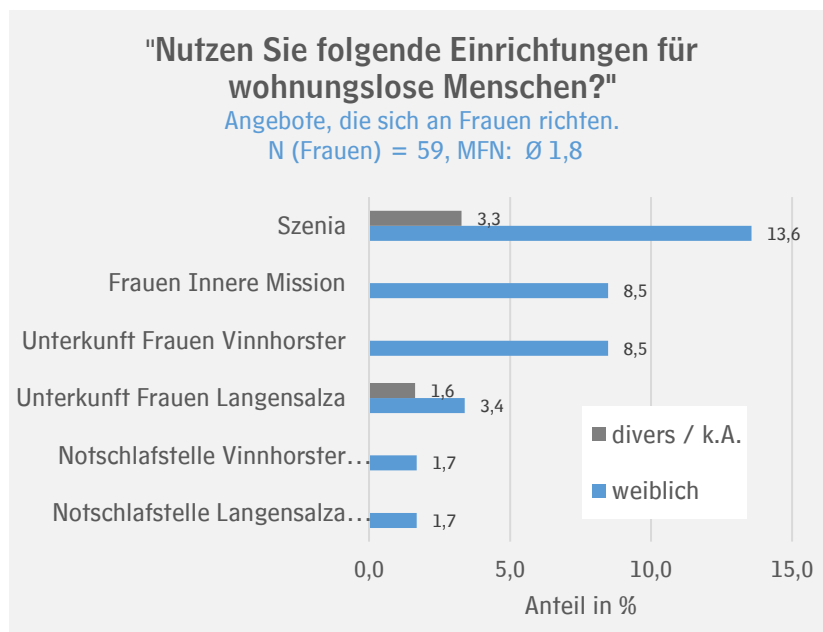
Frage 08: Fokus Frauen und Männer



Diese beiden Abbildungen konzentrieren sich jeweils auf Einrichtungen, die nur von **Männern** (Abb. oben) oder **Frauen** (Abb. unten) genutzt werden können.

Sie zeigen jeweils auch die Nutzungshäufigkeit von Menschen diversen Geschlechts bzw. ohne Angabe

Männer nutzen Ø 2,7 Einrichtungen

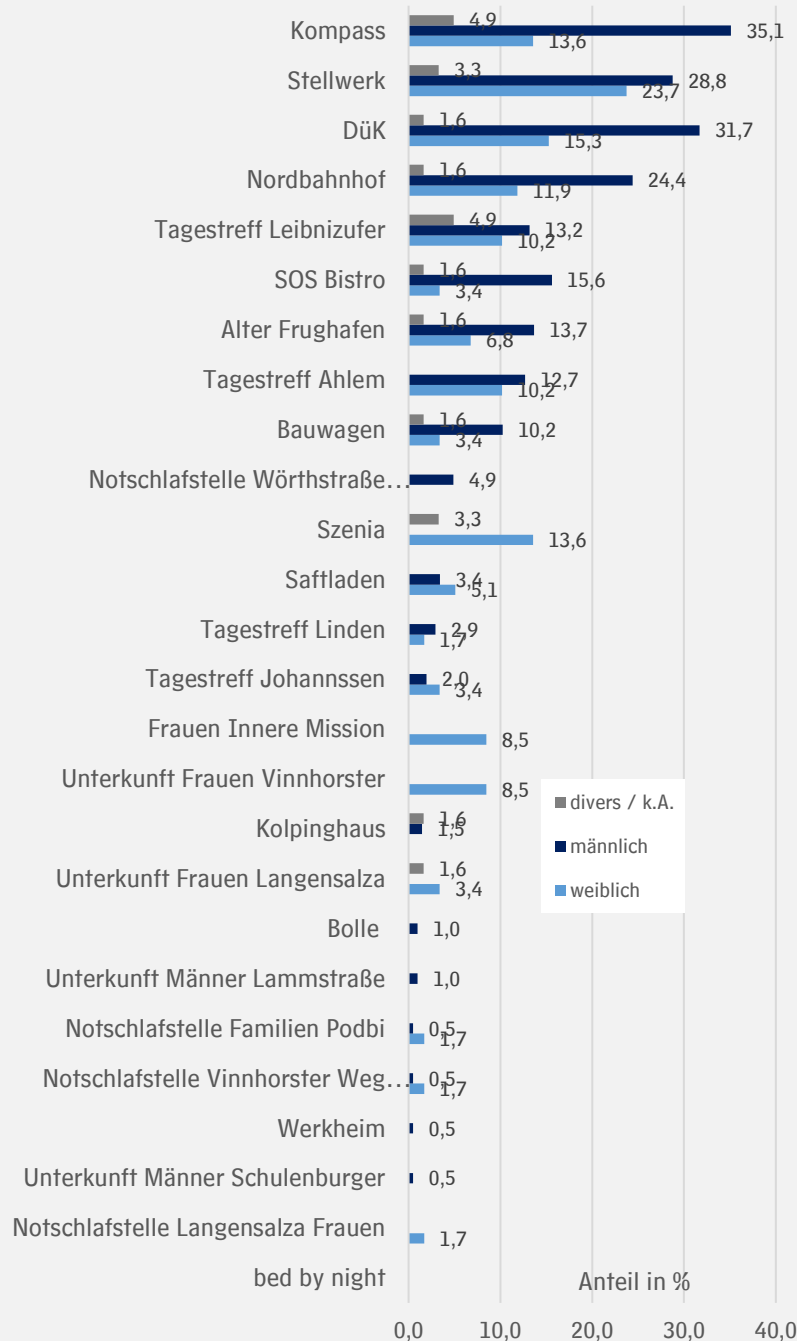


Frauen nutzen im Durchschnitt 1,8 Einrichtungen

Frage 08

"Nutzen Sie folgende Einrichtungen für wohnungslose Menschen?"

Antworten nach Geschlecht (N = 325, MFN: Ø 2,1)



Zusammenfassende Darstellung über alle Einrichtungen

Die von antwortenden **Männern** am häufigsten genannten Einrichtungen sind Kompass, Stellwerk, DüK und Nordbahnhof.

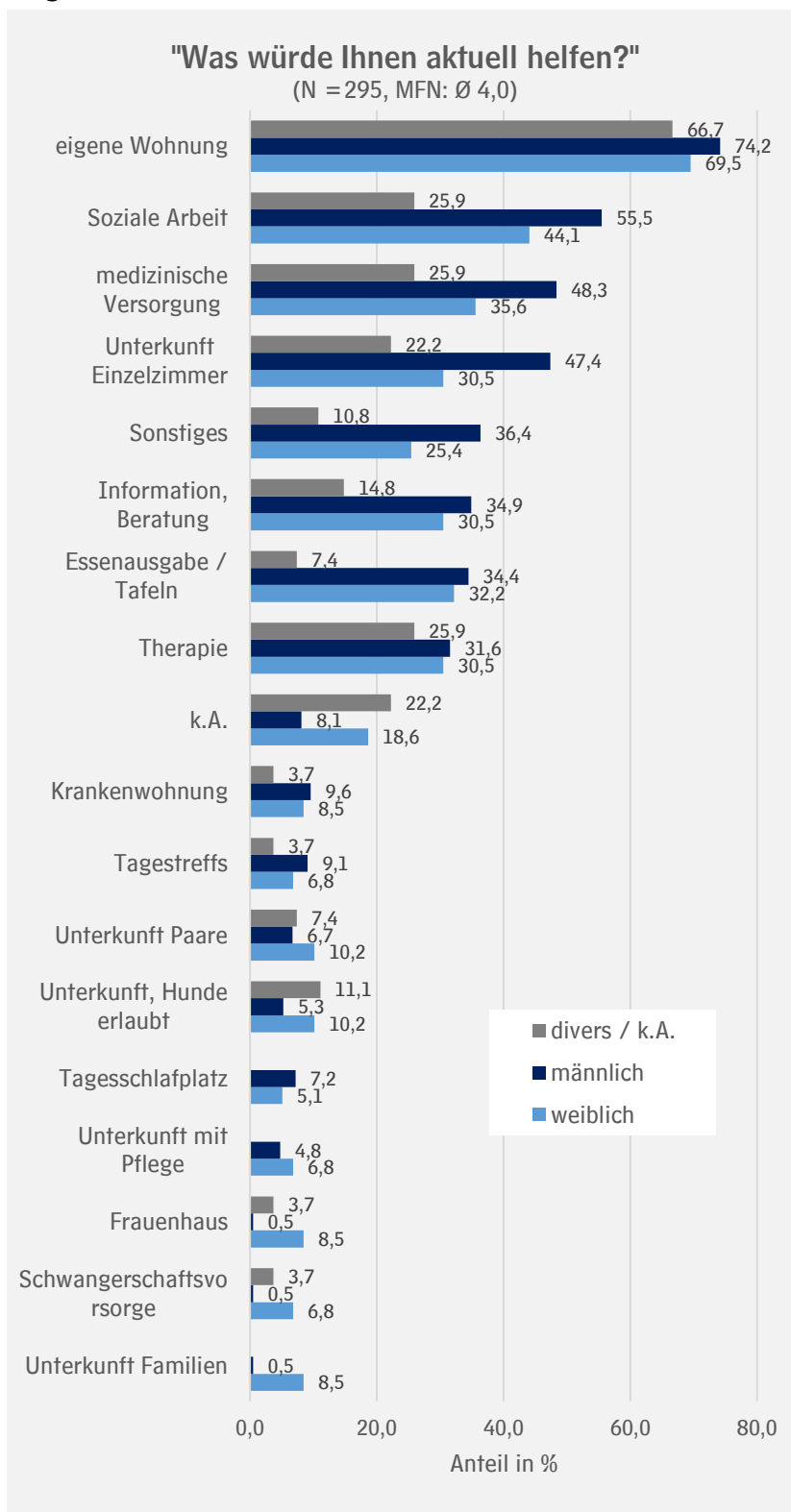
Die am häufigsten genannten Einrichtungen von **Frauen**: Stellwerk, DüK, Szenia und Kompass.

Menschen diversen Geschlechts oder die keine Angaben zu ihrem Geschlecht machen, nutzen am häufigsten: Kompass, Tagestreff Leibnizufer, Szenia und Stellwerk.

Keiner der Teilnehmenden nutzt „bed by night“ und weniger als 1 % der **Männer** kreuzen „Werkheim“ oder die „Unterkunft Schulenburg Landstraße“ an.

Jeweils fast 9 % der **Frauen** nutzen die „Unterkunft Vinnhorster Weg“ und das stationäre Angebot der „Inneren Mission“

Frage 09: Fokus Frauen und Männer



Im Schnitt 3,9 Nennungen von **Frauen** und 4,1 Nennungen von **Männern** zur Frage, was aktuell helfen würde

Männer nennen (z.T. deutlich) häufiger: eine „eigene Wohnung“, „Soziale Arbeit“, „medizinische Versorgung“ oder „Unterkunft mit Einzelzimmer“ und „Sonstige“

Frauen und Menschen diversen Geschlechts (oder die zum Geschlecht keine Angabe machen) machen zu dieser Frage häufiger keine Angabe

Frauen nennen häufiger: spezielle Unterkunftsformen, wie „Unterkunft für Paare“, „Unterkunft, Hunde erlaubt“, „Unterkunft für Familie“ oder „mit Pflege“

„Schwangerschaftsvorsorge“ würde aktuell fast 7 % der **Frauen** helfen (4 Frauen insg.), ein „Frauenhaus“ würde fast 9 % der Frauen helfen (5 Frauen insg.)

„Therapie“ wird von **Männern** und Frauen etwa gleich häufig genannt (rund 31 %), von Menschen diversen Geschlechts oder die hierzu keine Angabe machen seltener (26 %)

Ausgewählte Zitat nach Geschlecht. Antworten auf die Frage, was aktuell helfen würde und „sonstige Mitteilungen“

„eigene Wohnung mit Partnerin“

(Mann, 55-64 Jahre, als Paar ohne Kind lebend)

*„Mal und da wo es ruhig ist. Als Frau muss man vorsichtig sein“ ...
„es ist gefährlich“*

(Frau, 35-44 Jahre, alleinlebend, auf die Frage, wo sie sich nachts aufhält)

„Ich möchte keine Last für das System sein“

(Mann, 55-64 Jahre, alleinlebend)

„ ... wo keine Männer sind“

(Frau, u 25 Jahre, alleinlebend, auf die Frage nach dem Aufenthaltsort nachts“

„bedingungsloses Geld für eine Kaution“

(Mann, Alter unbekannt, alleinlebend, auf die Frage, was aktuell helfen würde)

„einen Platz wo das Zelt entspannt stehen kann, wo auch sanitäre Einrichtungen da wären, Innenstadt nah“

(Alter und Geschlecht unbekannt, auf die Frage, was aktuell helfen würde)

„Mehr W-LAN und mehr PC Plätze für Wohnungslose“

(Mann, 18-24 Jahre, alleinlebend)

„Ich bin eine selbstbewusste Frau und helfe mir selbst. Frauen in meiner Situation werden häufig unterschätzt und auf Äußerlichkeiten reduziert.“

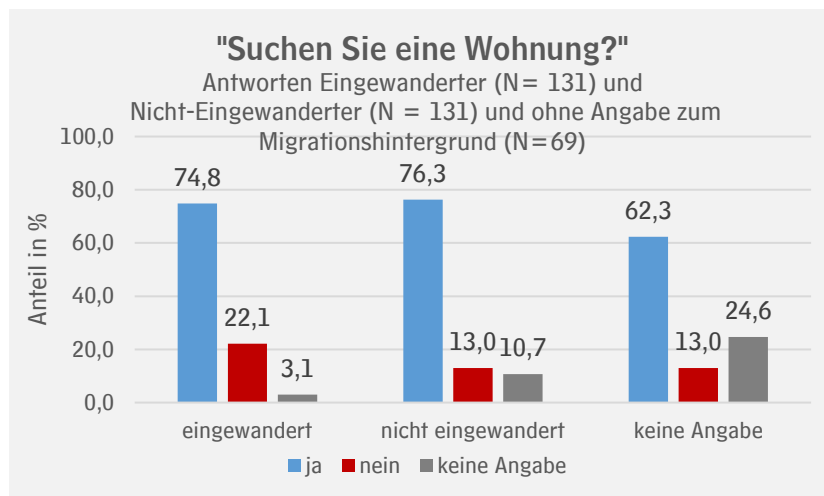
(Frau, 55-64 Jahre, alleinlebend)

2.1.4. Im Fokus 2: Eingewanderte, wohnungslose Menschen

Rund die Hälfte der Teilnehmenden, die auf die Frage antworten, ob sie selbst oder deren Eltern(teile) eingewandert sind, bejaht die Frage

(131 Personen absolut, 40 % der Teilnehmenden). Das Antwortverhalten eingewanderter wohnungsloser Menschen unterscheidet sich teils erheblich von dem der Nicht-Eingewandererten.

Frage 01: Fokus Eingewanderte + Nicht-Eingewanderte



Eingewanderte antworten häufiger „nein“ (22 %) auf die Frage, ob sie eine Wohnung suchen als Nicht-Eingewanderte (13 %)

Mehr als die Hälfte, die keine Wohnung suchen, ist eingewandert, darunter häufig Männer

Frage 01, 09, Fokus: Eingewanderte + Nicht-Eingewanderte



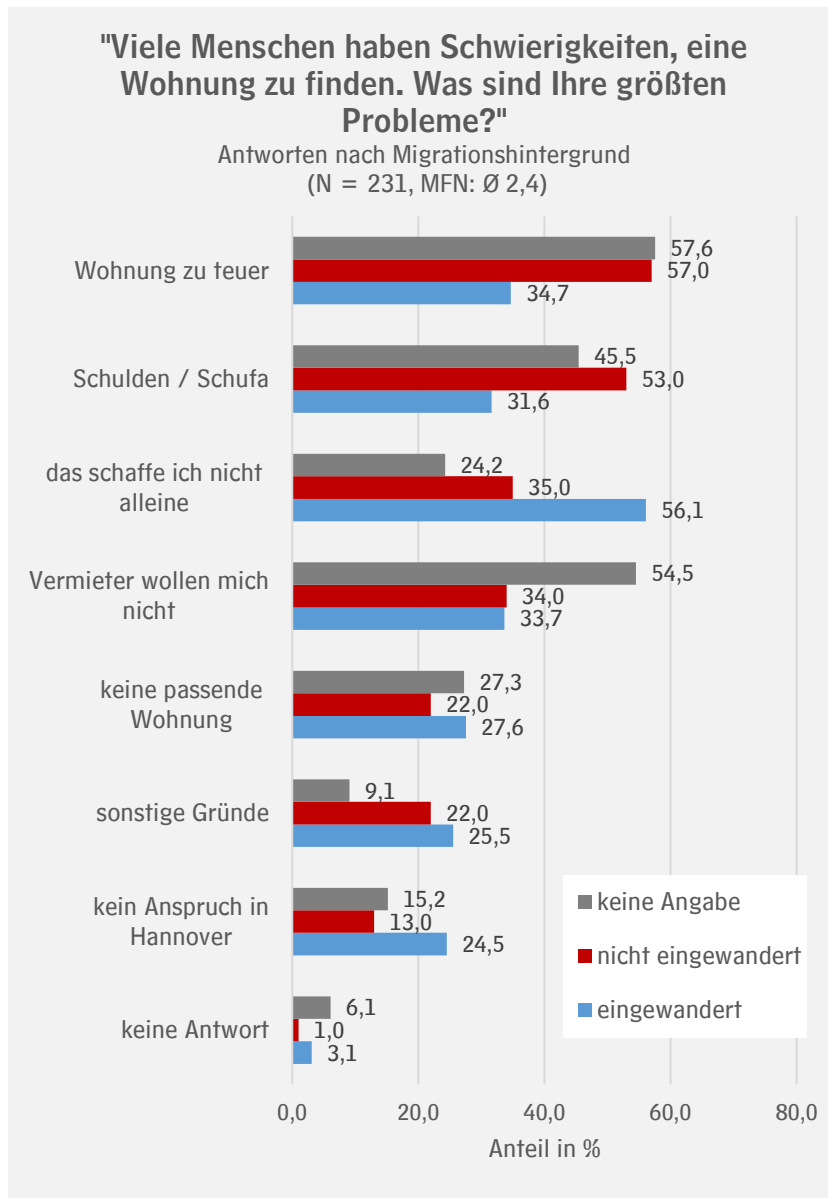
Die Abbildung setzt den Filter auf die, die keine Wohnung suchen und eingewandert sind (29 Personen, dar. 25 Männer)

Im Schnitt 3,3 Nennungen

Zweithäufigste Nennung nach „Soziale Arbeit“ ist „eigene Wohnung“, obwohl danach nicht gesucht wird

Fachliche Einschätzung: Suche nach Wohnung wird (wegen erwarteter Aussichtslosigkeit oder absehbar nicht realisierbarer Finanzierung der Miete durch fehlende Leistungsansprüche) unterlassen, was nicht ausschließt, dass eine Wohnung aktuell helfen würde

Frage 02: Fokus Eingewanderte + Nicht-Eingewanderte



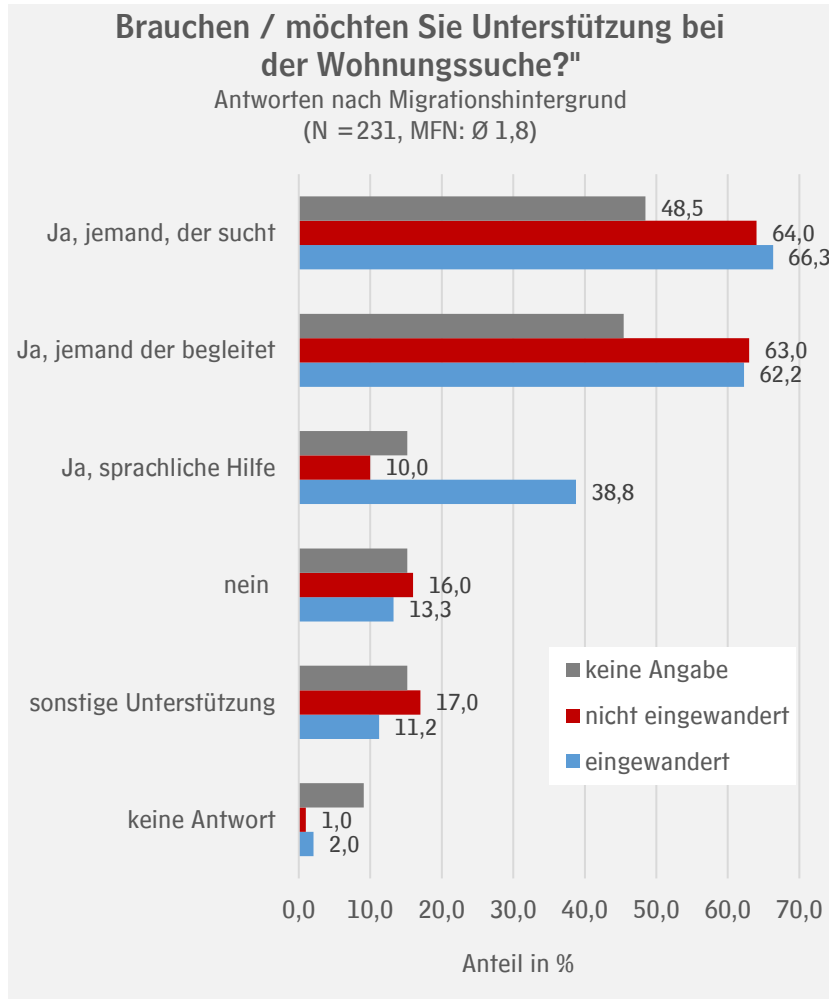
Im Schnitt werden 2,4 größte Probleme genannt

Eingewanderte nennen häufiger:
„das schaffe ich nicht alleine“,
„keine passende Wohnung“, „kein
Anspruch in Hannover“ und „sonstige
Gründe“

Nicht-Eingewanderte geben häufiger
an: „Wohnung zu teuer“,
„Schulden-, Schufaeinträge“,

Befragte ohne Angabe zum Migrationshintergrund nennen häufiger:
„Wohnung zu teuer“ und „Vermieter
wollen mich nicht“

Frage 03: Fokus Eingewanderte + Nicht-Eingewanderte

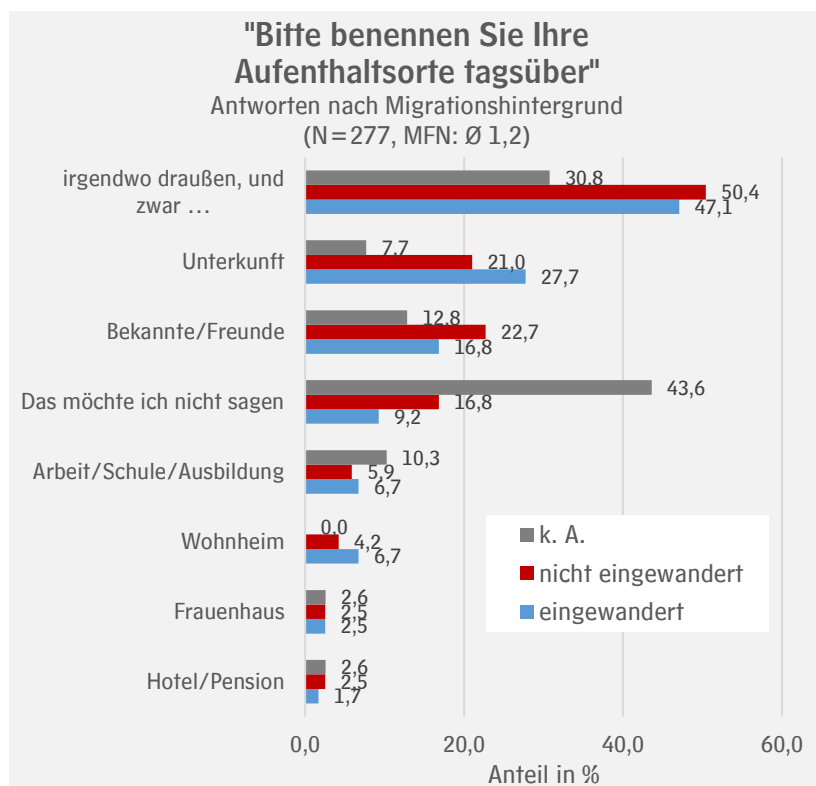


Eingewanderte möchten häufiger Hilfe bei der Wohnungssuche, insbesondere „jemand der sucht“ und „sprachliche Hilfen“

Nicht -Eingewanderte nennen häufiger „jemand, der begleitet“ und „sonstige Unterstützung“

Befragte ohne Angabe zum Migrationshintergrund geben häufiger keine Antwort

Frage 05: Fokus Eingewanderte + Nicht-Eingewanderte



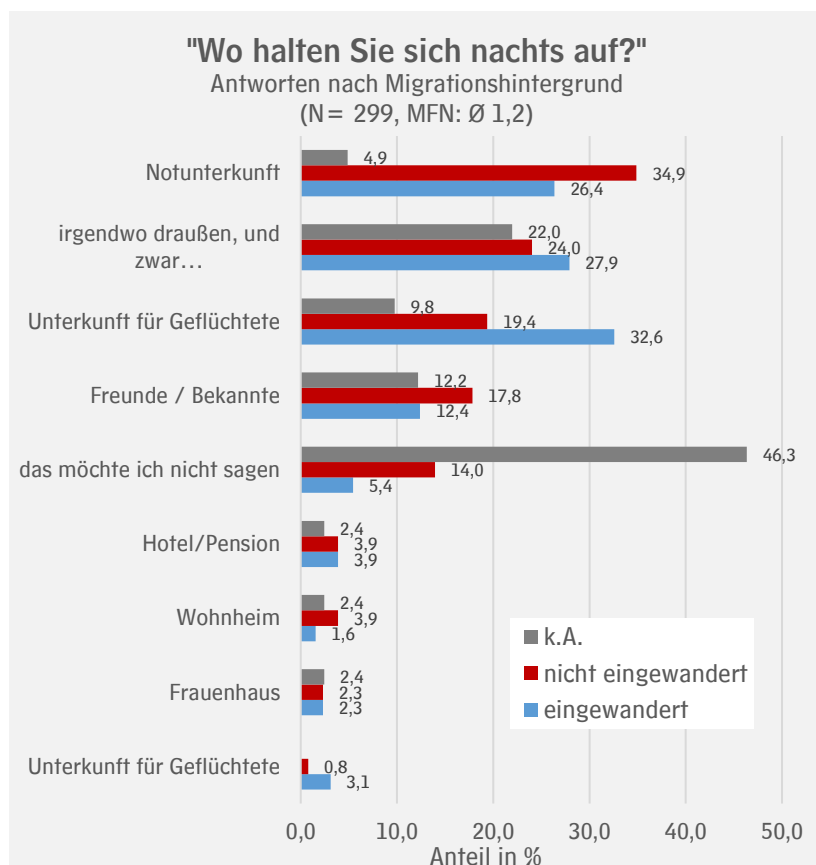
Im Schnitt werden 1,2 Aufenthaltsorte für tagsüber und nachts genannt

Eingewanderte halten sich tagsüber häufiger in einer Unterkunft, einem Wohnheim oder bei der Arbeit / Schule / Ausbildung auf

Nicht-Eingewanderte nennen als Aufenthaltsort häufiger „irgendwo draußen“ oder „bei Bekannten/Freunden“ auf oder möchten dazu nichts sagen

Fast 44 % der Teilnehmenden, die **keine Angabe** zum Migrationshintergrund machen möchten, möchten zu dem Ort nichts sagen

Frage 07: Fokus Eingewanderte + Nicht-Eingewanderte

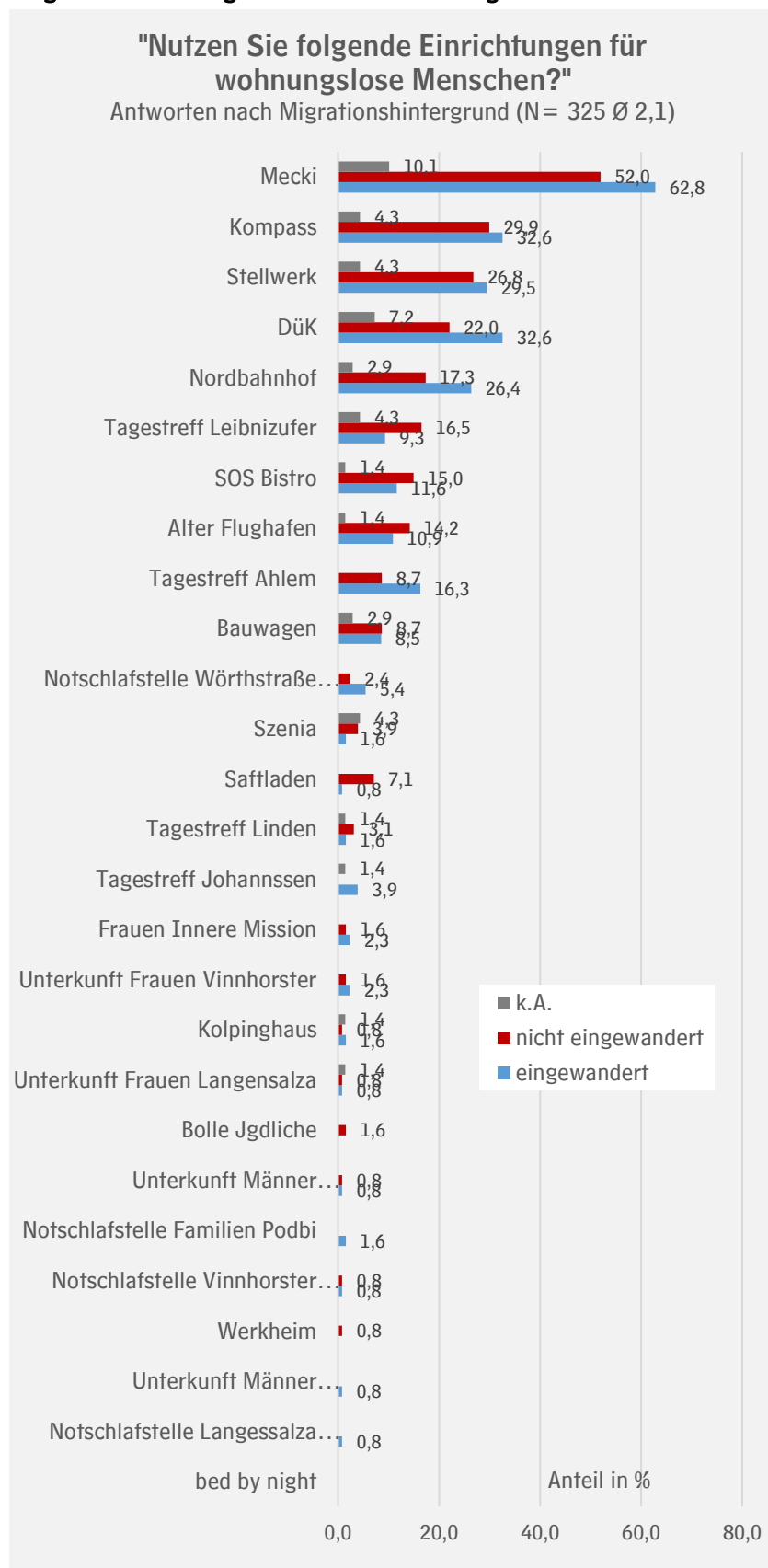


Eingewanderte halten sich nachts häufiger in einer Unterkunft für Geflüchtete oder „irgendwo draußen“ auf

Nicht-Eingewanderte nennen als Aufenthaltsort nachts häufiger in einer „Notunterkunft“ oder bei „Freunden und Bekannten“ auf

Über 46 % der Teilnehmenden, die **keine Angabe** zum Migrationshintergrund machen möchten, möchten zu dem Ort nichts sagen

Frage O8: Fokus Eingewanderte + Nicht-Eingewanderte



Zusammenfassende Darstellung über alle Einrichtungen

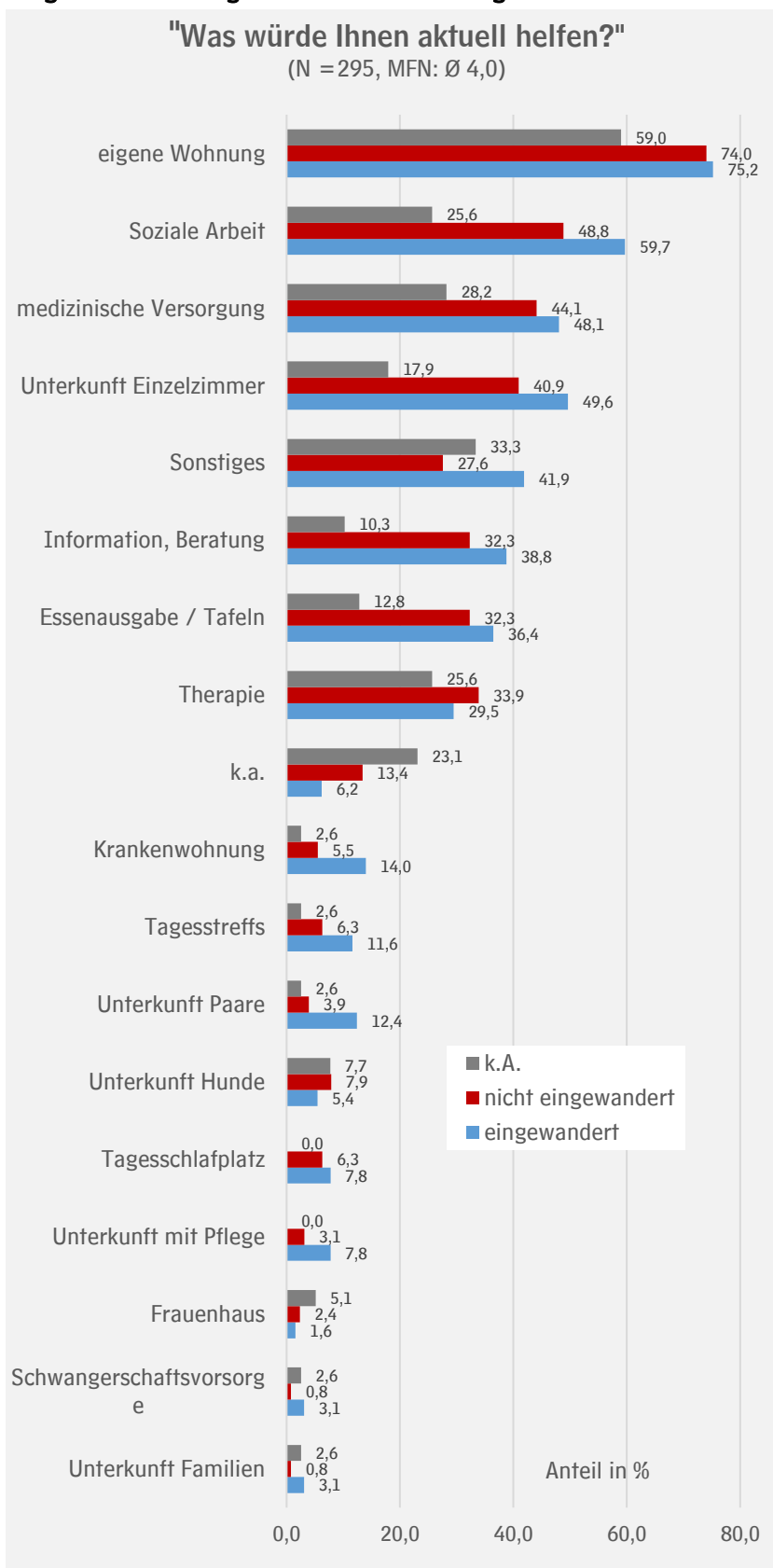
Der Meckladen wird mit Abstand am häufigsten genutzt: Von 63 % der **Eingewanderten** und von 52 % der **Nicht-Eingewanderten**

Eingewanderte nutzen (häufiger als Nicht-Eingewanderte): „Kompass“, „Stellwerk“, „DüK“, „Nordbahnhof“ und den „Tagestreff Ahlem“ sowie die „Notschlafstelle Wörthstraße“

Nicht-Eingewanderte nennen (häufiger als Eingewanderte) den Tagestreff Leibnizufer, das SOS Bistro, den Alten Flughafen und den Saftladen

Hinweis: Die Häufigkeitsangaben beziehen sich jeweils auf die Antwortenden. Sie repräsentieren nicht die Nutzer*innenstruktur der Einrichtungen

Frage 09: Fokus Eingewanderte + Nicht-Eingewanderte



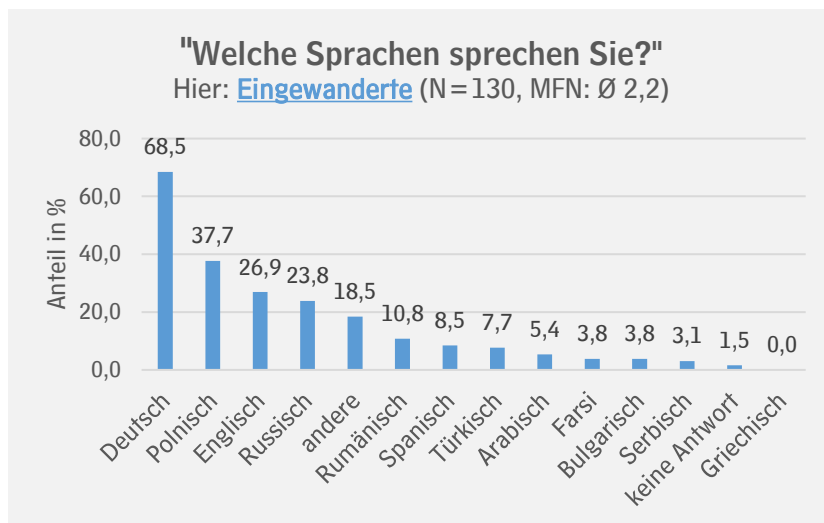
Die „eigene Wohnung“ wird mit Abstand am häufigsten genannt, von **Eingewanderten** und **Nicht-Eingewanderten** ähnlich häufig

Eingewanderte kreuzen fast alle Antwortalternativen häufiger an, als Nicht-Eingewanderte

Nicht-Eingewanderte nennen häufiger (als Eingewanderte): „Therapie“ und „Unterkunft, in der Hunde erlaubt sind“

Teilnehmende, die **keine Angabe** zum Migrationshintergrund machen, nennen „sonstige Hilfen“ häufiger oder machen dazu keine Angabe

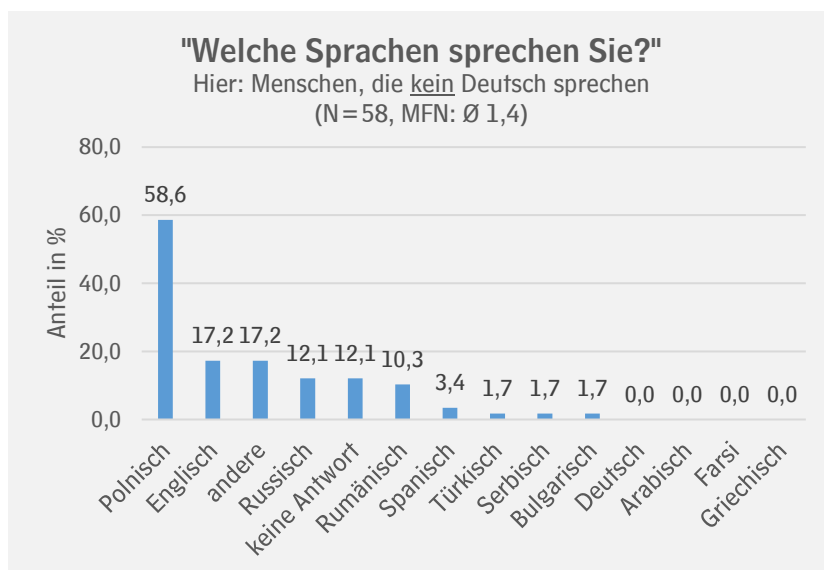
Frage 017: Fokus Eingewanderte



Mehr als zwei Drittel der Eingewanderten (oder aus Einwanderungsfamilien stammenden) spricht Deutsch

Über ein Drittel spricht Polnisch, mehr als ein Viertel Englisch und fast ein Viertel Russisch

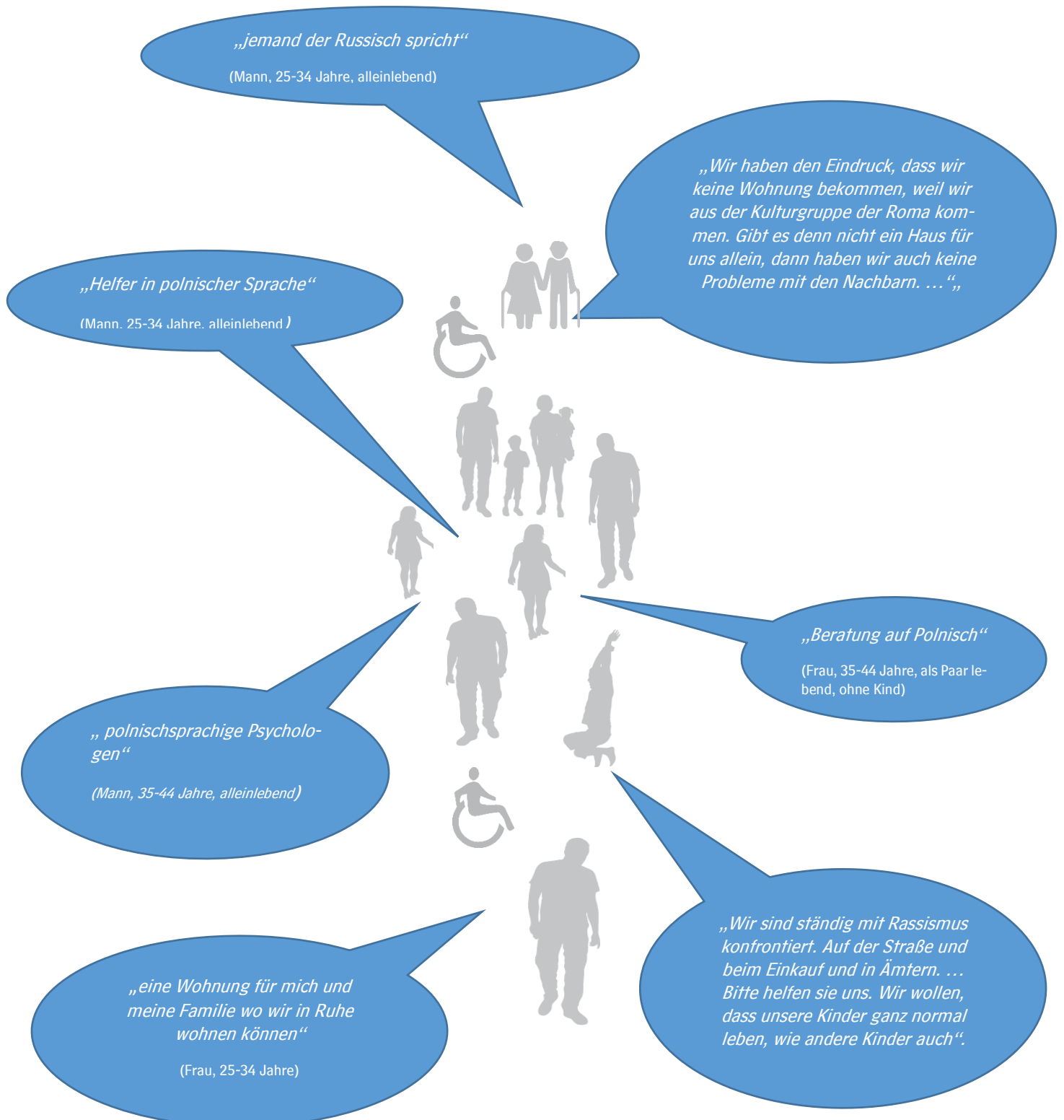
Frage 017: Fokus Nicht-Deutschsprachige



58 Teilnehmende sprechen kein Deutsch (18 % der Teilnehmenden). Mehr als die Hälfte spricht Polnisch

Mit großem Abstand folgen Englisch, Russisch, Rumänisch, Spanisch oder andere Sprachen

Ausgewählte Zitate von Eingewanderten. Antworten auf die Frage, was aktuell helfen würde und „sonstige Mitteilungen“



2.1.5. Im Fokus 3: Wohnungslose Familien

Die teilnehmenden wohnungslosen Familien sind im Wesentlichen auf die Netzwerkkontakte einer einzelnen Interviewerin zurückzuführen. Das im Folgenden geschilderte Stimmungsbild und die vorliegenden Ergebnisse sind nicht ohne Weiteres auf andere wohnungslose Familien übertragbar.

4,3 Prozent der Teilnehmenden geben an, als Familie (auch Getrennt- oder Alleinerziehende) zu leben. Insgesamt sind das 12 Teilnehmende, darunter 7 Frauen und 5 Männer. Die meisten sind im Alter von 25-44 Jahren alt, 11 der 12 Familien sind nach Deutschland eingewandert, 11 der 12 Familien haben Kinder unter 18 Jahren. Diese halten sich tagsüber überwiegend „bei uns“ auf oder in der „Kita/ Schule“, in einem Fall auch bei Verwandte. Die Familien sprechen unter anderem (Mehrfachnennungen möglich, im Schnitt 1,7 Sprachen) rumänisch (8), Deutsch, Englisch und „Andere Sprachen“ (je 5), Spanisch (4), vereinzelt auch Bulgarisch, Russisch, Türkisch.

Wohnungssuche: Alle Familien sagen, dass sie eine Wohnung suchen. Als größte Probleme bei der Wohnungssuche (Mehrfachnennung möglich) werden genannt: „Das schaffe ich nicht allein“ (7 Nennungen), „Schulden/Schufa“ (6) und „keine passende Wohnung“ (5) oder Vermieter*innen wollen mich nicht (3) und „zu teuer“. Eine Familie sagt (bei Sonstigen Nennungen), dass sie eine barrierefreie Wohnung benötigt. Diese seien rar und unbezahlbar.

Unterstützung bei Wohnungssuche: 10 der 12 Familien sagen, dass Sie sich Unterstützung bei der Wohnungssuche wünschen. Auf die Frage, was ihnen bei der Wohnungssuche helfen würde, nennen 7 Familien „jemand, der mich begleitet“ oder für mich „sucht/regelt“ (5) sowie sprachliche Hilfen (5) (Mehrfachnennungen bei Frage O3 möglich).

Die Aufenthaltsorte nachts lassen Rückschlüsse auf die aktuelle Situation zu: 8 Familie leben aktuell in einer festen Unterkunft für Familien und je eine Familie gibt an, sich „bei Freunden / Bekannten“ aufzuhalten oder im „Frauenhaus“, in einer „Einrichtung für Geflüchtete“ und 2 geben an, sich nachts „auf der Straße“ aufzuhalten (Mehrfachnennung möglich).

Nutzen Sie folgende Einrichtungen? Drei Familien nutzen den Meckiladen, auch das Stellwerk (3) und Tagestreffs werden vereinzelt genannt, sowie andere Einrichtungen, die sich an Drogengebrauchende Nutzer*innen richten (z.B. Neues Land).

Was würde aktuell helfen? 11 von 12 Familien sagen, dass eine „eigene Wohnung“ und „Arbeit“ (5) oder „Essensausgaben/Tafeln“ (3) aktuell helfen würden. Seltener medizinische Versorgung, Therapie oder eine spezielle Unterkunft für Paare oder Familien (jeweils Einzelnennungen).

Ausgewählte Zitate von Familien. Antworten auf unterschiedliche offene Fragen:

„ich suche schon jahrelang“

„Wohnungsmarkt ist überlaufen“

Wir wünschen uns eine Wohnung. Sie kann ruhig klein sein, alles ist besser als diese Unterkunft. (Familie mit 6 Kindern)

„Jemand der mal mit dem Vermieter spricht und uns auch alles erklärt. Im Obdach können sie nicht alles für uns machen, die Sozialarbeiter. Wir brauchen mehr Hilfe.“

„Mit Schufaeintrag nimmt uns kein Vermieter und auch nicht, weil wir viele Kinder haben. Die großen Wohnungen sind zu teuer, die kleinen Wohnungen wollen sie uns nicht geben, obwohl wir sie nehmen würden. Hier im Obdach ist es doch auch klein“

„Wir suchen mit ganzem Herzen eine Wohnung. Unsere Kinder haben mit den anderen Kindern und Eltern hier Probleme und wir auch. Es ist schrecklich.“



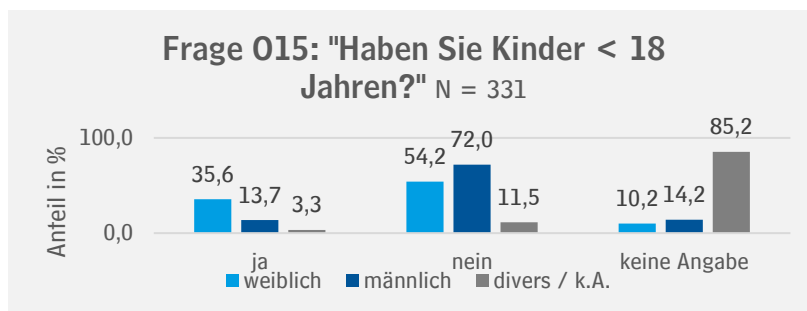
2.1.6. Im Fokus 4: Wohnungslose Menschen mit Kind(ern) unter 18 Jahren

Mehr wohnungslose mit Kindern als Familien:

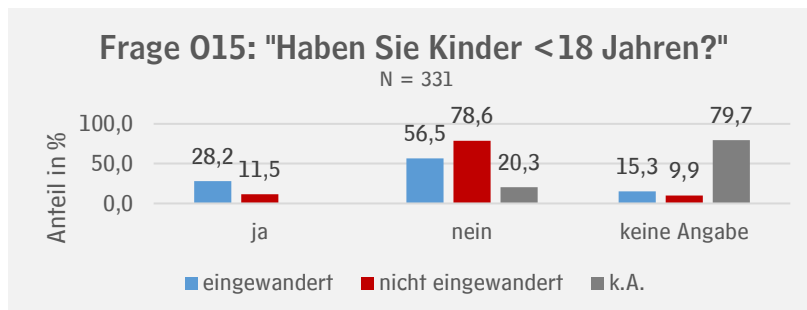
16 Prozent der Teilnehmenden geben an, minderjährige Kinder zu haben, aber nur 4,3 Prozent der Teilnehmenden leben als Familie. Es gibt also deutlich mehr wohnungslose Menschen mit minderjährigen Kindern (52) als wohnungslose Menschen, die als Familie leben (12). Hauptgrund dafür ist, dass nicht alle Eltern mit ihren Kindern leben und also nicht als Familie leben. Die meisten (29) leben allein oder als Paar ohne

Kind(er) (5). 18 von 52 geben an, dass das Kind / die Kinder „beim anderen Elternteil“ lebt/leben, 9 geben hierzu an „in einer Jugendhilfeeinrichtung/Pflegeeltern“ und 4 machen hierzu keine Angabe.

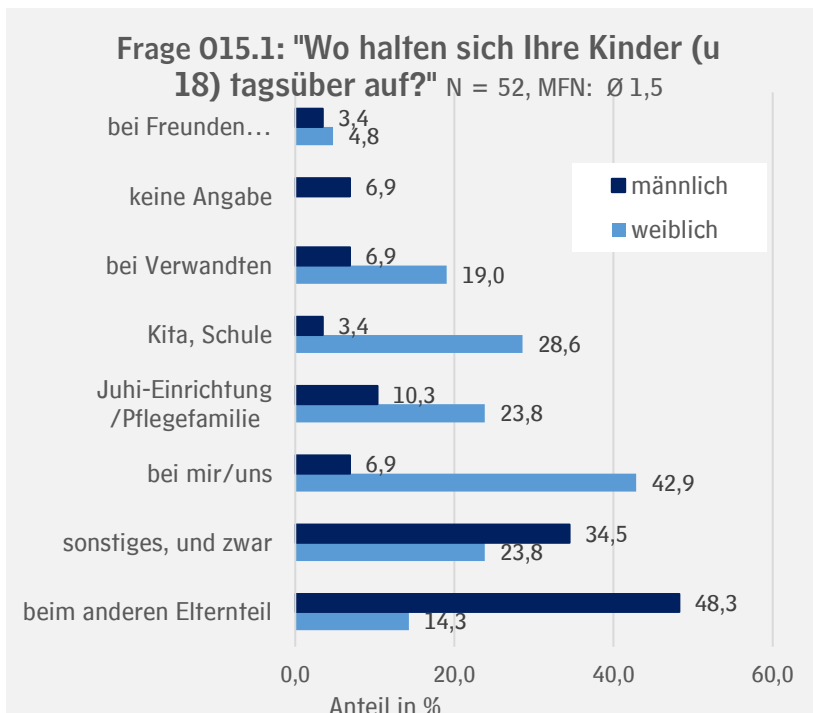
Unter den 52 Befragten mit minderjährigem/n Kind(ern) sind 21 Frauen und 29 Männer sowie je eine Person diversen Geschlechts bzw. ohne Angabe zum Geschlecht. Die meisten (37 von 52) sind selbst (oder deren Eltern) eingewandert.



1. Filter nach Geschlecht:
Frauen geben deutlich häufiger (36 %) als *Männer* (14 %) an, Kinder unter 18 Jahren zu haben



2. Filter nach Migrationshintergrund:
Eingewanderte (28%) geben häufiger als *Nicht-Eingewanderte* (12 %) an, Kinder unter 18 Jahren zu haben

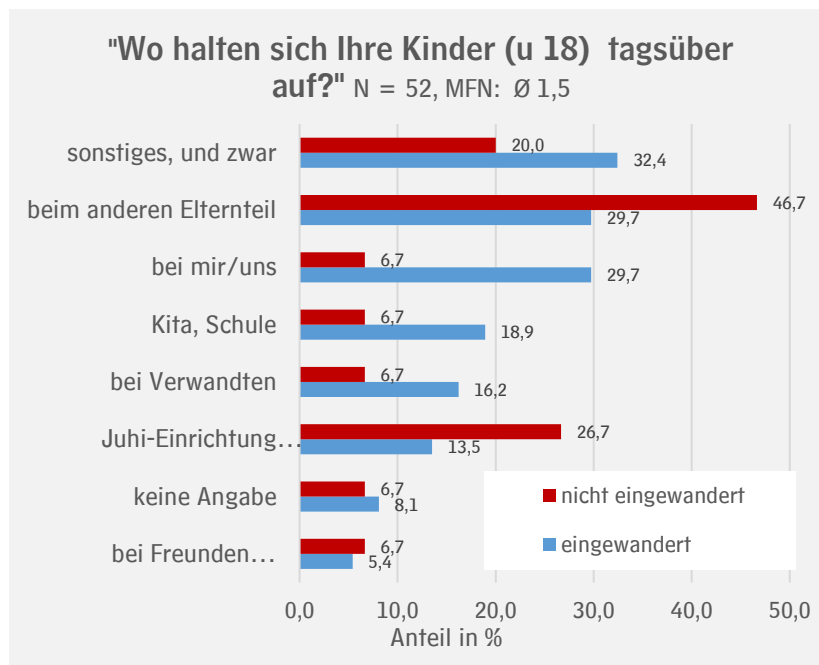


Fast die Hälfte der *Männer* gibt an, dass sich das Kind tagsüber beim anderen Elternteil aufhält (Frauen: 14 %)

Frauen sagen im Umkehrschluss häufiger „bei mir/uns“ (43 %) als *Männer* (7 %)

„Jugendhilfeeinrichtungen / Pflegeeltern“ sowie „Kita-Schule“ wird jeweils von rund einem Viertel der *Frauen* genannt

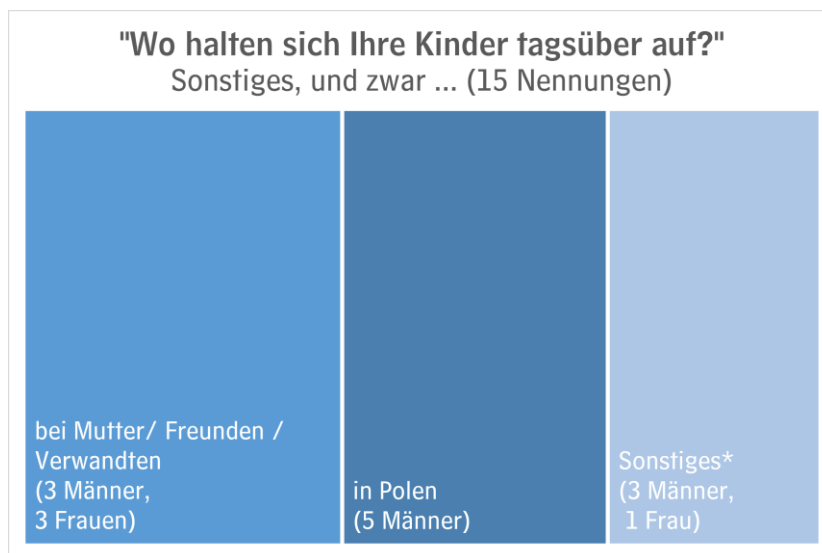
Frage O15.1 Fokus: Eingewanderte + Nicht-Eingewanderte



Nicht-Eingewanderte nennen „beim andern Elternteil“ (47 %), „Jugendhilfeeinrichtungen / Pflegeeltern“ (27 %) deutlich häufiger als **Eingewanderte** (30 % / 14 %)

Eingewanderte nennen „bei mir/uns“, „Kita-Schule“, und „bei Verwandten“ deutlich häufiger, als **Nicht-Eingewanderte**

Frage O15.2 Sonstiges



15 Sonstige Nennungen, offene Frage:
Sonstige Orte werden von einem Drittel der **Eingewanderten** und einem Fünftel der **Nicht-Eingewanderten** genannt

Sonstiges umfasst:
"nicht in Hannover",
"in WG", "kein Kontakt",
"mal da, mal da"

2.1.7. Frage 011: "Hier können Sie uns noch etwas mitteilen"

Hierbei handelt es sich um eine offene Frage, die von 134 Teilnehmenden (rund 40 Prozent aller Teilnehmenden) beantwortet wurde.

56 Antworten (42 %) enthalten konkrete Maßnahmvorschläge zu unterschiedlichen Handlungsfeldern, davon:

- 30 im Themenfeld Wohnen
- 9 im Themenfeld Arbeitsmarkt
- 8 im Themenfeld Gesundheit
- 5 im Themenfeld Soziale Arbeit / Beratung, Tages- und Nachtaufenthalte sowie
- 4 zum Thema mehrsprachige Unterstützung und Beratung

35 Antworten (26 %) sind konkrete Erfahrungsberichte, davon:

- 16 Erfahrungen in Unterkünften

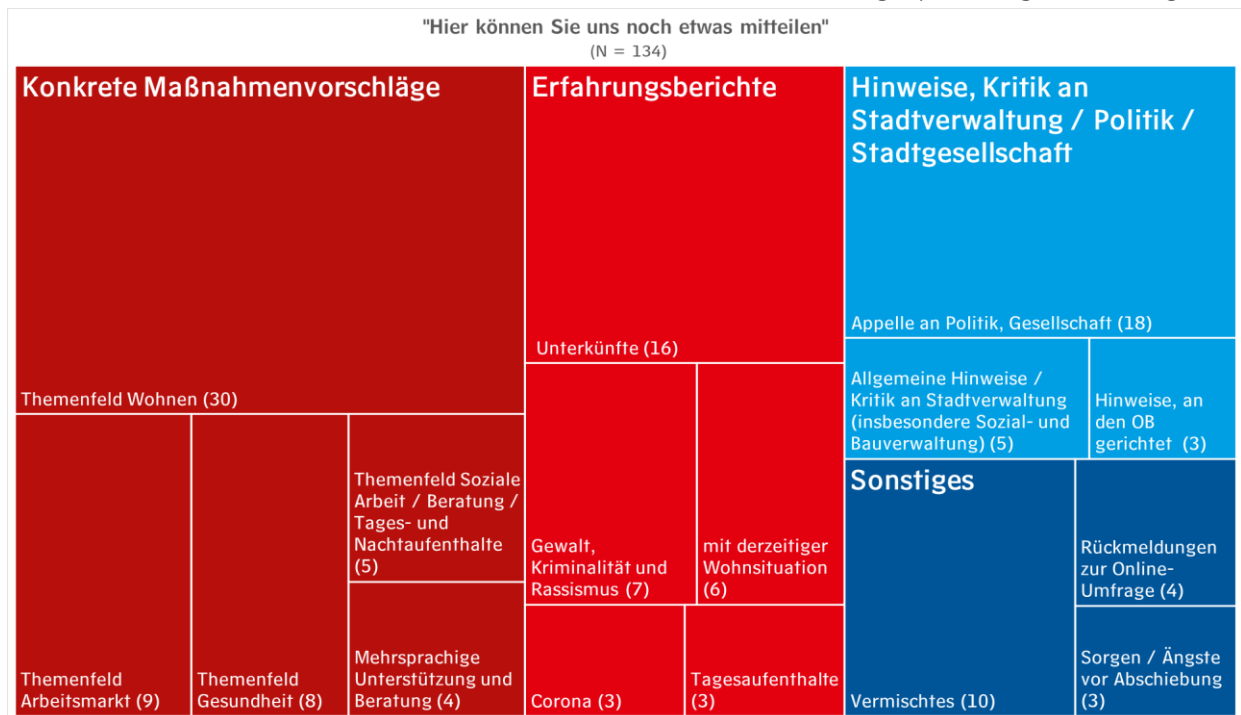
- 7 Erfahrungen mit Gewalt, Kriminalität und/oder Rassismus
- 6 Erfahrungen mit der derzeitigen Wohnsituation sowie
- Je 3 Erfahrungen mit Tagesaufenthalten sowie allgemein mit der Corona-Pandemie

In 26 Fällen (19 % der Antworten) handelt es sich um Hinweise, Kritik an der Stadtverwaltung, an Politik oder an der Stadtgesellschaft, davon:

- 18 Appelle an Politik oder Gesellschaft
- 5 allgemeine Hinweise oder Kritik an der Stadtverwaltung, insbesondere an der Sozial- und Bauverwaltung
- 3 Hinweise, die sich direkt an den Oberbürgermeister richten

17 Nennungen (13 %) beinhalten Sonstiges, davon:

- 10 zu Vermischtem
- 4 Rückmeldungen zur Online-Umfrage
- 3 Äußerungen, die Sorgen oder Ängste



vor einer Abschiebung beinhalten.

2.1.8. Zusammenfassung Teil A

Die Online-Umfrage ist – anders als das Instrument „Bürger*innen-Panel“³ – keine repräsentative Umfrage. Sie zielt auf ein aktuelles Stimmungsbild zufällig angetroffener oder mitwirkungsbereiter Menschen in Hannover, darunter explizit wohnungslose Menschen. Um auch die Mitwirkung nichtdeutschsprachiger wohnungsloser Menschen oder solcher ohne Smartphone zu ermöglichen, waren im Rahmen der Aktionswoche vom 19.-25. April 2021 eine Woche lang 16 Interviewer*innen an über 20 Standorten zu unterschiedlichen Tageszeiten im Stadtgebiet unterwegs. Mit insgesamt 8 Tablets begleiteten Dolmetscher*innen die Fragebogenaktion und übersetzten bei Bedarf ins Polnische, Russische, Rumänische, Bulgarische, Englische oder Spanische.

Teilnehmende: Unter den 331 teilnehmenden wohnungslosen Menschen waren 211 Männer, 59 Frauen und 4 Menschen diversen Geschlechts. Die Teilnehmenden waren überwiegend im Alter von Mitte / Ende 20 bis 55 Jahren. Es handelte sich dabei zum großen Teil um Alleinlebende, aber auch um Paare oder Familien mit minderjährigen Kindern, bzw. um wohnungslose Menschen mit Kind(ern).

16 Prozent der Teilnehmenden geben an, minderjährige Kinder zu haben, aber nur 4,3 Prozent der Teilnehmenden leben als Familie, weil viele der wohnungslosen Teilnehmenden angeben, dass das Kind / die Kinder „beim anderen Elternteil“ lebt/leben.

Teilnehmende Männer sind deutlich häufiger alleinlebend als Frauen. Frauen leben häufiger als Paar oder als Familie. Frauen haben häufiger Kinder unter 18 Jahren als Männer. Menschen diversen Geschlechts (oder k.A.) machen zur Frage nach Kindern sowie zu vielen anderen Fragen häufiger keine Angabe.

Jeweils die Hälfte der Befragten, die Auskunft darüber gibt, ist selbst eingewandert oder ent-

stammt einer Einwanderungsfamilie. Die Teilnehmenden sprechen im Schnitt 1,7 Sprachen, darunter Eingewanderte im Schnitt 2,2 Sprachen. 71 Prozent der Teilnehmenden geben an, Deutsch zu sprechen, unter den Eingewanderten sprechen 69 Prozent Deutsch. Insgesamt sprechen 27 Prozent (Schul-) Englisch, 20 Prozent Polnisch und 12 Prozent Russisch.

Das Alters- und Einwanderungsprofil teilnehmender Männer und Frauen ist dabei in etwa ähnlich. Nach Einschätzung der Fachverwaltung entspricht die Struktur der Teilnehmenden in etwa der geschätzten soziodemografischen Struktur derjenigen wohnungslosen Menschen in Hannover, die das Hilfesystem in Anspruch nehmen und für die die Fachverwaltung erkennbar wohnungslos sind.

Befragungsergebnisse:

Fast drei Viertel (73 Prozent) der wohnungslosen Menschen sucht eine Wohnung, darunter alle teilnehmenden Familien. Die am häufigsten genannten Probleme bei der Wohnungssuche sind der Preis („zu teuer“), Schulden- oder Schufa-Einträge oder „das schaffe ich nicht alleine“ (jeweils über 40 Prozent der Nennungen, Mehrfachnennungen möglich). Auch die Antwort „Vermieter*innen wollen mich nicht“ wird von über einem Drittel als Problem angegeben. Fast ein Fünftel der Befragten insgesamt gibt an, dass sie keinen Anspruch auf eine Wohnung in Hannover haben. Unter den Eingewanderten sind es rund ein Viertel. Eingewanderte nennen häufiger: „das schaffe ich nicht alleine“, „keine passende Wohnung“, „kein Anspruch in Hannover“ und „sonstige Gründe“. Nicht-Eingewanderte nennen häufiger „Wohnung zu teuer“, „Schulden-, Schufaeinträge“. Männer geben im Schnitt 2,7 und Frauen im Schnitt 2,3 Probleme an.

Jeweils fast zwei Drittel antwortet auf die Frage „Brauchen /möchten Sie Unterstützung bei der Wohnungssuche?“ mit „ja, jemand, der sucht“ oder „ja, jemand der begleitet“. Fast ein Viertel

³ Das Bürger*innenpanel repräsentiert die Bevölkerung Hannovers **am Ort der Hauptwohnung** (ohne Wohnungslose) hinsichtlich der Alters- und Geschlechtsstruktur (Näheres siehe Anlage 2)

gibt an, dass „sprachliche Hilfen“ zur Unterstützung bei der Wohnungssuche benötigt werden (Mehrfachnennungen möglich). Frauen wollen häufiger keine Hilfe bei der Wohnungssuche als Männer. Männer nennen häufiger: „jemand der sucht“, und „sonstige Unterstützung“. Frauen nennen häufiger: „jemand der begleitet“ und „sprachliche Hilfen“.

Befragt nach den Aufenthaltsorten tagsüber geben 46 Prozent an „irgendwo draußen“, ein knappes Viertel nutzt eine „Unterkunft“, rund 18 Prozent halten sich bei „Freunden und Bekannten“ auf.

Rund 27 Prozent der Antwortenden sucht nachts eine „Notunterkunft“ auf. Jeweils rund ein Viertel gibt an, sich auch nachts „irgendwo draußen“ aufzuhalten oder in einer „festen Unterkunft für wohnungslose Menschen“. Etwa 15 Prozent geben an, nachts bei „Freunden oder Bekannten“ zu sein oder „das möchte ich nicht sagen“. Insgesamt halten sich Frauen tags wie nachts seltener in der Innenstadt und häufiger in anderen Stadtteilen auf als Männer. Antwortende Frauen halten sich tagsüber häufiger in einer „Unterkunft“, im „Frauenhaus“ oder im „Hotel/Pension“ auf. Männer halten sich tagsüber und nachts häufiger „irgendwo draußen“, in „Notunterkünften“ und bei „Freunden/Bekannten“ auf.

Fast die Hälfte der Antwortenden nutzt den Tagesaufenthalt „Meckiladen“, rund ein Viertel den „Kompass“, das „Stellwerk“ und den „DüK“. Wie häufig die genannten Einrichtungen genutzt werden, hängt wesentlich auch damit zusammen, an welchen Standorten im Laufe der Aktionswoche die Interviews durchgeführt wurden. Frauen nutzen im Durchschnitt 1,8 der aufgeführten Einrichtungen, Männer im Schnitt 2,7 der Einrichtungen.

Auf die Frage nach Hilfen in der aktuellen Situation, entfallen die meisten Antworten - abgesehen von einer „eigenen Wohnung“ (73 Prozent), auf Soziale Arbeit (51 Prozent), medizinische Versorgung (44 Prozent) Unterkünfte mit Einzelzimmer (42 Prozent) sowie „Sonstiges“ (35 Prozent), Information und Beratung (32 Prozent), Essensausgaben / Tafeln (32 Prozent) und / oder Therapieplätze (z.B. Sucht- oder Psychotherapie) (31 Prozent). Männer nennen (z.T. deutlich) häufiger eine „eigene Wohnung“, „Soziale Arbeit“, „medizinische Versorgung“ oder „Unterkunft mit Einzelzimmer“ und „Sonstiges“. Frauen nennen häufiger spezielle Unterkunftsformen, wie „Unterkunft für Paare“, „Unterkunft, Hunde erlaubt“, „Unterkunft für Familie“ oder „mit Pflege“.

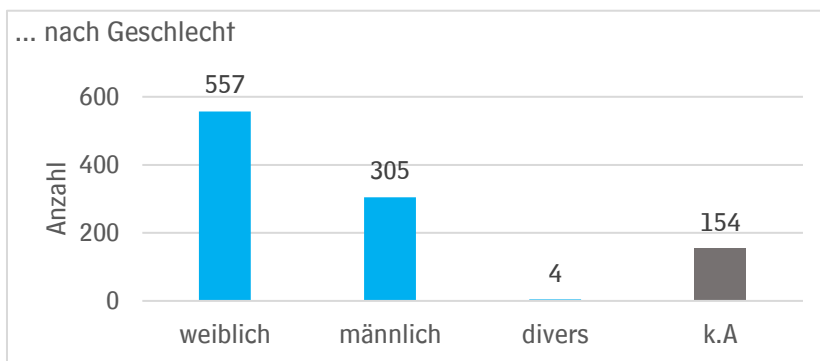
Die Schlussfrage: "Hier können Sie uns noch etwas mitteilen" ist eine offene Frage, die von 134 Teilnehmenden (rund 40 Prozent aller Teilnehmenden) beantwortet wurde. 42 Prozent der offenen Mitteilungen enthalten konkrete Maßnahmevorschläge zu unterschiedlichen Handlungsfeldern. Als Maßnahmen, die die individuelle Situation verbessern würden, wird am häufigsten der Wunsch nach deutlich mehr bezahlbarem Wohnraum im Stadtgebiet geäußert, aber auch nach mehrsprachiger Unterstützung und Beratung oder nach einer „Arbeit“, oft gepaart mit gesundheitsbezogenen Angeboten. Ein gutes Viertel der Teilnehmenden nutzt die Frage für konkrete Erfahrungsberichte. Vereinzelt gibt es Hinweise auf Gewalterfahrungen innerhalb und außerhalb von Unterkünften oder Rassismuserfahrungen, auch auf dem Mietwohnungsmarkt. Etwa ein Fünftel der Antwortenden nutzt die Frage für Appelle, Hinweise, Kritik an der Stadtverwaltung, an der Politik oder an der Stadtgesellschaft.

2.2. Teil B: Ergebnisse zum Befragungsteil, der sich an Menschen mit festem Wohnsitz richtete

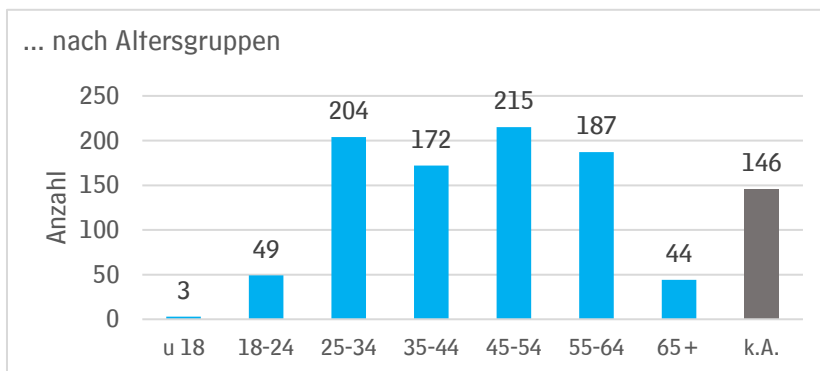
2.2.1. Teilnehmende nach soziodemografischen Eckdaten

Die Auswertung des Befragungsteils, der sich an Menschen mit festem Wohnsitz richtete, basiert auf insgesamt 1.020 gültigen Fragebögen.

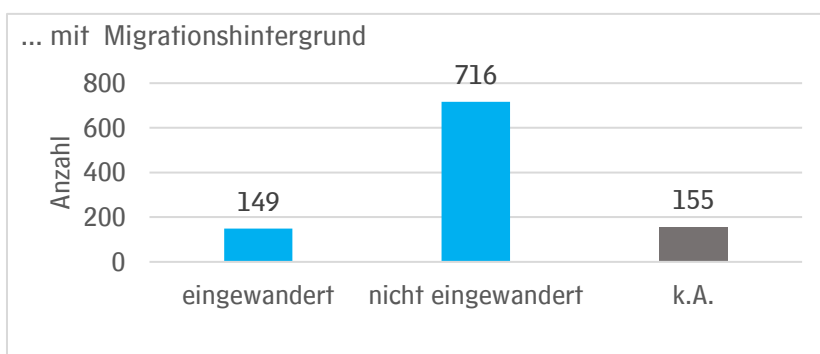
Teilnehmende (N =1.020), Fragen M14, M15, M16



Die meisten (55 %) Teilnehmenden sind Frauen



*Die Teilnehmer*innen sind in der Mehrzahl (76 %) im Alter von 25 bis 64 Jahren*



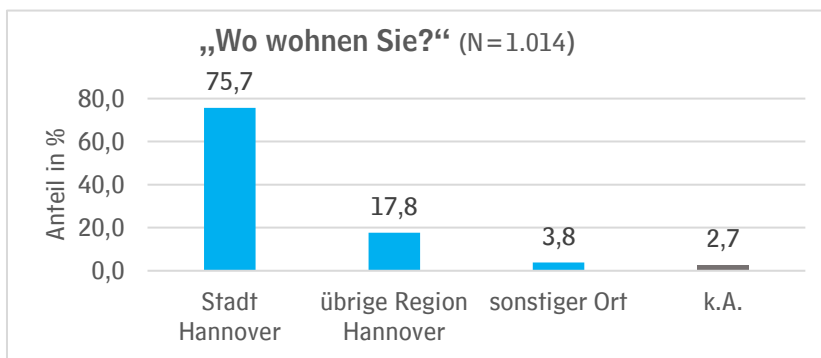
*Die überwiegende Anzahl der Teilnehmer*innen (70 %) ist weder selbst eingewandert, noch kommen sie aus Einwanderungsfamilien*

An der Befragung haben vier diverse Menschen teilgenommen. Aus Datenschutzgründen wird diese Gruppe in der folgenden Auswertung mit der Gruppe, die keine Angabe zum Geschlecht gemacht hat, zusammengefasst.

2.2.2. Ergebnisse der Befragung

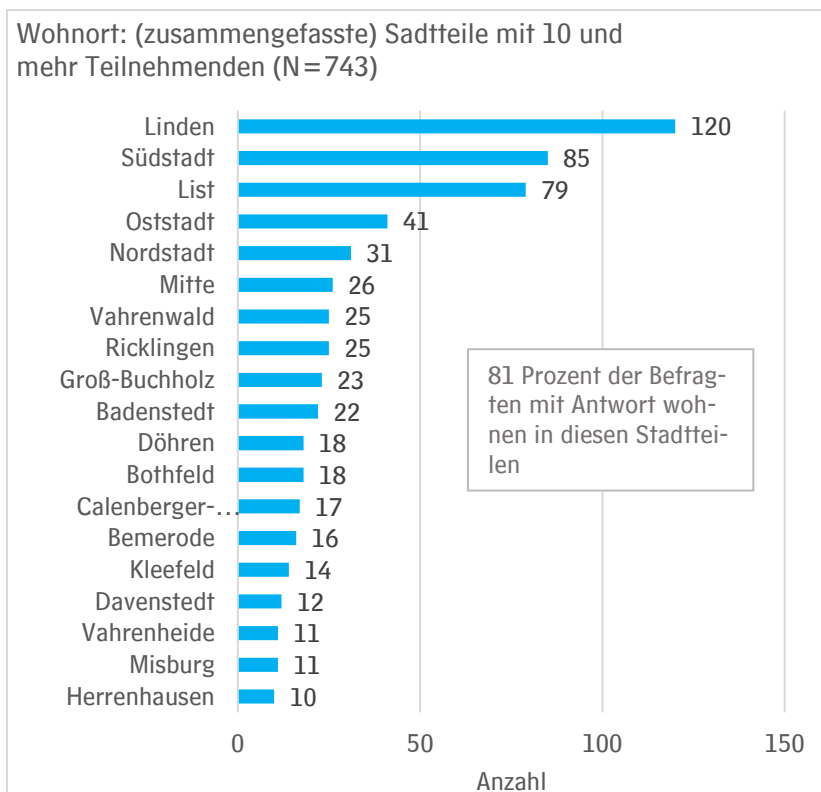
Eine Darstellung nach Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund erfolgt, sofern sich die Ergebnisse zu diesen Merkmalen signifikant differenzieren.

Frage M1

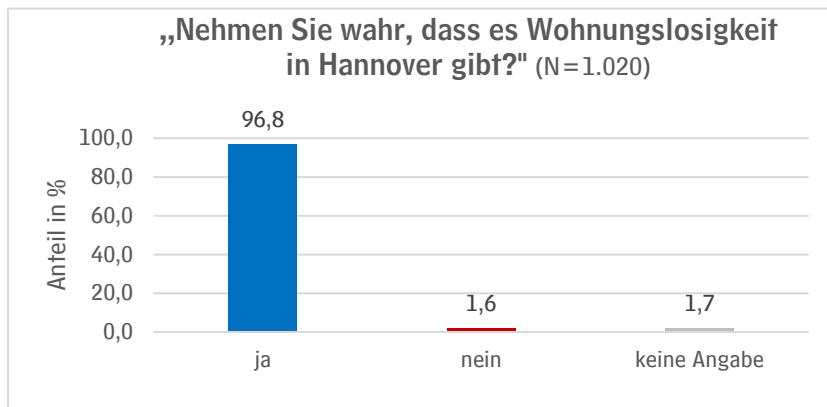


Drei Viertel der Befragten hat einen Wohnsitz in der Stadt Hannover

Frage M1.1



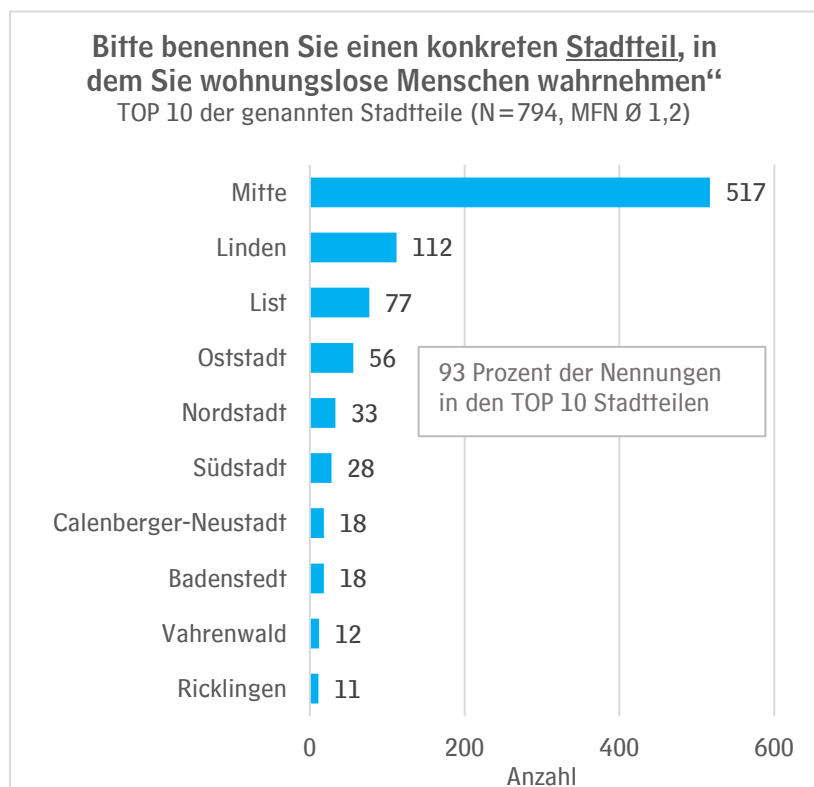
*Bewohner*innen aus den Stadtteilen Linden, Südstadt und List haben am häufigsten an der Befragung teilgenommen*

Frage M2

Unabhängig von Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund wird „Wohnungslosigkeit“ von nahezu allen Befragten in Hannover wahrgenommen

Frage M3

794 Befragte haben mindestens einen Stadtteil genannt, einige davon zwei und mehr Stadtteile (Ø 1,2)



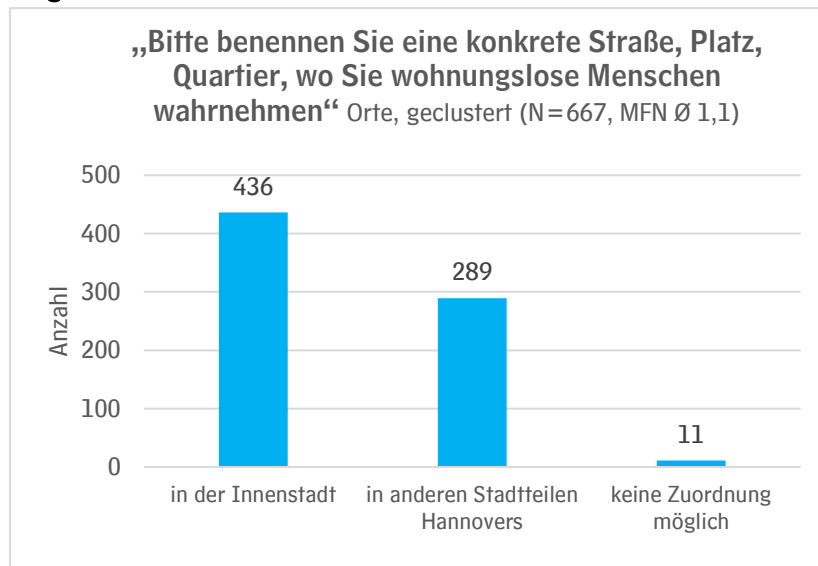
Mit Abstand am häufigsten werden wohnungslose Menschen im Stadtteil Mitte wahrgenommen

Es gibt insgesamt 413 Nennungen eines anderen Stadtteils, allen voran Linden, List, Oststadt

Frage M4

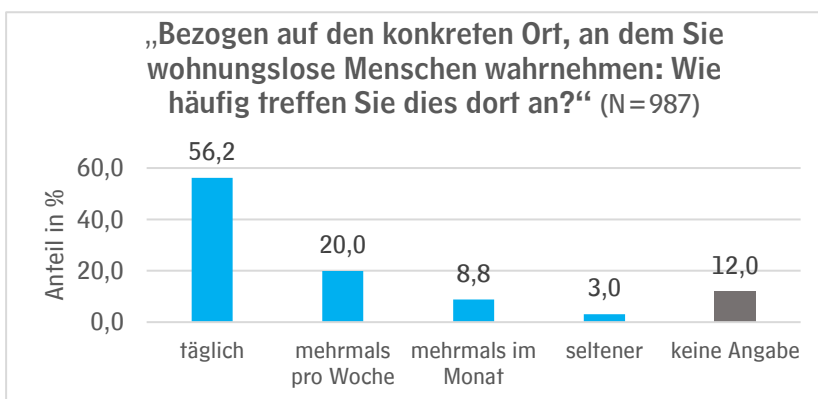
Auf diese Frage gibt es 667 Nennungen. Manche Befragte, haben mehrere Antworten gegeben (Ø 1,1). Zum Schutz der Betroffenen werden die einzelnen genannten Orte nicht veröf-

fentlicht. Sie liegen der Fachverwaltung zu weiteren Nutzung vor. Die Nennungen wurden wie folgt zusammengefasst:

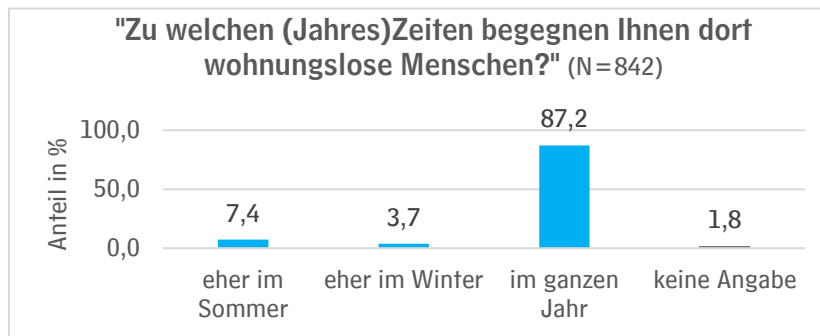
Frage M4

Am häufigsten werden Wohnungslose Menschen in der Innenstadt wahrgenommen

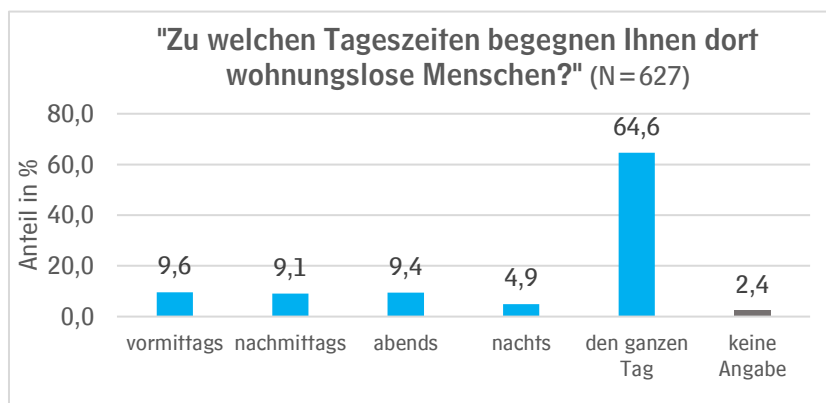
289-mal wurde ein Ort in einem anderen Stadtteil Hannovers genannt

Frage M5

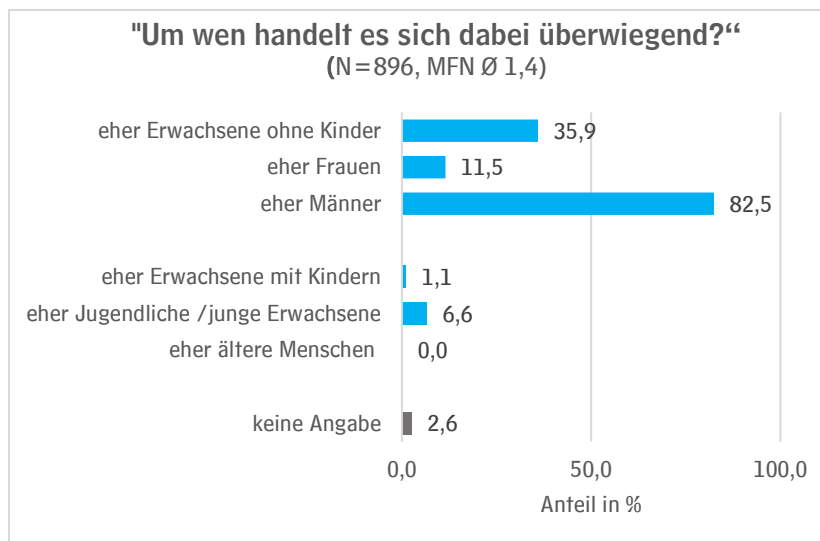
Wohnungslose Menschen halten sich - bezogen auf den konkreten Ort – dort überwiegend täglich auf

Frage M6: „Bezogen auf den konkreten Ort, an dem Sie wohnungslose Menschen wahrnehmen...“

.... überwiegend das ganze Jahr



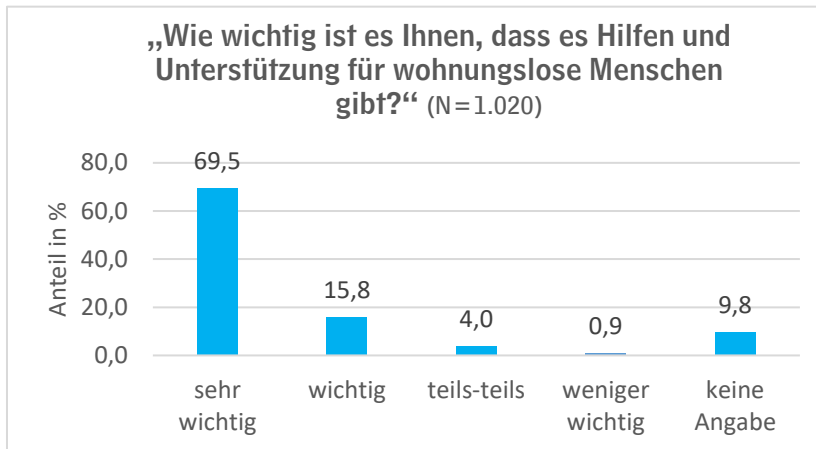
.... und meistens den ganzen Tag

Frage M7

*Genannt werden vor allem
Männer und allgemein
Erwachsene
ohne Kinder, seltener Frauen*

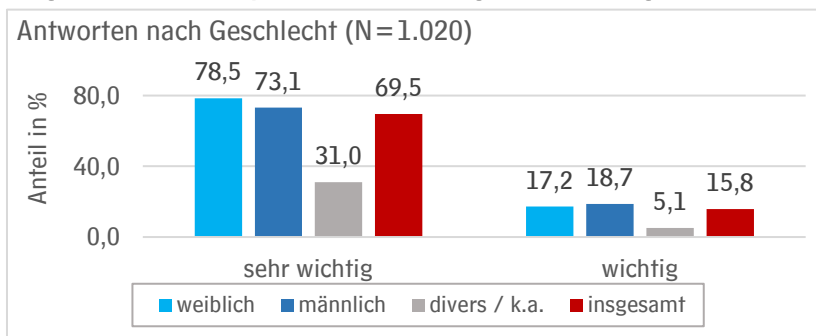
*Aber auch Jugendliche/
junge Erwachsene und
Erwachsene mit Kindern
werden in einigen Fällen genannt*

Frage M8

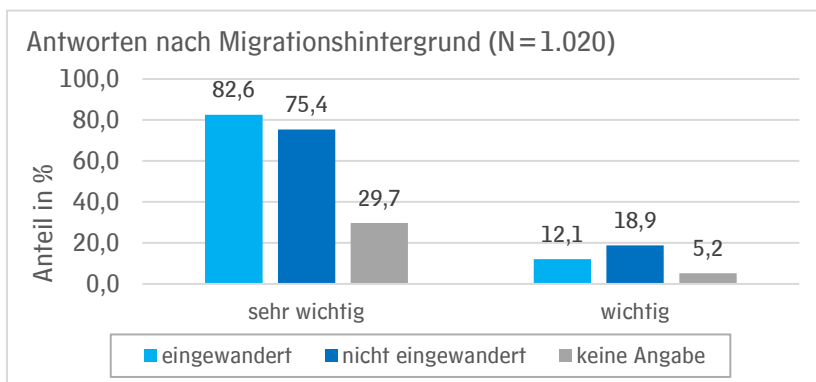


Mehr als zwei Drittel der Befragten ist es sehr wichtig, dass es Hilfen und Unterstützung gibt

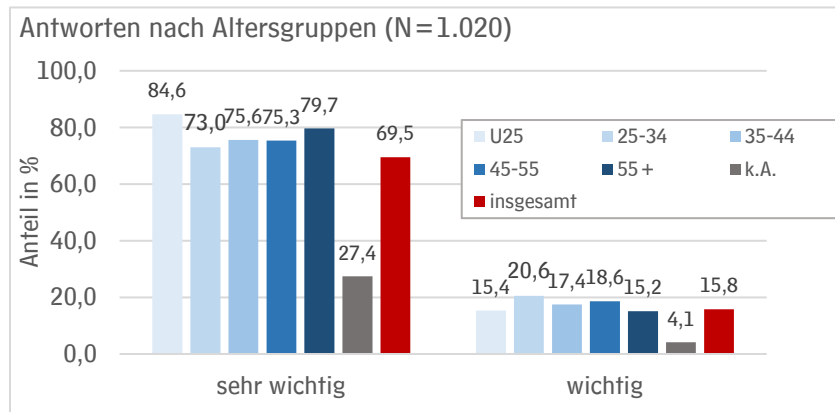
Frage M8: Mit der Lupe auf „sehr wichtig“ und „wichtig“



Frauen ist es häufiger sehr Wichtig.

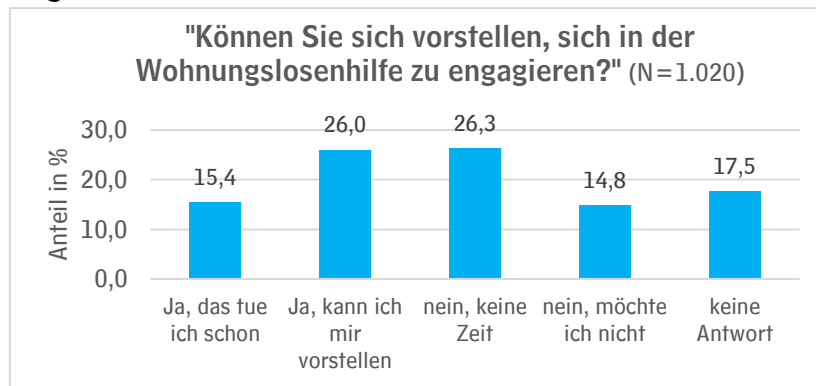


Eingewanderten oder Befragten aus Einwanderungsfamilien ist es häufiger sehr wichtig.



*Jüngeren Befragten
ist es häufiger
sehr wichtig, dass es
Hilfen und Unterstützung
gibt*

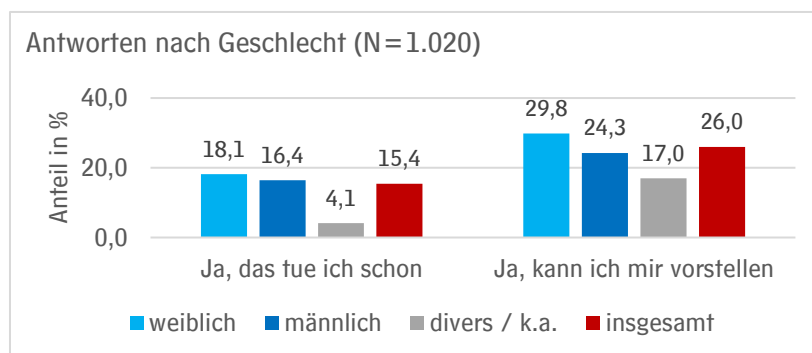
Frage M9



*Jede*r Sechste engagiert sich
bereits, jede*r Vierte kann
sich dies vorstellen*

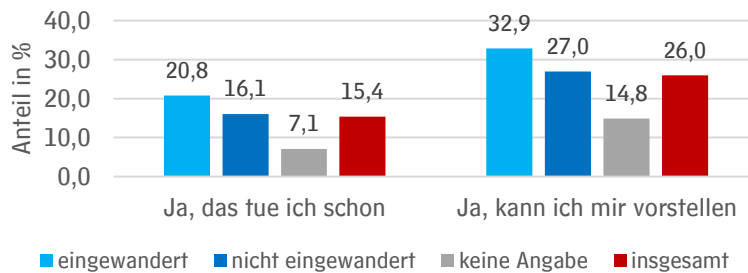
*41 % stehen für ein
Engagement nicht
zur Verfügung*

Frage M9: Mit der Lupe auf „Ja, das tue ich schon“ und „Ja, das kann ich mir vorstellen“



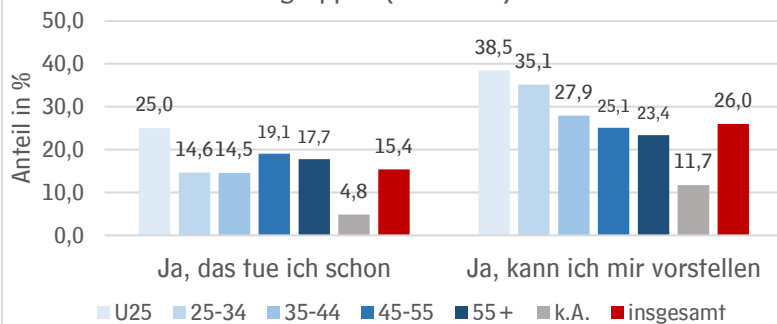
*Frauen sind häufiger engagiert
oder können sich Engagement
vorstellen*

Antworten nach Migrationshintergrund (N=1.020)



Noch größer ist das Engagement oder die Engagementbereitschaft bei Befragten mit Migrationshintergrund

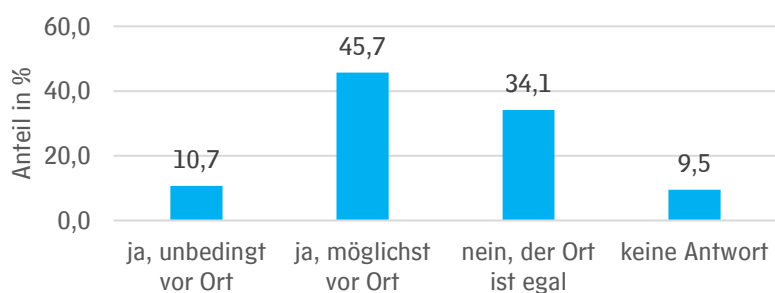
Antworten nach Altersgruppen (N=1.020)



Je jünger die Befragten, desto höher ist die Engagementbereitschaft

Frage M10

„Wenn Sie sich engagieren, ist das / sollte das bei Ihnen vor Ort sein?“ (N=422)

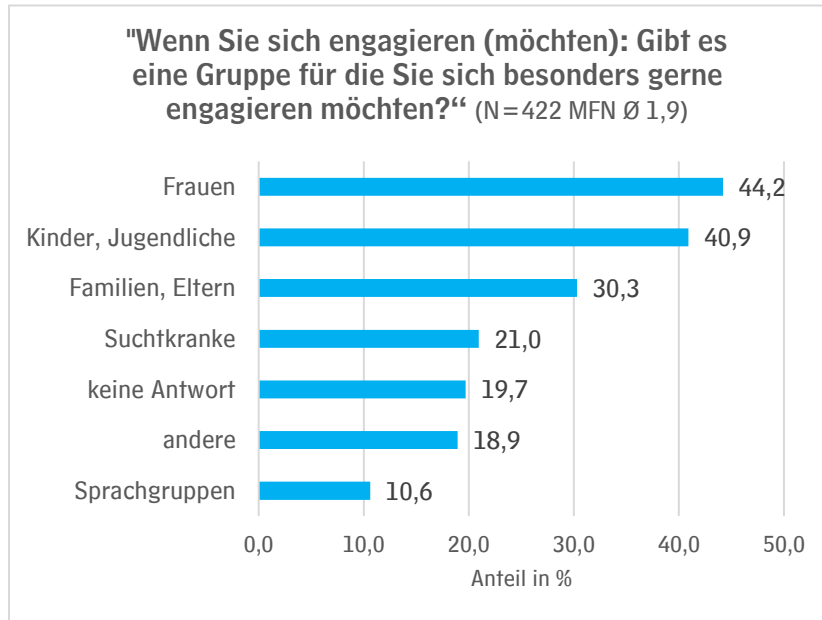


56,4 % der Befragte bevorzugen ein wohnortnahes Engagement

... vor allem die Eingewanderten unter den Befragten wollen „unbedingt vor Ort“ tätig sein (23,8 %)

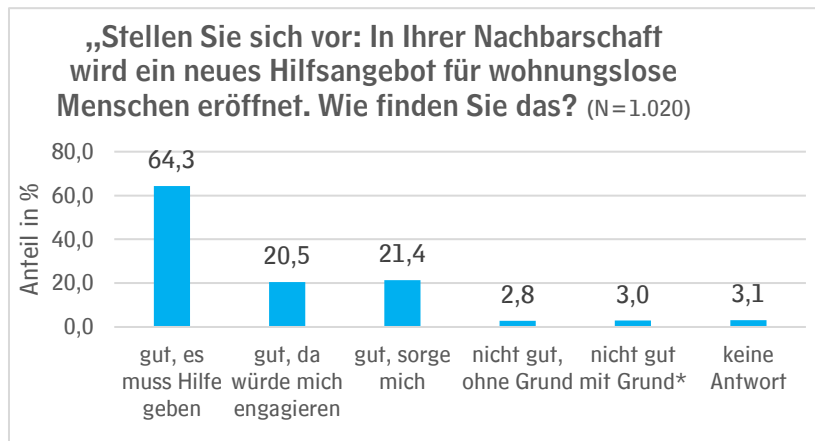
Frage M11

Männer wurden als Antwortalternative nicht angeboten, konnten aber unter „andere“ angekreuzt werden.



Mehr als 40 % der Antwortenden möchten sich speziell für „Kinder, Jugendliche“ oder „Frauen“ engagieren

Frage M12

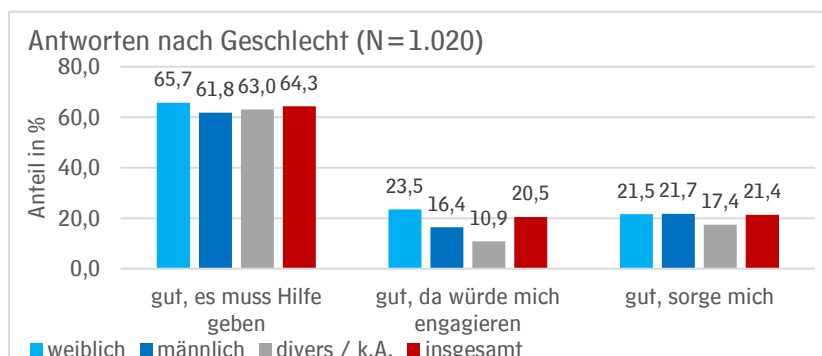


Nahezu zwei Drittel der Befragten findet Hilfsangebote gut. Weitere 21 Prozent würden sich dort engagieren

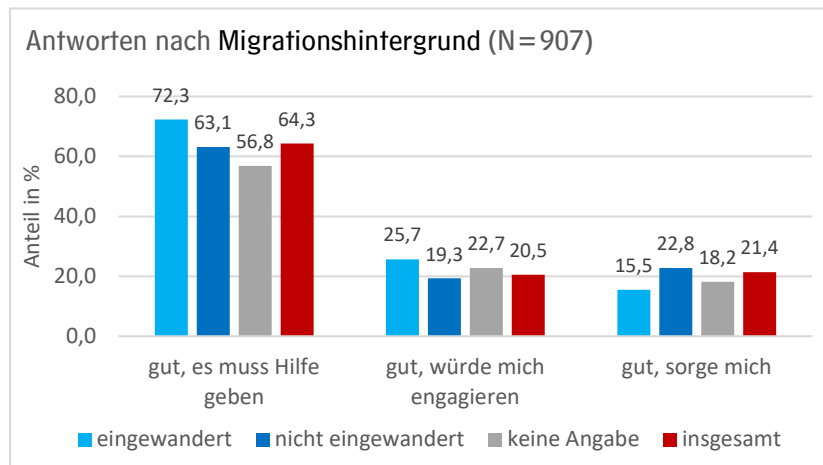
Ebenfalls 21 Prozent sorgen sich um Probleme in der Nachbarschaft

*. *sh. Frage M12.1*

Frage M12: Mit der Lupe auf „gut,“

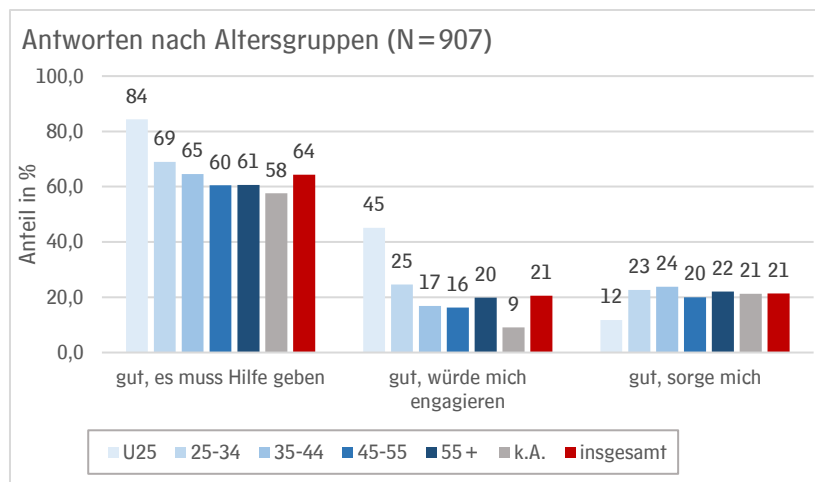


Frauen sind einem Hilfsangebot in der Nachbarschaft gegenüber leicht positiver eingestellt



*Die **Eingewanderten** unter den Befragten sind deutlich positiver eingestellt*

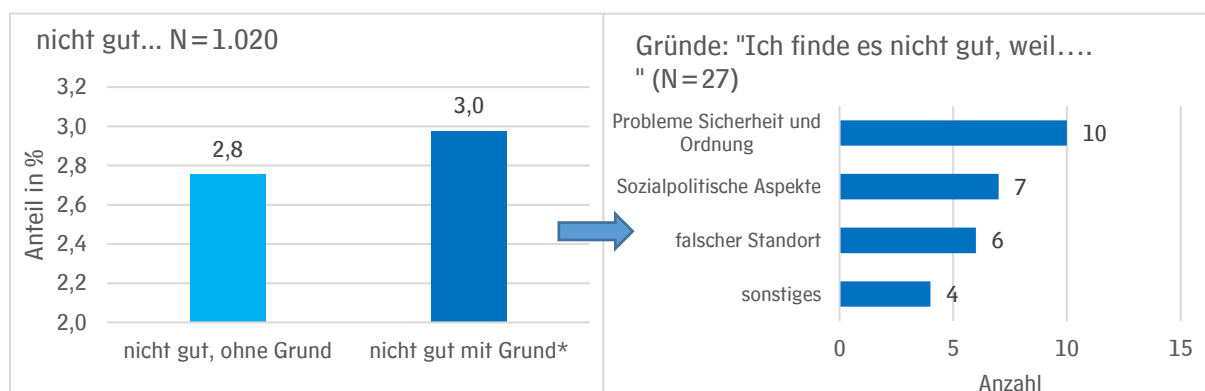
Sie sorgen sich gleichzeitig seltener um Probleme in der Nachbarschaft

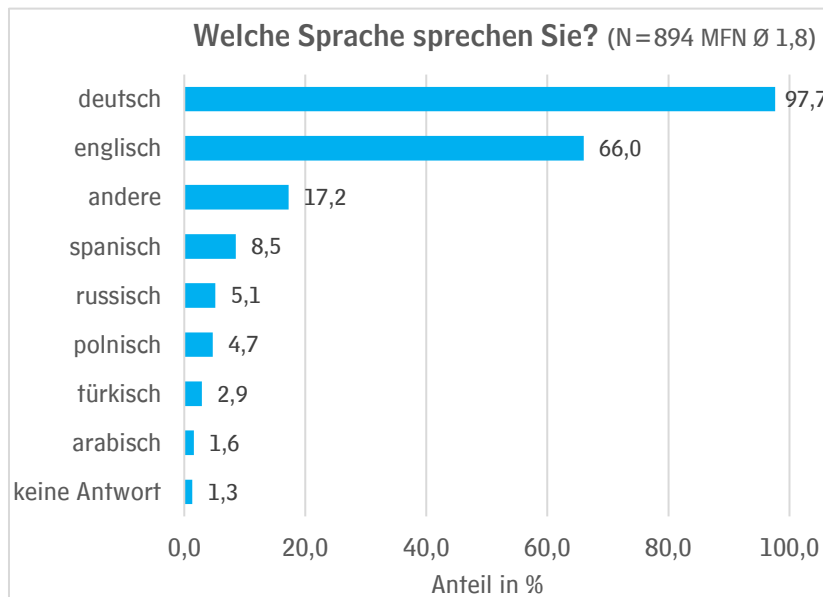


Je jünger die Antwortenden, desto positiver ist deren Einstellung zu einem neuen Hilfsangebot

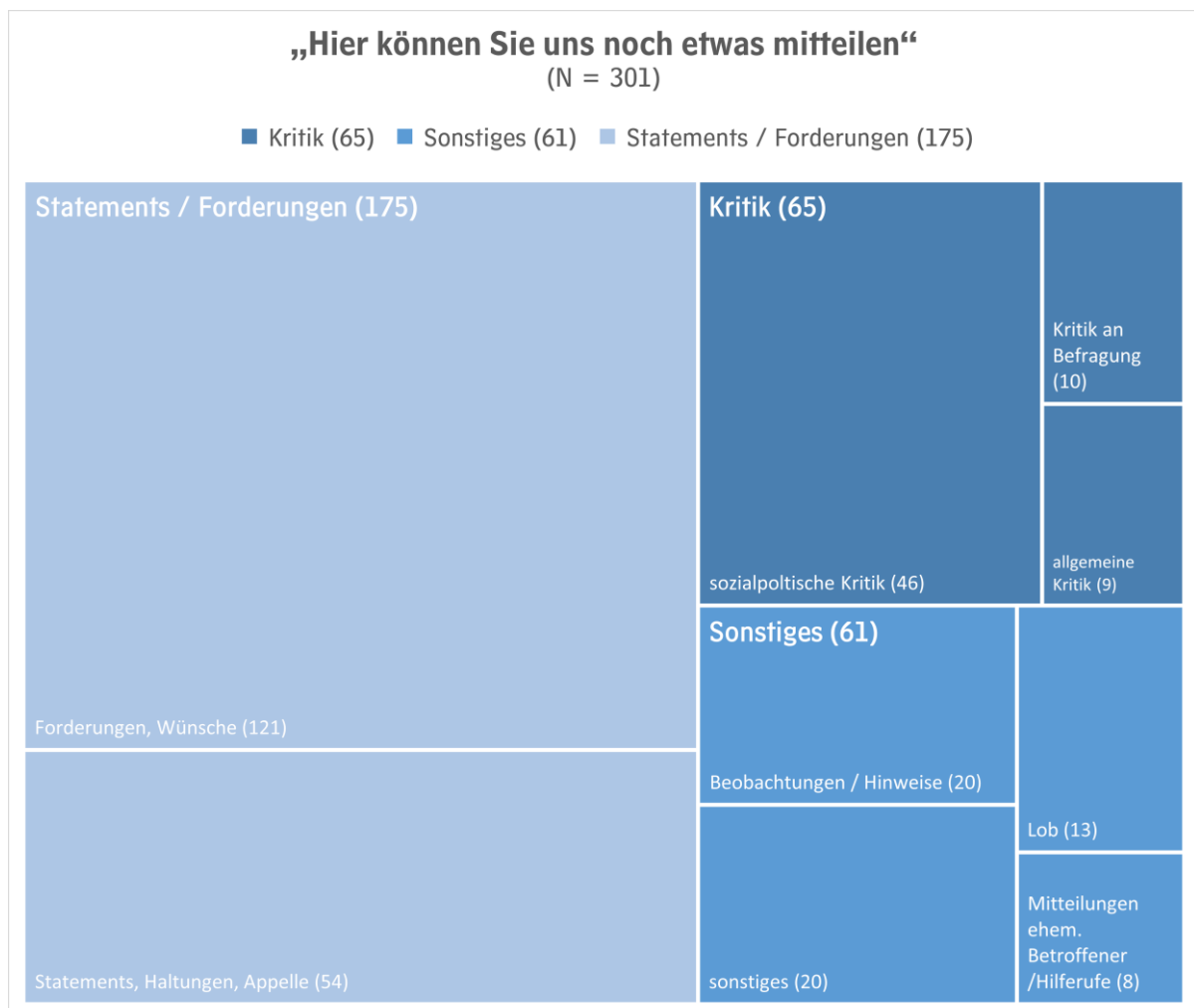
Jüngere sorgen sich seltener um Probleme in der Nachbarschaft

Frage M12.1: Mit der Lupe auf „nicht gut...“



Frage M17

*Nahezu alle Befragten
sprechen Deutsch,
zwei Drittel (Schul)Englisch*

Frage M13

2.2.3. Zusammenfassung Teil B

- Teilnehmende sind mehrheitlich weiblich, zwischen 25 und 64 Jahre alt und sind weder selbst eingewandert, noch kommen sie aus Einwanderungsfamilien.
- Nahezu alle Befragten sprechen deutsch, gefolgt von (Schul)Englisch.
- Drei Viertel der Befragten wohnt in der Stadt Hannover, die Stadtteile Linden, List und Südstadt sind am häufigsten genannt worden.
- Nahezu alle Befragten nehmen wahr, dass es Wohnungslosigkeit in Hannover gibt, unabhängig von Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund.
- Mit Abstand am Häufigsten werden wohnungslose Menschen im Stadtteil Mitte wahrgenommen. Es folgen die Stadtteile Linden (zusammengefasst), List und Oststadt.
- Die Befragten nennen als konkreten Ort, an dem sie wohnungslose Menschen wahrnehmen, am Häufigsten einen Ort in der Innenstadt, aber auch in fast 300 Fällen einen Ort außerhalb der Innenstadt.
- Wohnungslose Menschen werden von den Befragten überwiegend täglich, im ganzen Jahr, den ganzen Tag am konkreten Ort wahrgenommen. Es handelt sich dabei überwiegend um Männer.
- Mehr als zwei Drittel der Befragten ist es sehr wichtig, dass es Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen gibt. Frauen, eingewanderten Befragten (oder Befragten aus Einwanderungsfamilien) und jüngeren Befragten ist es häufiger sehr wichtig.
- Jede*r sechste Befragte engagiert sich bereits für wohnungslose Menschen. Gut ein Viertel kann sich dies vorstellen. Vier von zehn Befragungsteilnehmer*innen steht nicht für ein Engagement zur Verfügung. Frauen, eingewanderte Befragte (oder Befragten aus Einwanderungsfamilien) und jüngeren Befragten zeigen mehr Bereitschaft für Engagement.
- Mehr als die Hälfte der Befragten bevorzugt ein wohnortnahes Engagement, vor allem Eingewanderte oder Befragte aus Einwanderungsfamilien wollen häufiger „unbedingt vor Ort“ tätig sein. Frauen, Kinder und Jugendliche werden am Häufigsten als Ziel von Engagement genannt.
- Die Vorstellung, dass es in der Nachbarschaft ein neues Hilfsangebot für wohnungslose geben könnte, finden zwei Drittel der Befragten gut. Jede*r Fünfte würde sich dort auch engagieren wollen. Ebenfalls jede*r Fünfte befürchtet Probleme in der Nachbarschaft. Frauen, eingewanderten Befragte und jüngeren Befragten sind positiver eingestellt und sorgen sich seltener um Probleme in der Nachbarschaft.
- 301 Personen nutzten die offene Frage für Mitteilungen unterschiedlichster Art. Auffallend häufig gab es ausführliche Textbeiträge, die sich über mehrere Textzeilen bis zu einer halben Textseite erstrecken. Es wird deutlich, dass das Thema für alle Menschen, die diese offene Frage beantworteten, einen hohen Stellenwert und eine große Dringlichkeit hat. Die Beiträge sind teils sachlich, teils besorgt, teils sehr emotional, es gibt auch Unmut und Ratlosigkeit über zurückliegende oder gegenwärtige Wohnungslosienpolitik. Oft sind Statements oder politische / gesellschaftliche Botschaften zu finden, teils gepaart mit Appellen an Menschenwürde und Solidarität.

Anhang: Wohnungslos in Hannover - Fragenkanon der Online-Befragung

TEIL A: Befragte ohne Wohnsitz (im Folgenden nummeriert: O1 bis O17)

TEIL B: Befragte mit Wohnsitz (im Folgenden nummeriert: M1 bis M17)

Einstiegsfrage für alle: Haben Sie einen festen Wohnsitz?

- Ja → weiter mit Teil B
- Nein → weiter mit Teil A

TEIL A: für Befragte ohne Wohnsitz

O1 Suchen Sie eine Wohnung?

- Ja
- Nein

O2 Viele Menschen haben aktuell Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden. Was sind Ihre größten Probleme bei der Wohnungssuche?

- Kein Anspruch in Hannover
- Schulden / negativer SchufaEintrag
- Vermieter*innen wollen mich nicht
- Wohnung zu teuer
- Keine passende Wohnung da (Größe oder Stadtteil)
- Das schaffe ich nicht allein
- Keine Antwort

- **Sonstiges, und zwar O2.1**

O3 Brauchen / möchten Sie Unterstützung bei der Wohnungssuche?

- Ja, jemand, der mich begleitet
- Ja, jemand, der für mich sucht / regelt
- Ja, sprachliche Hilfe
- Nein
- Keine Antwort

- **Sonstige Unterstützung, und zwar O3.1**

O4 Wo halten Sie sich tagsüber überwiegend auf?

- In der Innenstadt
- In anderen Stadtteilen Hannovers
- Keine Antwort

05 Bitte benennen Sie Ihre Aufenthaltsorte tagsüber

- Unterkunft
- Wohnheim
- Frauenhaus
- Hotel / Pension
- Bekannte / Freunde
- Bei der Arbeit / Schule / Ausbildung
- Keine Antwort

- **Irgendwo draußen, und zwar 05.1**

06 Gibt es darüber hinaus Orte, an denen Sie sich tagsüber aufhalten? Bitte benennen Sie konkrete Orte, Plätze, Quartiere**07 Wo halten Sie sich nachts auf?**

- Notunterkunft (z.B. Alter Flughafen)
- Feste Unterkunft für wohnungslose Menschen
- Fester Unterkunft für geflüchtete Menschen
- Wohnheim (stationär)
- Frauenhaus
- Hotel/Pension
- Bekannte/Freunde
- Das möchte ich nicht sagen

- **Irgendwo draußen, und zwar 07.1**

08 Nutzen Sie folgende Einrichtungen für wohnungslose Menschen?

- Kontaktladen „Mecki“
- Kompass
- Dük
- Stellwerk
- Nordbahnhof
- Saffladen
- Szenia
- Neues Land SOS-Bistro
- Neues Land Bauwagen
- Tagestreff Leibnizufer / Caritas
- Tageswohnung Treffpunkt Linden
- Tagesaufenthalt Schulzentrum Ahlem
- Tagesaufenthalt Johannssenstraße / Caritas
- Notschlafstelle Alter Flughafen
- Notschlafstelle für Frauen Vinnhorster Weg
- Notschlafstelle für Frauen mit/ohne Kinder Langensalzastraße
- Notschlafstelle für Männer Wörthstraße
- Notschlafstelle für Familien Podbielskistraße
- Notschlafstelle für Kinder und Jugendliche, ‚Bed by Night‘ Welfenplatz
- Unterkunft für Frauen: Vinnhorster Weg

- Unterkunft für Frauen Langensalzastraße
- Frauenunterkunft der Inneren Mission Hannover e.V
- Unterkunft für Männer: Schulenburger Landstraße
- Unterkunft für Männer: Lammstraße
- Werkheim e.V.
- Jugendwerksiedlung e.V. (Bolle)
- Kolpinghaus Hannover e. V.
- Keine Antwort

09 Was würde Ihnen aktuell helfen?

- Eigene Wohnung
- Unterkunft mit **Einzelzimmer**
- Unterkunft mit Zimmer für Paare
- Unterkunft für Familien
- Unterkunft, in der Hunde erlaubt sind.
- Frauenhaus
- Tagestreffs
- Tagesschlafplätze
- Unterkunft mit Pflege
- **Sonstiges 9.1**

010 Was würde Ihnen aktuell außerdem helfen?

- Medizinische Versorgung
- Krankenwohnungen
- Informationen, Beratung
- Soziale Arbeit
- Essenausgaben / Tafeln
- Therapie (z. B. Sucht, Psyche)
- Schwangerschaftsvorsorge / -nachsorge
- Keine Antwort
- **Sonstiges 10.1**

011 Hier können Sie uns noch etwas mitteilen

012 Welches Geschlecht haben Sie?

- Weiblich
- Männlich
- Divers

013 Wie alt sind Sie?

- Unter 18 Jahre
- 18 bis 24 Jahre
- 25 bis 34 Jahre
- 35 bis 44 Jahre
- 45 bis 54 Jahre
- 55 bis 64 Jahre
- 65 Jahre und älter

014 Wie leben Sie aktuell?

- Allein
- Als Paar ohne Kind
- Als Familie / Allein-/Getrennterziehend

- **Sonstiges 014.1**

015 Haben Sie Kinder unter 18 Jahren?

- Ja
- Nein

015.1 Wo halten sich Ihre (unter 18-jährigen) Kinder tagsüber auf?

- Bei mir/uns
- Kita, Schule
- Beim anderen Elternteil
- Bei Verwandten
- Bei Freunden/Bekannten
- In einer Jugendhilfeeinrichtung / Pflegeeltern
- Keine Antwort

- **Sonstiges, und zwar 015.2**

016 Sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland eingewandert?

- Ja
- Nein

017 Welche Sprachen sprechen Sie?

- Deutsch
- Türkisch
- Arabisch
- Polnisch
- Farsi
- Englisch
- Russisch
- Spanisch
- Griechisch
- Serbisch
- Rumänisch
- Bulgarisch
- Anderes
- Keine Antwort

TEIL B: Befragte mit Wohnsitz

M1 Wo wohnen Sie?

- In der Stadt Hannover,
 - **und zwar im Stadtteil ...M1.1**
- Außerhalb der Stadt Hannover,
 - **und zwar ... M1.2**
- keine Antwort

M2 Nehmen Sie wahr, dass es Wohnungslosigkeit in Hannover gibt?

- Ja
- Nein

M3 Bitte benennen Sie einen konkreten Stadtteil, wo Sie wohnungslose Menschen wahrnehmen

M4 Bitte benennen Sie eine konkrete Straße oder einen Platz, ein Quartier, wo Sie wohnungslose Menschen wahrnehmen

M5 Bezogen auf den konkreten Ort an dem Sie wohnungslose Menschen wahrnehmen: Wie häufig treffen Sie diese dort an?

- Täglich
- Mehrmals pro Woche
- Mehrmals im Monat
- seltener

M6 Bezogen auf den konkreten Ort an dem Sie wohnungslose Menschen wahrnehmen: Zu welchen (Jahres)Zeiten begegnen Ihnen dort wohnungslose Menschen?

- Eher im Sommer
- Eher im Winter
- Das ganze Jahr
- Eher vormittags
- Eher nachmittags
- Eher abends
- Eher nachts
- Den ganzen Tag
- Keine Antwort

M7 Bezogen auf den konkreten Ort an dem Sie wohnungslose Menschen wahrnehmen: Handelt es sich dabei überwiegend um....

- Eher Männer
- Eher Frauen
- Eher Jugendliche / Junge Erwachsene
- Eher Erwachsene mit Kindern
- Eher Erwachsene ohne Kinder
- Keine Antwort

M8 wie wichtig ist es Ihnen, dass es Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen in Hannover gibt?

- Sehr wichtig

- Wichtig
- Teils-teil
- Weniger wichtig
- Unwichtig

M9 Einige Menschen engagieren sich ehrenamtlich für wohnungslose Menschen in Hannover. Können Sie sich vorstellen, sich in der Wohnungslosenhilfe zu engagieren?

- Ja, das tue ich schon
- Ja, das kann ich mir vorstellen
- Nein, dafür habe ich keine Zeit
- Nein, das möchte ich nicht

M10 Wenn Sie sich bereits ehrenamtlich engagieren oder sich dies vorstellen können: Ist das /sollte das bei Ihnen vor Ort sein?

- Ja, unbedingt
- Ja, möglichst
- Nein, der Ort ist mir egal

M11 Wenn Sie sich bereits ehrenamtlich engagieren oder sich dies vorstellen können: Gibt es Gruppen von Menschen, für die Sie sich besonders gerne einsetzen (möchten)?

- Kinder / Jugendliche
- Familien / Eltern
- Frauen
- Bestimmte Sprachgruppen z.B. Polnischsprechende
- Suchtkranke
- Keine Antwort
- **Andere, und zwar M11.1**

M12 Stellen Sie sich vor: In Ihrer Nachbarschaft wird ein neues Hilfsangebot für wohnungslose Menschen eröffnet: Wie finden Sie das?

- Gut, es muss Hilfen geben
- Gut, da würde ich mich engagieren
- Grundsätzlich gut, aber ich Sorge mich um Probleme in der Nachbarschaft
- Keine Antwort
- **Nicht gut, weil.... M12.1**

M13 Hier können Sie uns noch etwas mitteilen

M14 Welches Geschlecht haben Sie?

- Weiblich
- Männlich
- Divers

M15 Wie alt sind Sie?

- Unter 18 Jahre

- 18 bis 24 Jahre
- 25 bis 34 Jahre
- 35 bis 44 Jahre
- 45 bis 54 Jahre
- 55 bis 64 Jahre
- 65 Jahre und älter

M16 Sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland eingewandert?

- Ja
- Nein

M17 Welche Sprachen sprechen Sie?

- Deutsch
- Türkisch
- Arabisch
- Polnisch
- Farsi
- Englisch
- Russisch
- Spanisch
- Griechisch
- Serbisch
- Rumänisch
- Bulgarisch
- Anderes
- Keine Antwort

Landeshauptstadt



Hannover

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

Der Oberbürgermeister

Dezernat für Soziales und Integration
Trammplatz 2, 30159 Hannover

Fachgruppe zur Konzeption der Umfrage

Landeshauptstadt Hannover

Dezernat III

Koordinationsstelle Sozialplanung

Fachbereich Soziales

OE 50.7. Soziale Hilfen in Wohnungslosigkeit
OE 50.50.1 Bürgerschaftliches Engagement

Fachbereich Personal und Organisation

OE 18.04. Wahlen und Statistik

Gleichstellungsbeauftragte

Fachbereich Jugend und Familie

OE 51.F. Familienmanagement

Auswertung, Text, Redaktion und Abbildungen

Koordinationsstelle Sozialplanung



STATISTISCHE BERICHTE der Landeshauptstadt Hannover

Bürger*innen-Panel
Ergebnisse der siebten Befragung zum Thema
„Wohnungslosigkeit in Hannover“

Inhaltsverzeichnis

0.	Thema der siebten Befragung und Stand des Bürger*innen-Panels.....	2
1.	Nehmen Sie wahr, dass es wohnungslose Menschen in Hannover gibt?.....	3
2.	In welchen Stadtteilen sehen Sie Menschen, die mutmaßlich auf der Straße leben?	5
3.	Können Sie uns konkrete Orte, Plätze und Quartiere nennen, an denen Sie mutmaßlich wohnungslose Menschen sehen? Wie oft, zu welchen Tages- und Jahreszeiten nehmen Sie welche Personengruppen dort überwiegend wahr?	5
4.	Wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, dass es Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen gibt?	7
5.	Wüssten Sie, an wen Sie sich bei Mietschulden oder drohendem Wohnungsverlust wenden und wo Sie sich informieren können?	9
6.	Auf welche Weise würden Sie sich Rat oder Unterstützung suchen?	10
7.	Wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, dass die Stadtverwaltung zum Thema Mietschulden und drohendem Wohnungsverlust informiert, berät und unterstützt?	11
8.	Können Sie sich vorstellen, sich im Bereich Wohnungslosenhilfe zu engagieren?	12
9.	Wenn Sie sich bereits im Bereich Wohnungslosenhilfe engagieren oder sich dieses vorstellen können: In welcher Form geschieht das schon oder könnte das sein?.....	13
10.	Wenn Sie sich ehrenamtlich für Wohnungslosigkeit engagieren oder sich dieses vorstellen können: In welchen Arbeitsfeldern?	14
11.	Wenn Sie sich bereits ehrenamtlich im Bereich Wohnungslosenhilfe engagieren oder sich das vorstellen können: Ist dies oder sollte dies bei Ihnen vor Ort im Stadtteil bzw. im Quartier sein?....	15
12.	Wenn Sie sich bereits im Bereich Wohnungslosenhilfe engagieren oder sich das vorstellen können: Gibt es eine Zielgruppe für die Sie sich besonders einsetzen (möchten)?	16
13.	Wie informieren Sie sich über soziale Themen/Sozialpolitik in Hannover allgemein?	19
14.	Wünschen Sie sich mehr Informationen (Öffentlichkeitsarbeit) der Stadtverwaltung zum Thema Wohnungslosigkeit, zum Beispiel strategische Ziele, Haltungen und Angebote?	20
15.	Textangaben (zusammengefasst) der Befragten zu unterschiedlichen Themen.....	22
16.	Ergebnisse im Überblick	23

0. Thema der siebten Befragung und Stand des Bürger*innen-Panels.

Zum siebten Mal hat die Landeshauptstadt Hannover ein Bürger*innen-Panel durchgeführt. Gegenstand der Befragung war diesmal das Thema „Wohnungslosigkeit in Hannover“. Menschen sind von Wohnungslosigkeit betroffen, wenn sie keine eigene mietrechtlich abgesicherte Wohnung oder Wohneigentum haben, in Behelfsunterkünften wie Wohnwagen, Gartenlauben, Pensionen oder Hotels leben, bei Bekannten oder Verwandten unterkommen, institutionell untergebracht sind, wie z.B. in städtischen Unterkünften oder in einem Frauenhaus oder ohne jede Unterkunft auf der Straße leben. Insofern ist Wohnungslosigkeit häufig schwer zu erkennen oder wahrnehmbar. Menschen, die auf der Straße leben, stellen nur einen kleinen Teil der Betroffenen dar. Andererseits ist nicht jeder Mensch, der sich überwiegend in Parks oder auf öffentlichen Plätzen aufhält, tatsächlich wohnungslos. Trotz dieser Unsicherheiten waren die Teilnehmer*innen des Bürger*innen-Panels mit dieser siebten Befragung gebeten Ihre persönliche Einschätzung zu geben, wie und wo sie Wohnungslosigkeit in Hannover wahrnehmen.

Das Bürger*innen-Panel besteht seit 2012. Von 2012 bis 2018 haben sechs Befragungen stattgefunden. Dabei wurden folgende Themen behandelt: Mobilität, außerschulische Bildung, Sport, Hannover 2020, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement sowie Sicherheit und Ordnung.

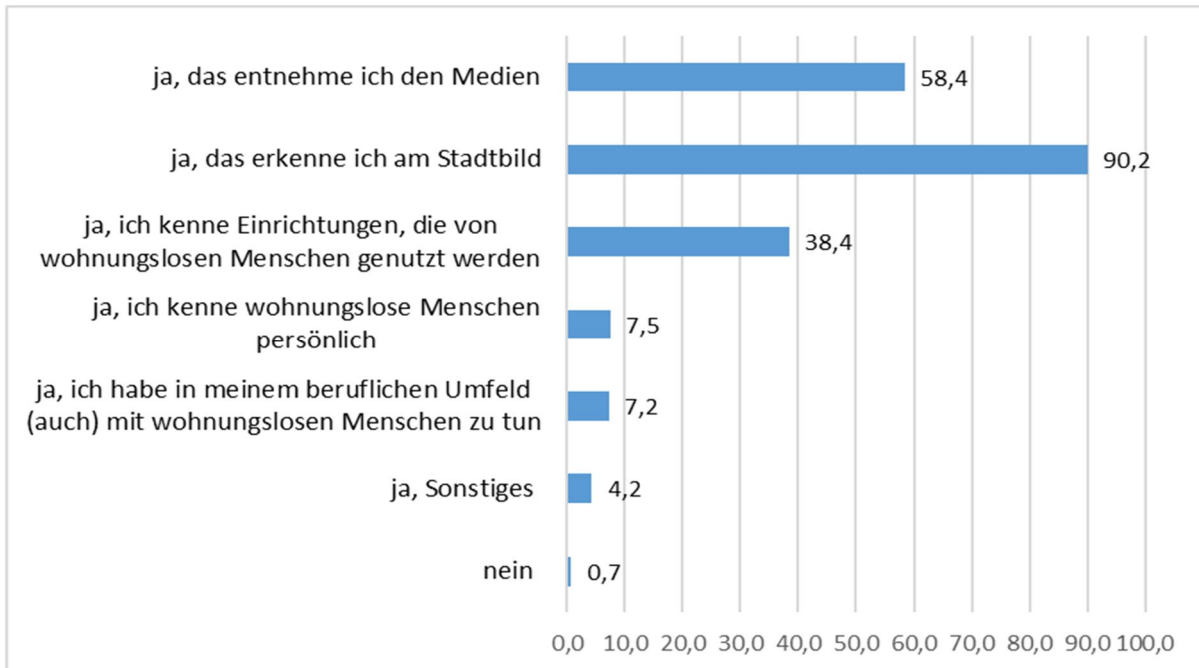
Das Bürger*innen-Panel muss regelmäßig durch die Einladung neuer Teilnehmer*innen aktualisiert werden, um die Repräsentativität für die Einwohner*innen Hannovers nach Alter (ab 16 Jahren) und Geschlecht gewährleisten zu können.

Im Juni 2021 wurden deshalb zunächst die rund 3000 bestehenden Teilnehmer*innen angeschrieben und gefragt, ob sie weiterhin am Bürger*innen-Panel teilnehmen möchten. 1.286 Personen haben sich dazu bereit erklärt. Daraufhin erfolgte die Neueinladung von Hannoveraner*innen nach einer Zufallsauswahl aus dem Einwohnermelderegister. Es wurden 2.500 Personen im Alter von 16 bis 34 Jahren angeschrieben, da diese Altersgruppen stark unterrepräsentiert waren. 335 Hannoveraner*innen sind der Einladung gefolgt. Damit umfasst das Bürger*innen-Panel derzeit 1.621 Personen.

Der vorliegende Ergebnisbericht ist anhand des Fragebogens in 16 Kapitel gegliedert, die die Befragungsergebnisse hauptsächlich in Form von Grafiken darstellen. Ausgenommen ist Kapitel 16, welches eine Zusammenfassung in Textform enthält.

1. Nehmen Sie wahr, dass es wohnungslose Menschen in Hannover gibt?

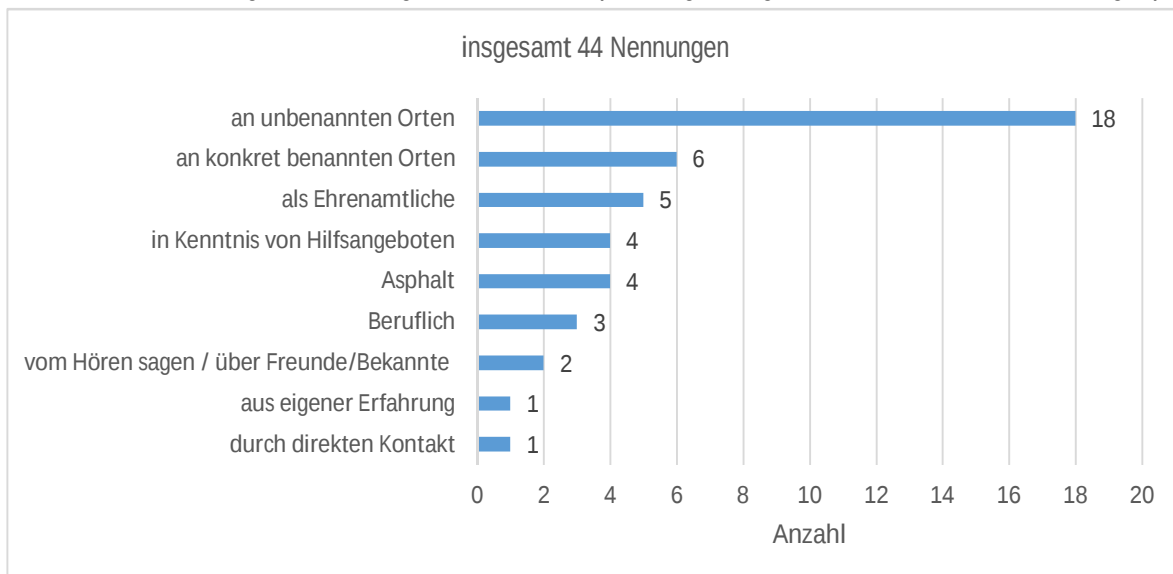
Grafik 1.1: Wahrnehmung von wohnungslosen Menschen (Prozent der Befragten, Mehrfachnennungen möglich)



996 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet. Es sind 2058 Nennungen erfolgt.

Mehr als 90 Prozent der Befragten erkennen im Stadtbild, dass es wohnungslose Menschen in Hannover gibt, deutlich mehr als die Hälfte (58,4 Prozent) nimmt Wohnungslosigkeit über die Medien wahr. Weniger als 1 Prozent der Befragten nehmen nicht wahr, dass es wohnungslose Menschen gibt. Nahezu 40 Prozent der Befragten sind Einrichtungen bekannt, die von wohnungslosen Menschen genutzt werden. Ca. je 7 Prozent der Befragten kennen wohnungslose Menschen persönlich und/oder haben im beruflichen Umfeld mit ihnen zu tun.

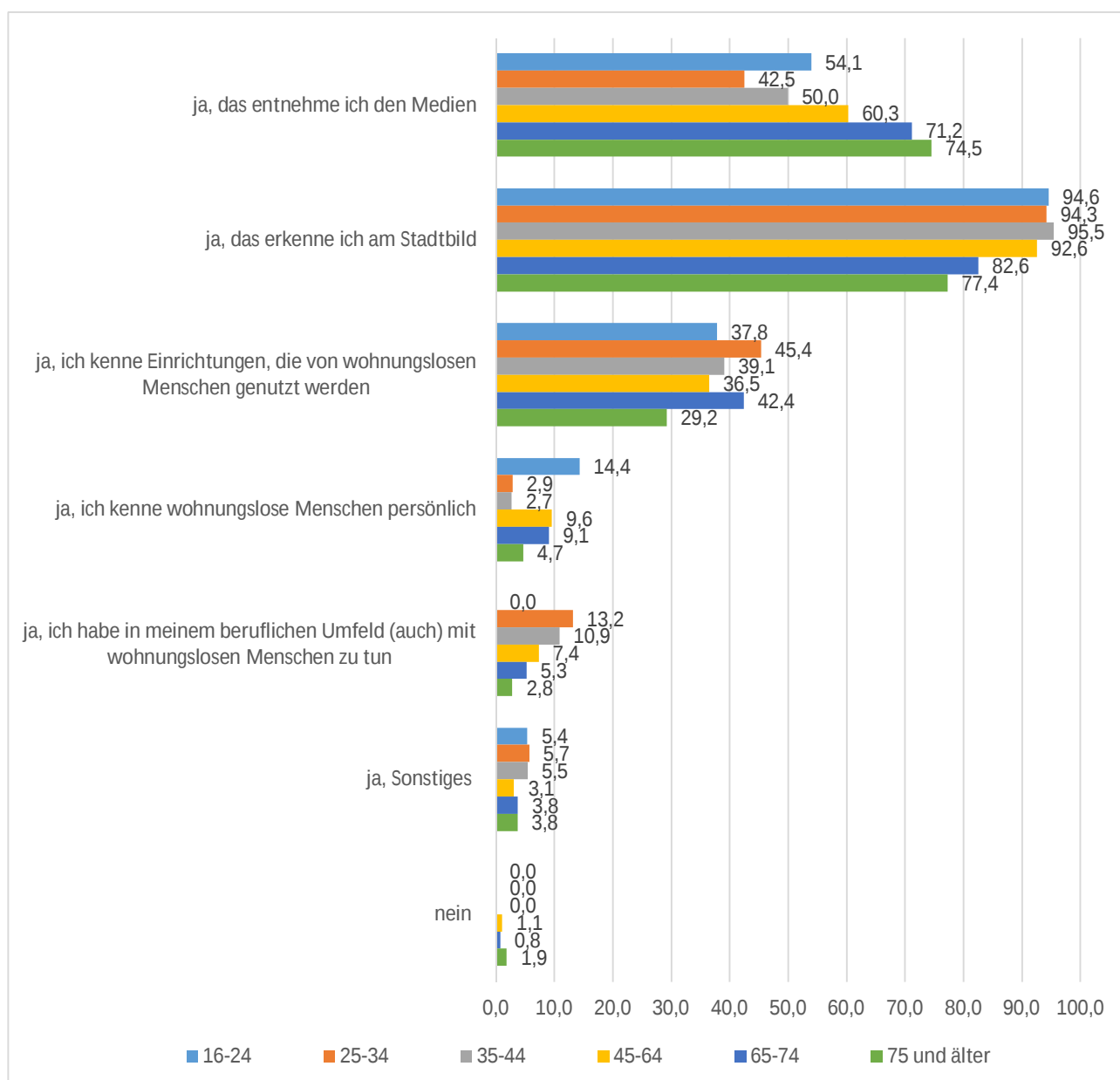
Grafik 1.1.1: Nennungen zu Sonstiges in Grafik 1.1 (Textangaben geclustert, Anzahl der Nennungen)



Es gibt bei dieser Frage kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Nur sehr geringfügig darin, dass Männer etwas häufiger als Frauen (8,1 gegenüber 6,8 Prozent) wohnungslose Menschen persönlich kennen. Auch haben Männer in ihrem beruflichen Umfeld häufiger als Frauen (9,2 gegenüber 6 Prozent) mit wohnungslosen Menschen zu tun.

Die Wege der Wahrnehmung unterscheiden sich im Hinblick auf die Altersgruppen stärker. Je älter die Befragten, desto höher ist die Wahrnehmung von Wohnungslosigkeit über die Medien (z.B. 42,5 Prozent bei den 24-35-Jährigen gegenüber 74,5 Prozent bei den 75-Jährigen und älter). Die Wahrnehmung über das Stadtbild sinkt dagegen mit zunehmenden Alter (94,6 Prozent bei den 16-24-Jährigen gegenüber 77,4 Prozent bei den Befragten 75 und älter), wobei anzunehmen ist, dass dies mit geringerer Mobilität im Alter zu tun hat. Mit 14,4 Prozent kennt die Altersgruppe der 16-24-Jährigen wohnungslose Menschen am häufigsten persönlich, die Altersgruppe der 34-45-Jährigen mit 2,7 Prozent am seltensten.

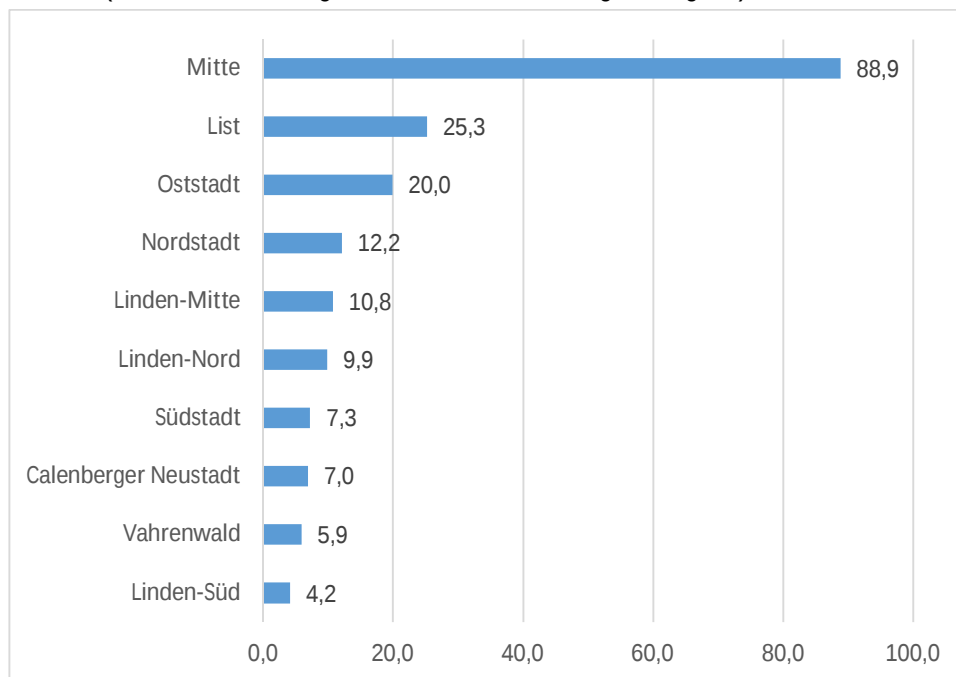
Grafik 1.2: Wahrnehmung von wohnungslosen Menschen (Prozent der Befragten, nach Altersgruppen, Mehrfachnennungen möglich)



986 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet. Es sind 2042 Nennungen erfolgt.

2. In welchen Stadtteilen sehen Sie Menschen, die mutmaßlich auf der Straße leben?

Grafik 2.1: Die am häufigsten genannten Stadtteile, in denen wohnungslose Menschen wahrgenommen werden (Prozent der Befragten, bis zu drei Nennungen möglich)

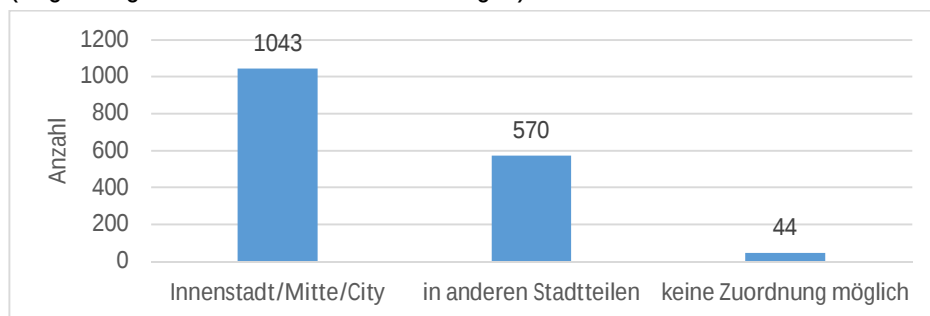


962 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

Nahezu 90 Prozent der Befragten nehmen Wohnungslosigkeit im Stadtteil Mitte wahr, rund ein Viertel in der List, ein Fünftel in der Oststadt, jeweils rund ein Zehntel in der Nordstadt, Linden-Mitte und Linden Nord. In 35 von 46 genannten Stadtteilen wird Wohnungslosigkeit von weniger als 3 Prozent wahrgenommen.

3. Können Sie uns konkrete Orte, Plätze und Quartiere nennen, an denen Sie mutmaßlich wohnungslose Menschen sehen? Wie oft, zu welchen Tages- und Jahreszeiten nehmen Sie welche Personengruppen dort überwiegend wahr?

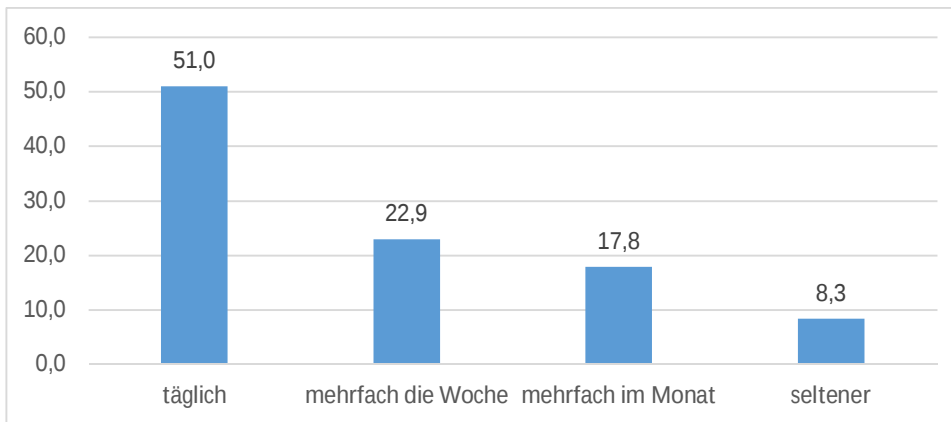
Grafik 3.1: Konkrete Orte, an denen mutmaßlich wohnungslose Menschen wahrgenommen werden, (Angaben geclustert, Anzahl der Nennungen)



Auf die Frage an welchen konkreten Orten, Plätzen, Quartieren wohnungslose Menschen wahrgenommen werden, gaben die Befragten insgesamt 1.657 Antworten. 63 Prozent der Befragten nannten Orte in der Innenstadt (Stadtteil Mitte und angrenzende Orte, wie Weiße-Kreuz-Platz, Pavillon), gut ein Drittel einen Ort in einem anderem Stadtteil Hannovers. Knapp 3 Prozent der Ortsangaben ließen sich nicht konkret zuordnen (unter Brücken, Parks, vor Supermärkten, in der Straßenbahn, u.a.).

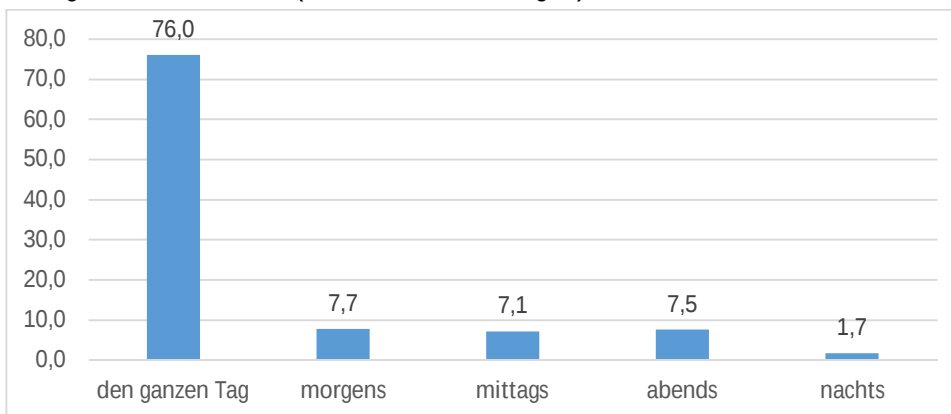
Ca. 30 Prozent der Befragten beziehen sich bei der Antwort auf diese Frage auf einen einzelnen Ort, weitere ca. 30 Prozent auf zwei Orte und ca. 40 Prozent auf drei Orte, an denen Sie wohnungslose Menschen wahrnehmen.

Grafik 3.2: Häufigkeit, mit der bezogen auf einen konkreten Ort mutmaßlich wohnungslose Menschen wahrgenommen werden (Prozent der Nennungen)



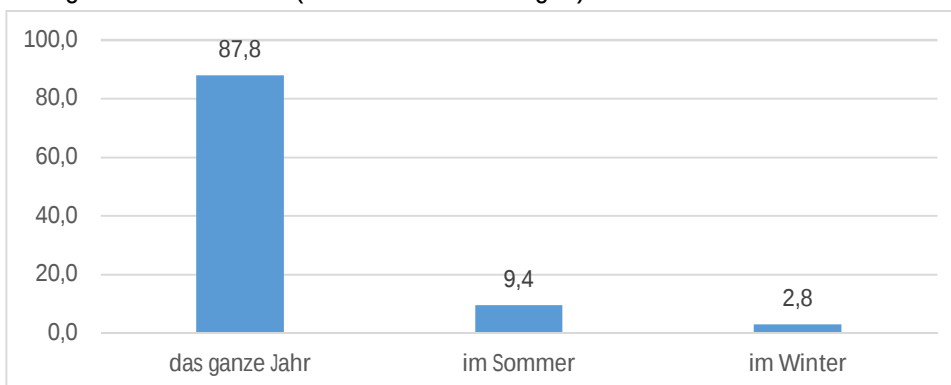
862 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

Grafik 3.3: Tageszeit, zu der bezogen auf einen konkreten Ort mutmaßlich wohnungslose Menschen wahrgenommen werden (Prozent der Nennungen)



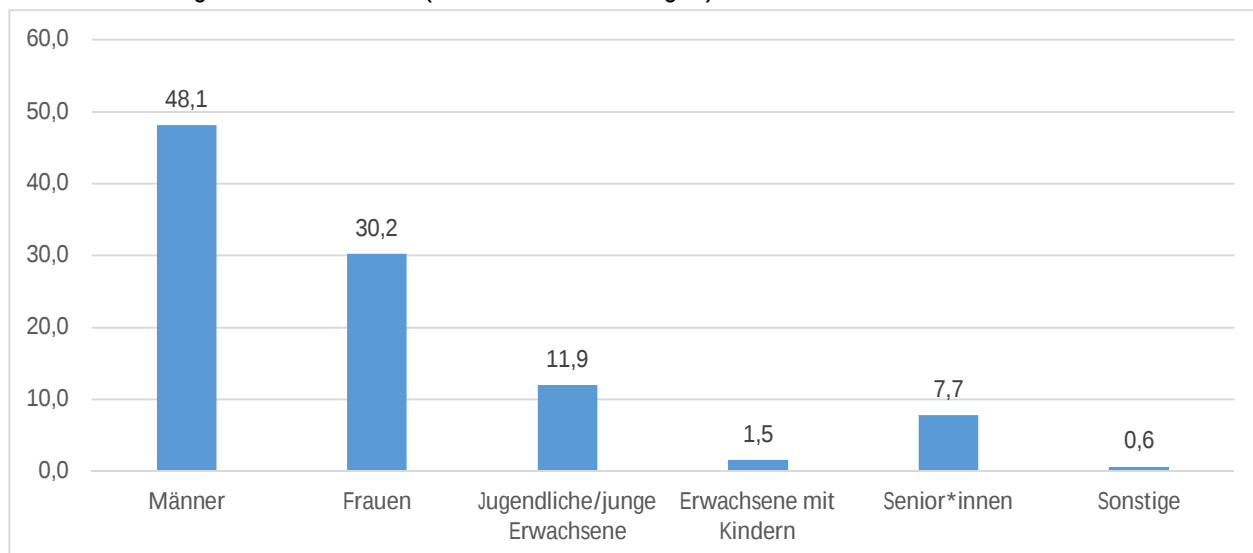
835 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

Grafik 3.4: Jahreszeit, zu der bezogen auf einen konkreten Ort mutmaßlich wohnungslose Menschen wahrgenommen werden (Prozent der Nennungen)



787 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

Grafik 3.5: Personengruppen, die bezogen auf einen konkreten Ort mutmaßlich wohnungslose Menschen wahrgenommen werden (Prozent der Nennungen)

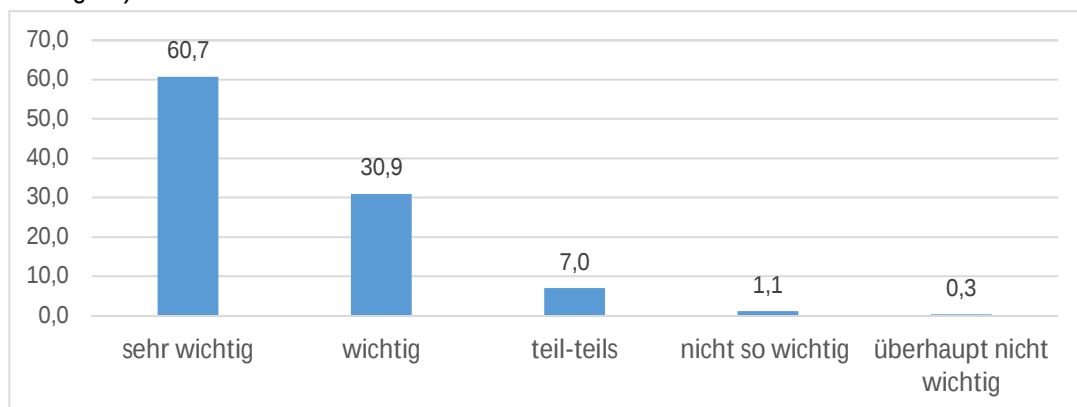


767 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet. Es sind 3269 Nennungen erfolgt.

Wohnungslose Menschen werden von den Befragten überwiegend täglich (51 Prozent), den ganzen Tag (78 Prozent), im ganzen Jahr (88 Prozent) am konkreten Ort wahrgenommen. Wahrgenommen werden überwiegend Männer (48 Prozent), aber von rund einem Drittel (30 Prozent) auch Frauen. Jugendliche oder junge Erwachsene werden von rund einem Zehntel wahrgenommen und Senior*innen von fast 8 Prozent.

4. Wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, dass es Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen gibt?

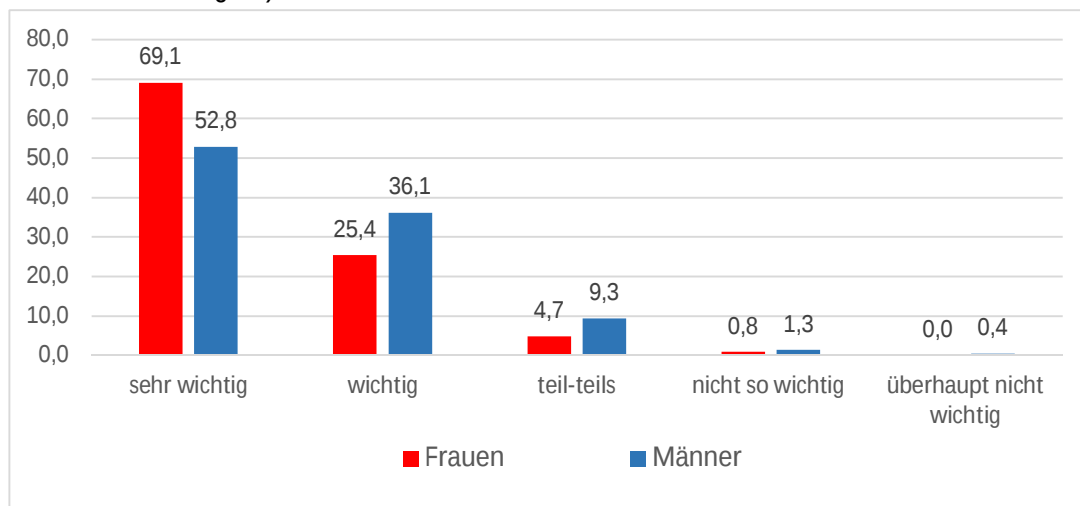
Grafik 4.1: Wichtigkeit der Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen (Prozent der Befragten)



997 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

Die Tatsache, dass es Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen gibt, finden mehr als 90 Prozent der Befragten „sehr wichtig“ oder „wichtig“. Weniger als 2 Prozent finden das „nicht so wichtig“ oder „überhaupt nicht wichtig“.

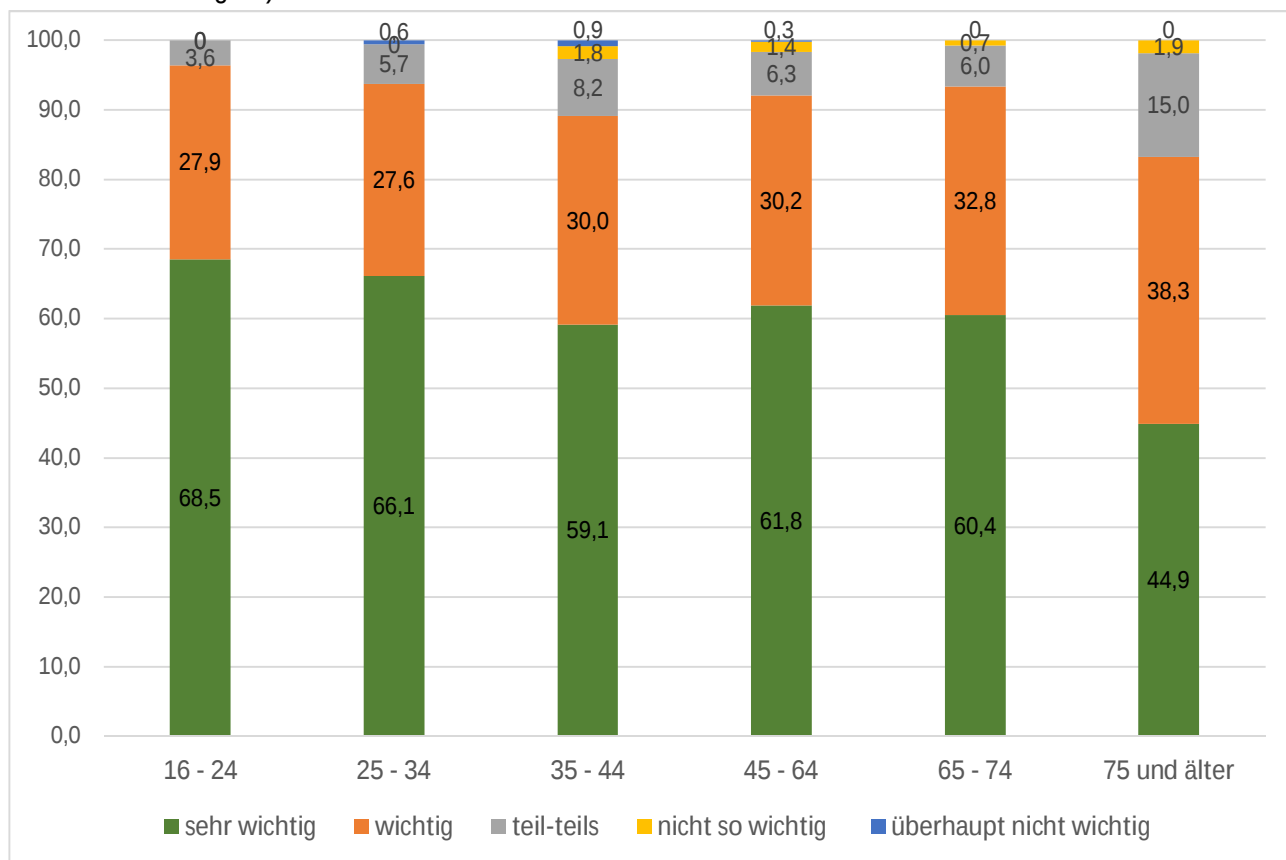
Grafik 4.2: Wichtigkeit der Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen (nach Geschlecht, Prozent der Befragten)



945 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

Frauen (94 Prozent) ist Hilfe und Unterstützung für wohnungslosen Menschen häufiger sehr wichtig und wichtig als Männern (89 Prozent). Je jünger, die Befragten sind, desto häufiger ist dies ihnen sehr wichtig, mit Ausnahme der 35-44-Jährigen.

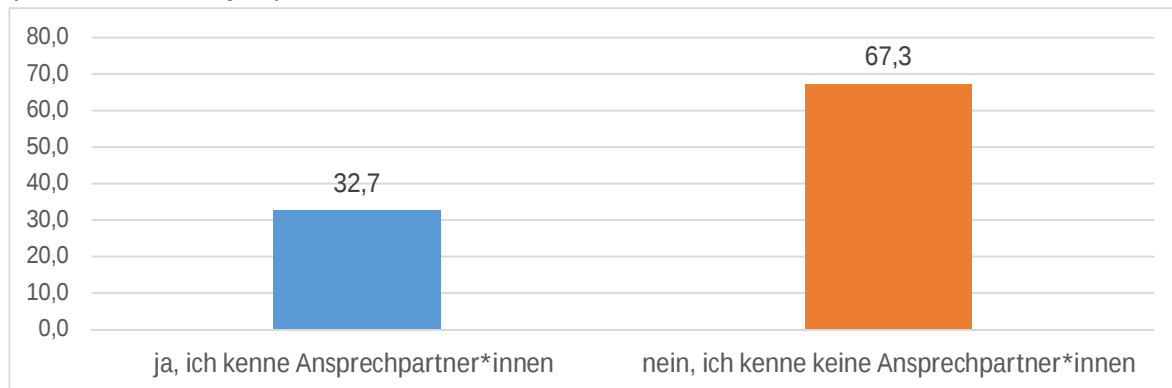
Grafik 4.3: Wichtigkeit der Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen (nach Altersgruppen, Prozent der Befragten)



987 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

5. Wüssten Sie, an wen Sie sich bei Mietschulden oder drohendem Wohnungsverlust wenden und wo Sie sich informieren können?

Grafik 5.1: Wissen über Ansprechpartner*innen bei Mietschulden oder drohendem Wohnungsverlust (Prozent der Befragten)

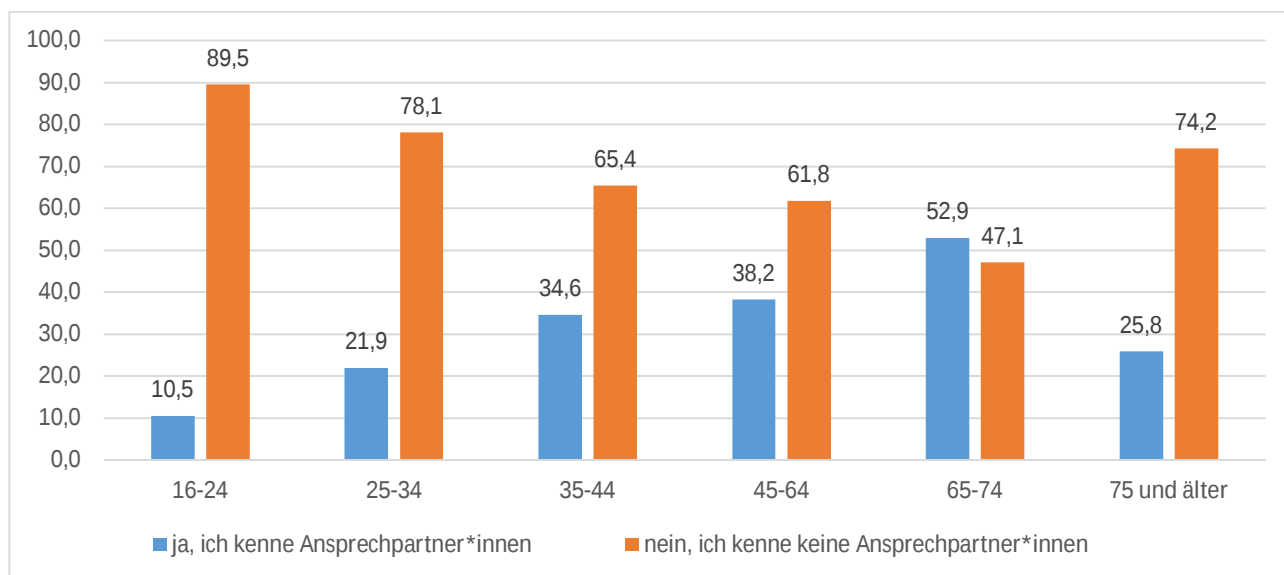


949 Befragte von 1003 haben diese Frage beantwortet.

Ein knappes Drittel der Befragten wüsste, an wen Sie sich bei Mietschulden oder drohendem Wohnungsverlust wenden oder sich informieren könnten. Über zwei Drittel wüssten das nicht und kennen keine Ansprechpartner*innen. Hier gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Frauen kennen zu einem geringfügig höheren Anteil als Männer (35,5 gegenüber 30,5 Prozent) Ansprechpartner*innen, an die sie sich bei drohendem Wohnungsverlust wenden könnten.

Mit steigendem Alter nimmt die Kenntnis von Ansprechpartner*innen kontinuierlich zu (10,5 Prozent bei den 16-24-Jährigen gegenüber 52,9 Prozent bei den 65-74-Jährigen), um im Alter von 75 und älter wieder deutlich abzunehmen (25,8 Prozent).

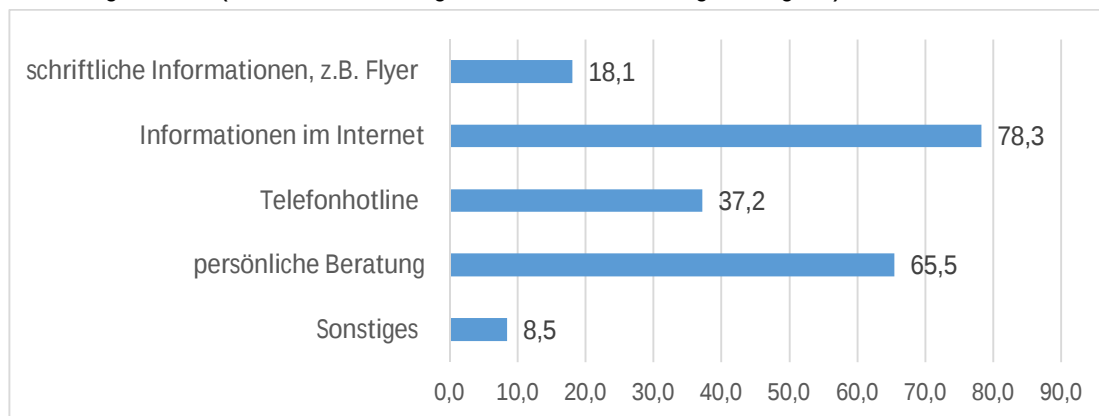
Grafik 5.2: Wissen über Ansprechpartner*innen bei Mietschulden oder drohendem Wohnungsverlust (nach Altersgruppen, Prozent der Befragten)



939 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

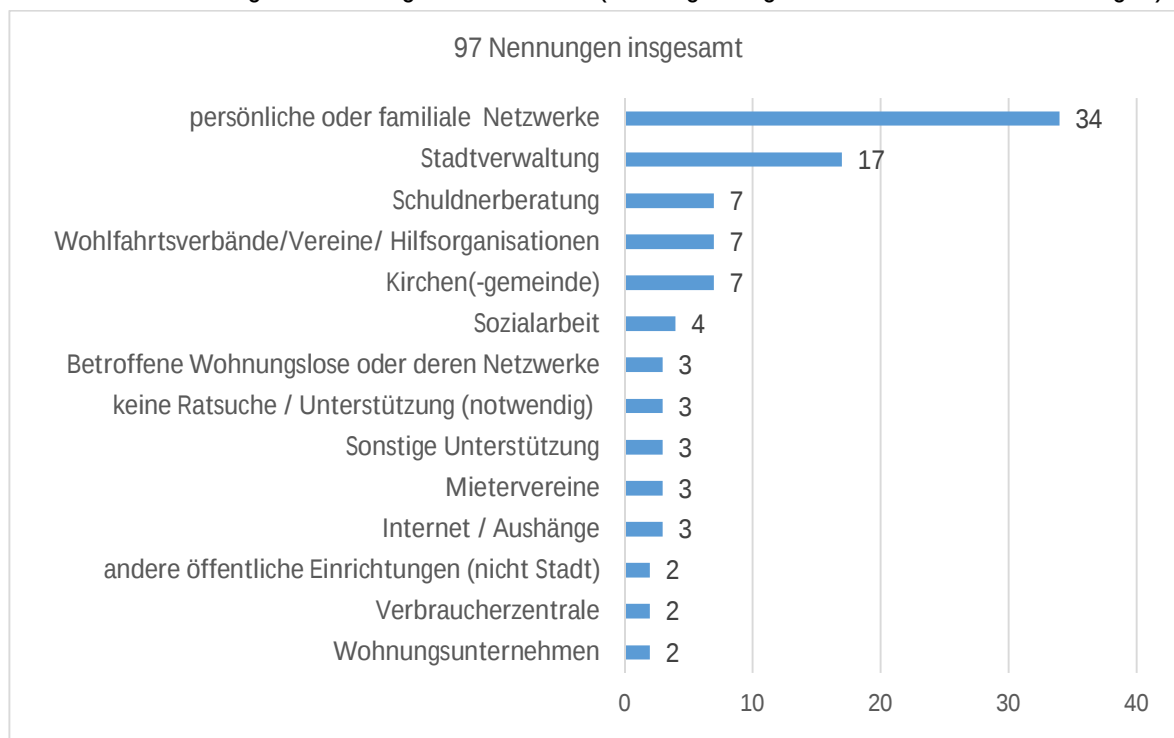
6. Auf welche Weise würden Sie sich Rat oder Unterstützung suchen?

Grafik 6.1: Bevorzugte Wege für Rat und Unterstützung bei Mietschulden und drohendem Wohnungsverlust (Prozent der Befragten, Mehrfachnennungen möglich)



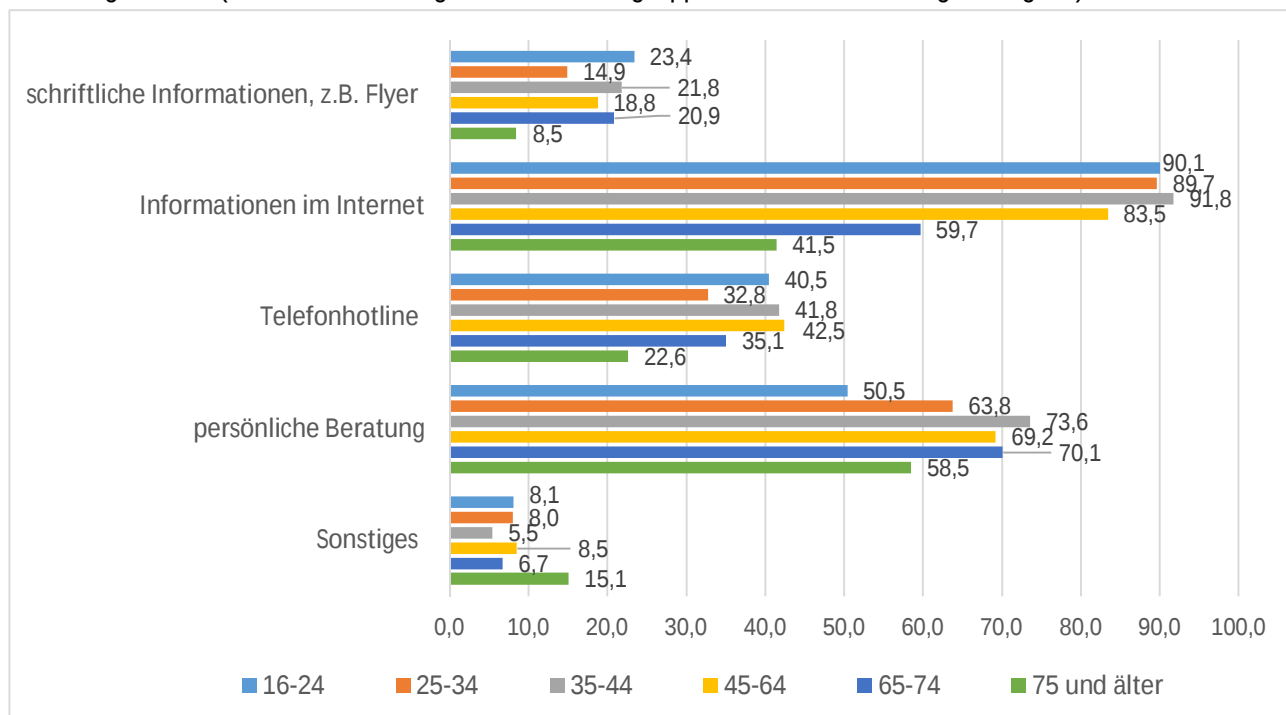
996 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet. Es sind 2068 Nennungen erfolgt.

Grafik 6.1.1: Nennungen zu Sonstiges in Grafik 6.1 (Textangaben geclustert, Anzahl der Nennungen)



Knapp 80 Prozent der Befragten würden sich Rat und Unterstützung im Internet suchen, mehr als 60 Prozent über persönliche Beratung. Mehr als ein Drittel würde sich eine telefonische Beratung (Telefonhotline) wünschen. Zwischen den Geschlechtern gibt es keine signifikanten Unterschiede bei der Suche nach Rat und Unterstützung bei drohender Wohnungslosigkeit. Mit zunehmendem Alter nimmt die Anzahl der Nennung des Internets für Rat und Unterstützung ab (42,4 Prozent der Nennungen bei den 16-24-Jährigen gegenüber 28,4 Prozent bei den 75-Jährigen und älter), während der Bedarf nach persönlicher Beratung steigt (23,7 Prozent der Nennungen bei den 16-24-Jährigen gegenüber 40 Prozent bei den 75-Jährigen und älter). Insgesamt hat die älteste Altersgruppe weniger verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten ausgewählt (im Durchschnitt 1,5 gegenüber 2 bis 2,3 bei den anderen Altersgruppen), am häufigsten wird die persönliche Beratung gewählt.

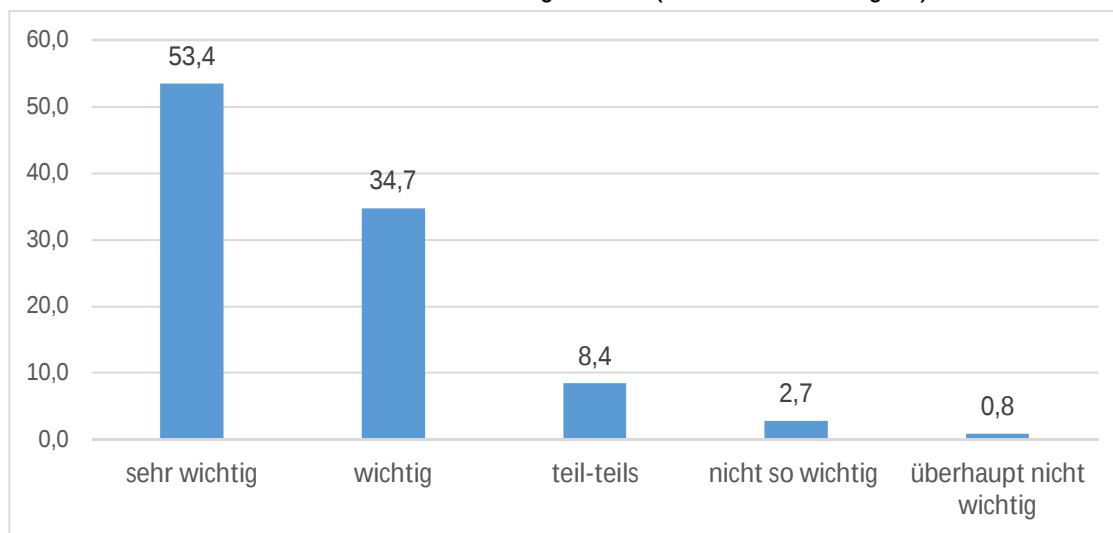
Grafik 6.2: Bevorzugte Wege für Rat und Unterstützung bei Mietschulden und drohendem Wohnungsverlust (Prozent der Befragten, nach Altersgruppen, Mehrfachnennungen möglich)



986 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet. Es sind 2052 Nennungen erfolgt.

7. Wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, dass die Stadtverwaltung zum Thema Mietschulden und drohendem Wohnungsverlust informiert, berät und unterstützt?

Grafik 7.1: Wichtigkeit der Information, Beratung und Unterstützung durch Stadtverwaltung zum Thema Mietschulden und drohendem Wohnungsverlust (Prozent der Befragten)

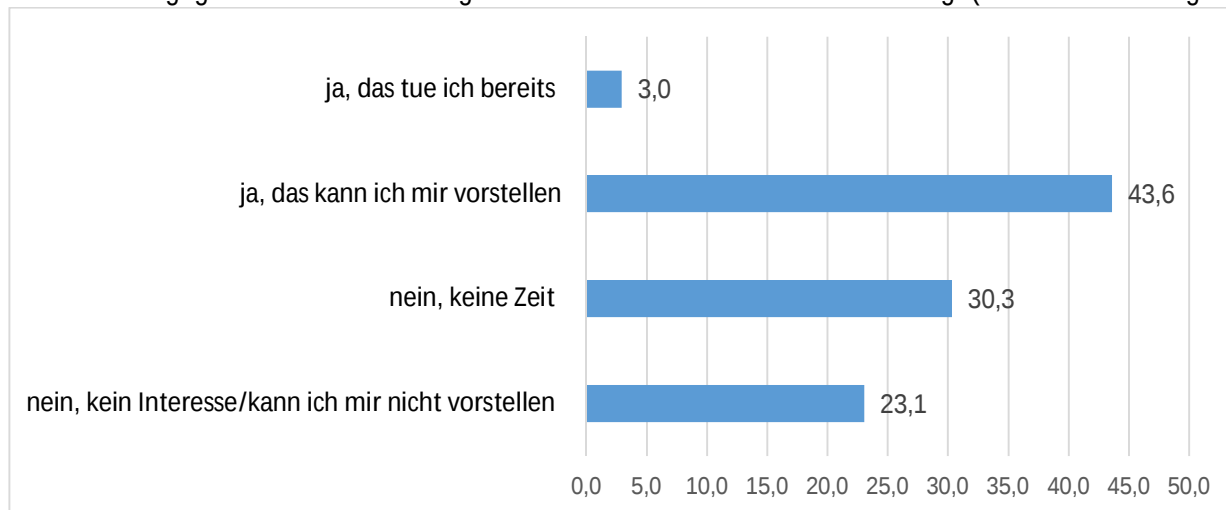


991 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

88 Prozent der Befragten finden es wichtig oder sehr wichtig, dass die Stadtverwaltung zum Thema Mietschulden und drohendem Wohnungsverlust berät und informiert. Frauen ist dies mit 93,3 Prozent noch wichtiger als Männern (84,1 Prozent). Bei den Altersgruppen von 45 bis 75 Jahren und älter sowie bei den 16-24-Jährigen Befragten finden dies mit jeweils rund 90 Prozent und mehr ebenfalls sehr wichtig oder wichtig. Die 25 bis 44-Jährigen finden die Information durch die Stadtverwaltung mit rund 85 Prozent etwas weniger wichtig.

8. Können Sie sich vorstellen, sich im Bereich Wohnungslosenhilfe zu engagieren?

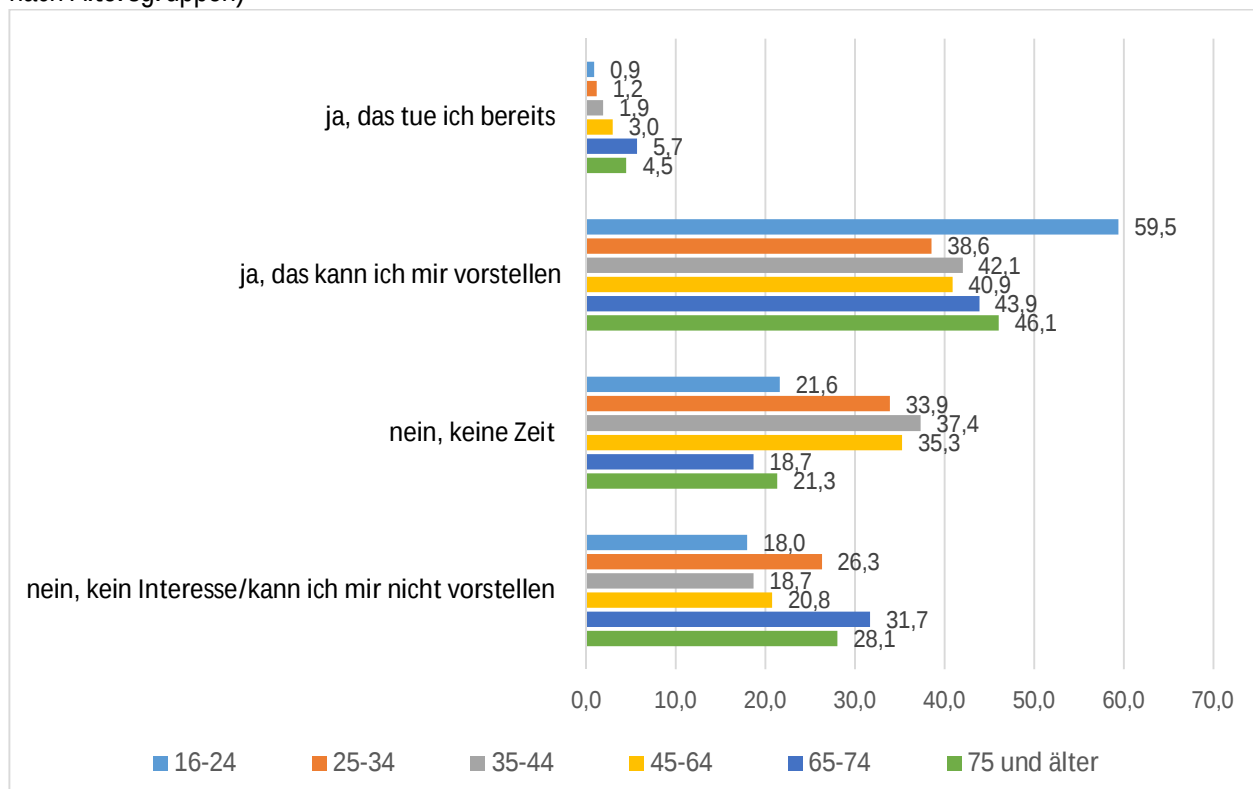
Grafik 8.1: Engagement in der Wohnungslosenhilfe vorstellbar oder bereits erfolgt (Prozent der Befragten)



44 Prozent der Befragten kann es sich vorstellen sich in der Wohnungslosenhilfe zu engagieren, 3 Prozent engagieren sich bereits. Mehr als die Hälfte der Befragungsteilnehmenden kann sich dies nicht vorstellen („keine Zeit“ 30 Prozent, „kein Interesse“ 23 Prozent). Frauen können sich etwas häufiger als Männer vorstellen sich in der Wohnungslosenhilfe zu engagieren (47,5 gegenüber 40,2 Prozent).

Am häufigsten (59,5 Prozent) kann sich die Altersgruppe der 16-24-Jährigen ein Engagement vorstellen, am seltensten die Altersgruppe der 25-34-Jährigen (38,6 Prozent). Mit 5,7 Prozent engagiert sich die Altersgruppe der 65-74-Jährigen derzeit bereits am häufigsten („ja, das kann ich mir vorstellen“). Bei der Ablehnung von Engagement dominiert bei den 25 bis 64-Jährigen als Grund der Zeitmangel („nein, keine Zeit“).

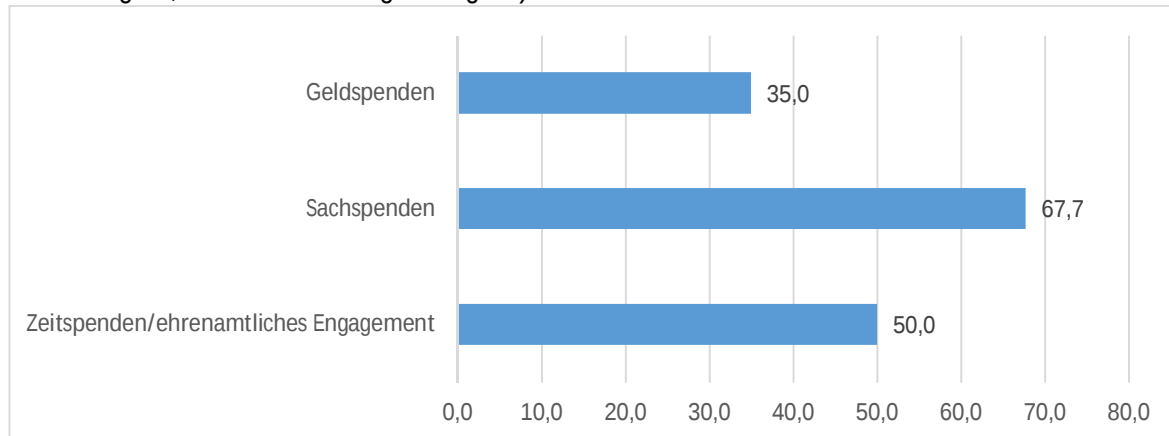
Grafik 8.2: Engagement in der Wohnungslosenhilfe vorstellbar oder bereits erfolgt (Prozent der Befragten, nach Altersgruppen)



938 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

**9. Wenn Sie sich bereits im Bereich Wohnungslosenhilfe engagieren oder sich dieses vorstellen können:
In welcher Form geschieht das schon oder könnte das sein?**

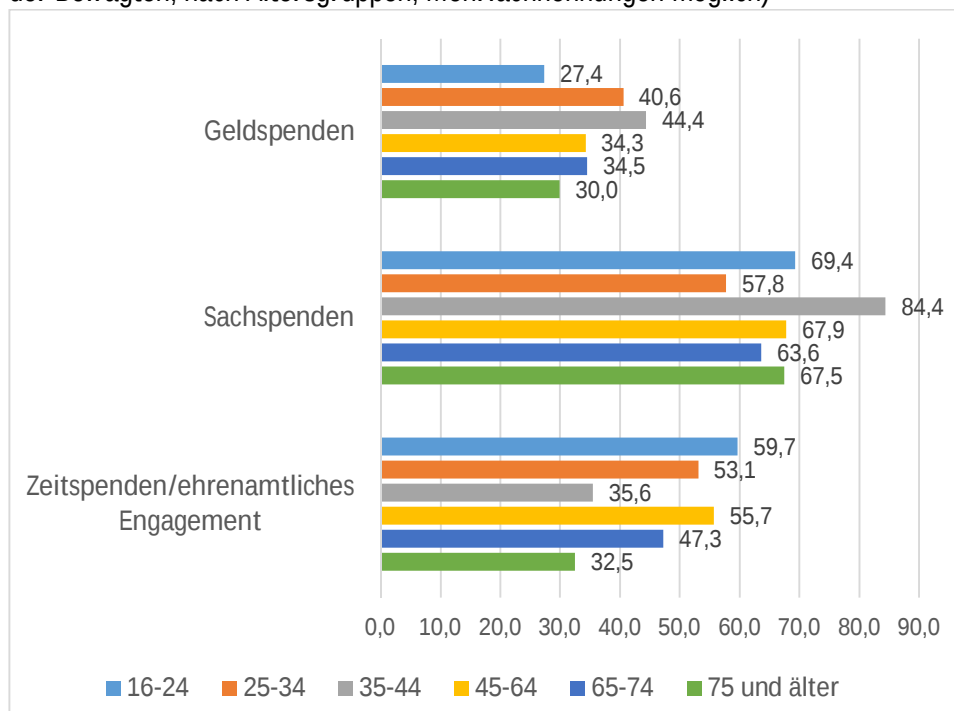
Grafik 9-1: Spendenarten bei erfolgtem oder vorstellbarem Engagement in der Wohnungslosenhilfe (Prozent der Befragten, Mehrfachnennungen möglich)



412 von 442 Befragten, die sich vorstellen können sich im Bereich Wohnungslosenhilfe zu engagieren oder dies schon tun, haben diese Frage beantwortet. Es sind 629 Nennungen erfolgt.

Von denen, die sich ein Engagement vorstellen können oder sich bereits engagieren, nennen 60 Prozent Sachspenden und 35 Prozent Geldspenden. Die Hälfte der Befragten Zeitspenden bzw. ehrenamtliches Engagement. Doppelt so viele Frauen wie Männer nennen mehr als eine Art des Engagements. Während beim Geldspenden und zeitlichem Engagement kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen, geben Frauen häufiger Sachspenden an als Männer (75,6 Prozent der Frauen gegenüber 56,3 Prozent der Männer). Die Bereitschaft zum Zeitspenden bzw. ehrenamtlichen Engagements ist bei den 16-24-Jährigen am höchsten (59,7 Prozent) und bei den 75-Jährigen und älter am niedrigsten (32,5 Prozent) ausgeprägt. Mit Ausnahme der Altersgruppe 35 bis 44 (35,6 Prozent Zeitspenden) geben in allen anderen Altersgruppen rund die Hälfte der Befragten (die sich Engagement vorstellen können oder dies schon tun) an, dass sie Zeit spenden würden.

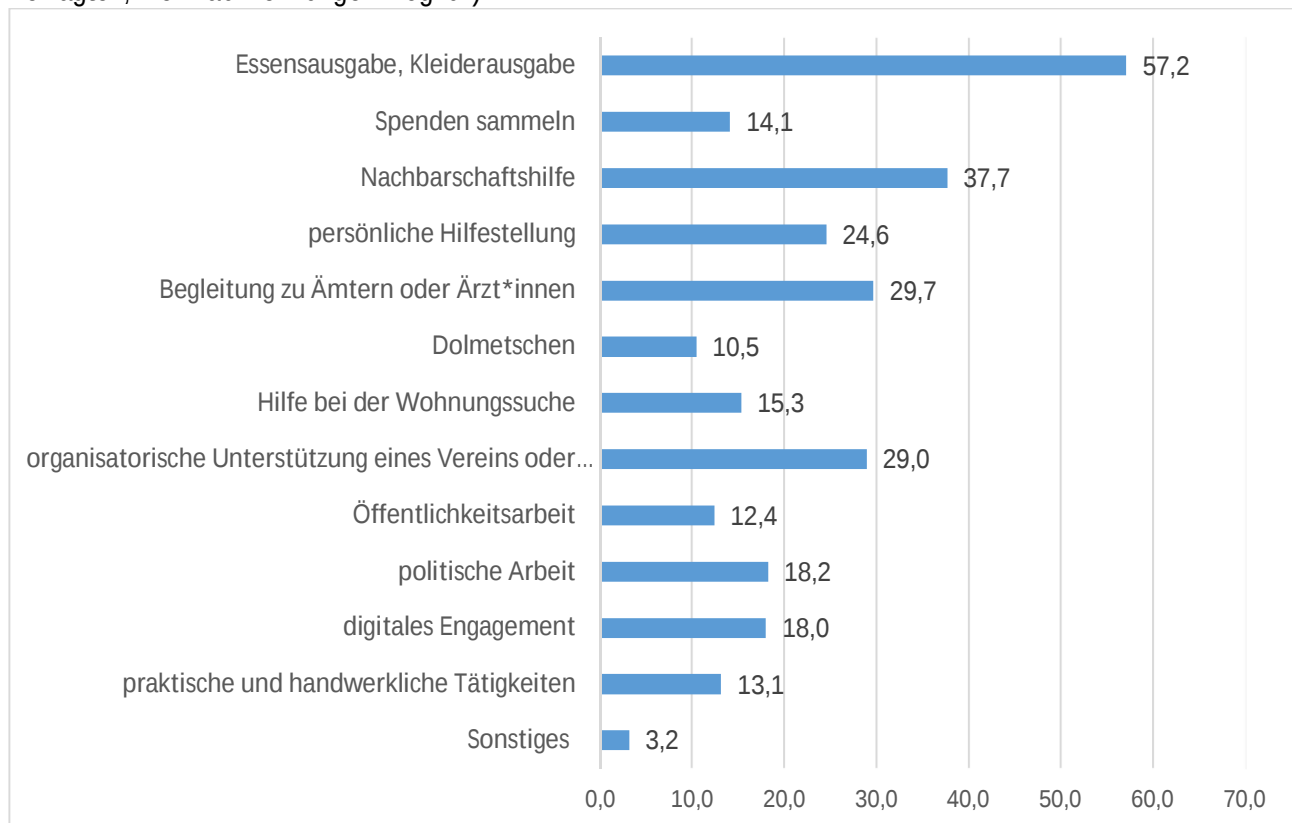
Grafik 9-2: Spendenarten bei erfolgtem oder vorstellbarem Engagement in der Wohnungslosenhilfe (Prozent der Befragten, nach Altersgruppen, Mehrfachnennungen möglich)



406 von 442 Befragten, die sich vorstellen können sich im Bereich Wohnungslosenhilfe zu engagieren oder dies schon tun, haben diese Frage beantwortet. Es sind 621 Nennungen erfolgt.

10. Wenn Sie sich ehrenamtlich für Wohnungslosigkeit engagieren oder sich dieses vorstellen können: In welchen Arbeitsfeldern?

Grafik 10.1: Mögliche Arbeitsfelder ehrenamtlichen Engagements in der Wohnungslosenhilfe (Prozent der Befragten, Mehrfachnennungen möglich)



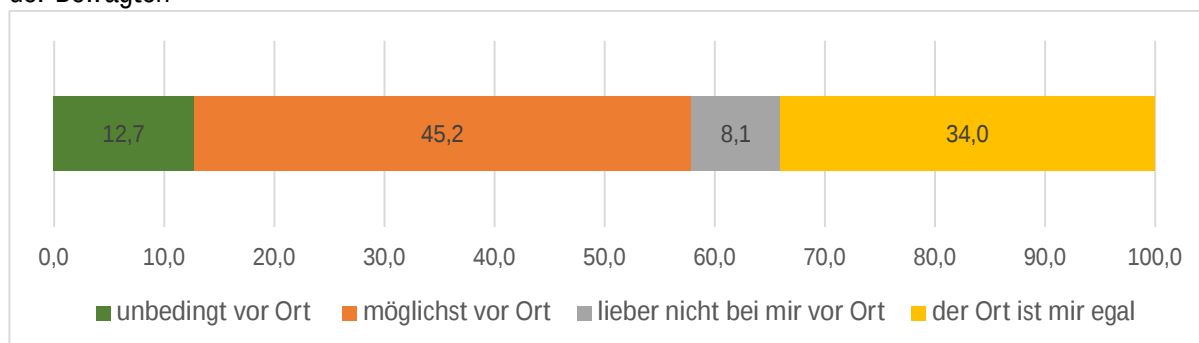
411 von 442 Befragten, die sich vorstellen können sich im Bereich Wohnungslosenhilfe zu engagieren oder dies schon tun, haben diese Frage beantwortet. Es sind 1163 Nennungen erfolgt.

Die fünf meistgenannten Arbeitsfelder, in denen sich Befragte Engagement vorstellen können sind „Essens- und Kleiderausgaben“ (57 Prozent), „Nachbarschaftshilfe“ (38 Prozent), „Begleitung zu Ämtern oder Ärzt*innen“ (30 Prozent), „organisatorische Unterstützung im Rahmen von Vereinen/Initiativen“ (30 Prozent) sowie „persönliche Hilfestellung“ (25 Prozent).

Unter Sonstiges erfolgen 10 Nennungen mit weiteren möglichen Arbeitsfelder: ärztliche Betreuung, Arbeitsangebot, Beratung, Transporthilfe, Kältebus, Projekt „Wohnen für Hilfe“ und die Bereitstellung eines Bauplatzes für eine Unterkunft.

11. Wenn Sie sich bereits ehrenamtlich im Bereich Wohnungslosenhilfe engagieren oder sich das vorstellen können: Ist dies oder sollte dies bei Ihnen vor Ort im Stadtteil bzw. im Quartier sein?

Grafik 11.1: Ortsgebundenheit möglichen ehrenamtlichen Engagements in der Wohnungslosenhilfe (Prozent der Befragten)

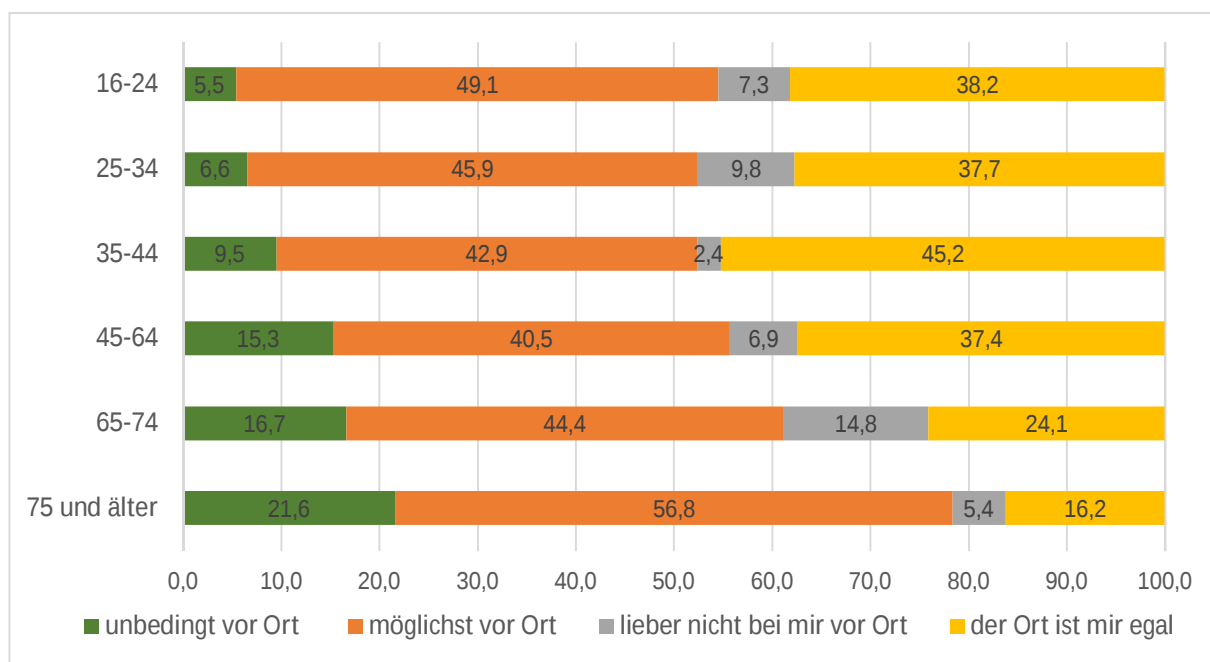


385 von 442 Befragten, die sich vorstellen können sich im Bereich Wohnungslosenhilfe zu engagieren oder dies schon tun, haben diese Frage beantwortet.

Knapp 60 Prozent der Befragten möchte sich möglichst oder unbedingt vor Ort engagieren, einem Drittel ist der Ort des Engagements egal. Weniger als 10 Prozent der Befragten möchte sich keinesfalls vor Ort, sondern weiter weg engagieren.

Die Altersgruppe ab 65 Jahren präferiert deutlich häufiger ein Engagement vor Ort als die jüngeren Altersgruppen. Bei den 75-Jährigen und älter ist diese Präferenz mit 78,4 Prozent (unbedingt vor Ort und möglichst vor Ort) am stärksten. Zwischen Männern und Frauen gibt es kaum Unterschiede im Hinblick auf die Ortsbezogenheit.

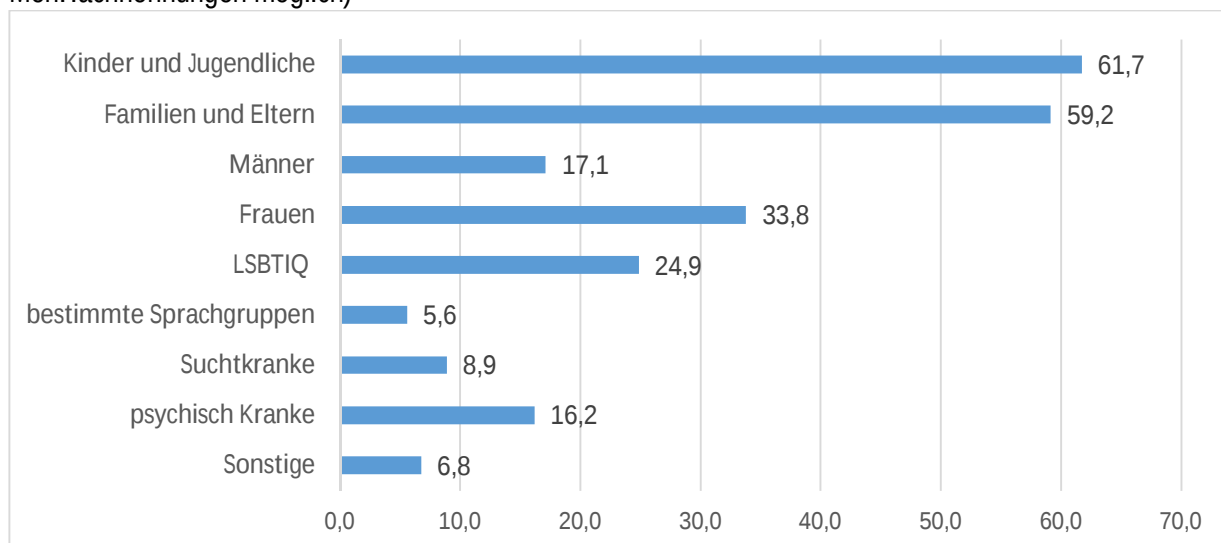
Grafik 11.2: Ortsgebundenheit möglichen ehrenamtlichen Engagements in der Wohnungslosenhilfe (Prozent der Befragten, nach Altersgruppen)



38 von 442 Befragten, die sich vorstellen können sich im Bereich Wohnungslosenhilfe zu engagieren oder dies schon tun, haben diese Frage beantwortet.

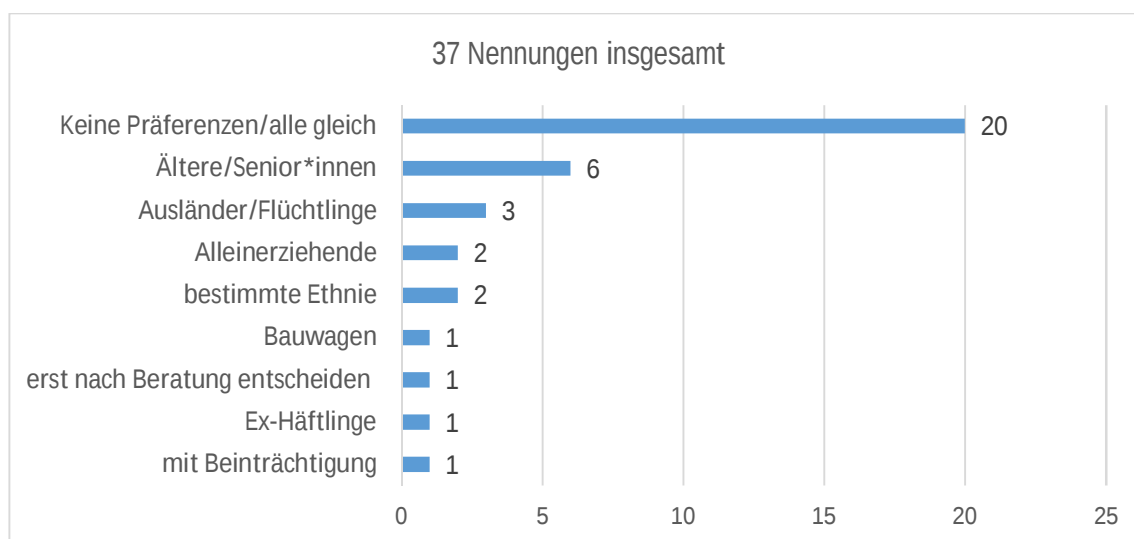
12. Wenn Sie sich bereits im Bereich Wohnungslosenhilfe engagieren oder sich das vorstellen können: Gibt es eine Zielgruppe für die Sie sich besonders einsetzen (möchten)?

Grafik 12.1: Zielgruppen für ein mögliches Engagement in der Wohnungslosenhilfe (Prozent der Befragten, Mehrfachnennungen möglich)



426 von 442 Befragten, die sich vorstellen können sich im Bereich Wohnungslosenhilfe zu engagieren oder dies schon tun, haben diese Frage beantwortet. Es sind 998 Nennungen erfolgt.

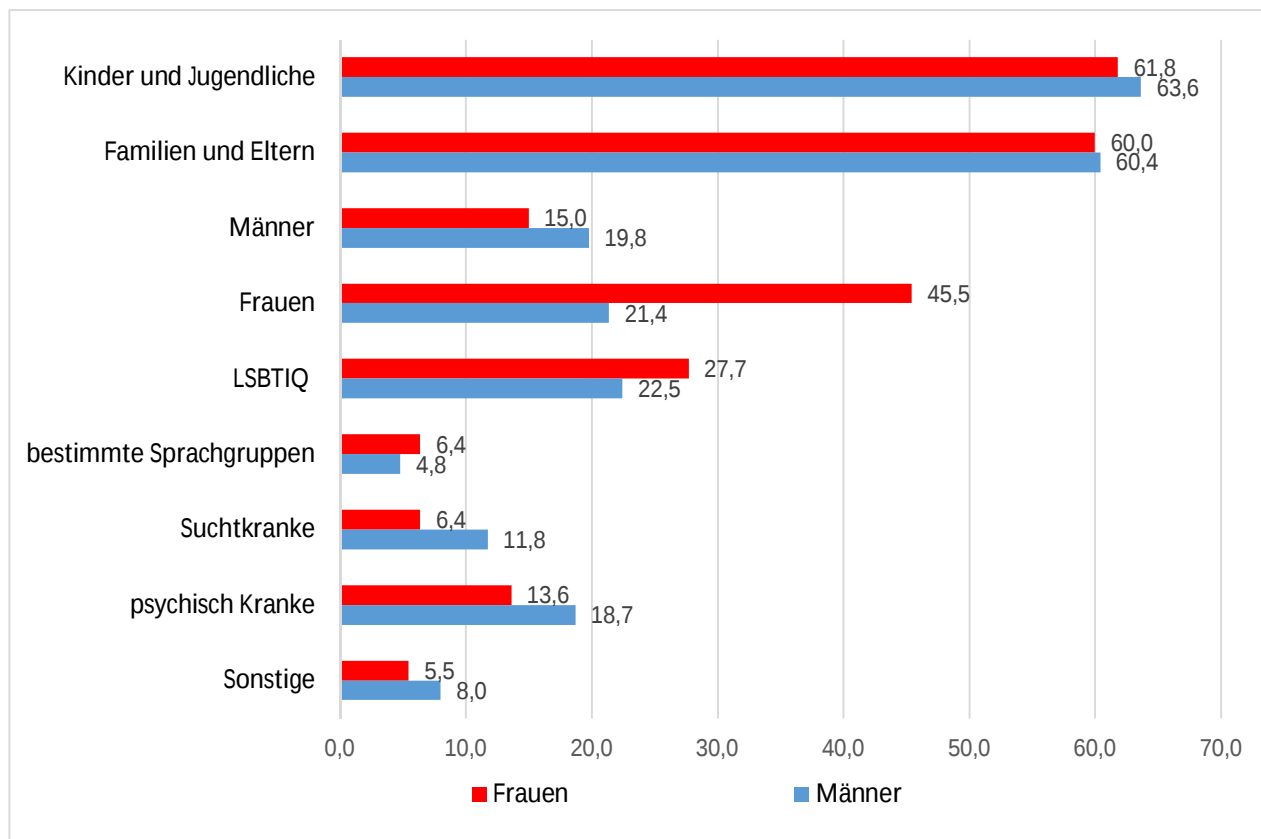
Grafik 12.1.1: Nennungen zu Sonstiges in Grafik 12.1 (Textangaben geclustert, Anzahl der Nennungen)



Die sechs am häufigsten genannten Zielgruppen des Engagements sind Kinder und Jugendliche (62 Prozent der Befragten) oder Familien/Eltern (59 Prozent der Befragten), Frauen (34 Prozent der Befragten), LSBTIQ (25 Prozent der Befragten), Männer (17,1 Prozent) und psychisch Kranke (16 Prozent).

Diese sechs am häufigsten genannten Zielgruppen sind bei Männern und Frauen gleich, wobei Frauen mehr als doppelt so häufige „Frauen“ als Zielgruppe nennen (45,5 Prozent der befragten Frauen gegenüber 21,4 Prozent der befragten Männer). Männer jedoch „Frauen“ häufiger als Zielgruppe für ein eventuelles Engagement in der Wohnungslosenhilfe nennen als „Männer“ (21,4 gegenüber 19,8 Prozent). Männer nennen „psychisch Kranke“ fast doppelt so häufig als Zielgruppe wie Frauen (11,8 gegenüber 6,4 Prozent). Frauen geben im Durchschnitt 2,4, Männer 2,3 Zielgruppen an.

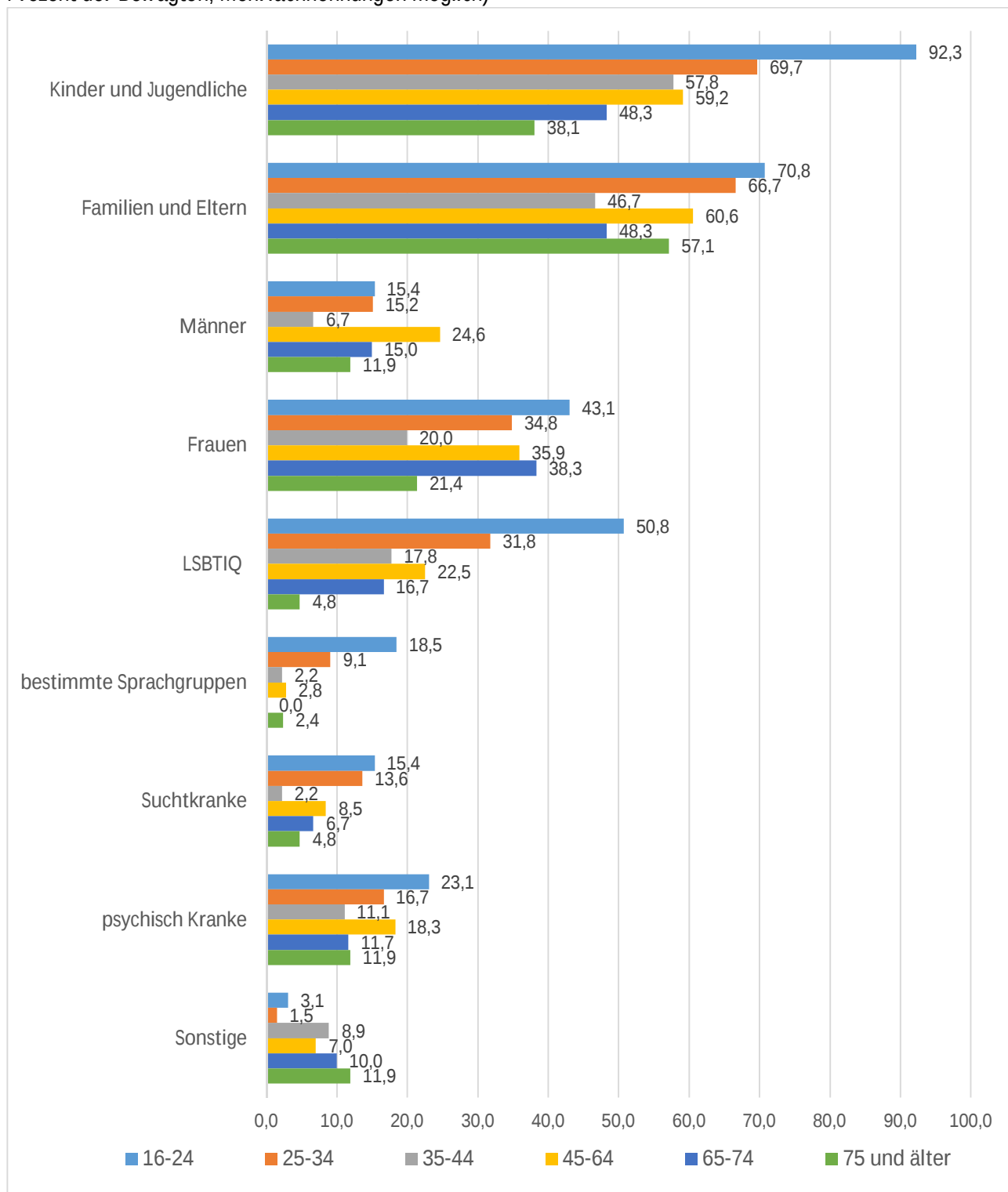
Grafik 12.2: Zielgruppen für ein mögliches Engagement in der Wohnungslosenhilfe (nach Geschlecht, Prozent der Befragten, Mehrfachnennungen möglich)



407 von 442 Befragten, die sich vorstellen können sich im Bereich Wohnungslosenhilfe zu engagieren oder dies schon tun, haben diese Frage beantwortet. Es sind 964 Nennungen erfolgt.

Die Altersgruppe der 16-24-Jährigen nennt mit einem Durchschnitt von 3,3 Nennungen deutlich mehr mögliche Zielgruppen für ein Engagement in der Wohnungslosenhilfe als alle anderen Altersgruppen, so geben die 35-44-Jährigen durchschnittlich 1,7 und die 75-Jährigen und älter 1,6 Zielgruppen an. Mit Ausnahme der 75-Jährigen und älter sind „Kinder und Jugendliche“ für alle Altersgruppen die am häufigsten genannte Zielgruppe. Für die älteste Altersgruppe stehen „Familien und Eltern“ (57,1 Prozent) an erster Stelle, gefolgt von „Kindern und Jugendlichen“ (38,1 Prozent): Mit zunehmendem Alter nimmt das Interesse für „LSBTIQ“ als Zielgruppe für ein Engagement in der Wohnungslosenhilfe kontinuierlich und deutlich ab (von 50,8 Prozent bei den 16-24-Jährigen auf 4,8 Prozent bei den 75-Jährigen und älter).

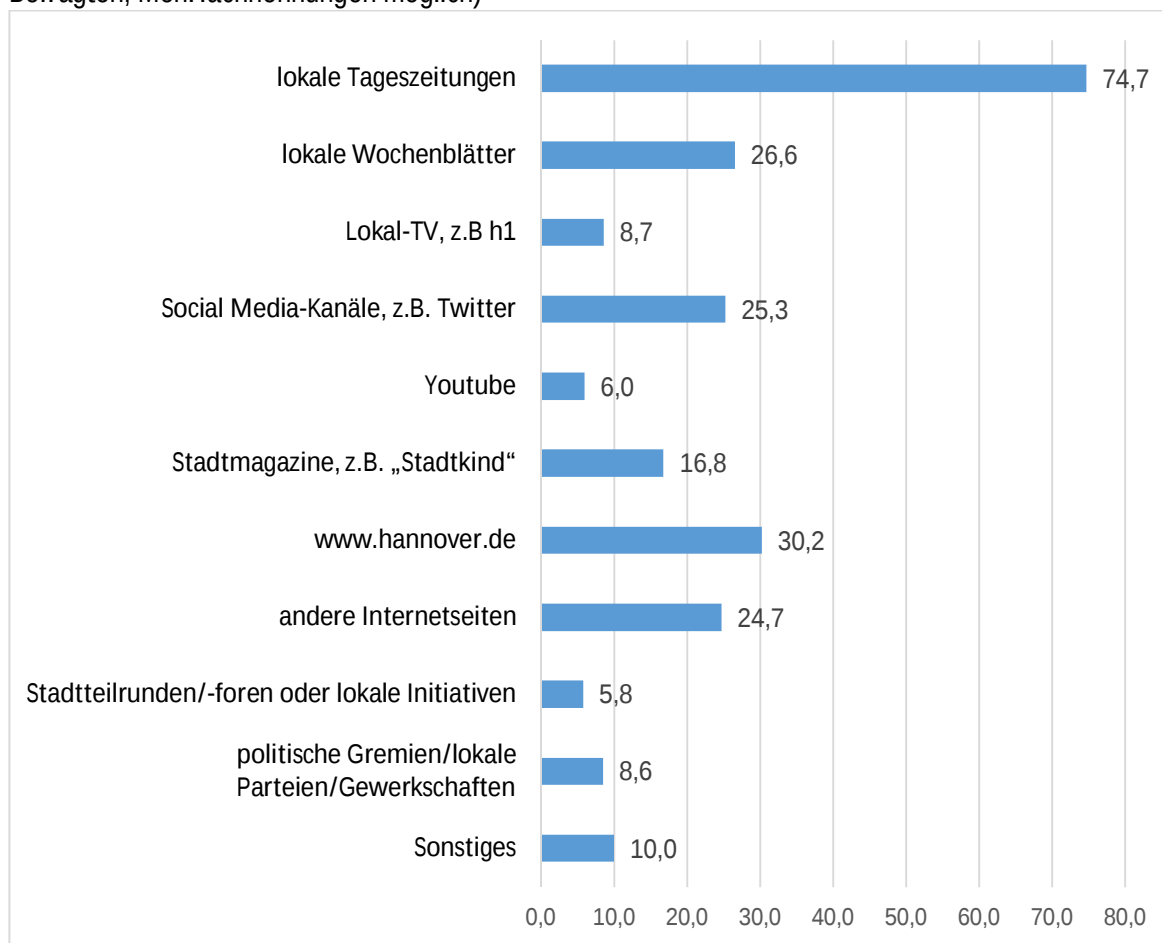
Grafik 12.3: Zielgruppen für ein mögliches Engagement in der Wohnungslosenhilfe (nach Altersgruppen, Prozent der Befragten, Mehrfachnennungen möglich)



420 von 442 Befragten, die sich vorstellen können sich im Bereich Wohnungslosenhilfe zu engagieren oder dies schon tun, haben diese Frage beantwortet. Es sind 991 Nennungen erfolgt.

13. Wie informieren Sie sich über soziale Themen/Sozialpolitik in Hannover allgemein?

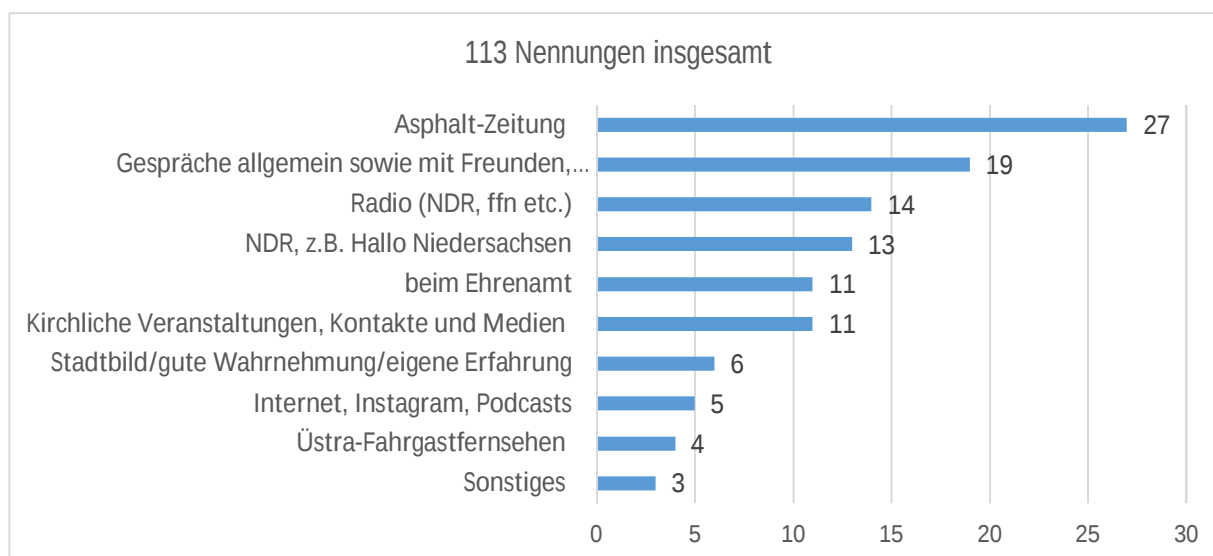
Grafik 13.1: Mediennutzung zur Information über soziale Themen/Sozialpolitik in Hannover (Prozent der Befragten, Mehrfachnennungen möglich)



982 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet. Es sind 2331 Nennungen erfolgt.

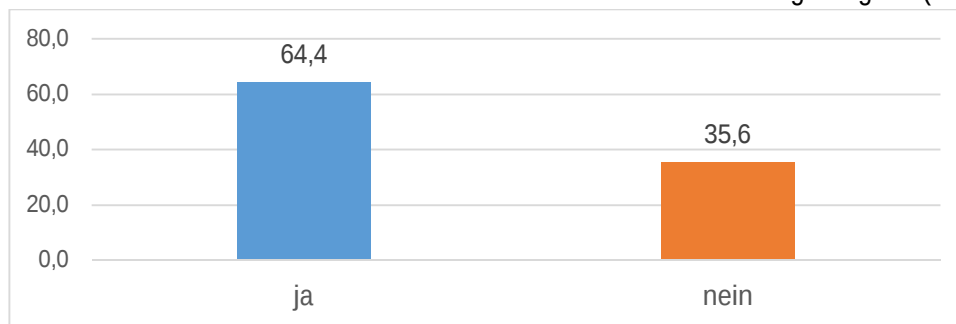
Drei Viertel der Befragten informieren sich über soziale Themen und Sozialpolitik über die lokalen Tageszeitungen, fast ein Drittel über „www.hannover.de“. Jeweils rund ein Viertel informiert sich über andere Internetseiten, lokale Wochenblätter oder Social Media-Kanäle, z.B. Twitter.

Grafik 13.1.1: Nennungen zu Sonstiges in Grafik 13.1 (Textangaben geclustert, Anzahl der Nennungen)



14. Wünschen Sie sich mehr Informationen (Öffentlichkeitsarbeit) der Stadtverwaltung zum Thema Wohnungslosigkeit, zum Beispiel strategische Ziele, Haltungen und Angebote?

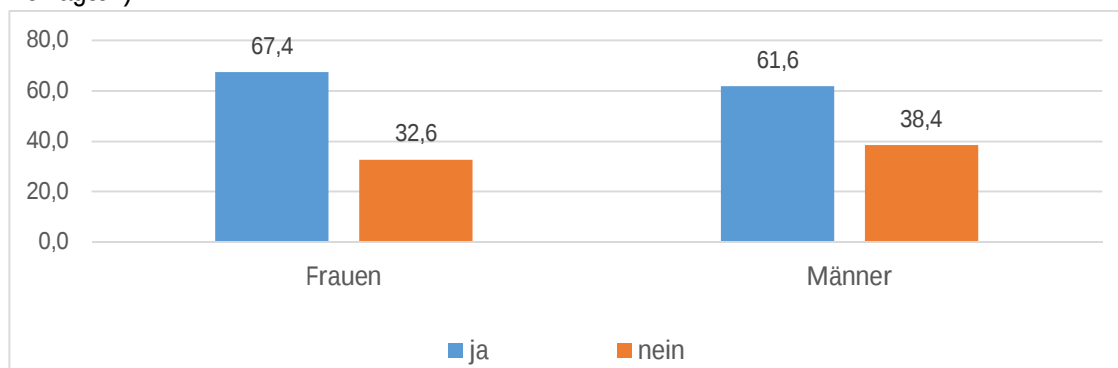
Grafik 14.1: Wunsch nach mehr Informationen zum Thema Wohnungslosigkeit (Prozent der Befragten)



764 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

Fast zwei Drittel der Befragten wünschen sich mehr Informationen (Öffentlichkeitsarbeit) der Stadtverwaltung zum Thema Wohnungslosigkeit, zum Beispiel strategische Ziele, Haltungen und Angebote.

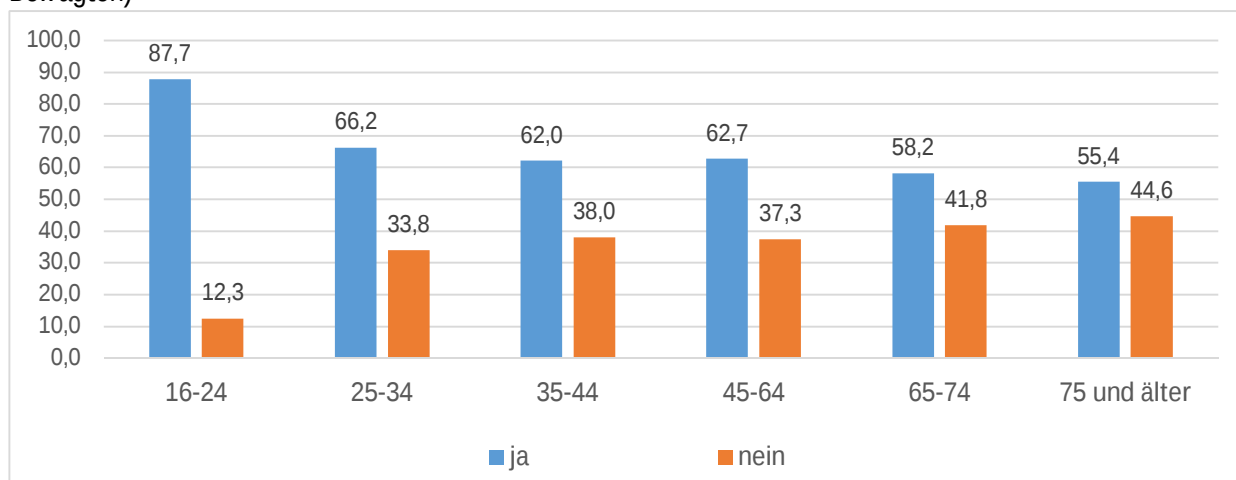
Grafik 14.2: Wunsch nach mehr Informationen zum Thema Wohnungslosigkeit (nach Geschlecht, Prozent der Befragten)



724 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

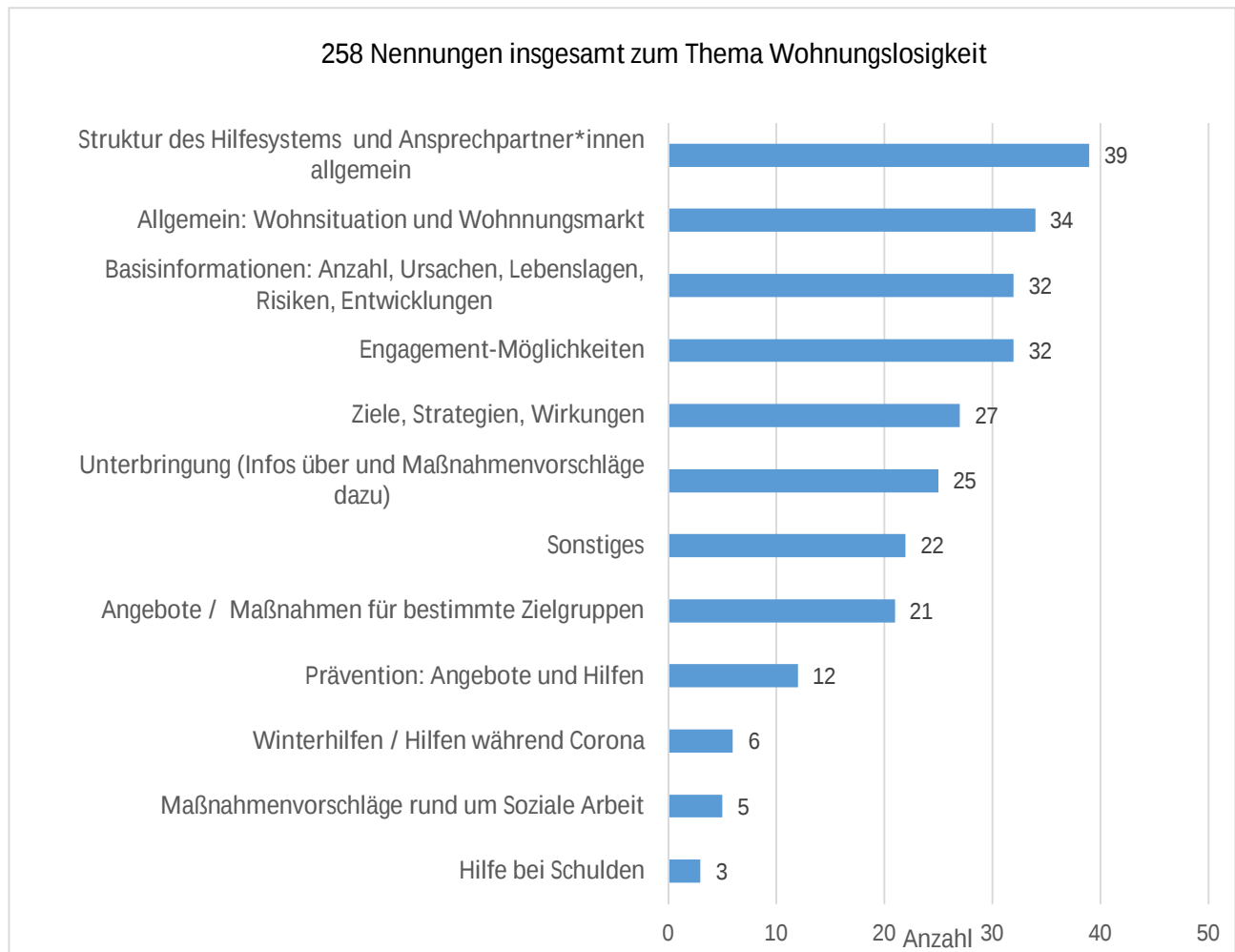
Frauen wünschen sich nur geringfügig häufiger als Männer mehr Informationen seitens der Stadtverwaltung hierzu (67,4 gegenüber 61,6 Prozent). Mit zunehmenden Alter sinkt der Bedarf nach Informationen zu diesen Themen (87,7 Prozent bei den 16-24-Jährigen gegenüber 55,4 Prozent bei den 75-Jährigen und älter).

Grafik 14.3: Wunsch nach mehr Informationen zum Thema Wohnungslosigkeit (nach Altersgruppen, Prozent der Befragten)

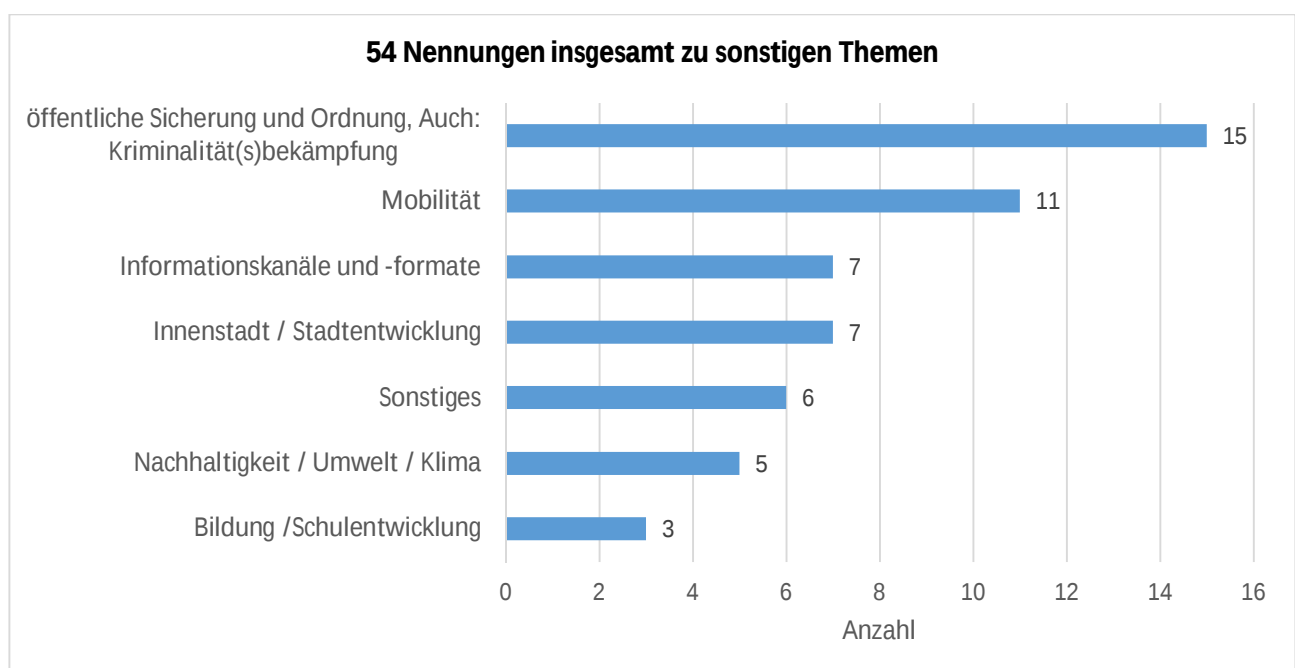


756 von 1003 Befragten haben diese Frage beantwortet.

Grafik 14.4: Wenn ja, zu welchen Themen (Wohnungslosigkeit) wünschen Sie sich mehr Informationen (Anzahl der Nennungen, Textangaben geclustert)



Grafik 14.5: Wenn ja, zu welchen Themen (allgemein) wünschen Sie sich mehr Informationen (Anzahl der Nennungen, Textangaben geclustert)



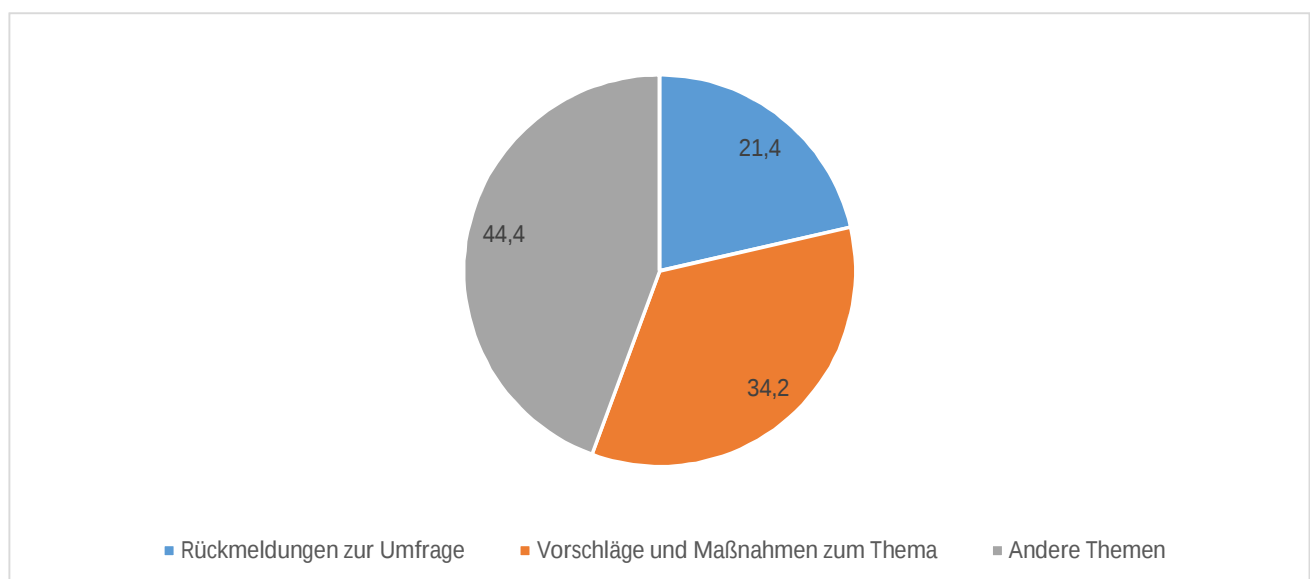
15. Textangaben (zusammengefasst) der Befragten zu unterschiedlichen Themen

Die Befragten hatte die Möglichkeit, in Textform Vorschläge zu machen oder etwas mitzuteilen. Hierbei wurden 196 Anmerkungen gemacht.

Tabelle 1: Übersicht Textangaben (geclustert, Anzahl der Nennungen)

Textangaben zu:		Anzahl
Rückmeldungen zur Umfrage (42)	Konkretes Feedback zur Umfrage / zum Fragebogen	18
	Lob und Dank zum Themenschwerpunkt dieser Umfrage	16
	Hinweise zum Instrument „Panel“ allgemein, Themenvorschläge für weitere Umfragen	8
Vorschläge und Maßnahmen zum Thema Wohnungslosigkeit (67)	Problemanzeigen / Vorschläge zum Thema Wohnen / Unterbringung	33
	Information / Aufklärung und Mitbestimmung	12
	Beratung / Sozialarbeit / Prävention	7
	Maßnahmen für den Winter	5
	Kommunikation	4
	Unterstützung Eingewanderter	3
	Gesundheit	2
	Ver- und Überschuldung	1
Andere Themen (87)	Persönlicher Hintergrund / Betroffenheit	20
	Problemanzeigen / Hinweise zum öffentlichen Raum	19
	Hinweise, Kritik / Lob an Stadtverwaltung / Politik	17
	Sonstiges	25
	Hinweise zum Ehrenamt	4
	zum Innestadtdialog	2
Nennungen gesamt:		196

Grafik 15.1 Textangaben zusammengefasst nach thematischem Bereich (geclustert, Prozent der Nennungen)



16. Ergebnisse im Überblick

Bürger*innen-Panel

Nach dem Neuaufbau des Bürgerpanels Ende Juni 2021 konnten im Juli 1.575 Teilnehmer*innen (von 1.621) mit dem Fragebogen zum Thema Wohnungslosigkeit angeschrieben werden, davon mehr als 90 Prozent per E-Mail. 1003 Personen haben an der siebten Befragung des Bürger*innen-Panels teilgenommen. Die Rücklaufquote liegt somit bei 64 Prozent. Das Bürger*innen-Panel ist hinsichtlich Altersgruppen und Geschlecht repräsentativ für die Einwohner*innen der Landeshauptstadt Hannover ab 16 Jahren.

Wahrnehmung von Wohnungslosigkeit in Hannover

90 Prozent der Befragten erkennen im Stadtbild, dass es wohnungslose Menschen in Hannover gibt, mehr als die Hälfte nimmt Wohnungslosigkeit über die Medien wahr. Weniger als 1 Prozent der Befragten nehmen nicht wahr, dass es wohnungslose Menschen gibt. Mehr als einem Drittel sind Einrichtungen bekannt, die von wohnungslosen Menschen genutzt werden. Je 7 Prozent kennen wohnungslose Menschen persönlich und/oder haben im beruflichen Umfeld mit ihnen zu tun. Es gibt bei der Wahrnehmung von Wohnungslosigkeit kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Männer kennen lediglich etwas häufiger als Frauen (8,1 gegenüber 6,8 Prozent) wohnungslose Menschen persönlich. Auch haben Männer in ihrem beruflichen Umfeld häufiger als Frauen (9,2 gegenüber 6 Prozent) mit wohnungslosen Menschen zu tun.

Die Wege der Wahrnehmung unterscheiden sich im Hinblick auf die Altersgruppen stärker. Je älter die Befragten, desto höher ist der Anteil derjenigen, die Wohnungslosigkeit über die Medien wahrnimmt (z.B. 42,5 Prozent bei den 24-35-Jährigen gegenüber 74,5 Prozent bei den 75-Jährigen und älter). Die Wahrnehmung über das Stadtbild sinkt dagegen mit zunehmenden Alter (94,6 Prozent bei den 16-24-Jährigen gegenüber 77,4 Prozent bei den Befragten 75 und älter), wobei anzunehmen ist, dass dies mit geringerer Mobilität im Alter zu tun hat. Mit 14,4 Prozent kennt die Altersgruppe der 16-24-Jährigen wohnungslose Menschen am häufigsten persönlich, die Altersgruppe der 34-45-Jährigen mit 2,7 Prozent am seltensten.

Stadtteile und Orte, wo Wohnungslosigkeit wahrgenommen wird

Rund 90 Prozent der Befragten nehmen Wohnungslosigkeit im Stadtteil Mitte wahr, ca. ein Viertel in der List, ein Fünftel in der Oststadt, jeweils rund ein Zehntel in der Nordstadt, Linden-Mitte und Linden Nord. In 34 von 46 genannten Stadtteilen wird Wohnungslosigkeit von weniger als 3 Prozent wahrgenommen.

Auf die Frage, an welchen konkreten Orten, Plätzen und Quartieren wohnungslose Menschen wahrgenommen werden, gaben die Befragten insgesamt 1.657 Antworten. 63 Prozent der Befragten nannten Orte in der Innenstadt (Stadtteil Mitte und angrenzende Orte, wie Weiße-Kreuz-Platz, Pavillon), gut ein Drittel einen Ort in einem anderem Stadtteil Hannovers. Knapp 3 Prozent der Ortsangaben ließen sich nicht konkret zuordnen (unter Brücken, Parks, vor Supermärkten, in der Straßenbahn, u.a.).

Wohnungslose Menschen werden von den Befragten überwiegend täglich (51 Prozent), den ganzen Tag (78 Prozent), im ganzen Jahr (88 Prozent) am konkreten Ort wahrgenommen. Wahrgenommen werden überwiegend Männer (48 Prozent), aber von rund einem Drittel der Befragten (30 Prozent) auch Frauen. Senior*innen und Jugendliche oder junge Erwachsene werden von rund einem Zehntel der Befragten wahrgenommen.

Meinungen zu Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen

Die Tatsache, dass es Hilfen und Unterstützung für wohnungslose Menschen gibt, finden über 90 Prozent der Befragten „sehr wichtig“ oder „wichtig“. Weniger als 2 Prozent finden das „nicht so wichtig“ oder „überhaupt nicht wichtig“. Frauen (94 Prozent) ist es häufiger „sehr wichtig“ oder „wichtig“ als Männern (89 Prozent). Je jünger die Befragten sind, desto häufiger ist dieser Aspekt ihnen „wichtig“ oder „sehr wichtig“.

Kenntnis von Beratungsmöglichkeiten und Hilfsangeboten bei Mietschulden und drohender Wohnungslosigkeit

Ein Drittel der Befragten wüsste, an wen Sie sich bei Mietschulden oder drohendem Wohnungsverlust wenden oder sich informieren könnten. Über zwei Drittel wüssten das nicht und kennen keine Ansprechpartner*innen. Hier gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Frauen kennen zu einem geringfügig höheren Anteil als Männer (35,5 gegenüber 30,5 Prozent) Ansprechpartner*innen, an die sie sich bei drohendem Wohnungsverlust wenden könnten. Bei den Altersgruppen gibt es größere Unterschiede. Mit steigendem Alter nimmt die Kenntnis von Ansprechpartner*innen kontinuierlich zu (10,5 Prozent bei den 16-24-Jährigen gegenüber 52,9 Prozent bei den 65-74-Jährigen), um im Alter von 75 und älter wieder deutlich abzunehmen (25,8 Prozent).

Knapp 80 Prozent der Befragten würden sich Rat und Unterstützung im Internet suchen, mehr als 60 Prozent über persönliche Beratung. Mehr als ein Drittel würde sich eine telefonische Beratung (Telefonhotline) wünschen. Zwischen den Geschlechtern gibt es keine signifikanten Unterschiede bei der Suche nach Rat und Unterstützung bei drohender Wohnungslosigkeit. Mit zunehmendem Alter nimmt die Bedeutung des Internets für Rat und Unterstützung ab (42,4 Prozent der Nennungen bei den 16-24-Jährigen gegenüber 28,4 Prozent bei den 75-Jährigen und älter), während der Bedarf nach persönlicher Beratung steigt (23,7 Prozent der Nennungen bei den 16-24-Jährigen gegenüber 40 Prozent bei den 75-Jährigen und älter). Insgesamt hat die älteste Altersgruppe weniger verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten ausgewählt (im Durchschnitt 1,5 gegenüber 2 bis 2,3 bei den anderen Altersgruppen), am häufigsten wird von ihnen die persönliche Beratung gewählt.

Meinungen zu Beratungsmöglichkeiten der Stadtverwaltung

88 Prozent der Befragten finden es „wichtig“ oder „sehr wichtig“, dass die Stadtverwaltung zum Thema Mietschulden und drohendem Wohnungsverlust berät und informiert. Frauen ist dies mit 93,3 Prozent noch wichtiger als Männern (84,1 Prozent). Die Altersgruppen von 45 bis 75 Jahren und älter sowie die 16-24-Jährigen Befragten finden dies mit jeweils rund 90 Prozent und mehr ebenfalls „sehr wichtig“ oder „wichtig“. Die 25 bis 44-Jährigen finden die Information durch die Stadtverwaltung mit rund 85 Prozent etwas weniger wichtig.

Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement in der Wohnungslosenhilfe

44 Prozent der Befragten können es sich vorstellen, sich in der Wohnungslosenhilfe zu engagieren, 3 Prozent engagieren sich bereits. Mehr als die Hälfte der Befragungsteilnehmenden kann sich dies nicht vorstellen („nein, keine Zeit“ 30 Prozent, „nein, kein Interesse“ 23 Prozent). Am häufigsten (59,5 Prozent) kann sich die Altersgruppe der 16-24-Jährigen ein Engagement vorstellen, am seltensten die Altersgruppe der 25-34-Jährigen (38,6 Prozent). Mit 5,7 Prozent engagiert sich die Altersgruppe der 65-74-Jährigen derzeit bereits am häufigsten („ja, das tue ich bereits“). Bei der Ablehnung von Engagement dominiert bei den 25 bis 64-Jährigen als Grund der Zeitmangel („nein, keine Zeit“). Frauen können sich etwas häufiger als Männer vorstellen, sich in der Wohnungslosenhilfe zu engagieren (47,5 gegenüber 40,2 Prozent).

Arten des (möglichen) ehrenamtlichen Engagements in der Wohnungslosenhilfe

Von denen, die sich ein Engagement vorstellen können oder sich bereits engagieren, nennen 60 Prozent Sachspenden und 35 Prozent Geldspenden. Die Hälfte der Befragten gibt Zeitspenden bzw. ehrenamtliches Engagement an. Doppelt so viele Frauen wie Männer nennen mehr als eine Art des Engagements. Während bei der Häufigkeit des Geldspendens und zeitlichem Engagement kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen, geben Frauen häufiger Sachspenden an als Männer (75,6 Prozent der Frauen gegenüber 56,3 Prozent der Männer). Die Bereitschaft zum Zeitspenden bzw. ehrenamtlichen Engagements ist bei den 16-24-Jährigen am höchsten (59,7 Prozent) und bei den 75-Jährigen und älter am niedrigsten (32,5 Prozent) ausgeprägt. Mit Ausnahme der Altersgruppe 35 bis 44 (35,6 Prozent Zeitspenden) geben in allen anderen Altersgruppen rund die Hälfte der Befragten (die sich Engagement vorstellen können oder dies schon tun) an, dass sie Zeit spenden würden.

Arbeitsbereiche für (mögliches) ehrenamtliches Engagement in der Wohnungslosenhilfe

Die fünf meistgenannten Arbeitsfelder, in denen sich Befragte Engagement vorstellen können, sind „Essens- und Kleiderausgaben“ (57 Prozent), „Nachbarschaftshilfe“ (38 Prozent), „Begleitung zu Ämtern oder Ärzt*innen“ (30 Prozent), „organisatorische Unterstützung im Rahmen von Vereinen/Initiativen“ (30 Prozent) sowie „persönliche Hilfestellung“ (25 Prozent).

Ortsgebundenheit eines (möglichen) ehrenamtlichen Engagements in der Wohnungslosenhilfe

Knapp 60 Prozent der Befragten möchte sich möglichst oder unbedingt vor Ort engagieren, einem Drittel ist der Ort des Engagements egal. Weniger als 10 Prozent der Befragten möchte sich keinesfalls vor Ort, sondern weiterweg engagieren. Die Altersgruppe ab 65 Jahren präferiert deutlich häufiger ein Engagement vor Ort als die jüngeren Altersgruppen, bei den 75-Jährigen und älter ist diese Präferenz mit 78,4 Prozent („unbedingt vor Ort“ und „möglichst vor Ort“ zusammen) am stärksten. Zwischen Männern und Frauen gibt es keine Unterschiede im Hinblick auf die Ortsbezogenheit.

Zielgruppen eines (möglichen) ehrenamtlichen Engagement in der Wohnungslosenhilfe

Die sechs am häufigsten genannten Zielgruppen des Engagements sind „Kinder und Jugendliche“ (62 Prozent der Befragten) und „Familien/Eltern“ (59 Prozent der Befragten), „Frauen“ (34 Prozent der Befragten), „LSBTIQ“ (25 Prozent der Befragten), „Männer“ (17,1 Prozent) und „psychisch Kranke“ (16 Prozent). Diese sechs am häufigsten genannten Zielgruppen sind bei Männern und Frauen gleich, wobei Frauen mehr als doppelt so häufige „Frauen“ als Zielgruppe nennen (45,5 Prozent der befragten Frauen gegenüber 21,4 Prozent der befragten Männer). Männer jedoch ebenfalls „Frauen“ häufiger als Zielgruppe für ein eventuelles Engagement in der Wohnungslosenhilfe nennen als „Männer“ (21,4 gegenüber 19,8 Prozent). Männer geben „psychisch Kranke“ fast doppelt so häufig als Zielgruppe an wie Frauen dies tun (11,8 gegenüber 6,4 Prozent). Die Altersgruppe der 16-24-Jährigen nennt mit einem Durchschnitt von 3,3 deutlich mehr mögliche Zielgruppen für ein Engagement in der Wohnungslosenhilfe als allen anderen Altersgruppen. So geben die 35-44-Jährigen durchschnittlich 1,7 und die 75-Jährigen und älter 1,6 Zielgruppen an. Mit Ausnahme der 75-Jährigen und älter sind „Kinder und Jugendliche“ für alle Altersgruppen die am häufigsten genannte Zielgruppe. Für die älteste Altersgruppe stehen „Familien und Eltern“ (57,1 Prozent) an erster Stelle. Mit zunehmendem Alter nimmt das Interesse für „LSBTIQ“ als Zielgruppe kontinuierlich und deutlich ab (von 50,8 Prozent bei den 16-24-Jährigen auf 4,8 Prozent bei den 75-Jährigen und älter).

Informationswege über allgemeine soziale Themen in Hannover

Drei Viertel der Befragten informieren sich über soziale Themen und Sozialpolitik über die lokalen Tageszeitungen, fast ein Drittel über „www.hannover.de“. Jeweils rund ein Viertel informiert sich über andere Internetseiten, lokale Wochenblätter oder Social Media-Kanäle, z.B. Twitter.

Weiterer Informationsbedarf zum Thema Wohnungslosigkeit

Fast zwei Drittel der Befragten wünschen sich mehr Informationen (Öffentlichkeitsarbeit) der Stadtverwaltung zum Thema Wohnungslosigkeit, zum Beispiel über strategische Ziele, Haltungen und Angebote. Mit zunehmenden Alter sinkt der Bedarf nach Informationen zu diesen Themen (87,7 Prozent bei den 16-24-Jährigen gegenüber 55,4 Prozent bei den 75-Jährigen und älter). Frauen wünschen sich etwas häufiger als Männer mehr Informationen seitens der Stadtverwaltung hierzu (67,4 gegenüber 61,6 Prozent).

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

Der Oberbürgermeister
Fachbereich Personal und Organisation
Sachgebiet Wahlen und Statistik
Trammplatz 2, 30159 Hannover

Stand:
September 2021

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
der Landeshauptstadt Hannover herausgegeben.
Sie darf weder von Parteien, Wählergruppen noch von
Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern während des Wahlkampfs
zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.